

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Herausgegeben vom
Institut für Kultur und Geschichte
der Deutschen in Nordosteuropa e.V.
an der Universität Hamburg
– Nordost-Institut –

in Verbindung mit
Andres Kasekamp (Tartu), Nikolaus Katzer (Moskau),
Claudia Kraft (Wien), Ilgvars Misāns (Rīga),
David J. Smith (Glasgow), Darius Staliūnas (Vilnius),
Robert Traba (Berlin) und Elena Zubkova (Moskau)

Verräter und Überzeugungstäter / Traitors and True Believers

Herausgeber der Ausgabe:
David Feest, Lüneburg
Florian Kühner-Wielach, München

26. Jahrgang 2017
Lüneburg 2019

Herausgeber:

Institut für Kultur und Geschichte
der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN)
an der Universität Hamburg
– Nordost-Institut –
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg
Telefon (0 41 31) 40 05 90
Telefax (0 41 31) 40 05 95 9
E-Mail: sekretariat@ikgn.de
<http://www.ikgn.de>

Umschlagabbildung: Fridrich Peter Drömmel: Der Kartenspieler – vermutl. Portrait Richard Blunk, 1919, Öl auf Leinwand, Privatbesitz

Redaktion:

Anja Wilhelmi, Agnieszka Pufelska, Kai Willms

Die Beiträge der Zeitschrift „Nordost-Archiv“ werden im Double-Blind-Peer-Review-Verfahren begutachtet. Das „Nordost-Archiv“ ist eine referierte Zeitschrift.

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bezugsbedingungen:

Nordost-Archiv erscheint einmal jährlich.

Jahresabonnement € 15,00, Print-Ausgabe zuzüglich Versandkosten; auch als PDF-Download erhältlich. Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf, Mindestlaufzeit 2 Jahre. Das jeweilige Abonnement kann bis zum 30. September des laufenden Jahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform (per Brief oder Fax).

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprache, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in HISTORICAL ABSTRACTS

Satz: Adam Pitula, Thorn, Polen

Herstellung: Achim Theiß – Satz & Druck, Grünberg

ISSN 0029-1595

Verräter und Überzeugungstäter / Traitors and True Believers

Editorial:	
David Feest (Lüneburg), Florian Kühner-Wielach (München)	7
Georg Herbstritt (Berlin): Inoffizielle Mitarbeiter von Stasi und Securitate in der Bundesrepublik: Überzeugungstäter?	13
Robert Pech (Leipzig): Zwischen Nähe und Distanz: Fritz Valjavec und die Südost-Forschung im Nationalsozialismus	30
Michael Portmann (Wien): Unterschiedliche Ideologien – ähnliche Motive? Jugoslawien zwischen Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus (1941 bis 1946) – unter besonderer Berücksichtigung der „volksdeutschen“ Bevölkerung	57
Agnieszka Pufelska (Lüneburg): Jude – Verräter – Kommunist. Zur Genealogie eines Topos in Polen	72
Johannes Thaler (Wien): Litauens „Eiserner Wolf“ als faschistischer Wehrverband	88
Claudia Weber (Frankfurt a.d. Oder): „Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten.“ Die deutsch-sowjetische Umsiedlungsaktion 1939/40	112
Triin Tark, Olev Liivik (Tartu): Nationalismus und die „Wacholderdeutschen“: Das Thema des Verrats an der Nation in der estnischen Presse der Zwischenkriegszeit	126
David Feest (Lüneburg): Karl Säre – Leben und Nachleben eines Verräters	152
 Rezensionen	
Dennis Hormuth: Das Memorialbuch der Ältestenbank der Großen Gilde zu Riga 1677–1702 (Carsten Jahnke)	173
Joachim Bahlcke, Beate Störckuhl u.a. (Hrsg.): Der Luthereffekt im östlichen Europa. Geschichte – Kultur – Erinnerung (Sebastian Rimestad)	175
Bernd Müller: Erbprinz Paul Friedrich August von Holstein-Oldenburg in Russland 1811–1816. Exil und Aufhebung der Leibeigenschaft in Estland (Anja Wilhelmi) .	178
Beata Halicka: „Mein Haus an der Oder“ (Imke Hansen)	180

Lena Gautam: Recht und Ordnung. Mörder, Verräter und Unruhestifter vor späta- ristischen Kriminalgerichten 1864–1917 (Dmytro Myeshkov)	182
Benjamin Conrad: Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918–1923 (Kai Willms)	185
Ekaterina Makhotina: Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg (Manuela Brenner)	187
Uldis Neiburgs: Draudu un cerību lokā. Latvijas pretošanās kustība un Rietumu sabiedrotie (1941–1945) [Im Spannungsfeld von Gefahren und Hoffnungen. Lettlands Widerstandsbewegung und die westlichen Alliierten (1941–1945)] (Tilman Plath) .	190
Hannah Maischein: Augenzeugenschaft, Visualität, Politik. Polnische Erinnerungen an die deutsche Judenvernichtung (Izabela Suszczyńska)	193
Andrej I. Savin (Hrsg.): Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1940er – 80er Jahren: religiöse Dissidenten. Dokumente und Materialien (Victor Dönninghaus)	196
Richard Lakowski: Ostpreußen 1944/45. Krieg im Nordosten des Deutschen Reiches (Joachim Tauber)	199
M[arina] B[orisovna] Bessudnova: Rossija i Livonija v konce XV veka. Istoki kon- flikta [Russland und Livland am Ende des 15. Jahrhunderts. Die Ursprünge des Konflikts] (Norbert Angermann)	201
Werner Greiling, Armin Kohnle u.a. (Hrsg.): Negative Implikationen der Reforma- tion? Gesellschaftliche Transformationsprozesse 1470–1620 (Daniel Bohnert)	203
Maik Reichel, Hermann Otto Solms u.a. (Hrsg.): Reformation und Politik. Europäi- sche Wege von der Vormoderne bis heute (Friedrich Edelmayer)	208
Die Autorinnen und Autoren der Abhandlungen	211

EDITORIAL

Die Konzepte des „Überzeugungstäters“ und des „Verräters“ sind enger miteinander verbunden, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Ersteres hat eine unmittelbar strafrechtliche Herkunft: Der bedeutende Rechtsphilosoph und Politiker Gustav Radbruch (1878–1949) bezeichnete Straftäterinnen und Straftäter, die aus wohlüberlegten, aber von den grundlegenden Weltanschauungen eines Staates bzw. einer Gesellschaft abweichenden Überzeugungen handelten, als „Überzeugungsverbrecher“.¹ Allerdings findet sich der werterelativistische Zugang Radbruchs, nach dem die Grundansichten des „Überzeugungsverbrechers“ und des Staates gleichwertig zu behandeln seien, im Alltagsgebrauch des Wortes nicht wieder. Hier erscheinen die sittlichen, religiösen oder politischen Weltbilder, aufgrund derer eine Überzeugungstat begangen wird, meist radikal, die Handlungsweise fanatisch, die Beurteilung meist emotional und apodiktisch.

Auch der Verrat kennt juristische Varianten, die von alltäglicheren Vergehen wie der Preisgabe von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen bis hin zum Straftatbestand des Hochverrats reichen.² Doch ist der Verratsbegriff auch stark von der christlichen Tradition geprägt, in der die Figur des Judas als Inbegriff der Niedertracht gilt. Schon daher hat der Vorwurf des Verrats, ebenso wie jener der Überzeugungstat, im allgemeinen Sprachgebrauch meist einen primär moralischen Charakter. Gemeinsam ist beiden Begriffen auch, dass sie sich um das Phänomen der Loyalität drehen. Überzeugungstätern und -täterinnen wird vorgehalten, einer menschenfeindlichen Ideologie oder einem verbrecherischen Regime mit unkritischer oder gar fanatischer Loyalität gedient zu haben. Menschen, die Verrat begehen, wird im Gegenteil ein Mangel an Treue zum Vorwurf gemacht. Wo die einen übertriebene Loyalität zeigten, mangle es den anderen dort an ihr, wo sie angebracht gewesen wäre.

Zuletzt führen die ideologische Überzeugungstat einerseits, der Akt des Verrats andererseits durch ihre Verbindung mit der Frage nach der Loyalität in den Kern der ethnischen und politischen Vergemeinschaftungsprozesse des 20. Jahrhunderts. Was vorher noch als Privatangelegenheit zwischen einzelnen Menschen oder kleinen Gruppen verhandelt werden konnte oder in überkommenen herrschaftlichen Zusammenhängen schlicht als „gottgegeben“ erschien, wurde nun endgültig eine Angelegenheit großer Kollektive. Darum rückt Eric Hoffer in seinem Standardwerk über Überzeugungstäterinnen und -täter³ die Massenbewegung ins Zentrum. Seiner Meinung nach brächten religiöse Bewegungen, soziale Revolutionen oder nationale Einigungsprozesse „Fanatismus, Enthusiasmus, glühende Hoffnung, Hass und Intoleranz“ hervor und forderten „blinden Glauben und ungeteilte Treue“.⁴

- 1 Vgl. Gustav Radbruch: Der Überzeugungsverbrecher, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 44 (1924), S. 34-38.
- 2 Vgl. André Krischer: Von Judas bis zum Unwort des Jahres 2016. Verrat als Deutungsmuster und seine Deutungsrahmen im Wandel. Eine Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Verräter: Geschichte eines Deutungsmusters, Göttingen 2018, S. 7-44, hier S. 13.
- 3 Vgl. Eric Hoffer: The True Believer. Thoughts on the Nature of Mass Movements, New York, NY 1951. Hoffers „true believer“ ist näher am Fanatiker denn an Radbruchs „Überzeugungsverbrecher“. Der deutsche Titel des Buchs heißt entsprechend: „der Fanatiker“.
- 4 Ebenda, S. xi.

Dieser Bezugsrahmen forderte eine besondere Aufmerksamkeit gegenüber jeglicher Abweichung. „Es ist die heilige Pflicht des Überzeugungstäters [true believer], misstrauisch zu sein“, so Hoffer, „er muss ständig auf der Lauer nach Saboteuren, Spionen und Verrätern liegen.“⁵

Verrat ist für Hoffer nicht das Gegenteil von Überzeugungstaten, sondern repräsentiert lediglich eine andere Ausprägung derselben Geisteshaltung. Dabei reduziert Hoffer das Phänomen des Verrats allerdings allzu einseitig auf Renegatinnen und Renegaten, die sich auf die Seite des Gegners schlugen, um „den Niedergang der Welt, die sie hassen, zu beschleunigen.“⁶ Tatsächlich lassen sich weit mehr Formen und Motive des Verrats ausmachen. Der Schriftsteller und Jurist Bernhard Schlink, der in einer erhellenden Studie versucht hat, der Bedeutung des Begriffs „Verrat“ im tatsächlichen Sprachgebrauch auf die Spur zu kommen, hat sechs Spielarten ausgemacht: Verleugnung, Denunziation, Kollaboration, Korruption, Hochverrat/Landesverrat, Renegatentum.⁷ Auch die Fragen, ob der Verrat öffentlich oder geheim passiere, ob Verdeckung eine Rolle spiele und ob er durch ein Mitglied der Gruppe oder eine von außen hinzugekommene Person geschehen sei etc. verändern nach Schlink den Charakter eines Loyalitätsbruchs.⁸ Standards hat auch Margret Boveris groß angelegte Untersuchung „Der Verrat im 20. Jahrhundert“ gesetzt, die die renommierten Wissenschaftsjournalistin in den Jahren 1956 bis 1960 publizierte. Anhand einer Reihe von Einzelbeispielen behandelt sie so unterschiedliche Phänomene und Institutionen wie Kollaboration und Propaganda, Widerstand und Geheimdienstwesen.⁹ Boveri betont, dass nicht nur Einzelne, sondern auch Gruppen als Trägerinnen und Träger von Verrat gelten können, wenn sie beispielsweise als „fünfte Kolonne“ oder Untergrundbewegung agieren.¹⁰ So steht also nicht nur der Verrat, sondern auch die Überzeugungstat in einer unmittelbaren Beziehung zu gedachten Gemeinschaften wie Nationen, ethnischen Gruppierungen oder politischen Bewegungen. Auch diese können Verrat begehen oder ihm zum Opfer fallen. Der Illoyalitätsvorwurf gegen eine bestimmte Gruppe trägt dabei auch zur inneren Festigung der übrigen „Überzeugungsgemeinschaft“ bei.

Aus einer historischen Perspektive ist damit nicht nur die jeweils angewendete Definition des Überzeugungstäters oder Verräters von Interesse, sondern auch die Abhängigkeit dieser Zuschreibungen vom jeweiligen Interpretationsrahmen und der damit verbundenen Wandelbarkeit der Konzepte. In diesem Zusammenhang werden die Überschneidungen der beiden Phänomene besonders deutlich sichtbar: Die bedingungslose Loyalität zu einer Monarchin, einem Präsidenten, einem Staat oder einer Ideologie kann als Prinzipienfestigkeit und Treue,

5 Ebenda.

6 Ebenda, S. 85.

7 Vgl. Bernhard Schlink: Der Verrat, in: Michael Schröter (Hrsg.): Der willkommene Verrat: Beiträge zur Denunziationsforschung, Weilerswist 2007, S. 13-31, hier 18 f.

8 Vgl. Nachman Ben-Yehuda: Betrayal and Treason. Violation of Trust and Loyalty, Boulder, CO 2001, S. 37.

9 Vgl. Margret Boveri: Der Verrat im 20. Jahrhundert. I: Für und gegen die Nation. Das sichtbare Geschehen, Reinbek bei Hamburg 1956; dies.: Der Verrat im 20. Jahrhundert. II: Für und gegen die Nation. Das unsichtbare Geschehen, Reinbek bei Hamburg 1956; dies.: Der Verrat im 20. Jahrhundert. III: Zwischen den Ideologien. Zentrum Europa, Reinbek bei Hamburg 1957; dies.: Der Verrat im 20. Jahrhundert. IV: Verrat als Epidemie: Amerika. Fazit, Reinbek bei Hamburg 1960.

10 Boveri, Verrat (wie Anm. 9), Bd. 1, S. 8.

aber ebenso als unangemessener Konservatismus, Sturheit oder sogar Fanatismus gedeutet werden – als Grundlage für Überzeugungstaten. Umgekehrt kann ein Wechsel der Loyalität als opportunistischer Winkelzug verurteilt, als legitimer Widerstand eines „Whistleblowers“ bzw. als Heldentat einer Revolutionärin gefeiert, oder schlicht als nötige und alternativlose Adaption an die herrschenden Verhältnisse hingenommen werden. Auch die Unterscheidung zwischen einem verurteilenswürdigen Renegaten und einer durchaus ehrwürdigen Konvertitin ist ganz und gar abhängig von den Bewertungsstandards.¹¹

Die Entwicklungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als Imperien auseinanderfielen, neue Staaten entstanden und Massenbewegungen um die Definitionshoheit über gesellschaftliche Realitäten wie Visionen konkurrierten, verstärkten diese Uneindeutigkeit erheblich. Der schnelle Wandel der ideologischen und institutionellen Rahmenbedingungen machte sowohl Überzeugungstäter als auch Verräter zu flüchtigen Zuschreibungen. Hinzu kam die allgemeine Ausdifferenzierung des sozialen Lebens, die das Konzept der Loyalität als solches veränderte. Boveri beschreibt, wie die Einbindung der Individuen in ein Netz unterschiedlicher Loyalitäten dazu geführt habe, dass Konflikte zwischen ihnen kaum zu vermeiden gewesen seien. Die Loyalität zum Staat konnte im Widerspruch zu jener zur Familie stehen, freundschaftliche Bindungen ganz andere Handlungslogiken erfordern als politisch-ideologische Standpunkte. Verrat, so der pointierte Schluss Boveris, sei zu einem Dauerzustand des Menschen in der modernen Welt und damit letztlich auch zu einem moralisch neutralen Phänomen geworden.¹²

Es kann als die andere Seite der Medaille gesehen werden, dass die Loyalitätsforderungen totalitärer Staaten und Massenbewegungen in Zeiten des Verlustes von Eindeutigkeit umso absoluter einherkamen. Sie begegneten der Komplexität der Moderne mit einem exklusiven Anspruch auf die Treue ihrer Bürgerinnen und Bürger oder Mitglieder. Dabei forderten sie Anhängerschaft aus Überzeugung, nicht aus Opportunismus, und zogen scharfe Linien zwischen Mitgliedern der eigenen Gruppe und jenen, die sie zu Außenseitern erklärten. Die moderne Ausformung der Zuschreibungen Überzeugungstäter und Verräter waren somit eng verknüpft.

Die Verhältnisse in Zentral- und Südosteuropa begünstigten eine solche Polarisierung. Die nationale Identitätsbildung war lange Zeit mehr Projekt als Realität, weshalb die nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Staaten in Abgrenzung zu den „Nationalstaaten“ auch als „nationalisierende“ Staaten bezeichnet worden sind.¹³ In jüngster Zeit hat der Historiker Pieter Judson die Kluft zwischen nationalstaatlichem Anspruch und nationalitätenstaatlicher Realität nach dem Ersten Weltkrieg betont.¹⁴ Später mussten sich die Bevölkerungen der neu entstandenen Staaten in Zentral- und Südosteuropa auf unterschiedliche autoritäre und Besatzungsregime einstellen und wurden schließlich in weiten Teilen mit dem großen sozialistischen Experiment konfrontiert. Auf diese Weise gab es nicht nur zwischen den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede. Auch innerhalb ein- und desselben Landes herrschten im Verlauf von wenigen Jahrzehnten unterschiedliche Loyalitätsregime, in denen die Menschen

11 Vgl. Schlink, Verrat (wie Anm. 7), S. 19.

12 Vgl. Boveri, Verrat (wie Anm. 9), Bd. 1, S. 11.

13 Rogers Brubaker: Nationalism Reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe, Cambridge, MA 1996, S. 412.

14 Pieter Judson: Habsburg. Geschichte eines Imperiums. 1740–1918, München 2017, S. 564-576.

sich zurechtfinden mussten. Die Beiträge in diesem Sammelband nähern sich ihnen mit den Interpretationsfiguren des Überzeugungstäters und des Verräters an. Auf der einen Seite werden im Sinne der Täter- und Täterinnenforschung die Bedingungen untersucht, unter denen Gewalttaten ihre Rechtfertigung in Weltanschauungen fanden. Waren ideologische oder politische Überzeugungen wirklich maßgeblich, und in welchem Verhältnis standen sie zu pragmatisch-opportunistischen oder anderen Motiven? Darüber hinaus setzen sich die Fallstudien mit der Art und Weise auseinander, wie bestimmte Menschen oder Kollektive Verrat verübten und/oder zu Verrätern und Verräterinnen stilisiert wurden.

Dass sich Überzeugungstäterinnen und -täter am ehesten in kleinen, sich elitär empfindenden Gewaltgemeinschaften finden lassen, zeigt Johannes Thalers Untersuchung des litauischen Wehrverbands „Eiserner Wolf“. Bei dessen Mitgliedern war eine ultranationalistische Überzeugung und große Gewaltbereitschaft zentral, die sich, wie Thaler darlegt, besonders aus dem italienischen Faschismus speiste, jedoch auch spezifische Wesenszüge aufwies. Die ideologische Radikalität des paramilitärischen Verbandes und seine Bindung an die Person des Premierministers Augustinas Voldemaras verhinderte ein Loyalitätsverhältnis zum Staat, das über die Führerfigur einerseits und den Glauben an die abstrakte Nation andererseits hätte hinausgehen können. So gelang es kaum, die ehemaligen Mitglieder nach dem Sturz Voldemaras‘ (1929) und der Auflösung des Eisernen Wolfes im darauffolgenden Jahr in das – freilich diktatorische – Staatswesen zu integrieren.

Wie problematisch die Zuschreibung des Überzeugungstäters in vielen anderen Fällen politischer Radikalisierung sein kann, zeigt Robert Pech am Beispiel des Historikers Fritz Valjavec. Als Südosteuropaexperte nutzte dieser die Karrierechancen, welche das „Dritte Reich“ bot, näherte sich der NSDAP und dem Sicherheitsdienst an und war an der Ausarbeitung ethnischer Neuordnungspläne beteiligt. Darüber hinaus wurde von Historikerinnen und Historikern über seine mögliche Beteiligung an Erschießungen diskutiert. Gleichwohl zeigt Pech, dass Valjavec kaum aus nationalsozialistischer Überzeugung handelte, sondern einer auf das christliche Mittelalter bezogenen Reichsidee anhing und konservativ-katholische Werte vertrat. Sie machten ihn anschlussfähig an das nationalsozialistische Programm, brachten ihn aber auf der anderen Seite auch in die Nähe unterschiedlicher Widerstandsgruppen.

Zweifel an der Wirksamkeit ideologischer Überzeugungen an massenhafter Gewalt äußert Michael Portmann in seiner Untersuchung der Gewaltexzesse in Jugoslawien zwischen 1941 und 1946. Zwar sieht er die Ausrichtung des Denkens und Handelns an ideologisch-politischen (besonders auf Basis „rassischen“ Denkens konstruierten) Kollektiven als wesentliche Vorbedingung für die mörderischen Ausgrenzungsmechanismen. Gerade auf den unteren Ebenen der Befehlshierarchie kann er jedoch keine Dominanz der Überzeugungstäter ausmachen und verweist auf andere Motive für Gewalt, Kollaboration, aber auch Widerstand.

Auch Georg Herbstritt sieht in seiner Untersuchung von inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für den rumänischen Geheimdienst *Securitate* sowie die ostdeutsche Staatssicherheit in Westdeutschland tätig waren, kaum Überzeugungstäter am Werk. Tatsächlich beschäftigten sich die Geheimdienste eingehend und skeptisch mit den oftmals nicht ideologischen Motiven, sich zur Kollaboration zu verpflichten. Letztlich waren sie aber bereit, ein gewisses Maß an ideologischen Gegensätzen in Kauf zu nehmen. Um eine

reibungslose Zusammenarbeit zu sichern, suchten sie auf möglichst vielen Ebenen, Abhängigkeit zu schaffen.

Wie instabil ideologische Überzeugungen als Grundlage des politischen Tagesgeschäfts auch auf oberster Ebene sein konnten, zeigt Claudia Weber in ihrem Beitrag über die deutsch-sowjetische Umsiedlungsaktion 1939/40. Schon der Nichtangriffspakt von 1939, mit dem sich Hitlers Deutschland und Stalins Sowjetunion freie Hand für ihre jeweiligen Expansionspläne zusicherten, ließe sich als Verrat an den Ideologien beider Seiten auffassen. Die Umsiedlungsaktion im Winter 1939/40 bedeutete darüber hinaus eine deutsch-sowjetische Kollaboration ganz konkreter Art. Die Treffen zur Aushandlung der Details geschahen bei allem gegenseitigen Misstrauen ruhig und einvernehmlich und zeigen, wie sehr beide Seiten bereit waren, aus strategischen Gründen von weltanschaulichen Prinzipien Abstand zu nehmen. Dass damit allerdings keine stabile neue Basis der Beziehungen zwischen den Diktaturen geschaffen war, sollte der deutsche Angriff auf die Sowjetunion zeigen.

Auch ethnische Kategorien waren nicht so eindeutig, wie es die nationalen Eliten vorgaben. So widmen sich Olev Liivik und Triin Tark jenen Menschen, die im Zuge der „Ethnisierung“ der sozialen Beziehungen in Estland keine klare Zuordnung fanden, da sie aus einer bäuerlichen „Unterschicht“ stammten, jedoch von der vorwiegend deutschen „Oberschicht“ akkulturiert worden waren. In vielen Fällen ließen sie sich als „national indifferent“ bezeichnen. In Zeiten nationaler Radikalisierung wurden sie aber als sogenannte Wacholderdeutsche zu einer negativen Gegenfolie für die gedachte nationale Einheit gemacht – zu Verräterinnen und Verrätern am estnischen Volk.

Pauschalisierende Illoyalitäts- und Verratsvorwürfe trafen auch die jüdische Bevölkerung Polens. Agnieszka Pufelska analysiert den Topos der „Judeo-Kommune“ als wichtiges mobilisierendes Moment für das polnische nationale Selbstbild seit dem Zweiten Weltkrieg. Dabei griffen die Akteurinnen und Akteure auf das alte Feindbild des kommunistischen Juden zurück, der als Sündenbock für das Leiden des polnischen Volkes diente. Das Feindbild des „verräterischen Juden“ wurde der aufbegehrenden und moralisch unkorruptierbaren polnischen Nationen gegenübergestellt.

Aber auch singuläre Verratsfälle konnten konkreten politischen Interessen zuträglich sein, wie David Feest in seinem Beitrag über den ehemaligen Spion und ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Estlands, Karl Säre, zeigt. Säre war während der deutschen Besatzung Estlands gefangengenommen worden, und hatte angeblich die Aufenthaltsorte des gesamten kommunistischen Untergrunds verraten. Der Aufsatz zeichnet nach, wie die kommunistische Parteiführung, aber auch einzelne Funktionäre Säre zum größtmöglichen Verräter stilisierten, um damit ihre jeweils eigenen Zwecke zu fördern.

Der Band entstand aus einer Kooperation zwischen dem Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) an der Ludwig-Maximilians-Universität München und dem Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN) an der Universität Hamburg. Er repräsentiert die thematische und räumliche Breite der Arbeit dieser beiden Einrichtungen.

David Feest, Lüneburg
Florian Kühner-Wielach, München

ABHANDLUNGEN

Inoffizielle Mitarbeiter von Stasi und Securitate in der Bundesrepublik: Überzeugungstäter?

von Georg Herbstritt

1. Einleitung

Die Fragestellung, die diesem Beitrag zugrunde liegt, geht auf den gleichlautenden Titel eines Workshops zurück, der am 30. Juni 2017 in München stattfand: „Überzeugungstäter? Zu Motiven von Gewaltausübung und Kollaboration am Beispiel faschistischer und stalinistischer Akteure“. So einfach und einleuchtend diese Fragestellung auf den ersten Blick erscheint, so problematisch ist sie doch bei genauerer Betrachtung. Sie fasst unterschiedliche Länder, Jahrzehnte und Ereignisse zusammen. Die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion gehören ebenso dazu wie die Repressionen der „neostalinistischen Gewaltherrschaft“¹ im Rumänien Nicolae Ceaușescus der 1980er Jahre. Auch der Begriff des „Täters“ ist nur ein scheinbar eindeutiger. Die damit verbundene Gegenüberstellung von „Täter“ und „Opfer“, mithin also eine vermeintlich eindeutige Zweiteilung, übersieht die fließenden Grenzen, die es immer wieder gibt.

Die Personengruppe, um die es in diesem Beitrag gehen wird, umfasst Menschen, die vor 1990 in der damaligen Bundesrepublik Deutschland lebten und dort heimlich für einen sozialistischen Staatssicherheitsdienst im Einsatz waren. Konkret geht es um inoffizielle Mitarbeiter (IM) des rumänischen Staatssicherheitsdienstes Securitate (deren offizielle Bezeichnung mehrfach wechselte und die über lange Zeit dem Innenministerium unterstand, zuletzt als „Abteilung für Staatssicherheit“, rum. Departamentul Securității Statului) und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, die im Westen Deutschlands als Spione, Einflussagenten oder Lockvogel agierten und vereinfachend im vorliegenden Beitrag als „West-IM“ bezeichnet werden. Dabei wird die Frage im Mittelpunkt stehen, welchen Stellenwert Überzeugung als Handlungsmotiv hatte.

Im Vergleich zum stalinistischen Massenmörder oder nationalsozialistischen Kriegsverbrecher ist der West-IM offenkundig eine relativ harmlose Täterfigur. Der ohnehin schwierige Begriff des „Täters“ führt hier völlig unterschiedliche Dimensionen von Unrecht oder Verbrechen zusammen. Und sofern im Folgenden auch von den West-IM des MfS die Rede sein wird, reicht der Betrachtungszeitraum über den Stalinismus hinaus. Diese einleitende Abgrenzung ist notwendig, damit es nicht zu einer Nivellierung deutlich zu unterscheidender geschichtlicher Ereignisse kommt.

1 Zum Begriff „Neostalinismus“ vgl. Anton Sterbling: „Wir hocken und schaffen im finsternen Schacht.“ Zur kommunistischen Gewaltherrschaft in Rumänien, in: Matthias Theodor Vogt, Jan Sokol u.a. (Hrsg.): Peripherie in der Mitte Europas, Frankfurt a.M. 2009, S. 187-206, hier S. 200-203.

Das verbindende Element zwischen den verschiedenen Jahrzehnten, Regionen und Personen bildet in der eingangs zitierten Themenstellung die Frage nach Motiven und Überzeugungen. So unterschiedlich die geschichtlichen Ereignisse auch waren, stellt sich im Hinblick auf die handelnden Personen jeweils die Frage, was sie zu ihrem Tun motivierte. Vergleichende Betrachtungen können hierbei den Blick schärfen, Erkenntnisse befördern und auch vor Überzeichnungen bewahren. Im Folgenden wird zunächst erörtert, weshalb Menschen in der Bundesrepublik sich in den Dienst des MfS stellten. Anschließend wird diese Frage auf die West-IM der Securitate übertragen.

2. West-IM der DDR-Staatssicherheit in der Bundesrepublik

Überblick

Ende der 1980er Jahre waren rund 3 000 Westdeutsche und Westberliner in der damaligen Bundesrepublik (einschließlich Westberlins) für das MfS tätig. Im gesamten Zeitraum von 40 Jahren deutscher Teilung arbeiteten insgesamt rund 12 000 West-IM für den DDR-Geheimdienst. Unter diesen 12 000 West-IM findet man den klassischen Spion, aber auch den Kleinkriminellen, der in Ausnahmefällen auch einmal einen Mordauftrag ausführen sollte, ebenso wie den einfachen Spitzel, der bestimmte Adressen oder Wohngebiete ausspähte, oder den Geschäftsmann, der Hochtechnologie von West nach Ost schmuggelte. Rund ein Viertel der West-IM waren Frauen, drei Viertel waren Männer. Diese Menschen kamen aus den unterschiedlichsten Berufs- und Altersgruppen, vom 16-jährigen Jugendlichen bis hin zum 80-jährigen Senior. Manche West-IM arbeiteten nur kurze Zeit für das MfS, andere dienten dem DDR-Geheimdienst über 40 Jahre lang.²

Die West-IM bilden daher in vielerlei Hinsicht eine heterogene „Tätergruppe“, doch sie weisen mindestens zwei gemeinsame Merkmale auf. Zum einen stellten sie sich alle mehr oder weniger freiwillig in den Dienst eines staatssozialistischen Sicherheitsapparates, und zum anderen wussten sie von vornherein um die Strafbarkeit ihrer Handlungen. Denn sie lebten und agierten alle in der damaligen Bundesrepublik, in der die Arbeit für das MfS als „geheimdienstliche Agententätigkeit“ unter Strafe stand. Diese beiden Merkmale – die Freiwilligkeit und das zweifelsfreie Wissen um die Illegalität des Handelns – unterscheiden die West-IM wesentlich von anderen Tätergruppen. West-IM unterlagen im Gegensatz etwa zu Militärangehörigen keiner Dienstpflicht, und sie konnten ihr Tun nicht mit Befehlen oder

2 Für einen allgemeinen Überblick siehe Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin ²1998; Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999; Georg Herbstritt, Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003; Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007; Angela Schmole: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme, Berlin 2011. Exemplarisch für die Memoirenliteratur früherer West-IM, die ihr Tun unkritisch rechtfertigen, ist der von den ehemaligen MfS-Obersten Klaus Eichner und Gotthold Schramm herausgegebene Sammelband „Top-Spione im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich“. Überarbeitete Neuauflage, Berlin 2016.

Gesetzen rechtfertigen, denen sie zu folgen hätten. Aus der Perspektive der MfS-Zentrale und der MfS-Offiziere, die einen West-IM anwarben und führten, bedeutete dies, dass sie keinen unmittelbaren Zugriff auf „ihren“ West-IM hatten, denn das Prinzip von Befehl und Gehorsam ließ sich von Ostberlin aus nicht auf Bundesbürger anwenden.

Zeitgenössische Motivanalysen des MfS

Gerade auch aufgrund dieser beiden Besonderheiten – der Freiwilligkeit und der Strafbarkeit – hat sich nicht erst die historische Forschung mit den Motiven der West-IM beschäftigt, vielmehr ging das MfS selbst bereits frühzeitig diesen Fragen nach: Warum ließen sich Bürgerinnen und Bürger der damaligen Bundesrepublik eigentlich mit dem MfS ein? Was motivierte sie, was trieb sie an – und umgekehrt, worauf musste das MfS achten, um gute, zuverlässige West-IM zu rekrutieren und dauerhaft an sich zu binden?

Ein MfS-Offizier, der einen Bundesbürger anwerben wollte, musste dessen Motive und die daraus resultierende Motivation kennen, denn diese bildeten die Grundlage der künftigen Zusammenarbeit. Aus diesem Grund befasste sich das MfS auch mit der Frage des „Überzeugungstäters“.

An dieser Stelle ist ein Blick auf die Aktenüberlieferung angebracht. Innerhalb des MfS war in erster Linie die Hauptverwaltung A (HV A) für die Auslandsspionage verantwortlich, die rund 35 Jahre lang von Markus Wolf (1923–2006) geleitet wurde.³ In der ersten Jahreshälfte 1990 gelang es der HV A, fast ihr gesamtes Archiv zu beseitigen. Dadurch sind erhebliche Überlieferungslücken entstanden. Da die HV A ein integraler Bestandteil des MfS war, blieben manche HVA-Unterlagen in den Beständen anderer MfS-Abteilungen erhalten. Außerdem waren etliche West-IM an andere MfS-Abteilungen jenseits der HV A angebunden, deren Akten noch heute vorhanden sind. In den 1990er Jahren führten dann die bundesdeutschen Ermittlungsbehörden Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen rund 7 000 hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter der DDR-Spionage durch, unter denen sich auch rund 3 000 West-IM befanden. Diese Verfahren, so umstritten sie auch waren, brachten erheblichen Erkenntniszugewinn und füllten einige Lücken, die durch die Aktenvernichtung von 1990 verursacht worden waren.⁴

Für die Frage nach den Motiven der West-IM sind zwei Arten von MfS-Dokumenten besonders aufschlussreich: die normativen Bestimmungen über das Führen von IM („IM-Richtlinien“) und einige jener Dissertationen, die vor 1989 an der MfS-eigenen Hochschule in Potsdam von hauptamtlichen Mitarbeitern der DDR-Geheimpolizei, also von Insidern, verfasst wurden.

3 Karl Wilhelm Fricke: Markus Wolf (*1923). Drei Jahrzehnte Spionagechef des SED-Staates, in: Dieter Krüger, Armin Wagner (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003, S. 284-309.

4 Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung der Westspionage des MfS. Eine vorläufige Bilanz, Berlin ³2002; Klaus Marxen, Gerhard Werle u.a. (Hrsg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Band 4: Spionage, Berlin 2004.

IM-Richtlinien: drei Motivgrundformen

1968 und 1979 erließ Stasi-Minister Erich Mielke (1907–2000) umfassende Richtlinien für die Arbeit des MfS mit inoffiziellen Mitarbeitern außerhalb der DDR. Faktisch ging es vor allem um die Arbeit mit IM in der Bundesrepublik. Schon 1959 hatte Markus Wolf den Entwurf einer solchen Richtlinie ausgearbeitet, die damals zwar nicht formal in Kraft gesetzt wurde, aber bereits gängige Denkweisen und Arbeitsmethoden im MfS beschrieb. Diese Richtlinien regelten im Detail die Anwerbung von West-IM und die Zusammenarbeit mit ihnen.⁵ Bereits der Richtlinienentwurf von 1959 führte unter der Überschrift „Die Grundlagen der Werbung“ unmissverständlich aus: „Die Werbung durch politisch-ideologische Überzeugung bei Einhaltung des Prinzips der Freiwilligkeit ist die Hauptmethode der Anwerbung von inoffiziellen Mitarbeitern in Westdeutschland, Westberlin und im kapitalistischen Ausland. Sie ist die sicherste Basis und bietet die beste Gewähr für die Ehrlichkeit in der Zusammenarbeit und den Erfolg in der operativen Arbeit. Auch bei Werbungen auf anderer Grundlage muss es das Ziel sein, sie [die IM; G.H.] durch Überzeugung der politisch-ideologischen Basis anzunähern.“⁶

Dieses Zitat beantwortet die eingangs gestellte Frage eindeutig: Das MfS wollte im Westen bevorzugt solche Bundesbürger als IM rekrutieren, die aus einer inneren, politischen Überzeugung heraus bereit waren, für die DDR und ihren Staatssicherheitsdienst im Geheimen tätig zu werden. Insofern suchte das MfS im Westen in erster Linie „Überzeugungstäter“.

Der Richtlinienentwurf von 1959 fasste den Begriff der „politisch-ideologischen Überzeugung“ weit. Nicht nur „überzeugte Marxisten“ seien auf politischer Grundlage für eine Tätigkeit als West-IM zu gewinnen. Auch der Wunsch, zur Erhaltung des Friedens beizutragen und die innerdeutsche Verständigung zu fördern, oder die Unzufriedenheit mit bestimmten Entwicklungen in der Bundesrepublik (gesellschaftliche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, Wiederaufrüstung, ungenügende Entnazifizierung) bildeten in den Vorstellungen des MfS eine geeignete politische Basis, um Bundesbürger zu einer inoffiziellen Zusammenarbeit zu gewinnen und zu motivieren.⁷

Der Richtlinienentwurf von 1959 benannte noch zwei weitere Grundlagen für die Anwerbung von West-IM: die „materielle und persönliche Interessiertheit“ sowie „kompromittierendes Material“, also Geld oder Erpressung. Dabei wurde auch gleich auf die Nachteile dieser beiden Methoden hingewiesen. Wer aus finanziellen Gründen mit dem MfS zusammenarbeite und somit käuflich sei, sei wahrscheinlich auch bereit, die Seite zu wechseln, sobald ein anderer Geheimdienst mehr biete. Und wer zur Mitarbeit erpresst werde, habe keinen Grund zu Loyalität und Ehrlichkeit gegenüber dem MfS und sei für eine Zusammenarbeit mit der Gegenseite besonders empfänglich.⁸

5 Der Richtlinienentwurf von 1959 und die IM-Richtlinien von 1968 und 1979 nebst Durchführungsbestimmungen und Kommentaren sind veröffentlicht in Müller-Enbergs (Hrsg.), *Inoffizielle Mitarbeiter*, Teil 2 (wie Anm. 2), S. 290-340, 352-388, 419-442, 445-464, 471-829, 899-940, 952 f.

6 Richtlinie für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern außerhalb des Gebietes der DDR. 3. Entwurf, 17.6.1959. Veröffentlicht ebenda, S. 290-340, Zitat S. 301.

7 Ebenda.

8 Ebenda, S. 301 f.

Die späteren IM-Richtlinien von 1968 und 1979 wiederholen diese Ausführungen zu den „Grundlagen der Werbung“ mit nur geringfügigen Änderungen. Insbesondere betonen sie, dass die Anwerbung eines West-IM und die Zusammenarbeit mit ihm am effektivsten auf der Grundlage politischer Überzeugungen möglich seien.⁹ Dabei wurde aber stets darauf hingewiesen, dass die beschriebenen „Grundlagen der Werbung [...] in der Praxis meist nicht in reiner Form vor[kommen]“. Vielmehr sei von einem „Motivationsgefüge“ auszugehen, so dass ein potenzieller West-IM zum Beispiel teils aufgrund politischer Überzeugung und teils aufgrund materieller Interessen zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS bereit sei.¹⁰

Komplexe Motivationsgefüge bei West-IM: Analysen einer MfS-Dissertation

Mit dem Motivationsgefüge der West-IM befasste sich 1972 im Detail eine Dissertation an der Hochschule des MfS in Potsdam. Ihr Autor war der HVA-Oberst Klaus Rösler (1926–1999).¹¹ Rösler war seit 1952 hauptamtlicher Mitarbeiter der DDR-Spionage. Von 1966 bis 1969 ergänzte er seine praktischen Erfahrungen noch mit einem Teilstudium in Pädagogik und Psychologie an der Universität Leipzig. Von 1971 bis 1989 leitete er die Abteilung XII der HV A und war somit verantwortlich für die Spionage gegen Einrichtungen der NATO und der Europäischen Gemeinschaft.¹² In seiner Dissertation führte Rösler aus, wie schwierig es sei, bei einem „Werbekandidaten“, also bei einem angehenden West-IM, exakt herauszufinden, auf welcher Grundlage er zu einer Agententätigkeit bereit sei. Es gebe eine „nahezu unüberschaubare große Zahl von Motiven“, die sich auch noch in „Haupt- und Nebenmotive“ aufgliederten.¹³ Rösler ging außerdem davon aus, dass sich das Motivationsgefüge eines West-IM im Laufe seiner Tätigkeit für das MfS verändere, und dass diese Veränderungen recht bald nach der Verpflichtung einsetzen konnten. Er charakterisierte die Anwerbung eines West-IM als einen „in die persönliche Sphäre eines Werbekandidaten tief einschneidenden Vorgang“ und schrieb von der „Tiefenwirkung einer Werbung“, die bei den allermeisten IM „folgschwere Gedanken“ auslöse. Am häufigsten waren demnach „innere Spannungen des Zweifels, ob sich der IM bei der Werbung auch richtig entschieden habe“. In dieser Situation müsse der Führungsoffizier den frisch Geworbenen erneut motivieren: „Die eigentliche Werbung muss oft in Teilen oder ganz wiederholt werden“, so Röslers Erfahrung.¹⁴ In der Folgezeit ging es dann vor allem darum, den West-IM dauer-

9 [MfS, Minister:] Richtlinie 2/68 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, Januar 1968; in: Ebenda, S. 352-388, hier S. 359-361; [MfS, HV A:] 2. Kommentar zur Richtlinie 2/79. Die Anforderungen an Inoffizielle Mitarbeiter der Dienstseinheiten der Aufklärung des MfS. Die IM-Kategorien, Mai 1980; in: Ebenda, S. 553-584, hier S. 577-580.

10 Richtlinie, 3. Entwurf, 17.6.1959, in: Ebenda, S. 300; 2. Kommentar zur Richtlinie 2/79, in: Ebenda, S. 577.

11 Klaus Rösler: Forschungsergebnisse zum Thema „Psychologische Bedingungen der inoffiziellen Arbeit in das und im Operationsgebiet“. Diss. JHS Potsdam-Eiche 1972; BStU [Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen], MfS, JHS [Juristische Hochschule], Nr. 21819.

12 Jens Giesecke: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, hrsg. vom BStU. Aktualisierte, digitalisierte Ausgabe, Berlin 2012, S. 63 (<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-2012091101>, Stand: 3.8.2017).

13 Rösler, Forschungsergebnisse (wie Anm. 11), S. 88.

14 Ebenda, S. 129, 149, 158.

haft an das MfS zu binden. Zu diesem Zweck sollte der West-IM in ein „Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnis“ zu seinem Führungsoffizier oder Kurier gebracht werden. Das geschah insbesondere durch persönliche und (vermeintlich) vertrauensvolle Gespräche und Begegnungen und durch regelmäßige Geldzuwendungen. Da der West-IM im Regelfall ein isolierter Einzelkämpfer war, musste er außerdem, Rösler zufolge, in den seltenen Begegnungen mit seinen Kontakteleuten aus der DDR politisch geschult und erzogen werden. Rösler schrieb von der „politischen Erziehungsfunktion“ solcher Treffen, die zur „umfassenden politisch-moralischen Stärkung des IM beitragen“ sollten.¹⁵ Mit anderen Worten ging es darum, die Überzeugung des IM von der Richtigkeit seines Tuns aufrechtzuerhalten oder zu stärken.

Bemerkenswert ist, dass Rösler in seiner psychologischen Analyse die politische Überzeugung als Motiv für eine Zusammenarbeit mit dem MfS weniger stark gewichtete, als es die IM-Richtlinien taten. Im Kontext der „politischen Erziehungsfunktion“ vermied Rösler zudem einen Begriff, der sich in den IM-Richtlinien und in anderen MfS-Dokumenten häufig findet, nämlich den des Feindbilddenkens. So verlangte beispielsweise die IM-Richtlinie 2/79, den West-IM mit dem Ziel zu erziehen, bei ihm „ein festes tschekistisches Feindbild [...] herauszubilden.“¹⁶ Das „tschekistische Feindbild“ beinhaltete „tiefe Gefühle des Hasses, des Abscheus, der Abneigung und Unerbittlichkeit gegenüber dem Feind“ und sah darin „außerordentlich bedeutsame Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf gegen den Feind“.¹⁷

Hass und Feindbilder sind geeignete Ausstattungsmerkmale eines funktionierenden Überzeugungstäters. Unter den hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS kamen diese Merkmale allerdings weitaus häufiger und stärker zum Tragen als unter den West-IM. So sehr das MfS in seinen normativen Bestimmungen den aus Überzeugung handelnden West-IM in den Mittelpunkt stellte, so sehr wusste man aus der Praxis, dass Überzeugung allenfalls eines von vielen Motiven darstellte. Dies zeigt die psychologische Analyse des HVA-Obersten Rösler eindrücklich.

Motivanalysen der bundesdeutschen Justiz

Fragt man nach den Überzeugungstätern unter den West-IM, so wird damit gleichzeitig nach den Motiven insgesamt gefragt. Der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes hatte vor

15 Ebenda, S. 90, 188, 190-192.

16 [MfS, Minister:] Richtlinie 2/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, in: Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2 (wie Anm. 2), S. 471-513, hier S. 491. Der im MfS-Jargon oft verwendete Begriff „tschekistisch“ leitete sich von „Tscheka“ ab, also von der 1917 von den Bolschewiki gegründeten Geheimpolizei, dem Vorläufer des KGB. „Tschekismus“ kann als eine „spezifische Ausformung der marxistisch-leninistischen Ideologie“ bezeichnet werden, die jedwede Handlung der kommunistischen Geheimdienste legitimierte und glorifizierte; vgl. Roger Engelmann, Bernd Florath u.a. (Hrsg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin ³2016, S. 165-167.

17 Dieser Auszug aus der Definition „Feindbild, tschekistisches“ findet sich in dem „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“, das die MfS-Hochschule Potsdam 1985 in einer Neuauflage zum internen Gebrauch erarbeitete. Es ist ediert in: Siegfried Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996, S. 121 f.

mehreren Jahren die Möglichkeit, Unterlagen aus den Strafverfahren gegen jene West-IM zu analysieren, die in den 1990er Jahren wegen Spionage zugunsten der DDR angeklagt wurden.¹⁸ Das betraf rund 500 Personen, von denen die meisten bis Ende der 1980er Jahre für das MfS arbeiteten; ältere Spionagefälle konnten aufgrund der Verjährungsfristen nicht mehr zur Anklage gebracht werden. Die Frage nach dem Motiv für die Zusammenarbeit mit dem MfS spielte vor Gericht stets eine Rolle, da das Strafmaß auch danach bemessen wird, warum jemand eine Handlung beging. Naturgemäß bemühten sich viele Angeklagte, vor Gericht einen möglichst günstigen Eindruck zu hinterlassen, während die anklagenden Staatsanwaltschaften oftmals ein weniger vorteilhaftes Motivationsgefüge konstatierten.

Die Analyse dieser Strafverfahren gegen jene rund 500 West-IM zeigt, dass die meisten West-IM tatsächlich auf der Grundlage einer wie auch immer gearteten Überzeugung angeworben wurden. Rein materielle Interessen standen bei rund 15 Prozent am Beginn ihrer Agenten- oder Spitzeltätigkeit. Daneben gab es persönliche Motive, wie etwa eine enge persönliche Bindung an eine Bezugsperson, die bereits für das MfS arbeitete; das konnten die eigenen Eltern oder nahe Verwandte aus der DDR sein. Bekannt sind die Schicksale alleinstehender Sekretärinnen, die auf perfide Weise in eine geheimdienstliche Tätigkeit verstrickt wurden. Manche Bundesbürger stimulierten vor allem die Abenteuerlust, und häufig gab es, wie schon bei Rösler beschrieben, ein ganzes Bündel an Motiven.

In den Strafverfahren der 1990er Jahre gaben viele West-IM an, sie seien unter Druck angeworben worden: sie hätten beispielsweise Nachteile für ihre DDR-Verwandschaft befürchtet oder Angst vor Verhaftung gehabt, falls sie die Zusammenarbeit mit dem MfS ablehnten. Einer kritischen Überprüfung hält dieses Argument aber nicht stand, denn jeder Bundesbürger hatte die Möglichkeit, aus der DDR auszureisen und sich somit dem MfS zu entziehen. Die DDR-Verwandschaft erlitt dadurch keine Nachteile. Real war allenfalls die Angst davor, dass es zu Nachteilen kommen könnte. Unter den rund 500 angeklagten West-IM gab es lediglich vier, die in einer echten Drucksituation zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS erpresst wurden: Drei von ihnen wurden bei der Einreise in die DDR verhaftet, einem vierten wurde eine Haftstrafe angedroht. In allen vier Fällen verfügte das MfS über belastendes Material und bot den Betroffenen als Ausweg an, sich zur inoffiziellen Zusammenarbeit zu verpflichten. Alle vier hätten allerdings die Möglichkeit gehabt, nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik den Kontakt zum MfS abubrechen, was sie aber nicht taten. Sie konnten sich daher nicht auf einen „rechtfertigenden“ oder „entschuldigenden Notstand“ berufen, den die Paragraphen 34 und 35 des Strafgesetzbuches definieren. Demnach entschuldigt beispielsweise § 35 StGB eine rechtswidrige Handlung, wenn jemand sie beging, um „Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit“ abzuwenden. Aber kein West-IM stand in dieser Gefahr, während sich DDR-Bürger nicht so einfach dem MfS entziehen konnten. Das erklärt, weshalb weniger als ein Prozent aller West-IM unter Druck angeworben wurden, während IM, die in der DDR lebten, in einem Viertel bis zur Hälfte aller Fälle einem „Druck- und Zwangserlebnis“ ausgesetzt waren.¹⁹

Anders als es die MfS-Richtlinien suggerieren, nahm die politische Überzeugung im Laufe einer West-IM-Karriere im Regelfall nicht zu, sondern ab. Manche West-IM waren

18 Die entsprechenden Forschungsergebnisse, auf denen auch die nachfolgenden Ausführungen beruhen, sind veröffentlicht in Herbstritt, Bundesbürger (wie Anm. 2), insbesondere S. 250-295.

19 Diese Zahlen nennt Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, Berlin 2008, S. 44 f.

schlicht desillusioniert, da sie sich ihre Aufgabe anders, bedeutender vorgestellt hatten. Viele litten unter dem Doppelleben, der Heimlichtuerei und der Angst, aufzufliegen und verloren hierüber ihre anfängliche Überzeugung, eine politisch richtige Entscheidung getroffen zu haben.

Die Führungsoffiziere sorgten mit gezielt geschaffenen „Faustpfändern“ dafür, dass viele West-IM den Absprung nicht wagten. In diesen Situationen kamen die von Rösler beschriebenen „Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnisse“ zur Geltung. Neben (vermeintlich) vertrauensvollen Gesprächen und gemeinsamen Unternehmungen des West-IM mit seinem Führungspersonal in der DDR spielten nun Geld und Unterschriften eine wesentliche Rolle. Es waren die MfS-Offiziere selbst, die darauf achteten oder auch darauf drängten, dass die West-IM Agentenlohn annahmen und den Empfang möglichst auch quittierten. Spielte Geld bei der Anwerbung noch kaum eine Rolle, so erhielten schließlich doch 80 bis 90 Prozent aller West-IM einen Agentenlohn, der über die reine Unkostenerstattung hinausging. Der finanzielle Anreiz spielte längerfristig eine maßgebliche Rolle.

Als regelrechte „Überzeugungstäter“ kann man auf die Dauer gesehen somit nur einen kleinen Teil der West-IM bezeichnen. Darunter befinden sich aber auffallend viele Spitzen-IM, also West-IM, die besonders interessante nachrichtendienstliche Zugänge hatten und wertvolle Informationen beschafften. Das Motiv der politischen Überzeugung erwies sich aus MfS-Perspektive daher als das vorteilhafteste – es war jedoch längst nicht so weit verbreitet, wie es die MfS-internen Richtlinien propagierten.

Die nach 1990 erschienenen Memoiren früherer West-IM zeichnen in dieser Hinsicht ein verzerrtes Bild, denn es meldeten und melden sich fast nur jene West-IM zu Wort, die meinen, aus Überzeugung gehandelt zu haben und ihre frühere Agenten- oder Spitzeltätigkeit bis heute als verantwortungsvolles politisches Handeln idealisieren.²⁰ Auch ihr früherer heimlicher Chef Werner Großmann (geb. 1929), der nach einer langen Karriere in der HV A 1986 deren Leitung von Markus Wolf übernahm, hebt den Aspekt der Überzeugung hervor. Sein 2017 erschienener, autobiografischer Erinnerungsband heißt schlicht „Der Überzeugungstäter“.²¹

3. West-IM der rumänischen Securitate in der Bundesrepublik

IM-Richtlinien, Anweisungen und Handreichungen für Securitate-Offiziere

Ähnlich wie das MfS hat auch sein rumänisches Pendant, die Securitate, ihre Arbeit in zahlreichen normativen Bestimmungen fixiert und in weiteren Ausarbeitungen präzisiert. Eine erste IM-Richtlinie erließ Securitate-Chef Gheorghe Pintilie (1902–1985) im Jahr 1951. Sie benannte lediglich zwei Grundlagen, auf denen man Informanten für gewöhnlich anwerben könne: auf der Grundlage einer „patriotischen Überzeugung“, die in dem Wunsch bestehe, die Sicherheitsorgane im Kampf gegen die Feinde zu unterstützen, oder auf der Grundlage

20 Auf diese Verzerrung verweist auch Helmut Müller-Enbergs: Das Motiv, in: Ders., Christian Booß (Hrsg.): Die indiskrete Gesellschaft. Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern, Frankfurt a.M. 2014, S. 91-135, hier S. 91 f.

21 Werner Großmann, Peter Böhm: Der Überzeugungstäter, Berlin 2017.

„kompromittierenden Materials“, was als eine Umschreibung für Druck oder Erpressung zu verstehen ist.²² 1976 erschien für den Securitate-internen Gebrauch eine vierzig Seiten starke Handreichung für die Anwerbung inoffizieller Mitarbeiter. In dieser Handreichung wurde vor allem der Aspekt betont, dass die anzuwerbenden IM die Gewähr bieten müssten, vertrauenswürdige und zuverlässige Personen zu sein und ebensolche Informationen zu liefern. Um diese Gewähr zu haben, müssten sich die Securitate-Offiziere während der Anwerbungsphase gründlich mit den Motiven der angehenden IM auseinandersetzen. Die Praxis habe gezeigt, dass zuverlässige IM meistens auf der Grundlage „patriotischer Gefühle und Überzeugungen“ arbeiteten. Der „Überzeugungstäter“ wurde also auch hier als effizientester Typus des IM charakterisiert und dementsprechend bevorzugt. In der Handreichung wurde auch darauf hingewiesen, dass es für eine IM-Tätigkeit eine große Bandbreite an Motiven gebe, doch wurde nicht näher auf diese Bandbreite eingegangen. Neben dem Überzeugungstäter wurde lediglich noch derjenige Typus thematisiert, der aufgrund materieller oder anderer Vorteile zu einer Kooperation mit der Securitate bereit sei.²³ In der IM-Richtlinie von 1951 und der Handreichung von 1976 wurde nicht zwischen einer IM-Tätigkeit im Inland und im Ausland unterschieden, doch in beiden waren offenkundig die Inlands-IM im Blickfeld.

Erst 1986 erließ Securitate-Chef Tudor Postelnicu (1931–2017) eine spezielle Regelung zur Anwerbung von Ausländern; zumindest ist bislang keine ältere Regelung bekannt geworden. Es handelt sich um die Anweisung Nr. 165 vom 15. Januar 1986.²⁴ Zu den Ausländern wurden gemäß dieser Anweisung ausdrücklich auch rumänische Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland sowie Ausländer mit rumänischer Herkunft gezählt. Die Ausländer-IM sollten als klassische Spione in den Bereichen Politik, Militär, Geheimdienste, Wirtschaft und Forschung eingesetzt werden, ferner als Einflussagenten, die politische Entscheidungen oder die politische bzw. inhaltliche Ausrichtung etwa einer Partei oder eines Verbandes in eine bestimmte Richtung hin beeinflussen sollten, und für Desinformationskampagnen. Die Anweisung Nr. 165 kannte drei Motive, auf deren Grundlage Ausländer als IM für die Securitate angeworben werden konnten. Es handelte sich um die drei Grundmuster, die auch in dem Richtlinienentwurf der HV A von 1959 genannt und in derselben Reihenfolge wie

22 Ministerul Afacerilor Interne, Direcțiunea Generală a Securității Statului: Directiva referitoare la munca cu agentura [Ministerium für Innere Angelegenheiten, Hauptverwaltung für Staatssicherheit: Richtlinie für die Arbeit mit der Agentur] 1951. Die Richtlinie ist veröffentlicht in Cristina Anisescu, Silviu B. Moldovan u.a. (Hrsg.): „Partiturile“ Securității. Directive, ordine, instrucțiuni (1947–1987) [Die „Partituren“ der Securitate. Richtlinien, Befehle, Anweisungen (1947–1987)]. București 2007, S. 204–216, hier S. 210.

23 Ministerul de Interne: Criterii privind recrutarea de informatori și colaboratori pentru munca de Securitate [Ministerium des Innern: Kriterien für die Rekrutierung inoffizieller Mitarbeiter für die Arbeit der Securitate], 1976; ACNSAS, D 008712, vol. 1, partea 19, S. 10–14; im Internet unter: http://www.cnsas.ro/documente/materiale_didactice/D%20008712_001_p19.pdf [letzter Zugriff: 11.8.2017].

24 Ministerul de Interne, D.S.S., Direcția I: Instrucțiunile nr. 000165 din 15.1.1986 [Ministerium des Innern, Abteilung für Staatssicherheit, Hauptabteilung I: Anweisungen Nr. 165 vom 15.1.1986]; ACNSAS, D 007929, vol. 485, Bl. 1–27; im Internet unter: http://www.cnsas.ro/documente/acte_normative/D%20007929_485%20fila%20001-027.pdf [letzter Zugriff: 11.8.2017]. Für die nachfolgenden Ausführungen siehe darin insbesondere Bl. 3 f., 11, 15, 18, 23, 25.

diese angeführt wurden.²⁵ Hierzu zählten erstens politische Überzeugungen sowie Sympathien des Ausländers für Rumänien, zweitens materielle oder andere Eigeninteressen des angehenden IM und drittens kompromittierende Umstände – also Druck bzw. „Wiedergutmachung“. Weder diese Anweisung noch andere bislang bekannte Securitate-Dokumente vertieften die Frage nach den Motiven der West-IM. Ebenso wie im MfS verlangte auch die Anweisung Nr. 165, den West-IM beständig zu erziehen und zu motivieren. Auf diese Weise sollte er sich moralisch und fachlich dahingehend weiterentwickeln, seine Aufgaben zunehmend besser zu erfüllen. Seine Sympathien gegenüber dem sozialistischen Rumänien sollten gepflegt und seine Anhänglichkeit und somit auch Loyalität an die Securitate intensiviert werden. Zugleich sollte die Erziehungsarbeit den politischen und gesellschaftlichen Einflüssen entgegenwirken, denen der IM in einem westlichen Land permanent ausgesetzt war. Unabhängig von ihren Motiven sollten West-IM in Relation zur Wertigkeit ihrer Informationen oder Tätigkeiten belohnt werden, sei es in Form von Geld, wertvollen Geschenken oder auf andere Weise. Im Gegensatz zu den MfS-Dokumenten thematisierte die Anweisung Nr. 165 auch den möglichen Einfluss des West-IM auf den Führungsoffizier und erweiterte damit die Perspektive: Die Führungsoffiziere wurden ausdrücklich davor gewarnt, sich von den West-IM korrumpieren oder in illegale Aktivitäten hineinziehen zu lassen, und ebenso wurde ihnen untersagt, die West-IM zur Lösung privater Probleme zu nutzen. Hier kamen die Erfahrungen des Securitate-Apparats mit Korruption in den eigenen Reihen zum Ausdruck. Korruption konnte offenbar dazu führen, dass die Rollen zwischen Führer (Offizier) und Geführtem (West-IM) auch wechseln konnten und es einem West-IM gelang, seinerseits seinem Führungsoffiziere Aufträge zu erteilen.

Die normativen und theoretischen Securitate-Schriften belegen, dass man sich innerhalb der Securitate ähnliche Gedanken über das Profil der West-IM machte wie beim MfS. Einiges davon zählt auch schlicht zu den allgemeinen Grundlagen nachrichtendienstlicher Arbeit, anderes trug den besonderen Verhältnissen eines geteilten Landes und eines geteilten Kontinentes sowie der ideologischen Ost-West-Konfrontation Rechnung. Tiefergehende Analysen wie die des HVA-Obersten Rösler sind aus den Überlieferungen der Securitate bislang nicht bekannt geworden.²⁶

25 Es ist unwahrscheinlich, dass der HVA-Entwurf von 1959 der Securitate vorlag. Die Kooperation zwischen beiden Geheimdiensten kam zwar erst in den 1960er Jahren zum Erliegen, aber es gehörte auch zuvor nicht zu den Gepflogenheiten beider Institutionen, solche Entwürfe auszutauschen. Die Ähnlichkeiten resultieren teils daraus, dass es sich um allgemeingültige Muster handelte, teils daraus, dass alle sozialistischen Geheimdienste seit Ende der 1940er Jahre ihre Regularien am Vorbild des sowjetischen KGB ausrichteten. Die Securitate entzog sich seit den 1960er Jahren dem KGB, doch waren zu dieser Zeit die Muster schon vorgegeben.

26 Anders als das MfS unterhielt die Securitate keine eigene Hochschule. Für die entsprechende Ausbildung ihrer Mitarbeiter stand ihr die Militärschule des Innenministeriums im Bukarester Stadtteil Băneasa zur Verfügung, wo auch die Miliz (Polizei) ihr Personal schulte. Der Verfasser des vorliegenden Beitrags hatte bislang noch keine Möglichkeit, sich ausführlich mit dieser Ausbildungsstätte zu beschäftigen.

Fallbeispiele

Der gegenwärtige Forschungsstand unterscheidet sich ebenso wie die Aktenüberlieferung. Wie oben dargelegt, ist der Kenntnisstand über die West-IM, die im Geheimen für das MfS arbeiteten, vergleichsweise gut. Es gibt breit angelegte empirische Untersuchungen, die allgemeine Aussagen über die Motive der West-IM treffen. Über die West-IM der Securitate ist bislang weniger bekannt. Es sind zwar eine ganze Reihe einzelner Fälle und geheimdienstlicher Operationen bekannt geworden, aber es gibt weder quantitative noch qualitative Analysen über die IM der Securitate in der Bundesrepublik oder einem anderen westlichen Land.²⁷

Im Folgenden werden drei Biografien von Securitate-IM in der Bundesrepublik kurz vorgestellt, um auf diese Weise Anhaltspunkte für die Motive einer West-IM-Tätigkeit zu bekommen. Im ersten Fall geht es um eine Frau, die an Menschenraub-Aktionen der Securitate mitwirkte, in den beiden anderen Fällen geht es um Männer, die als Einfluss-Agenten ein positives Rumänienbild in der Bundesrepublik verbreiten sowie auf die aus Rumänien stammenden Emigranten und Aussiedler im Sinne des Ceaușescu-Regimes einwirken sollten.

IM „Gerda“ und drei Menschenraub-Aktionen der Securitate in Berlin und Wien

In den 1950er Jahren wurden mehrere hundert Menschen von östlichen Geheimdiensten von West nach Ost verschleppt. Das traf unbequeme, aktive Regimegegner ebenso wie geflohene Funktionäre. Manche kamen nach längeren Haftstrafen wieder frei, andere wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ein großer Teil dieser Menschenraub-Aktionen ereignete sich in Berlin, da die Ost-West-Grenze dort bis zum Mauerbau am 13. August 1961 noch durchlässig war. Vor allem das MfS bediente sich damals dieser Methode, aber auch die Securitate.²⁸

An drei Menschenraub-Aktionen der Securitate in den Jahren 1956 und 1958 wirkte IM „Gerda“ als Informantin und Lockvogel aktiv mit.²⁹ „Gerda“, Jahrgang 1926, war eine Siebenbürger Sächsin aus der Gegend von Mühlbach (Sebeș), sie war gelernte Metzgereiverkäuferin, die 1942 als 16-Jährige der deutschen Wehrmacht in Rumänien als Krankenschwester zugeordnet wurde und bei Kriegsende nach Berlin kam. Sie ließ sich in Westberlin nieder, wo sie heiratete und eine Familie gründete. 1956 wurde sie in der rumänischen Botschaft in Ostberlin vorgestellt, um ein Visum für Rumänien zu beantragen, weil sie ihre Mutter und ihre Brüder besuchen wollte. Bei dieser Gelegenheit ließ sie sich von einem Securitate-Offizier der Botschaft als IM anwerben. Sie lieferte fortan mäßig interessante

27 Einen allgemeinen und aktuellen Überblick über die rumänische Auslandsspionage bis 1989 bietet Florian Banu: *De la SSI la SIE. O istorie a spionajului românesc în timpul comunist (1948–1989)* [Vom SSI zum SIE. Eine Geschichte der rumänischen Spionage in der kommunistischen Zeit (1948–1989)], București 2016.

28 Grundlegend zum Thema ist die Studie von Susanne Muhle: *Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR*, Göttingen 2015.

29 Die nachfolgende Darstellung über IM „Gerda“ basiert auf Georg Herbstritt: *Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989*, Göttingen 2016, S. 71-75, 88-93, 98-109.

Informationen über rumänische Emigranten in Westberlin, die damals im Fokus der Securitate standen, um dann als Lockvogel in drei Entführungsfällen eingesetzt zu werden. Im November 1956 überredete sie weisungsgemäß den stellvertretenden Vorsitzenden der „Rumänischen Kolonie Berlin“, Vergiliu Eftimie (1914–1992), mit ihr zu verschiedenen Einkäufen nach Ostberlin zu fahren. Dort nahm ihn das MfS unter einem Vorwand fest und überstellte ihn den Securitate-Offizieren der rumänischen Botschaft. Diese verhörten ihn die ganze Nacht hindurch und ließen ihn erst frei, nachdem sie von ihm die Zusage erpresst hatten, künftig als Informant für sie zu arbeiten. Eftimie hielt sich nicht an diese Zusage, sondern lehnte den Kontakt zu den Securitate-Offizieren konsequent ab. Zugleich erlegte er sich in seinen politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten fortan enorme Zurückhaltung auf: Die Securitate hatte ihn nachhaltig eingeschüchtert und somit ein Stück ihres Zieles erreicht, nämlich die rumänische Emigration in Berlin als politischen Faktor auszuschalten oder zu neutralisieren.

Im Januar 1958 legte IM „Gerda“ auf ihrer Rückreise von Rumänien nach Berlin weisungsgemäß in Wien einen Zwischenstopp ein. In der österreichischen Hauptstadt nahm sie Kontakt zu Traian Puiu (1913–1990) auf, einem der prominentesten Exil-Legionäre und damaligen Generalsekretär der Legionärsbewegung, der sein Geld nun als Immobilienmakler verdiente. Puiu hatte sich im Januar 1941 am Aufstand der faschistischen Legionäre gegen den rumänischen Militärdiktator Ion Antonescu (1882–1946) beteiligt und war nach dessen Niederschlagung nach Deutschland geflüchtet. Nach dem Sturz Antonescus und dem Seitenwechsel Rumäniens im August 1944 hatte das NS-Regime eine rumänische Gegenregierung in Wien installiert, die vom Anführer der Legionäre, Horia Sima (1906–1993), geleitet und von Traian Puiu unterstützt wurde. IM „Gerda“ trat nun mit der Bitte an Traian Puiu heran, ihr eine Wohnung in Wien zu vermitteln. Als Puiu sich daraufhin zu ihr begab, erwarteten ihn dort bereits mehrere Securitate-Mitarbeiter. Sie überwältigten ihn und brachten ihn heimlich zurück nach Rumänien, wo ein Gericht ihn zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilte. 1964 wurde er im Rahmen einer großen Amnestie aus der Haft entlassen.

Nach dieser Aktion richtete sich der Blick der Securitate auf Oliviu Beldeanu (1924–1960). Beldeanu hatte im Februar 1955 mit vier anderen jungen Emigranten die rumänische Gesandtschaft in Bern überfallen, um gegen das kommunistische Regime zu protestieren. Dabei erschossen sie einen Mitarbeiter der Gesandtschaft. Im Herbst 1957 aus einem Schweizer Gefängnis entlassen, ließen sie sich in München nieder. IM „Gerda“ erhielt nun den Auftrag, sich der Gruppe um Beldeanu zu nähern. Zu diesem Zweck führte sie ihren Bruder der Securitate zu, der als IM „Gerhard“ mit ihr zusammen in München eine Kantine und Metzgerei eröffnete, wo Beldeanu und seine Gruppe schon bald verkehrten und observiert werden konnten. IM „Gerhard“, der Bruder von „Gerda“, war ab 1942 beim nationalsozialistischen Sicherheitsdienst (SD) tätig; ab 1943 war er Wachmann im Büro von SD-Chef Ernst Kaltenbrunner (1903–1946), wie er die Securitate vorab wissen ließ, die darin aber keinen Grund sah, ihn nicht zu rekrutieren. Mit der Hilfe von „Gerda“ und anderen gelang es, Oliviu Beldeanu im August 1958 zu einer Reise nach Westberlin zu überreden. Dort erwartete ihn ein weiterer Securitate-IM, der ihn über die offene Grenze nach Ostberlin chauffierte. Unmittelbar hinter der Grenze im Zentrum Berlins nahm ihn ein MfS-Kommando nach einem kurzen Schusswechsel fest und übergab Beldeanu absprachegemäß der Securitate. Dieser Fall fand damals Widerhall in den Zeitungen Ost- und Westberlins. Beldeanu wurde nach Rumänien gebracht, zum Tode verurteilt und 1960 hingerichtet.

Ende 1958 kam die US-amerikanische Spionageabwehr der IM „Gerda“ auf die Spur. Daraufhin wurde „Gerda“ auf Anweisung der Securitate-Führung samt ihrer Familie zuerst in die DDR nach Leipzig zurückgezogen, und wenig später nach Siebenbürgen. Ihr Mann und ihr Sohn kehrten Mitte der 1960er Jahre nach Westberlin zurück, die Familie zerbrach.

„Gerda“ war gewiss eine nützliche, zuverlässige und engagierte inoffizielle Mitarbeiterin der Securitate, die den Folgen ihres Tuns vermutlich gleichgültig oder kaltblütig gegenüberstand. Irgendeine politische Überzeugung lag ihrem Handeln offensichtlich nicht zugrunde. Die Akten zeigen sie als eine Frau, die an eigenen Vorteilen und an Geld interessiert war. Sie verpflichtete sich als IM, um unkompliziert in ihre alte Heimat reisen zu können, und ihr Agentengehalt in den Jahren 1956 bis 1958 war in etwa so hoch wie der damalige Durchschnittsverdienst eines Berufstätigen in der Bundesrepublik. Ein Securitate-Offizier vermerkte schon Ende 1956, dass „Gerda“ ihre Beziehungen zur Securitate zunehmend „für eigene materielle Interessen auszunutzen“ versuche. Demgegenüber steht ein Selbstzeugnis der IM „Gerda“. Mitte der 1960er Jahre schrieb sie in einer persönlichen Notiz, die sich in ihrer Securitate-Akte findet, wörtlich Folgendes: „Ich habe in meinem Leben nur für andere gelebt und habe mich aufgeopfert [...]“. Abgesehen von dem Zynismus, der in dieser Aussage steckt, lässt dieser Satz die Schlussfolgerung zu, dass „Gerda“ es gewohnt war, zu funktionieren und zu gehorchen, und ihr Tun mit diesen vermeintlichen Tugenden vor sich legitimierte. Eine Überzeugung spricht aus dieser Notiz nicht.

Fritz Cloos: Einflussagent mit NS-Vergangenheit

Im Mittelpunkt des zweiten Fallbeispiels steht ebenfalls ein Siebenbürger Sachse: Friedrich Sigmund (Fritz) Cloos (1909–2004) aus Kronstadt (Braşov).³⁰ Cloos engagierte sich als junger Mann seit Anfang der 1930er Jahre in der NS-Bewegung in Siebenbürgen und bekleidete dort hohe Funktionen. Nebenbei war er Agent des SD. Im Februar 1945 übernahm er faktisch die Leitung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien. Im März 1945 wurde er in Bukarest verhaftet, musste zehn Jahre in einem sowjetischen Gefangenenlager arbeiten und wurde 1955 nach Rumänien überstellt. Dort kam er zunächst noch für einige Monate in das Gefängnis von Gherla. In dieser Zeit verhörte ihn die Securitate ausgiebig und warb ihn als IM an. Seine NS-Vergangenheit und insbesondere seine Erfahrungen als SD-Mitarbeiter machten ihn für die Securitate besonders interessant. Aus dem Gefängnis entlassen, lieferte Fritz Cloos fortan mit viel Eifer denunziatorische und folgenschwere Berichte über andere Menschen. Die Securitate-Offiziere waren mit ihm hochzufrieden und siedelten ihn 1961 als Einflussagent in die Bundesrepublik über. Sein geheimdienstlicher Auftrag bestand neben der Informationsbeschaffung vorrangig darin, in der Bundesrepublik ein positives Rumänienbild zu verbreiten und hier die national-kommunistische rumänische Geschichtsschreibung zu popularisieren. Inhaltlich bedeutete dies, Rumäniens Rolle

30 Die nachfolgende Darstellung über Fritz Cloos basiert auf der quellengestützten Publikation von William Totok: Mit tückischer Durchtriebenheit. Durchsetzung der offiziellen Geschichts- und Kulturpolitik im national-kommunistischen Rumänien mit nachrichtendienstlicher Unterstützung. Teil II, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 26 (2014), H. 1-2, S. 147-166.

als wichtiger Verbündeter Deutschlands im Zweiten Weltkrieg herunterzuspielen und das Land als Opfer NS-Deutschlands darzustellen. Analog dazu durften die NS-Akteure unter den Rumäniendeutschen als „Marionetten“ Berlins beschrieben werden, womit sie von eigener Schuld und Verantwortung weitgehend freigesprochen wurden. Der außenpolitische Sonderweg Rumäniens und die demonstrative Distanzierung des rumänischen Partei- und Staatschefs Nicolae Ceaușescu von der sowjetischen Hegemonialmacht wurden in eine (vermeintlich) lange Tradition nationalen Unabhängigkeitsstrebens des rumänischen Volkes gestellt. Mit solchen Sichtweisen sollte von den innenpolitischen Problemen und Repressionen abgelenkt und das Prestige Ceaușescus im westlichen Ausland gehoben werden.

Nun hätte sich Cloos in der Bundesrepublik relativ leicht von der Securitate lösen können. Doch er erfüllte noch ein Vierteljahrhundert lang seine geheimdienstlichen Aufträge. Unter anderem engagierte er sich in der SPD und wurde 1976 Mitglied im SPD-Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen. Außerdem gründete er 1965 die „Arbeitsgemeinschaft für südostdeutsche Volks- und Heimatforschung“, in der viele ehemalige rumäniendeutsche Nazis zusammenkamen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ diente Cloos insgeheim als Plattform, um seine Desinformationen im Sinne der Securitate in die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu transportieren. 1987 beendete die Securitate schließlich die Zusammenarbeit mit dem inzwischen 78-jährigen Cloos aus Altersgründen.

Im Jahr 2014 hat der rumäniendeutsche Publizist William Totok (geb. 1951) die IM-Biografie von Cloos in einem Aufsatz offengelegt, auf dem auch die hier vorliegende Schilderung basiert. Totok schildert Cloos als einen hoch motivierten Agenten, der viel Eigeninitiative entwickelte und den zumindest zwei Motive antrieben: das ansehnliche Agentengehalt, das zeitweise über seinem regulären Arbeitseinkommen lag, und die Freude daran, über Macht und Einfluss zu verfügen. Cloos' mehrfach geäußerte Behauptung, er habe sich schon 1943 von der NS-Ideologie distanziert, charakterisiert Totok hingegen als „autobiografische Legende“. Es gibt daher keine Anzeichen, dass Cloos seine Tätigkeit als West-IM auf der Grundlage einer politischen Überzeugung ausgeübt hätte. Allem Anschein nach sah er in der geheimdienstlichen Arbeit eine Möglichkeit, eigene Ziele und Interessen umzusetzen.

Pamfil Șeicaru: Kooperation aufgrund patriotischer Gesinnung

Das dritte Fallbeispiel handelt von Pamfil Șeicaru (1894–1980), der in der Zwischenkriegszeit einer der wichtigsten Zeitungsmacher und Publizisten Rumäniens war.³¹ Seit 1928 gab er die einflussreiche Tageszeitung „Curentul“ heraus, die anfangs noch moderat rechtsnational orientiert war und ab 1940 konsequent den Kurs des Militärdiktators und Hitler-Verbündeten Ion Antonescu unterstützte. Im Sommer 1944 reiste Șeicaru nach Spanien, das ihm in den folgenden drei Jahrzehnten als Exilland diente. 1974 zog er in die Nähe Münchens, wo er 1980 starb.

31 Die nachfolgende Darstellung über Pamfil Șeicaru stützt sich auf die kommentierte Aktenedition von Dinu Zamfirescu: *Cărțile Securității. Agenți de influență din exilul românesc* [Die Maulwürfe der Securitate. Einflussagenten im rumänischen Exil], Iași 2013, S. 93-243, sowie Herbstritt, *Entzweite Freunde* (wie Anm. 29), S. 478-480.

Şeicaru blieb publizistisch aktiv, und die Securitate nahm davon Kenntnis. So registrierte sie auch, dass er die außenpolitische Distanzierung Rumäniens von der Sowjetunion seit den frühen 1960er Jahren positiv kommentierte. Die Securitate schickte daraufhin Emissäre zu ihm nach Spanien mit dem Ziel, sich ihm zunächst anzunähern und ihn dann für die propagandistischen Ziele des kommunistischen Rumäniens einzuspannen. Ohne sich förmlich als IM zu verpflichten, nahm Şeicaru etwa seit den späten 1960er Jahren materielle und ideelle Unterstützung der Securitate an, um seine Schriften zu publizieren. Er stellte darin den national-kommunistischen Kurs Ceauşescus einseitig als Politik der nationalen Unabhängigkeit dar. Der Nationalismus wurde zu einem verbindenden Element zwischen den Kommunisten in Bukarest und dem zum Teil weit rechts orientierten rumänischen Exil. Bekannte Persönlichkeiten wie Şeicaru entkräfteten mit ihren Schriften die Argumente einiger anderer Regimegegner im Exil, indem sie auf die – teils gegebene, teils konstruierte – Interessensidentität zwischen dem Ceauşescu-Regime und den national orientierten Emigranten hinwiesen. Auch dies war eine Methode, um das politische Exil zu neutralisieren. Folgt man den Akten, bewahrte sich Şeicaru aber eine gewisse Unabhängigkeit und ließ sich nicht so direkt steuern wie Cloos.

Die Securitate wusste jedoch, wie sie Şeicaru für sich einnehmen konnte. Sie sorgte dafür, dass Ceauşescu 1966 in einem geheimen Dekret das Todesurteil gegen Şeicaru von 1945 aufhob. Sie wusste auch, dass Şeicaru sich nach Rumänien sehnte. Deshalb ermöglichte sie ihm im August 1976, für eine Woche heimlich nach Rumänien zu reisen. Diese Reise blieb seiner engsten Umgebung allerdings nicht verborgen. 1978 wurde – ohne Zutun der Securitate – Şeicarus Zeitung „Curentul“ in München als zweimonatliche Exilzeitung wieder gegründet. Die Hoffnungen der Securitate, auf diesem Weg noch intensiver auf die rumänischen Emigranten einzuwirken, erfüllten sich jedoch nicht. Denn Şeicaru starb 1980 in der Nähe Münchens, und der von ihm als Herausgeber eingesetzte Emigrant Vasile Dumitrescu (1916–1992) war gegenüber Einflussnahmen der rumänischen Kommunisten immun.

Şeicaru ist somit ein Beispiel für diejenigen West-IM, die sich aufgrund von Sympathie für Rumänien, aufgrund „patriotischer Gefühle“, mit der Securitate einließen. Wahrscheinlich spielte zumindest in seinen letzten Lebensjahren auch Sentimentalität eine Rolle. Hinzu kam bei ihm als politisch Denkendem und leidenschaftlich Schreibendem das Lockmittel, noch einmal politisch wahrgenommen werden und Einfluss haben zu können. Gleichwohl ordnete er sich der Securitate nicht in der Weise unter, wie dies „Gerda“ und Cloos taten.

4. Schlussbetrachtung: Grenzen der Erkenntnis

Die drei Biografien, die hier knapp skizziert wurden, können eine empirische Analyse nicht ersetzen. Doch diese Fallbeispiele wurden mit der Absicht ausgewählt, eine möglichst große Bandbreite unterschiedlicher Aspekte vorzustellen.

Die ersten Kontakte mit der Securitate fanden unter jeweils anderen Voraussetzungen und in verschiedenen Ländern statt, und die Zusammenarbeit war von unterschiedlichen Interessen geleitet. Die Securitate zeigte sich flexibel, wenn es darum ging, die Zusammenarbeit mit ihren geheimen Mitarbeitern im Westen zu stimulieren. Ideologische Gegensätze bildeten keine Barriere für die geheime Zusammenarbeit, und mitunter fielen die Interessen von Kommunisten und Nationalisten zusammen. Politische Überzeugung spielte im Einzel-

fall durchaus eine Rolle, doch dürfte sie allenfalls bei einer Minderheit der West-IM der Securitate ein dauerhaft tragendes Motiv für die geheimdienstliche Kooperation gewesen sein. Da sich die West-IM dem Einfluss der Securitate relativ leicht entziehen konnten und somit ohne Zwang in der Bundesrepublik geheimdienstlich agierten, betrieben die zuständigen Securitate-Offiziere in jedem Einzelfall eine Art von Motivforschung, um die entsprechende Person an den Geheimdienst zu binden.

Es ist hier nicht der Platz, um das Vorgehen von MfS und Securitate vergleichend zu analysieren. Die Feststellungen und Beobachtungen, die in dem vorliegenden Aufsatz getroffen wurden, lassen jedoch schon erkennen, dass beide Geheimdienste in ihrer Tätigkeit gegen die damalige Bundesrepublik von unterschiedlichen Grundgegebenheiten ausgehen mussten: Das MfS agierte unter den besonderen – und für seine Zwecke vorteilhaften – Bedingungen eines geteilten Landes. Dadurch bildet das MfS in heutigen Untersuchungen aber immer einen Sonderfall. Die Securitate verfügte nicht über diesen „Heimvorteil“, wengleich die Gruppe der Rumäniendeutschen in mancher Hinsicht ähnliche Bindungen zur Bundesrepublik unterhielt wie die DDR-Deutschen. Indem hier die West-IM zweier östlicher Geheimdienste berücksichtigt werden, basieren die Schlussfolgerungen auf einer breiteren Grundlage als dies etwa bei einer rein innerdeutschen Betrachtung der Fall wäre. Auf diese Weise wird erkennbar, dass MfS und Securitate trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen vor den selben Fragen hinsichtlich der Motive ihrer West-IM standen und einen je ähnlichen Pragmatismus an den Tag legten, um ihre West-IM an sich zu binden.

Um den Stellenwert der „Überzeugungstäter“ genauer zu erkennen, bedarf es einer breit angelegten Aktenanalyse. Dabei sind den Erkenntnismöglichkeiten jedoch Grenzen gesetzt. Motive für eine IM-Tätigkeit können in einem persönlichen Bereich liegen, der in den Akten überhaupt nicht auffindbar ist. Die Geheimdienstoffiziere legten ihrer Motivforschung zudem bestimmte Raster zugrunde, die manche Aspekte nicht oder nur ungenügend erfassen.

Bedenkenswert ist daher, was die MfS-Hauptabteilung II 1972 konstatierte. Diese Abteilung war für den weiten Bereich der Spionageabwehr verantwortlich. Zum Jahresende 1971 führte sie 715 inoffizielle Mitarbeiter, von denen 139 im Westen lebten.³² Um die Arbeit der Abteilung zu verbessern, erarbeitete sie 1972 eine sozialstatistische Analyse ihres IM-Netzes. Die Untersuchung beinhaltete auch Zahlen zu den Motiven der IM für die geheimdienstliche Zusammenarbeit, der Anteil der politisch Überzeugten wurde als sehr hoch beziffert. Zugleich wurden interessante Einschränkungen vorgenommen: „Es gibt zum Beispiel noch eine bedeutende Anzahl von IM, bei denen die entscheidenden Motive der Zusammenarbeit zur Zeit nicht eindeutig bestimmt werden können [...]“. Und ausdrücklich auf die West-IM bezogen hieß es, dass es „hinsichtlich der IM im Operationsgebiet in der Regel schwieriger ist, ihr Persönlichkeitsbild ständig zu vervollkommen und ihre Handlungen umfassend zu analysieren wie bei DDR-IM [...]“.³³ Die Erkenntnisgrenzen, die das MfS in den frühen 1970er Jahren konstatierte, wird auch die künftige „Täterforschung“ in diesem Bereich zu bedenken haben.

32 MfS, HA II, 1.6.1972: Einschätzung des Standes und der Qualität der Arbeit mit dem IM/GMS-System; BStU, MfS, HA II, Nr. 22899, Bl. 1-52, hier 4 f. Zu den 715 IM kamen in der DDR noch rund 600 IMK („Inoffizielle Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration“) und GMS („Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit“), die in gewisser Weise nur Hilfsfunktionen ausübten.

33 Ebenda, Bl. 17 f.

Summary

In the years up to 1989, why did so many residents of the Federal Republic of Germany work as unofficial collaborators (inoffizielle Mitarbeiter; IM) for the Stasi or Securitate, the Communist State Security Services of the German Democratic Republic and Romania? They generally did so voluntarily, were fully aware that it was a punishable offence and were not able to justify their actions by any mitigating urgent or emergency circumstances. The state security services themselves tried to find answers to these questions: knowing the exact motives of the „West-IMs“ provided an important basis for collaboration.

This research into the motives of the collaborators is to be found in the internal documents of the security services – both in their basic policy documents as well as in the files on the individual IMs. The ideal IMs in enemy country were those who acted on their convictions because their loyalty could best be relied upon. In fact, however, the motives of the „West-IMs“ were often multi-faceted and varied over time, so that not even the handling case officers were always able to clearly identify them.

Zwischen Nähe und Distanz: Fritz Valjavec und die Südost-Forschung im Nationalsozialismus

von Robert Pech

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, von ihrem individuellen Willen weitgehend unabhängige Verhältnisse ein, Kooperationsverhältnisse, die dem Entwicklungsstand ihrer sozialen Institutionen entsprechen.“¹ Mit dieser Marx-Paraphrasierung hob Herbert Mehrrens die Interdependenz von sozialer Umwelt und persönlicher Rolle hervor. Die Verbindung und Implikation von Denken und sozialen Rahmenbedingungen auf das Handeln von Personen rückten in den letzten Jahren auch zunehmend in den Mittelpunkt der geschichtswissenschaftlichen Analyse.² So wies bereits 1998 der damalige Vorsitzende des Historikerverbandes, Johannes Fried, darauf hin, dass „nicht länger geschwiegen werden dürfe“: „Führende Vertreter des Faches, die nach 1945 ‚unsere Lehrer waren und als Forscher unsere Vorbilder‘, hätten in den Jahren der Nazi-Diktatur schwer gefehlt.“ Nunmehr „müsse man sich endlich der ‚Selbstprüfung der eigenen Disziplin‘ zuwenden“.³ Diesem von Frankfurt ausgehenden Auftrag, die Vergangenheit der deutschen Geschichtswissenschaft einer Revision zu unterziehen, hat sich die Südosteuropaforschung nicht verschlossen.⁴ Neben den Bedingungsfaktoren der Disziplin wurde das Augenmerk eben auch auf den führenden Vertreter des Faches, auf Fritz Valjavec (1909–1960) und dessen Biografie vornehmlich zwischen 1933 und 1945 gelegt. Sprach Fried 1998 davon, „dass die Historiker ‚den Nationalsozialismus herbeigeschrieben, herbeigelehrt‘ hätten, und dass im Hinblick auf die Rolle der eigenen Disziplin von ‚Schuld, nicht nur Scham‘ geredet werden müsse“,⁵ folgten im Rahmen eines verständlichen Aufklärungswillens und, wie

- 1 Herbert Mehrrens: Kollaborationsverhältnisse: Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie, in: Christoph Meinel, Peter Voswinckel (Hrsg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1994, S. 13-32, hier S. 15.
- 2 *Pars pro Toto* sei verwiesen auf die biografischen Arbeiten über drei Akteure der Ost-Forschung: Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001; Jan Eckel: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005; Jan Eike Dunkhase: Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010; Christoph Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2013.
- 3 Eröffnungsansprache auf dem Frankfurter Historikertag, zitiert nach: Volker Ullrich: Späte Reue der Zunft. Endlich arbeiten die deutschen Historiker die braune Vergangenheit ihres Faches auf, http://www.zeit.de/1998/39/199839.historiker_.xml [letzter Zugriff: 21.8.2018]. Vgl. den daraus resultierenden Sammelband: Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999.
- 4 Als Produkt erschien der Sammelband: Mathias Beer, Gerhard Seewann (Hrsg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen, Inhalte, Personen, München 2004.
- 5 Zitiert nach: Karen Schönwälder: Heinrich von Srbik. „Gesamtdeutscher“ Historiker und „Vertrauensmann“ des nationalsozialistischen Deutschland, in: Doris Kaufmann (Hrsg.): Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, Bd. 2, Göttingen 2000, S. 528-544, hier S. 531 f.

Michael Grüttner pointiert festhält, in einer „manchmal etwas schrillen Diskussion“,⁶ auch einige Beiträge über Fritz Valjavec, die im Ergebnis seinen Anteil und zugleich die braune Einfärbung der Verbundwissenschaft Südost-Forschung⁷ hervorhoben.⁸ Valjavec, geboren in Wien, sozialisiert im Banat und vor allem in Budapest,⁹ wurde dabei nicht nur eine wissenschaftstheoretische Unterstützung des Nationalsozialismus attestiert, er wurde vielmehr auch mit Mordhandlungen im Rahmen einer SD-Einsatzgruppe in Verbindung gebracht.¹⁰

Nachfolgend geht es darum, auf der Grundlage neuer Aktenfunde bzw. einer Neubewertung von Dokumenten einerseits nach den Motiven und Bedingungen der Kooperation¹¹

- 6 Michael Grüttner: Die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik und die Geisteswissenschaften, in: Holger Dainat, Lutz Danneberg (Hrsg.): Literaturwissenschaft und Nationalsozialismus, Tübingen 2003, S. 13-39, hier S. 22.
- 7 Frank-Rutger Hausmann weist zu Recht darauf hin, dass sich Südost-Forschung während der NS-Zeit aus mehreren Einzelwissenschaften zusammensetzte. Frank-Rutger Hausmann: Die Geisteswissenschaften im „Dritten Reich“, Frankfurt a.M. 2001, S. 729.
- 8 Zur Person siehe die Beiträge von Gerhard Grimm, Norbert Spannenberger und Krista Zach in Beer, Seewann (Hrsg.), Südostforschung (wie Anm. 4); László Orosz: Die Verbindungen der deutschen Südostforschung zur ungarischen Wissenschaft zwischen 1935 und 1944. Ein Problem- aufriß anhand des Briefwechsels zwischen Fritz Valjavec und Elemer Malyusz, in: Márta Fata (Hrsg.): Das Ungarnbild der deutschen Historiographie, Stuttgart 2004, S. 126-167; Ingo Haar: Friedrich Valjavec: Ein Historikerleben zwischen den Wiener Schiedssprüchen und der Dokumentation der Vertreibung, in: Lucia Scherzberg (Hrsg.): Theologie und Vergangenheitsbewältigung. Eine kritische Bestandsaufnahme im interdisziplinären Vergleich, Paderborn u.a. 2005, S. 103-119; Ileana-Maria Ratcu: Briefe an Karl Kurt Klein in der Korrespondenz von Fritz Valjavec, in: Ioan Lăzărescu, Peter Wiesinger (Hrsg.): Vom Wert des Wortes. Festschrift für Doina Sandu zum 65. Geburtstag, Bucureşti 2006, S. 248-251; Valjavec, Fritz, in: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen, München 2008, S. 697-700; Petra Svatek: Fritz Valjavec – Aufklärungsbegriff und Südostforschung, in: Franz Leander Fillafer, Thomas Wallnig (Hrsg.): Josephinismus zwischen den Regimen. Eduard Winter, Fritz Valjavec und die zentraleuropäischen Historiographien im 20. Jahrhundert, Wien u.a. 2016, S. 156-170. Zur institutionellen Südost-Forschung: Gerhard Seewann: Das Südost-Institut 1930–1960, in: Beer, Seewann (Hrsg.), Südostforschung (wie Anm. 4), S. 49-92; Helmut W. Schaller: Südosteuropaforschung, in: Jürgen Elvert, Jürgen Nielsen-Sikora (Hrsg.): Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus, Stuttgart 2008, S. 312-336; Thekla Kleindienst: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik, Marburg 2009, S. 74-81; Mathias Beer: Die deutsche Südosteuropaforschung zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik, in: Südosteuropa Mitteilungen 54 (2014), H. 4, S. 28-45.
- 9 Auf eine ausführliche Darstellung der Herkunft und Sozialisation von Valjavec soll an dieser Stelle verzichtet werden. Siehe hierfür Maik Kästel, Robert Pech: Region als Konsequenz. Fritz Valjavec und regionale Determinanten der deutschen Südost-Forschung, in: Rainer Bendel, Josef Nolte (Hrsg.): Befreite Erinnerung, Teilbd. 1: Region – Religion – Identität: Schlesische Prägungen, Berlin u.a. 2017, S. 199-225, hier S. 203-208.
- 10 Hier seien als Belege beispielhaft angeführt: Haar, Friedrich Valjavec (wie Anm. 8), S. 112; Christian Ingrao: Hitlers Eliten. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmords, Bonn 2012, S. 307 f.
- 11 Für diese Fallstudie soll von Kooperation gesprochen werden, da es sich um Zusammenarbeit, teilweise um wechselseitige Abhängigkeiten handelte. Auf den in weiten Teilen des deutschen Sprachraums pejorativen Ausdruck Kollaboration soll hingegen verzichtet werden. Vgl. Editorial, in: Christoph Dieckmann (Hrsg.): Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939–1945, Göttingen 2003, S. 9-23, hier S. 14.

von Fritz Valjavec und den mit ihm verbundenen Institutionen mit dem NS-Staat zu fragen. Andererseits sollen Gründe für seine Distanz zum Nationalsozialismus in die Analyse einfließen.

1. NS-Politik und akademische „Südost-Forschung“

In den Fokus der folgenden Ausführungen rückt eine Lebensstation von Valjavec, die in München verortet ist und den Zeitraum von seiner Promotion 1934 bis zum Beginn seiner Lehrtätigkeit an der Universität Berlin umfasst. Es werden maßgebliche Personen und Strategien aus seinem akademischen Umfeld vorgestellt, zudem wird die Stellung von Fritz Valjavec als handelnder Akteur in diesem Netzwerk studentischer „Volkstumsarbeit“ beschrieben.¹² Die soziale Situation wird rekonstruiert, um Valjavecs Motive und Handlungen zu erklären.

An seinem Studienort München schloss sich Valjavec einer Gruppe von Studenten und Dozenten an, die „das deutsche Volkstum“ in den südosteuropäischen Ländern zum Gegenstand ihrer Arbeit machten. Dies folgte der ideologischen Richtschnur Alfred Rosenbergs (1893–1946), der Wissenschaft im Volkstum „verwurzelt“ sah. Als Konsequenz forderte das NS-Regime eine verstärkte „Volksforschung“ ein, gerade auch, um durch politisch-wissenschaftliche Verbindungen eine ideologische Durchdringung des „Grenz- und Auslandsdeutschtums“ sicherzustellen.¹³ Der institutionelle Rahmen für eine akademische Form der Volksforschung war dafür bereits gegeben: Sowohl in der 1919 gegründeten und großdeutsch ausgerichteten Berliner Dachorganisation studentischer Selbstverwaltung namens Deutsche Studentenschaft (DSt) als auch in den lokalen Studentenschaften der Hochschulen bestanden sogenannte Grenzlandämter.¹⁴ Diese bearbeiteten an den Universitäten jeweils gesonderte Territorien, das Grenzlandamt der Studentenschaft Leipzig widmete sich Ungarn, das der Studentenschaft Dresden Jugoslawien.¹⁵ Mittels Patenschaftsabkommen nahmen die einzelnen Ämter Verbindungen zu den deutschen Studenten der außerhalb des Reiches liegenden Hochschulorte auf.¹⁶ Als ideologischer Hintergrund diente der – auch im akademischen Milieu als schmachvoll empfundene – Versailler Vertrag samt seiner das Deutsche Reich sanktionierenden Gebietsabtretungen.¹⁷ Die Folge war eine auch in diesem Milieu zuse-

12 Aus Platzgründen wird seine Arbeit für das Südost-Institut – wissenschaftlicher Mitarbeiter ab 1935, Aufbau der Zeitschrift „Südostdeutsche Forschungen“ (ab 1940: „Südost-Forschungen“), Geschäftsführer ab 1937 – nicht mit in die Darstellung einbezogen. Siehe hierfür Seewann, Südost-Institut (wie Anm. 8).

13 Vgl. Grüttner, Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik (wie Anm. 6), S. 17.

14 Zur Deutschen Studentenschaft vgl. Harald Lönnecker: „Vorbild ... für das kommende Reich“. Die Deutsche Studentenschaft (DSt) 1918–1933, in: GDS-Archiv 7 (2004), S. 37-53.

15 Vgl. Die Deutsche Studentenschaft. Tätigkeitsbericht über die Zeit vom 1. Juli 1930 bis 30. Juni 1931, S. 46. Vgl. zum Nachfolgenden auch bei Elizabeth Harvey: Mobilisierung oder Erfassung? Studentischer Aktivismus und deutsche „Volkstumsarbeit“ in Jugoslawien und Rumänien 1933–1941, in: Carola Sachse (Hrsg.): „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege, Göttingen 2010, S. 363-390.

16 Vgl. Deutsche Studentenschaft (wie Anm. 15), S. 43-45.

17 Zu Denken und sozialem Handeln der Studentengeneration der Spätzwanziger vgl. Harald Lön-

hends biologische Konstruktion von „Volk“ weit über die Grenze des neuen Staatsgebietes hinaus. Der Verlust von Territorien sollte durch den Gewinn von „Volksgenossen“ kompensiert werden. Zudem entfalteten bündische Jugendverbände und vor allem studentische Korporationen eine aktive Außenarbeit und institutionalisierten die Edukation ihrer Bundesbrüder.¹⁸ Die „Erziehung des deutschen Studenten in einem studentischen Gesamtverband“ diente der „Wahrung deutschen Wesens“, Grenzlandarbeit sollte „den ‚deutschen Charakter‘ in den Grenzgebieten aufrecht [...] erhalten helfen und ‚deren Bewohnern zeigen‘ [...], ‚wie man in den vom Feinde freien Ländern ein Verständnis für ihre Bedrängung hat““.¹⁹ Funktionsträger in den Grenzlandämtern der Korporation waren nicht selten zugleich in den Grenzlandämtern der Studentenschaften tätig. Was angesichts dieser Voraussetzungen nach der nationalsozialistischen Regierungsübernahme unter „Aktivierung der studentischen Arbeit“ zu verstehen war,²⁰ war eine strukturelle Neuausrichtung der volksdeutschen Außenarbeit der Akademiker. Um Überschneidungen in der „volksdeutschen Betreuung“ zu vermeiden und die seitens der Amtsträger als notwendig empfundene Anpassung der Deutschen Studentenschaft an die Vorgaben des NS-Regimes umzusetzen, wurde 1933/34 die Außenarbeit im Berliner Außenamt zentralisiert und – hier im konkreten Fall Südosten – den jeweiligen Studentenschaften an den Hochschulen je ein besonderes Betreuungsgebiet zugeteilt.²¹ Demzufolge wurden 1934 dem Hauptamt II (Außenamt) der Reichsführung der Deutschen Studentenschaft in Berlin unterstehende, sogenannte Außenstellen geschaffen, wobei die Leitung der Außenstelle Süd – eingerichtet am 7. Februar in München – Helmut Bauersfeld²² (Jg. 1907) übernahm. Unmittelbar ordnete Bauersfeld die Außenarbeit

- necker: Der „Grenzlandkampf“ deutscher Studenten in Königsberg, Danzig, Breslau, Prag, Brünn und Czernowitz (1918–1935), in: Beate Störtkuhl, Jens Stüben u.a. (Hrsg.): *Aufbruch und Krise. Das östliche Europa und die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg*, München 2010, S. 481–507, hier besonders S. 484 f.
- 18 Vgl. ebenda, S. 489 f. Besonders früh, nämlich bereits 1920, richtete der Kyffhäuser-Verband der Vereine Deutscher Studenten (VDSt) eine sogenannte Grenzlandstiftung ein, die eine rege Außenarbeit entfaltete und in den 1920er Jahren mehrere Arbeitsabkommen mit Korporationen im Ausland vorweisen konnte, darunter auch mit der Budapester Korporation Suevia, die Jakob Bleyer und damit Valjavecs väterlichem Freund nahestand. Kästel, Pech, *Region als Konsequenz* (wie Anm. 9), S. 206 f.; Marc Zirlewagen: Grenzlandstiftung, in: *GDS-Archiv* 7 (2004), S. 154–156. Auch andere Korporationsverbände – wie die Deutsche Burschenschaft – leisteten bereits in den 1920ern eigene Grenzlandarbeit, aus der spätere Funktionsträger hervorgingen. Hermann Rüdiger (1889–1946; Skaldia Rostock im SV), ab 1941 Leiter des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart, war noch Anfang 1930 Referent für Grenzlandarbeit im Sondershäuser Verband Deutscher Sängerverbindungen.
- 19 Lönnecker, „Grenzlandkampf“ (wie Anm. 17), S. 489.
- 20 So eine paraphrasierte Aussage des Geografen und Leiters der Berliner Geschäftsstelle der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften, Emil Meynen (1902–1994): Bundesarchiv (fortan: BArch) R 153/85, handschriftliches Protokoll einer Arbeitsbesprechung im Deutschen Ausland-Institut Stuttgart, 19.12.1938.
- 21 BArch NS 38/2463, Plan über die Ausgestaltung der Deutschtumsarbeit, s.d.
- 22 In den akademischen Ortsgruppen des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) sammelte Bauersfeld bereits in den 1920er Jahren erste Erfahrungen mit der „volksdeutschen Außenarbeit“. Zudem war er in der Alten Straßburger Burschenschaft Alemannia in Hamburg als Grenzamts- und Schulungsleiter tätig. Vgl. Joachim Lerchenmueller: „Keltischer Sprengstoff“. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie über die deutsche Keltologie von 1900 bis 1945, Tübingen 1997, S. 270 f. Bauersfeld war in Personal- und Realunion Leiter der Deutschen Akademischen Auslandsstelle

beider Münchner Hochschulen neu an: Fünf inhaltlich nach Territorien gegliederte Arbeitsgemeinschaften sollten abgehalten werden, zudem sollte ein neuer Außenamtsleiter für die Universität gefunden werden, da ihm der bisherige für die marginale Rolle Münchens verantwortlich schien.²³ Die Arbeitsgemeinschaften belehrten potentielle Mitarbeiter über ihre Arbeitsweise im jeweiligen ausländischen Staatsgebiet, wobei ungeeignete Kandidaten frühzeitig aussortiert werden konnten.²⁴ Eine dieser letztlich zehn installierten AGs mit dem Titel „Der Deutsche Volksboden im Südosten (Jugoslawien, Ungarn, Rumänien)“ leitete Fritz Valjavec: Den im Wintersemester 1934/35 teilnehmenden 17 Studenten böte er „in seiner Arbeitsgemeinschaft eine eingehende Erörterung der kulturellen Lage und der politischen Bedeutung der Volksgenossen in diesen Gebieten“.²⁵

Zeitgleich, im Wintersemester 1934/35, übernahm Kurt Marschelke²⁶ (1913–2008) die zuvor in Freiburg angesiedelte Außenstelle Halle an der Saale und baute diese zu einem Knotenpunkt für die Südslawienarbeit der DSt aus. Zunächst um die Herstellung institutioneller Relevanz bemüht,²⁷ forderte Marschelke besonders die qualitative Eignung der Mitarbeiter ein: „Merzt rücksichtslos und ohne Sentimentalitäten unfähige Leute aus. Besser mit 5 Leuten einen guten Eindruck als mit 10 oder sogar 15 einen schlechten.“²⁸

München, der Hauptstelle für Auslands- und Volkstumsfragen in der Gaustudentenbundführung München-Oberbayern sowie Hauptstellenleiter für Auslandsarbeit im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (Angaben Stand 1936/37).

23 „Der bisherige [...] hat so gut wie nichts getan und der vorgeschlagene Nachfolger [...] erscheint mir nicht fähig [...]“ BArch NS 38/2560, Bauersfeld an Kügler, 5.3.1934.

24 „Die Arbeitsgemeinschaften eignen sich sehr gut zur Gewinnung brauchbarer Mitarbeiter in der Aussenarbeit. Jeder Teilnehmer hat den bekannten Mitarbeiterbogen auszufüllen, in dem genaue Angaben über Auslandsstudium, Auslandskenntnisse, Parteizugehörigkeit u.s.w. gemacht werden. Auf diese Weise erhalten wir schon von Beginn des Semesters an eine fast karteimässige Erfassung aller in Betracht kommenden Leute.“ BArch NS 38/2461, Weiss an Außenamt der Reichsführung, 21.6.1935.

25 Ebenda.

26 Kurt Marschelke; geboren am 22.5.1913 in Gloden/Kreis Bomst, gestorben am 29.12.2008 in Landau/Pfalz. Nach Besuch der Oberschule Iserlohn studierte Marschelke Staats- und Rechtswissenschaften an den Universitäten Halle a.d. Saale und München. Ab 1936 studierte er an der Konsularakademie in Wien und erhielt dafür ein Stipendium des Auswärtigen Amtes. Nach dem „Anschluss“ Österreichs war Marschelke seit April 1938 hauptamtlich für die SS in Wien tätig. Ab 1941 studierte er an der Hochschule für Welthandel und legte bereits im Januar 1943 die Diplomprüfung ab. Im Einsatzkommando „Agram“ war Marschelke im Range eines SS-Obersturmführers Stellvertreter von Wilhelm Beisner (Jg. 1911). Nach Kriegsende und zweijähriger Gefangenschaft folgten verschiedene Tätigkeiten im Bereich Werbung und PR in Stuttgart und München. Ab dem Jahr 1953 war Marschelke bei der Grünzweig und Hartmann AG in Ludwigshafen a.R. im Bereich Werbung tätig. Vgl. Universitätsarchiv der Wirtschaftsuniversität Wien, Studierendenkarteikarte Kurt Marschelke; Joachim Lerchenmueller: Die Geschichtswissenschaft in den Planungen des Sicherheitsdienstes der SS. Der SD-Historiker Hermann Löffler und seine Denkschrift „Entwicklung und Aufgaben der Geschichtswissenschaft in Deutschland“, Bonn 2001, S. 129.

27 „Nicht immer alles an die Reichsstellen schicken, dort läuft zu viel ein, als dass jedes gleich berücksichtigt werden könnte. Auch müssen unsere Stellen hier mehr voll genommen werden. Die Bereitschaft ist schon da, nur muss man mehr in der Hand haben.“ BArch NS 38/2161, Marschelke an Claus, 24.1.1935.

28 BArch NS 38/2461, 4. Rundbrief 1935, 25.6.1935.

Die Ethnopolitik des NS-Reiches zielte in den südosteuropäischen Ländern auf die Herausbildung homogener deutscher Volksgemeinschaften mit jeweils einer Volksgruppenführung, die von Berlin aus Weisungen erhalten sollte. Die akademische Elite sah sich dabei als ein wichtiger Teil dieser NS-Politik: Über Landdienste, Arbeitsdienste („in getarnten Lagern“) und Patenschaftsabkommen sollte ein ideologischer Zugriff auf die deutschen Minderheiten gewonnen werden. Im konkreten Fall Jugoslawien gab es daher eine Kooperation mit der „Erneuerungsbewegung“ um Jugendführer Jakob Lichtenberger (1909–2005) sowie mit dem Schwäbisch-Deutschen Kulturbund um Johann Keks (1885–1945).²⁹ Das Resultat sollte nach Marschelkes Vorstellung sein, dass in „engster Zusammenarbeit zwischen V.D.A., Reichsjugendführung und Studentenschaft“ und „nach den Erfahrungen der bisherigen Arbeit es in 1–2 Jahren möglich sein wird, diesen grosszügigen Einsatz reichsdeutscher Kräfte zur Weckung des Selbsthilfgedankens in der deutschen Volksgruppe in Südslawien abzustoppen; denn die Volksgruppe wird dann selbst soweit sein, diesen Kampf aus eigenen Kräften zu führen“. Außerdem wäre es im Sinne des Reiches, „dass aus der grossen Anzahl der beteiligten reichsdeutschen Studenten eine beträchtliche Zahl von fähigen Kameraden herausgelesen werden kann, die an Hand ihrer praktischen Arbeitserfahrungen einen ausgezeichneten Einblick in die vielfältigen und völlig anders als in Deutschland gelagerten Verhältnisse gewinnen konnten“.³⁰ Marschelke hob hier gezielt der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes gegenüber das Ergebnis dieser Außenarbeiten hervor, nämlich das Expertenwissen der teilnehmenden akademischen Eliten, das – und dies ist zu unterstreichen – aus eigener Erfahrung gewonnen für die zukünftige Verwertung durch politische Stellen zur Verfügung stände.

Jedoch war die Auslandsarbeit der Deutschen Studentenschaft nicht die einzige im NS-Reich: Mehrere Dienststellen und traditionelle Verbände versuchten zeitgleich, auf die deutschen Minderheiten in der ganzen Welt Einfluss zu nehmen. Dabei kooperierte die Deutsche Studentenschaft mit dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) und dessen Landesverbänden. Diese langjährige Zusammenarbeit wurde in zunehmendem Maße erschwert,³¹ da Gliederungen der NSDAP sowie neu geschaffene Reichsbehörden den Volksbund sukzessive von seinem Betätigungsfeld drängten. Marschelke versicherte Wilhelm Luig (Jg. 1900), dem Landesleiter des Landesverbands Provinz Sachsen und Anhalt, zunächst noch seiner Loyalität: „Die Deutsche Studentenschaft wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass die chaotischen Zustände in der richtungslos betriebenen Aussenarbeit von einem Dutzend berufener und unberufener Organisationen beseitigt werden. [...] Wenn dieser Kampf auf der Basis der Einigung von VDA, HJ und Studentenschaft geführt wird, müs-

29 Zum Schwäbisch-Deutschen Kulturbund bzw. den „Erneuerern“ siehe bei Carl Bethke: Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und der Vojvodina 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethnopolitische Mobilisierung, Wiesbaden 2009; Johann Böhm: Die Deutsche Volksgruppe in Jugoslawien. Innen- und Außenpolitik als Symptome des Verhältnisses zwischen deutscher Minderheit und jugoslawischer Regierung, Frankfurt a.M. 2009.

30 BArch NS 38/2461, Marschelke an Kulturabteilung des Auswärtigen Amts, 31.5.1935.

31 Vgl. weiterführend Ulrich Pohn: „Volksgemeinschaft im Abwehrkampf“. Zur Organisation und Politik des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) in der Weimarer Republik, Wissenschaftliche Hausarbeit, Hamburg 1997; Tammo Luther: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933–1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten, Stuttgart 2004, hier besonders S. 43–45.

sen wir zum Ziele kommen.“³² Nachdem sich der Kompetenzstreit zwischen HJ, VDA und DSt nicht beilegen ließ, fokussierte sich Marschelke in Rücksprache mit der Reichsleitung auf eine enge Zusammenarbeit mit der HJ,³³ betonte dabei aber die Existenzberechtigung beider: „Zu meinen früheren Vorschlägen möchte ich bemerken, dass es sich ganz selbstverständlich nicht um einen Versuch handelt, die Ansprüche des einen in die des anderen so einzubauen, dass entweder die HJ-Arbeit mit von der DSt. übernommen wird oder aber die RJF [Reichsjugendführung; R. P.] sich die studentische Arbeit unterstellt. Das Zusammengehen beider Organisationen in der Arbeit, das bis zur Personalunion gehen kann, muss auf alle Fälle unberührt von Kompetenzstreitigkeiten bleiben. [...] Die Studentenschaft hat ebenso wie die HJ klare Ansprüche in der volksdeutschen Arbeit.“³⁴

2. Ein Beitrag zum Aufbau des Südost-Instituts

Vornehmlich in der wissenschaftlichen Auswertung der Fahrten und damit der Verwertbarkeit wissenschaftlichen Wissens für die Politik des NS sah Marschelke den Vorsprung der studentischen Außenarbeit gegenüber der HJ. Da die „verschiedensten Reichsstellen [...] Wert darauf [legten], dass die Einsatzgruppen mit bestimmten Fragestellungen an die Volksgruppe herangehen und nach verschiedensten Gesichtspunkten Material mit heraufbringen“,³⁵ warb Marschelke Anfang 1936 darum, Fritz Valjavec und dem Südost-Institut die wissenschaftliche Verwertung zu überlassen, wohlgerne auch und gerade Richtung HJ, wie er Valjavec schrieb: „Einmal steht das Institut mit seinem Material und vor allem dem Wissen seines Leiters der Vorschulung und Ausbildung der in den Südosten gehe[n]den HJ-Kameraden zur Verfügung, auf der anderen Seite werden Erhebungen der HJ-Kameraden draussen im Institut ausgewertet, vor allem aber die auftauchenden Probleme von der wissenschaftlichen Seite her bearbeitet.“³⁶ Den Reichsführer der DSt, Waldemar Müller, köderte Marschelke mit dem „nicht ‚vorbelasteten‘ Südostinstitut“, das zu diesem Zeitpunkt keiner Parteigliederung zuarbeitete: „Ich habe daher schon vorbereitend für einen Ausbau der gesamten wissenschaftlichen Grundlegung unserer Arbeit draussen Dr. Valjavec in diese Dinge eingeführt und ihn mit ins Lager gebracht, wo er verschiedentlich richtunggebend gesprochen hat.“ Um Valjavecs zum damaligen Zeitpunkt schlechtem Leumund zu begegnen,³⁷ betonte er nachdrücklich dessen politische wie wissenschaftliche Zuverlässigkeit: Valjavec wäre „ein ausgezeichneter Wissenschaftler [...], der wirklich etwas kann“, zudem wäre er „fanatischer Nationalsozialist“. Vor dem Hintergrund einer nicht zentral gesteuerten

32 BArch NS 38/2589, Marschelke an Luig, 20.7.1935. Wilhelm Luig wurde später Amtsleiter im SS-Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle und damit einer der einflussreichsten Widersacher des VDA.

33 BArch NS 38/2589, Marschelke an Außenamt der Reichsleitung, Oktober 1935.

34 BArch NS 38/2589, Marschelke an Teichmann, 17.2.1936.

35 BArch NS 38/2589, Übersicht der Referate auf der Arbeitstagung der Südslawienfahrer, 27.2.1936.

36 Bayerisches Hauptstaatsarchiv (fortan: BayHStA), Südostinstitut 35, Marschelke an Valjavec, 27.2.1936.

37 „Betr.: Valjavec: Wiese schrieb mir, dass die RJF von sich aus nicht an ihn herantreten wollte; ich sollte ihn von der Studentenschaft einladen. Ich glaube nicht, dass man entschieden gegen ihn ist, wohl aber beobachtend.“ BArch NS 38/2589, Sattler an Heidrich, 16.3.1936.

nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik und den daraus resultierenden Zuständigkeitsdifferenzen einzelner Institutionen bekräftigte Marschelke in dem Schreiben an Müller die seiner Meinung nach unbedingte Notwendigkeit, mit der Reichsjugendführung bzw. HJ nicht verschmolzen zu werden.³⁸ Fachkenntnis und akademischer Habitus waren für ihn die entscheidenden Punkte: „Du kennst von damals die Pläne der Zusammenführung der reichen Arbeitsmöglichkeiten, in Organisation und Menschenmaterial, der beiden Organisationen [gemeint: HJ und DSt]. [...] Es zeigte sich [...] ganz deutlich, dass wir in den sachlichen Erfahrungen und Kenntnissen weit voraus waren. Vor allem wurde restlos anerkannt, dass die Leute der DSt. in allen Fragen des Wissens und des Auftretens gegenüber der [sic] geistigen Führungsschichten der Volksgruppen vonnöten sind und dass die HJ auf die Dauer diese Dinge garnicht [sic] meistern kann.“³⁹

Die Betonung des institutionellen Stellenwertes des Südost-Instituts für die akademische Außenarbeit in München wie das Einwerben von Reputation für dessen maßgeblichen Mitarbeiter, Fritz Valjavec, wurde von einer weiteren Person forciert:⁴⁰ 1934 wechselte Franz Ronneberger (1913–1999) von Kiel an die Universität München. Für die von Bauersfeld vorgesehene Neubesetzung des Außenamts der Studentenschaft der Universität war Ronneberger der geeignete Mann, besaß er doch bereits aus seiner Kieler Zeit Erfahrung in der Grenzlandarbeit in Nord-Schleswig.⁴¹ Wohl begünstigt durch die Unterstützung des Außenamtsleiters in der Reichsführung, Werner Hagert (Jg. 1906), trat Ronneberger seine neue Funktion an: Die Technische Hochschule München meldete sich im Mai 1935 für die Außenarbeit in Rumänien, die für diese Sache zuständige Außenstelle Rumänien in Tübingen wies ihr allerdings den jugoslawischen Teil des Banat zu.⁴² Ronneberger wiederum entzog sogleich der eigentlich dafür zuständigen Technischen Hochschule und deren Grenzlandamt

38 Wenn es auch keine zentrale Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus gab, so fand doch eine tiefgreifende Umgestaltung des Wissenschaftsbetriebs statt. Vgl. Grüttner, Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik (wie Anm. 6). In der Reichsjugendführung hatte es bereits 1934 den Plan gegeben, den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund mit der HJ zu einer „Hochschul-HJ“ zu vereinen. Vgl. BArch R 128/1012, Unterredung Reichsjugendführer mit Dr. Stäbel, 23.4.1934.

39 BArch NS 38/2589, Marschelke an Müller, 25.3.1936.

40 Ronneberger erstellte in dieser Zeit Konzepte, in denen er Ressourcen für und einen strukturellen Umbau des Südost-Instituts einforderte: Das Institut sollte zu einem Hochschulinstitut mit Lehrstuhl an der Universität umgebaut werden. Vgl. BayHStA, MK 71455, Vorschlag zum Ausbau des „Institutes zur Erforschung des Deutschtums im Süden und Südosten“ zu einem Südost-Institut an der Universität München, 25.10.1936.

41 „In Kiel erlebte ich zunächst die sogenannte Grenzlandarbeit in Nord-Schleswig, später in München, kam die Zusammenarbeit mit den südosteuropäischen Studentenschaften hinzu.“ Franz Ronneberger: *Erlebnisse und Betrachtungen*. Bd. 1, Typoskript, S. 51. Ronneberger wird diese noch zu Kieler Zeiten getroffene Entscheidung in späteren Jahren damit begründen, als Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes zum Handeln aufgefordert worden zu sein: „Ich wurde aufgefordert, die Bevorzugung als Stipendiat der ‚Nation‘ durch entsprechenden politischen ‚Einsatz‘ zu verdienen. Meine Studienstifter-Kollegen [...] rieten mir zur studentischen Auslandsarbeit.“ Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, MfS, HA IX/11 PA, Nr. 493, 31. Zur biografischen Umdeutung bzw. Neuinterpretation der eigenen Vergangenheit am Beispiel der Person Franz Ronnebergers erscheint in Kürze ein Beitrag von Wolfgang Höpken.

42 BArch NS 38/2461, Necker an Außenamt der Reichsführung, 31.5.1935. In München waren die Aufgabenbereiche zwischen beiden Hochschulen aufgeteilt. Dem Außenamt der TH unterstand aber die politisch leichter verwertbare Grenzlandarbeit, dem der Universität lediglich die Auslandsarbeit.

diese Arbeit wieder und ließ selbst „einen Volkstumseinsatz in der Batschka und in Banat“ durchführen, und dies „in enger Verbindung mit Kam. Lichtenberger, Neusatz und Kam. Marschelke, Halle“.⁴³ Marschelke lobte bereits zuvor die nun auf die Universität München übergegangene Außenarbeit: „Verschiedene Briefe, die jetzt zwischen München und der Aussenstelle hin und hergingen, haben auch meinen guten Eindruck, den ich bei meinem Münchener Aufenthalt vor vier Wochen von der Arbeit dieser Fahrtengruppe hatte, noch verstärkt. [...] Ich halte diese Gruppe für besser als die Leipziger.“⁴⁴

Weiter ausgebaut wurden unter Ronneberger auch die Arbeitsgemeinschaften: Valjavec übernahm im Wintersemester 1936/37 gleich drei „Südostkurse“ zur Vorbereitung auf den Landdienst, der im Sinne der wissenschaftlichen Verwertbarkeit noch effizienter gestaltet werden sollte, wie Valjavec ausführte:

„Um den Erfolg des Landdienstes zu erhöhen, der sich gerade in München auch schon bisher auszeichnete, daß er an Zielklarheit dem Einsatz anderer Hochschulorte überlegen war, muß unter allen Umständen danach getrachtet werden, Kameraden und Kameradinnen zu entsenden, die damit auch wissenschaftliche Erhebungen verbinden können. Auf diese Weise wird die Gewähr für eine gediegene Auslese der Mannschaft geboten, ferner die Möglichkeit gegeben, unauffällig, zweckmäßig getarnt, die volkspolitische Arbeit durchzuführen und darüber hinaus an den Aufbau einer nationalsozialistischen Wissenschaft durch eine lebensvolle Verbindung zwischen praktischem Einsatz und schöpferischer geistiger Arbeit mitzuwirken.“⁴⁵

Neben der vonseiten des NS verstärkt eingeforderten Beschäftigung der Wissenschaft mit „Volkstum“ wurden biologisch-rassische Normen zur Grundlage wissenschaftlichen Handelns erhoben, was die Anerkennung biologischer Überlegenheit in den Fokus wissenschaftlicher Forschung rückte.⁴⁶ Auch Valjavec berücksichtigte das in seiner Bewertung und seinem wissenschaftlichen Handeln: Für eine Medizinergruppe, „die ein Südbanater Dorf erb- und wachstumsbiologisch aufnehmen soll“, sah Valjavec die Schulung der Teilnehmer in seinem „Südostkurs II – Behandlung volkspolitischer Probleme für Fortgeschrittene“ vor, die medizinische Unterweisung sollte durch „Verbindung mit Professor Rüdin und [...] mit dem Leiter des rassepolitischen Amtes, Professor Walter Gross, erfolgen“.⁴⁷

Aus der mehrsemestrigen Arbeitsgemeinschaft „Deutschland im Spiegel der Auslands- presse“ ging ab 1936 der sogenannte Süd-Ost-Pressebericht als Druckerzeugnis hervor.⁴⁸ Diese mehrseitige, zum Teil monatlich erscheinende Presseübersicht wertete im Rahmen des Münchner Außenamtes systematisch und nach Regionen geordnet die Presse der Länder des Südostens aus. Materiell gestützt auf das Valjavec'sche Südost-Institut und finanziell auf das

43 BArch NS 38/2547, Ronneberger an Grenzlandamt der Reichsführung, 10.8.1935.

44 BArch NS 38/2589, Marschelke an Carstanjen, 30.6.1935.

45 BayHStA, Südostinstitut 35, Arbeitsplan für die Volkstumsarbeit des Außenamtes der Münchner Hochschulen, 23.10.1936.

46 Vgl. Grüttner, Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik (wie Anm. 6), S. 16.

47 BayHStA, Südostinstitut 35, Arbeitsplan für die Volkstumsarbeit des Außenamtes der Münchner Hochschulen, 23.10.1936.

48 Vgl. Franz Ronneberger: Vorwort, in: Süd-Ost-Pressebericht, 1. September 1936, S. 1 f., hier S. 1.

Grenzlandamt der Berliner Reichsleitung,⁴⁹ war das ein innovativer Ansatz, der wenig später auch das Auswärtige Amt sowie den SD interessieren sollte.

Was Ronneberger, Marschelke und Valjavec – trotz mancher Differenzen mit einzelnen Amtsleitern – in München erreicht hatten, zeigte sich mit der Einrichtung der Reichsstudentenführung Ende 1936.⁵⁰ War die Universität München bei Ronnebergers Amtsantritt unbedeutend in der studentischen Außenarbeit,⁵¹ zentralisierte das Außenamt der Reichsstudentenführung ab dem 1. Januar 1937 die Arbeiten in Richtung Südosteuropa und schuf in München die Außenstelle Südost unter der Leitung Ronnebergers.⁵² Auf diese exponierte politische Bedeutung der studentischen Außenarbeit verwiesen auch die Tätigkeitsberichte des Südost-Instituts dieser Zeit, zudem betonten sie die Diskretion bei der Verwertung der Fahrten. Das Institut hielt es nämlich für seine „selbstverständliche Pflicht“, „nicht nur zu sammeln, sondern auch zu wirken. Durch Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der Gaustudentenführung hat Dr. Fritz Valjavec nach wie vor eine enge Verbindung mit dem am Südosten wissenschaftlich und politisch interessierten studentischen Nachwuchs aufrecht erhalten. Das Ergebnis dieser Fühlungnahme darf darin gesehen werden, dass augenblicklich an 25 Dissertationen vom Institut betreut werden.“⁵³

Der Erwartungshaltung von Valjavec lag die Akkumulation von Reputation wie die Zuweisung von Ressourcen zugrunde, an deren Maximierung richtete sich sein Handeln aus. Valjavec, seit 1937 Ungarnreferent in der Außenstelle Südost der Reichsstudentenführung,⁵⁴ konnte Anfang des Jahres 1938 seine Reputation im Wissenschaftsbereich weiter steigern: Ronneberger, der über seiner Dissertation brütete und dafür freigestellt wurde,⁵⁵ lud Valjavec ein, anstelle seiner als Vertreter der Reichsstudentenführung auf einer Tagung des Weltstudentenwerks in Southampton teilzunehmen. Wenige Wochen nach dem „Anschluss“ und einige Monate vor dem Münchner Abkommen war der Auftrag klar poli-

49 „Wir danken für die Erwirkung der Mittel für unsere Pressearbeit. Ich kann Dir versichern, dass wir eine Pressearbeit hinstellen werden, die sich gewaschen hat. Ich habe inzwischen von Valjavec erwirkt, dass das Südostinstitut noch eine Reihe von auslandsdeutschen Zeitungen für uns bestellt, sodass auch nach dieser Richtung hin die Vollständigkeit der Arbeit gewährleistet ist.“ BArch NS 38/2547, Ronneberger an Müller, 13.2.1936.

50 Die Reichsstudentenführung ging aus den vormalig konkurrierenden Verbänden Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund und Deutscher Studentenschaft hervor. Vgl. weiterführend Michael Grüttner: *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995, S. 317-320.

51 *Pars pro Toto* die Ablehnung der Fahrtenfinanzierung durch den Volksbund für das Deutschtum im Ausland Anfang 1935, bei der Ronneberger trotz Intervention eine Abfuhr erhielt: „Im übrigen kann ich mich den Argumenten des V.D.A. – dass es sich bei Eurer Unternehmung mehr um eine Studienreise [...] handelt – nicht verschliessen. [...] Wir müssen gerade bei unseren Anträgen beim V.D.A streng darauf sehen, dass möglichst nur für die wirklich praktische, volksdeutsche Arbeit Gelder angefordert werden.“ BArch NS 38/2573, Grenzlandamtsleiter an Ronneberger, 25.2.1935.

52 BArch NS 38/5237, Ronneberger an Universität Würzburg, 18.2.1937. Damit entfiel auch die bisherige Außenstelle Rumänien in Tübingen.

53 BArch R 153/125, Tätigkeitsbericht des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten für das Haushaltsjahr 1937, 18.2.1938.

54 Universitätsarchiv der Humboldt-Universität Berlin, Best. NS-Doz. II. 2089, ZB II/4538 A9, Ka. 072, Fragebogen nach dem Stande vom Juli 1941.

55 Ronneberger war ab Oktober 1937 „zum Zwecke der Anfertigung seiner Doktorarbeit“ von seinem Amt beurlaubt: „Es liegt im Interesse der Reichsstudentenführung, dass Ronneberger seine politische Arbeit durch gute wissenschaftliche Kenntnisse unterbaut.“ BArch NS 38/3642, Stabsführer an Dekan der Juristischen Fakultät der Universität München, 26.8.1937.

tisch, sollte doch „gegenüber den französisch-englischen Gleichgewichtsthesen der deutsche Standpunkt vertreten werden“.⁵⁶ Im anschließend gefertigten Tagungsbericht, in dem er sich selbst paraphrasierte, legte Valjavec dar, was das für ihn bedeutete und argumentierte zunächst räumlich-ökonomisch: Vom Westen weitgehend „in [sic] Stiche gelassen“, wäre es gerade deswegen im gegenseitigen Interesse, wenn der Wirtschaftsraum des Reiches mit dem in Südosteuropa kooperieren würde.⁵⁷ „Germany’s aim was not a capitalist profit but a regular trade between complementary economic regions, which would at the same time help to raise the standard of living in Bulgaria, Yugoslavia and Hungary“, wurde Valjavec im „Report of Conference“ zitiert. Überdies sei Deutschland auch in der Vergangenheit in Südosteuropa nie expansionistisch aufgetreten, sondern habe sich im Gegenteil immer um einen Ausgleich bemüht, nunmehr zwischen zwei Wirtschaftsräumen: „German expansion in Central Europe had therefore been in origin not political, but purely economic.“⁵⁸ Diese durchaus mit der NS-Südosteuropapolitik⁵⁹ kompatiblen Punkte im Gewand kultureller Sendung flankierte Valjavec auf der Konferenz unter dem Tagungsordnungspunkt „Danubian Problems: Problems of nationality and culture“ hinsichtlich der nationalsozialistischen Minderheitenpolitik im Donaauraum. Er hob hervor, dass sich überhaupt nur derjenige mit dieser Problematik auseinandersetzen könne, der diese aus eigener Anschauung kenne: „[...] he re-stated his argument about the difficulty for an Englishman to understand the position. Such a problem must be studied on the spot (for example, the tensions produced in frontier areas), and not on second or third hand.“ Sprach er hier nur sich selbst bzw. der deutschen Wissenschaft die Exklusivität zu, qualifiziert und objektiv über die deutschsprachigen Minderheiten in diesen Ländern urteilen zu können, betonte er nachfolgend die angeblich defensive und lediglich auf Schutz bedachte Rolle der NS-Außenpolitik: „German aims in Central Europe were limited to securing the cultural rights of the German inhabitants, and this was a matter in which interference of third parties was not needed.“⁶⁰ Eine Lösung der Minderheitenprobleme in Südosteuropa sah Valjavec u.a. in „eine[r] Bereinigung der psychologischen Atmosphäre [sic] und eine[r] Anerkennung des völkischen Prinzips im Gegensatz zum starren etatistischen Denken“.⁶¹ Homogenität und Souveränität, die beide in den Pariser Friedensverträgen kodifiziert worden waren, wurden vom „NS-Rassenstaat“ als „Entwurf einer anderen Moderne“⁶² übernommen und für die eigenen politischen Zwecke genutzt.⁶³ Valjavec konnte zum damaligen Zeitpunkt den gut ein Jahr später beginnenden

56 BayHStA, Südostinstitut 42, Ronneberger an Valjavec, 8.2.1938.

57 BArch NS 38/3635, Bericht über die Sitzungen der Kommission für Donaufragen, Anfang Mai 1938.

58 International Student Service (Hrsg.): *Peaceful Change*, Bd. II: Economic, Danubian, and Colonial Problems, Geneva [1938], S. 27.

59 Zum Vorlauf deutscher Südosteuropapolitik unter Bismarck im 19. Jahrhundert bis zur Rolle des Südostens als „Ergänzungswirtschaft“ nach 1938 siehe u.a. Klaus Thöner: „Der ganze Südosten ist unser Hinterland“. Deutsche Südosteuropapläne von 1940 bis 1945, Freiburg 2008.

60 International Student Service, *Peaceful Change* (wie Anm. 58), S. 35.

61 BArch NS 38/3635, Bericht über die Sitzungen der Kommission für Donaufragen, Anfang Mai 1938.

62 Riccardo Bavaj: *Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung*, München 2003, S. 201.

63 Eric D. Weitz: *From the Vienna to the Paris System: International Politics and the Entangled Histories of Human Rights, Forced Deportations, and Civilizing Missions*, in: *The American Historical Review* 113 (2008), H. 5, S. 1313-1343, hier S. 1341 f.

Krieg zwar nicht vorhersehen – dementsprechend betonte er, „dass weder von einem ‚Drang nach dem Osten‘ noch von einem politischen Druck die Rede sein könne“.⁶⁴ Gleichwohl legitimierte er politisches Handeln wissenschaftlich, und dies vor einem internationalen Publikum. Sein Expertenwissen setzte er damit aktiv für die Verteidigung der Außenpolitik des NS-Staates ein. Als ein Ergebnis der Tagung stand dann auch das Reüssieren der deutschen Wissenschaft im Sinne des NS: „[...] dass sich unter den deutschen Vertretern Wissenschaftler befanden, die auch und gerade sachlich alle insbesondere von englischer Seite vorgetragenen Behauptungen klar und eindeutig widerlegen und zurückweisen konnten.“⁶⁵

3. Nähe und Aufstieg

Die allgemeine Vorgabe des Nationalsozialismus an das Wissenschaftssystem war, seinen Platz innerhalb der „Bewegung“ einzunehmen, wenn auch mangels eines zentralen Konzepts bzw. einer zentralen Durchsetzungsinstitution unklar blieb, wie eine nationalsozialistische Wissenschaft ausgestaltet sein sollte. Dies lief einer „durchgreifende[n] Nazifizierung von Forschung und Lehre“ zuwider; Wissenschaft galt aber als Dienst für das Volk, sie hatte umso stärker ihre Nützlichkeit nachzuweisen.⁶⁶ Den Nachweis zu erbringen, für die „Volksgemeinschaft“ von Nutzen zu sein, galt besonders für die Geisteswissenschaften: Ihr Bedeutungsverlust im Nationalsozialismus war verbunden mit einer Ressourcenverschiebung zugunsten medizinischer, technischer, agrarwissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Forschung.⁶⁷ Allerdings erfolgte die Verdrängung geisteswissenschaftlicher Disziplinen dann nicht bzw. war sogar eine Ressourcenerweiterung zu erwarten, wenn Forscher bzw. Institutionen ihre praktische Rolle für den Nationalsozialismus zeigen konnten.⁶⁸ Wissenschaftler wurden somit nicht nur „passive Opfer der [...] Verhältnisse, sondern [waren], ihrem Elitenstatus entsprechend, [...] bewußt, zuweilen recht selbstbewußt handelnde Subjekte“.⁶⁹

64 BArch NS 38/3635, Bericht über die Sitzungen der Kommission für Donaufragen, Anfang Mai 1938.

65 BArch NS 38/3635, Bericht von Dr. Calliess, 20.4.1938.

66 Grüttner, Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik (wie Anm. 6), S. 16, 18.

67 Freilich ordnete sich die Sicht, Geistes- und Kulturwissenschaften als „überflüssigen Luxus“ zu betrachten, in längerfristige Trends ein; sie „charakterisiert jedenfalls nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus“, wie Rüdiger Hachtmann festhält. Vgl. Rüdiger Hachtmann: Die Wissenschaftslandschaft zwischen 1930 und 1949. Profilbildung und Ressourcenverschiebung, in: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann u.a. (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 193-205, hier S. 198.

68 Ebenda, S. 199 f.

69 Mitchell G. Ash: Umbrüche 1933/1938 und 1945 im Vergleich. Konstruierte Kontinuitäten?, in: Hochschulen und Wissenschaften im Nationalsozialismus und danach, CD-ROM, Wien 2003, passim; ders.: Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge nach 1945, in: Grüttner, Hachtmann (Hrsg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen (wie Anm. 67), S. 215-245; ders.: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 11-46. Siehe zudem im eben erschienenen Sammelband von Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann u.a. (Hrsg.): Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem, Göttingen 2016.

Diese „Selbstmobilisierung“⁷⁰ und die daraus resultierenden „Allianzen mit dem Regime“ wurden um 1941/42 nochmals enger, wie Herbert Mehrrens diagnostizierte, als nämlich in den Ministerien über die Führungsrolle der deutschen Wissenschaften in Europa verhandelt wurde.⁷¹ Geradezu existenziell war es für die eigene Forschung dieser Zeit, vom NS-Staat das Prädikat „kriegswichtig“ zuerkannt zu bekommen, und umso mehr warben die Wissenschaftler für sich und ihre Sache. Stellvertretend angeführt sei ein Berliner Arbeitskollege von Valjavec, Karl Christian von Loesch⁷² (1880–1951), der einerseits notwendige Ressourcen für die Auslandsbesuche deutscher Wissenschaftler anmahnte: „Ich verweise auf die Erfahrung von Prof. Burgdörfer, der März 1944 nur 4000 Kuna zugebilligt erhielt und deshalb nach zwei Tagen abreiste, ohne den zweiten Teil seiner Vortragsreise durchzuführen (für Esseg vorgesehener Vortrag bei der Deutschen Volksgruppe); auch Prof. Valjavec reiste nach zwei Tagen ab.“ Andererseits betonte er die Relevanz dieser „Vortragsreisen“ für die Kriegsziele des NS: „Gerade deswegen sollte, da allein durch Propaganda wenig zu machen ist, alles gefördert werden, was geeignet ist, das gegenseitige gute Einvernehmen wieder zu stärken. Niemals war es wichtiger als heute, die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und Kroaten zu vertiefen; dazu ist die deutsche wissenschaftliche Leistung besonders geeignet; sie findet noch immer Anerkennung und willige Aufnahme.“⁷³

Dass Valjavec für das Südost-Institut die Kriegswichtigkeit nachgewiesen bekam und eben bis März 1945 am Ausweichort in Arbing/Niederbayern seine Arbeiten fortsetzen konnte, resultierte aus seiner Zuarbeit für Angehörige des SD. Sprach Marschelke im Oktober 1935 noch von „Verbindung zu [Werner] Best erst später“,⁷⁴ bekam Valjavec bereits Ende desselben Jahres für einen Aufenthalt in Österreich von – wie er vermerkte – „Marschelke und letzten Endes dem SD“ die Aufgabe, biografische Aspekte unterschiedlicher Funktionäre namhaft zu machen.⁷⁵ Indes war das SD-Hauptamt bereits auf die wissenschaftliche wie praktisch geschulte Akademikerklientel aufmerksam geworden und rekrutierte sich aus dieser.⁷⁶ Valjavec nutzte die Option, die im akademischen Milieu konzeptionell verfestigte und am Südost-Institut institutionalisierte „Zweckforschung“ in das von Franz Alfred Six

70 Vgl. dazu bei Mehrrens, der Karl Heinz Ludwig als Urheber des Begriffs nennt: Mehrrens, Kollaborationsverhältnisse (wie Anm. 1), S. 27.

71 Ebenda.

72 Von Loesch kann als Repräsentant einer NS-nahen Wissenschaft angesehen werden, obgleich er an NS-Verbrechen nicht unmittelbar beteiligt war und er auch „inhaltliche Konfliktpunkte mit der NS-Politik“ besaß. Vgl. Alexander Korb: Karl Christian von Loesch, in: Michael Fahlbusch, Ingo Haar u.a. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Berlin 2017, S. 446–452, hier S. 450.

73 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (fortan: PA AA), NL Kasche 2, Bericht über eine Vortrags- und Studienreise in Kroatien, 20.7.1944, Bl. 269 f.

74 BArch NS 38/2589, Marschelke an Außenamt der Reichsleitung, Oktober 1935. Werner Best (1903–1989) wurde im März 1934 zum Organisationschef des SD ernannt. In dieser Funktion sollte er den strukturellen wie personellen Aufbau des Sicherheitsdienstes koordinieren. Vgl. Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, München 2016, S. 157 f.

75 Krista Zach: Friedrich Valjavec nach seinen privaten tagebuchartigen Aufzeichnungen (1934–1946), in: Beer, Seewann (Hrsg.), Südostforschung (wie Anm. 4), S. 257–273, hier S. 268.

76 Reichsstudentenführer Gustav Adolf Scheel (1907–1979) ordnete in einem Schreiben an Fritz Kubach (1912–1945) von 1937 an, dass dieser sein Amt Wissenschaft und Facherziehung mit dem SD-Hauptamt in Verbindung bringen solle. Kubach erwiderte: „Ich selbst habe hierüber auch

(1909–1975) geleitete Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut in Berlin zu integrieren. Das sicherte in den Jahren 1941/42 das pekuniäre Fortbestehen des Südost-Instituts; darüber hinaus entschied sich Valjavec damit für eine Parteilgliederung, die mit einem Führungsanspruch hinsichtlich der Rolle der deutschen Ost- und Südostforschung in Europa auftrat.⁷⁷

Ein weiterer gewichtiger Grund für Fritz Valjavec, die Nähe zum Nationalsozialismus und dabei besonders zum SD zu suchen, war das Fehlen der reichsdeutschen Staatsangehörigkeit, wobei wohl auch sein einziger Militäreinsatz in diesen Zusammenhang gestellt werden muss. An seiner identitätsstiftenden Selbstverortung als „Südostdeutscher“ ließ er keinen Zweifel,⁷⁸ einzig in einem betont auf dem „Biologisch-Rassischen“ stehenden politischen System wie dem Nationalsozialismus konnte Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ – für den Einzelnen folgenschwer – angezweifelt werden. War Valjavec bis Juni 1941 kein deutscher Staatsangehöriger, machte ihm dies nicht nur die Lehrprobe in München 1937 zunichte,⁷⁹ sondern behinderte auch seine Dozentur an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin. Unter anderem Karl Haushofer (1869–1946), von 1934 bis 1937 Präsident der Deutschen Akademie (DA), nutzte Denunziation als Mittel der Wahl, schied Valjavec doch in Unfrieden aus seiner Akademie-Anstellung von Juli 1934 bis Juli 1935.⁸⁰ Jedenfalls war Valjavec, um seine Einbürgerung zu erreichen, auf Hilfe angewiesen, wobei er im Gegenzug sein wissenschaftliches Wissen anbieten konnte. Einmal suchte Franz Alfred Six für den Aufbau „seines“ Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts in Berlin Experten, Valjavec brachte sich sogleich ein und strich seine Expertise heraus⁸¹ – letzt-

ausführlich mit SS-Sturmbannführer Dr. Six gesprochen.“ BArch NS 38/3719, Scheel an Kubach, 11.10.1937; Kubach an Scheel, 11.11.1937.

77 NL Siebert, Gespräch mit Dr. Scuria, 29.1.1969; Hausmann, Geisteswissenschaften (wie Anm. 7), S. 717 f.

78 Vgl. BayHStA, MK 71456, fünfseitiger Lebenslauf von Fritz Valjavec, 26.2.1951.

79 Vgl. BayHStA, Südostinstitut 46, Fritz Valjavec an Franz Alfred Six, 7.12.1939.

80 „Nicht, daß er Volksdeutscher ist [...] hatte ich Herrn Dr. Valjavec zur Last zu legen, sondern daß er als in reichsdeutschem Dienst stehender Volksdeutscher seine Dienststellung benutzte, um im In- und Ausland gegen eine kulturpolitische Einrichtung des Reiches und der N.S.D.A.P., [...] Mißtrauen zu wecken und sein gekränktes persönliches Geltungsbedürfnis zu rächen [...]“ Archiv des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (fortan: IKGS-Archiv), Bestand Valjavec, Haushofer an den Rektor der Universität München, 19.4.1936. Hinter dem Vorwurf Haushofers, Valjavec hätte sich in einschlägigen Kreisen negativ über die Deutsche Akademie geäußert, stand der Versuch einer Entledigung lästiger Konkurrenz: Im Gegensatz zum Südost-Institut gelang es der DA mit ihrer schwierigen Haushaltssituation nicht, dauerhaft ein Periodikum von Format zu etablieren. Vgl. BayHStA, Südostinstitut 3, Haushofer an von Müller, 3.12.1935. – Sächsisches Staatsarchiv, 11125 Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Nr. 10230/42, Bl. 256. Neben Haushofer machte auch ein ehemaliger Mitarbeiter am Südost-Institut namens Alois Auer von Verleumdungen Gebrauch, was Valjavecs Einbürgerung wiederholt verzögerte. Gerüchte, die überdies dessen Abstammung anzweifelten, konnten erst im Zuge seiner Einbürgerung zerstreut werden. Vgl. BArch R 1501/6952.

81 „Mit Prof. Dr. Valjavec habe ich heute eine Rücksprache gehabt, in der er [...] seine Pläne zur Beschaffung von Material entwickelte. Er unterschied zwischen Plänen zur Materialbeschaffung, Plänen zur Auswertung des Materials und dem Plan, der von mir zu erstellen ist, der die Auswertung und die eigentliche Zusammenstellung der Arbeit betrifft. Wegen letzterem Plan will er [...] nach Berlin kommen, um mit mir gemeinsam mit Prof. Höhn Rücksprache zu nehmen. Er entwickelte mir dann im Großen das ganze Südosteuropaproblem in politischer Hinsicht [...]“ Institut für Zeitgeschichte Archiv (fortan: IfZArch), ED 651/1-2, Vermerk von Six, 17.6.1940.

lich mit Erfolg. Walter Schellenberg (1910–1952) wiederum, seit 1939 im Reichssicherheitshauptamt Gruppenleiter im Amt IV E, Spionageabwehr der Gestapo, war in erster Linie ob seines akademischen Fortkommens auf Valjavecs Hilfe angewiesen, wollte er doch an der Universität Berlin bei Reinhard Höhn (1904–2000) – bis 1937 Mitarbeiter im SD-Hauptamt – promovieren.⁸² Jedenfalls setzten sich beide für seine Einbürgerung ein,⁸³ wobei nach der Marginalisierung Six' innerhalb des SD Schellenberg der gewichtigere Akteur in dieser Sache gewesen sein dürfte.⁸⁴ Dem Reichsinnenministerium gegenüber attestierte Schellenberg: „Die Überprüfung des Dr. Valjavec hat Nachteiliges nicht ergeben. Gegen die Einbürgerung des Dr. Valjavec werden keinerlei Bedenken erhoben.“⁸⁵ Drei Monate später bedankte sich Valjavec auch dementsprechend: „Am Donnerstag habe ich meine Einbürgerungsurkunde erhalten. Ich möchte nun Ihnen, Herr Regierungsrat, meinen verbindlichsten Dank aussprechen für Ihre mir so freundlich gewährte Unterstützung in dieser Angelegenheit.“⁸⁶ Eben in diese endlich errungene Anerkennung seines „Deutschseins“ fällt sein einziger Militäreinsatz während des Zweiten Weltkrieges, den er geradezu euphorisch beschrieb: „Seit Ausbruch des Krieges mit Russland befinde ich mich als Angehöriger eines Einsatzkommandos der Deutschen Sicherheitspolizei und des SD im Felde. Ich brauche wohl kaum zu sagen, dass ich sehr viel Interessantes erlebt habe. Nachdem jahrelang nur die Theorie zu ihrem Recht kam, trete ich jetzt auch zur Praxis in ein vertrauterer Verhältnis.“⁸⁷ Offenbar werden hier Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe und die Einnahme der ihm als Wissenschaftler im Nationalsozialismus zugewiesenen „praktischen“ Rolle.

Mit Beginn der Restrukturierung des SD hatte Walter Schellenberg bereits allgemeine Festlegungen über „Die Laufbahn im Sicherheitsdienst“ getroffen. Den Bereich „Wissenschaftliche Forschung“ unterteilte er dabei in solche hauptamtliche SD-Mitarbeiter, die der „politischen Forschung“, sprich Nachrichtengewinnung wie -auswertung, nachgehen sollten, und solche „ausgesprochenen Spezialisten [...], die ein Gebiet rein wissenschaftlich erforschen müssen, ohne über den politisch-nachrichtendienstlichen Sinn und Zweck unterrichtet zu sein“.⁸⁸ Letzterem Anforderungsprofil entsprach Valjavec, der im Dezember 1939 in Begleitung eines Nachrichtenoffiziers nach Rumänien reiste und über den politischen Zu-

82 IfZArch, ED 651/1-5, Schellenberg an Höhn, 18.10.1940. Mitte 1941 gestand Schellenberg Valjavec gegenüber ein: „Ich bin so ehrlich Ihnen zu sagen, dass ich ohne Ihre Hilfe kaum in der Lage bin die gestellte Aufgabe zu meistern; bin auch in keiner Weise bis jetzt in der Arbeit weitergekommen. Hoffentlich ist Ihre Einbürgerungsangelegenheit jetzt endgültig in Ordnung.“ IfZArch, MA 433/1, Schellenberg an Valjavec, 29.8.1941. Valjavec übersetzte nicht nur für Schellenberg, sondern recherchierte für ihn relevante Literatur und erstellte auch die Gliederung. BayHStA, Südostinstitut 50, Valjavec an Schellenberg, 23.7.1940.

83 Vgl. den Briefwechsel zwischen Six und Valjavec allein im Jahre 1940. BayHStA, Südostinstitut 50.

84 Zu dem von Six geleiteten Amt VII vgl. Thorsten J. Querg: Spionage und Terror. Das Amt VI des Reichssicherheitshauptamtes 1939–1945, Phil. Diss., Berlin 1998, S. 137-139.

85 BArch R 1501/6952, Schellenberg an Reichsinnenministerium, 7.3.1941.

86 BayHStA, Südostinstitut 159, Valjavec an Schellenberg, 13.6.1941.

87 BayHStA, Südostinstitut 54, Valjavec an Steinacker, 27.8.1941.

88 IfZArch, MA 433/1, Die Laufbahn im Sicherheitsdienst, 28.2.1939. Auf die Exklusivität einer hauptamtlichen Zugehörigkeit zum SD, die verhältnismäßig wenigen Akteuren zuerkannt wurde, verweist Carsten Schreiber: Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerkes am Beispiel Sachsens, München 2008, hier besonders S. 176.

stand des Landes einen ausführlichen Bericht an das Amt II D, Referat 2, Emil Steudle,⁸⁹ Amtsleiter Franz Alfred Six, lieferte.⁹⁰ Aus nachrichtendienstlicher Sicht hatte er offenbar überzeugt, auf seine Expertise griff Walter Schellenberg in der Folgezeit zurück: „Das von Ihnen angeschnittene Thema betr. Südosten und den Ausgang der rumänisch-ungarischen Verhandlungen ist auch für mich von besonderem Interesse und ich würde mich freuen gelegentlich Ihres Hierseins mit Ihnen über dies und jenes sprechen zu können.“⁹¹

Formell weder der Allgemeinen SS noch dem SD angehörig, wurde Valjavec im Juli 1941 im Range eines SS-Untersturmführers dienstverpflichtet und der Einsatzgruppe 10B unter Alois Persterer (1909–1945) zugeteilt.⁹² Eine Beteiligung seiner Person an den in Czernowitz durchgeführten Exekutionen von Juden und Kommunisten kann nicht restlos geklärt werden,⁹³ ist aber nicht wahrscheinlich, worauf noch eingegangen wird. Belegt ist hingegen, dass er Bücherbestände verzeichnete und in Kisten zur Abholung bereitstellte.⁹⁴ Ebenfalls belegt ist seine – wenn auch nicht gänzlich rekonstruierbare – Beteiligung an den ethnischen Neuordnungsplänen des SD. Rumänien hatte sich mit dem Deutschen Reich noch

89 Auch Steudle ließ Valjavec von seinen Schwierigkeiten bei der Einbürgerung wissen: „Zu Ihrer Information teile ich Ihnen mit, daß ich vor meiner Abreise aus Berlin noch einmal im Polizeipräsidium anrief und dort die Versicherung erhielt, daß die Einbürgerungsangelegenheit bald zum Abschluß gebracht würde. Meine Bedenken, die ich Ihnen das letzte Mal vertraulich mitteilte, sind dadurch glücklicherweise gegenstandslos geworden.“ BayHStA, Südostinstitut 50, Valjavec an Steudle, 17.7.1940.

90 In diesem rekurrierte er auf ein Netz von Informanten und Vertrauensleuten, auf die er seine Ausführungen stützte. Abgedruckt in: Stelian Mândruț, Ottmar Trașcă: Fritz Valjavec și România (1939, 1941) [Fritz Valjavec und Rumänien (1939, 1941)], in: Anuarul Institutului de Istorie „G. Barițiu“ din Cluj-Napoca 46 (2009), S. 147-188, hier S. 156-165.

91 BayHStA, Südostinstitut 50, Schellenberg an Valjavec, 24.8.1940.

92 „Mit Wirkung vom 15. Juli 1941 wurde ich vom Polizeipräs. München dienstverpflichtet, und von der Polizeidirektion Wien zu einer dortigen Transportleitstelle einberufen. Ich war einige Tage als Dolmetscher in Budapest, hauptsächlich als Transportbegleiter. Anschließend wurde ich nach Czernowitz abgestellt. In Czernowitz kam ich zu dem SD-Einsatzkommando des Dr. Persterer. [...] Bei Persterer wurde ich rangmäßig einem Untersturmführer eingekleidet. Ich hatte jedoch keinen Offiziersrang sondern hatte nur die Uniform, da es sich um ausländisches Gebiet handelte.“ BArch B 162/959, Vernehmungsniederschrift vom 8.6.1957, Bl. 318. Zu Alois Persterer siehe bei Matthias Gafke: Heydrichs Ostmärker. Das österreichische Führungspersonal der Sicherheitspolizei und des SD 1939–1945, Darmstadt 2015, S. 296 f.

93 Zur Einsatzgruppe D, deren Teilkommandos sowie verübter Verbrechen siehe Andrej Angrick: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003.

94 Gerhard Grimm: Georg Stadtmüller und Fritz Valjavec. Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung, in: Beer, Seewann (Hrsg.), Südostforschung (wie Anm. 4), S. 237-255, hier S. 251 f. Diese zweifelhafte Art der Akquisition von Büchern nutzte Valjavec bereits in früheren Jahren: „In Prag befindet sich eine Reihe von Bücherbeständen verschiedener Bibliotheken, die voraussichtlich liquidiert werden dürften. Wäre es nicht möglich, diese Bestände teilweise für die Berliner Arbeit zur Verfügung gestellt zu bekommen?“ BayHStA, Südostinstitut 50, Valjavec an Six, 29.2.1940. Folgerichtig entzündete sich in den 1950er Jahren eine Kontroverse von behördlicher Seite um die Herkunft von Teilen seiner Privatbibliothek, die den Krieg im Gegensatz zur Institutsbibliothek weitgehend unbeschadet überstanden hatte. Vgl. Näheres bei Robert Pech: Südost-Forschung in Mainz? Fritz Kern, Fritz Valjavec und die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte, in: Rainer Bendel, Robert Pech (Hrsg.): Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur im europäischen Kontext, Münster 2017, S. 79-103, hier S. 91.

kurz vor Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ auf eine militärische Zusammenarbeit geeinigt und besetzte nebst Bessarabien die Nordbukowina. Offenbar einigten sich Hitler und Ion Antonescu (1882–1946) Anfang August über den Status beider eroberten Landesteile, *de jure* wurde die Wiedervereinigung der beiden „Provinzen“ mit dem Kernland Rumänien Anfang September 1941 proklamiert.⁹⁵ Die Einsatzgruppe D der SiPo und des SD bzw. deren Teilkommando 10B unter Persterer war somit zunächst auf rumänischem Hoheitsgebiet – besonders Czernowitz – tätig und musste angesichts der dort ansässigen Ukrainer auf den Verbündeten Rücksicht nehmen. Aus Sicht der Einsatzgruppe D erwuchs daraus ein taktisches Problem: Zur „Vernichtung der jüdischen und kommunistischen ‚Führungsschichten‘“ griff man hier wie andernorts auf regionale Bündnispartner zurück mit der Intention, diese „von eigenständigen politischen Zielsetzungen abzulenken und unter deutsche Kontrolle zu bringen“, was nicht zuletzt deren – im NS-euphemistischen Sprachgebrauch – „Aktivierung“ gegen die jüdische Bevölkerung vor Ort umfassen sollte.⁹⁶ In Bezug auf die Ukrainer in der Nordbukowina war diese Strategie nicht umsetzbar, wie bereits Anfang August 1941 nach Berlin gekabelt wurde: „Von den ersten Tagen der Besetzung an war es klar, dass die Rumänen versuchen würden, die ukrainische Volksgruppe der Bukowina nach Möglichkeiten zu schwächen. [...] Die Ukrainer erwarten, dass Deutschland eingreift und die Rumänen zur Ordnung ruft. [...] Die Rumänen wiederum haben die Befürchtung, dass das Reich die Ukrainer gegen sie ausspielt und sich in die Volkstumsverhältnisse des rumänischen Staates einmengen würde.“ Geeignete Maßnahmen, die eine „Entspannung herbeiführen könnten“, bestünden – ob der irredentistischen Ziele der ukrainischen Nationalisten (OUN) – höchstens in einer Aufteilung der Bukowina „nach völkischen Gesichtspunkten“ oder in einer „Umsiedlung des hier lebenden Ukrainertums“.⁹⁷ Letzteres wurde vom Auswärtigen Amt geprüft, strebte doch das Königreich Rumänien die „Aussiedlung“ der Ukrainer in die vom Reich „besetzten Ostgebiete“, gemeint war Galizien als Teil des Generalgouvernements, an.⁹⁸ Beides widersprach deutschen Interessen, obgleich zu diesem Zeitpunkt keine einheitliche Linie im Umgang mit den Ukrainern vorhanden war.⁹⁹

95 Vgl. Hiltrun Glass: Deutschland und die Verfolgung der Juden im rumänischen Machtbereich 1940–1944, München 2014, S. 96–99. Die Verwaltung des besetzten Gebietes lag von Beginn der Eroberung an bei Rumänien, wobei auch erste Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung unmittelbar anliefen. Vgl. ebenda, S. 101 f.

96 Gideon Botsch: „Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Deutschen Auslandswissenschaften“ im Einsatz 1940–1945, Paderborn 2006, S. 212. Zu den ukrainischen „Hilfsformationen“: Frank Golczewski: Organe der deutschen Besatzungsmacht: die ukrainischen Schutzmannschaften, in: Wolfgang Benz, Johannes Houwink ten Cate u.a. (Hrsg.): Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, Berlin 1998, S. 173–196.

97 BArch R 58/215, Ereignismeldung UdSSR vom 1.8.1941, Zur Ukrainerfrage in der Bukowina.

98 „Die Frage der Rückkehr von Emigranten und Flüchtlingen in die neubesetzten Ostgebiete ist bereits im Herbst 1941 Gegenstand der Prüfung seitens der zuständigen deutschen Behörden gewesen. Die beteiligten Behörden sind damals zu dem Ergebnis gekommen, die Rückkehr solcher Personen grundsätzlich zu versagen.“ PA AA, Czernowitz 4/4, Abschrift einer Denkschrift, 20.6.1942.

99 Alfred Rosenberg befürwortete eine ukrainische Eigenständigkeit im Zuge der nationalsozialistischen Neuordnung Europas. Siehe Jürgen Matthäus, Frank Bajohr (Hrsg.): Alfred Rosenberg. Die Tagebücher von 1934 bis 1944, Frankfurt a.M. 2015, S. 412 f.

In diese diffizilen Auseinandersetzungen hinein operierte auch Valjavec, was noch im September 1941 Unmut auf rumänischer Seite erweckte – spätestens im November des Jahres kehrte er jedoch nach München bzw. Berlin zurück. Was war geschehen, wie lauteten die konkreten Vorwürfe? Valjavec hätte im August in Czernowitz eine Besprechung mit „Führern der ukrainischen Minderheit“ abgehalten, wobei er zum Verfassen von Memoranden aufgefordert haben soll, die die rumänischen Übergriffe der letzten 22 Jahre protokollieren sollten. Besonders erregte die rumänischen Stellen, dass Valjavec betont hätte, „dass die deutsche Administration in der Bukowina nur ein Jahr andauern“ würde, im Anschluss aber „rein ukrainisch bleiben wird“.¹⁰⁰ Auch hätte er einer Beteiligung der Ukrainer an der Volksabstimmung am 9. November 1941 das Wort geredet. Walter Schellenberg, zu diesem Zeitpunkt bereits Leiter des Amtes VI, SD-Ausland, teilte dem Auswärtigen Amt zur Klärung der diplomatischen Verwicklung im Februar 1942 mit, dass sich zwar „SS-Untersturmführer Prof. Dr. Valjavec [...] noch bis Anfang November 1941 zur Abwicklung dienstlicher Geschäfte in Czernowitz aufgehalten“ habe. „Er hat jedoch nach eigenen Aussagen seit Anfang September keinerlei Verbindungen mehr zu ukrainischen Kreisen unterhalten. Der seitens Rumänien erhobene Vorwurf, Propaganda gegen die Beteiligung der Ukrainer an der Volksabstimmung getrieben zu haben, kann daher nicht den Tatsachen entsprechen, da diese erst mit Dekretgesetz vom 4.11.1941 bekannt gemacht wurde. Im übrigen hat SS-Untersturmführer Prof. Dr. Valjavec das deutsche Konsulat in Czernowitz über seine Verhandlungen mit Ukrainern ständig auf dem Laufenden gehalten.“¹⁰¹

Für die Einordnung dieses beschwichtigenden Schreibens ist auf den seit 1939 schwelenden Kompetenzkonflikt beider Dienststellen – SD und Auswärtiges Amt – hinzuweisen: Das in Berlin unter dem Dach des Reichssicherheitshauptamtes geschaffene Amt VI, zunächst noch unter Führung von Heinz Jost (1904–1964), wollte sich gegen die nachrichtendienstliche Aufklärung des Auswärtigen Amtes behaupten. Zudem unterstellte Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop (1893–1946) Heinrich Himmler (1900–1945) eigene außenpolitische Bestrebungen. Gegen diese Ambitionen der SS installierte Ribbentrop in der Folgezeit bewusst altgediente SA-Führer im Auswärtigen Amt.¹⁰² Überdies gab es zwischen dem SA-Obergruppenführer und Gesandten in Bukarest, Manfred von Killinger (1886–1944), und dem Amt VI bereits seit Mitte 1941 Unstimmigkeiten, hatte er sich doch über einen von Amt VI eingeschleusten, aber nicht enttarnten V-Mann in seinen Reihen allzu grob echauffiert.¹⁰³ Wichtiger war noch hinsichtlich der außenpolitischen Ambitionen des Amtes VI, dass der SD im Januar 1941 die Eiserne Garde unter Horia Sima – entgegen Hitlers Rumänienpolitik – bei einem Putschversuch gegen Antonescu unterstützte; der Wutausbruch Hitlers endete mit der Demission Josts.¹⁰⁴ Der neue Chef des Amtes VI, Schellenberg, baute dieses bis Kriegsende trotzdem zu einer Dienststelle für auswärtige Politik aus;¹⁰⁵ gleichwohl hatte er kurz nach dem rumänischen „SD-Desaster“ kein Interesse an einer

100 Mândruț, Trașcă, Fritz Valjavec (wie Anm. 90), S. 165 f.

101 Ebenda, S. 180 f.

102 Vgl. Querg, Spionage und Terror (wie Anm. 84), S. 183 f.; Katrin Paehler: *The Third Reich's Intelligence Services. The Career of Walter Schellenberg*, New York, NY 2017, S. 222.

103 Vgl. Querg, Spionage und Terror (wie Anm. 84), S. 170-174.

104 Vgl. Michael Wildt: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 398 f., S. 649 f.

105 Vgl. Paehler, *Third Reich's Intelligence Services* (wie Anm. 102), S. 248.

neuerlichen Irritation. Das Auswärtige Amt aber hatte einen Angriffspunkt, um zumindest die Tätigkeiten des SD in Rumänien erst einmal einzudämmen, und Killinger wusste das in Betreff der Valjavec-Angelegenheit auch brieflich zu betonen: „[Ich möchte] anregen, die SS.-Führung anzuweisen, sich künftig nicht mehr in die Fragen der rumänischen Innenpolitik einzumischen.“¹⁰⁶

Nach Aktenlage ist bei aller Undurchsichtigkeit ob der Kompetenzstreitigkeiten der Dienststellen klar, dass Valjavec nicht nur „Dolmetscher für die ungarische Sprache“ gewesen sein kann, wie das seine Vernehmungsniederschrift von 1957 nahelegt.¹⁰⁷ Denn zum damaligen Konsul in Czernowitz, Fritz Schellhorn (1888–1982), unterhielt er in der Tat gute Verbindungen.¹⁰⁸ Schellhorn war überzeugt, dass man deutscherseits die ukrainische Minderheit als Ganzes für einen Krieg gegen die Sowjetunion hätte gewinnen können, wie er noch 1960 betonte:

„Mit großer Sorge beobachtete ich, dass die bukowiner Ukrainer sich Deutschland immer mehr entfremdeten; [...]. Die Ukrainer [...] erhofften vom Siege der deutschen Waffen die Erfüllung ihrer nationalen Bestrebungen und wären bei geschickter Behandlung sicher bereit gewesen, hierfür auch große Opfer zu bringen. [...] Die Aufgabe der deutschen Politik wäre nach meiner Auffassung gewesen, die Schaffung einer selbständigen Ukraine mit allen nur möglichen Mitteln zu fördern und sie in das deutsche Bündnissystem einzubauen.“¹⁰⁹

Freilich torpedierte die rumänische Geheimpolizei Siguranța derlei Überlegungen konsequent und bediente sich dabei gezielt der Interessengegensätze deutscher Dienststellen.¹¹⁰ 1942 deutete Schellhorn einerseits den Versuch des Ausspielens ukrainischer Vertreter und deutscher Dienststellen durch die rumänische Seite an, andererseits ging er auf „Ursache und Wirkung“ der aus seiner Sicht verfehlten Minderheitenpolitik des Königreichs ein:

„Es hätte damals nur gerechter Behandlung und einiger Zugeständnisse auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet bedurft um die Ukrainer, die die Befreiung vom Bolschewismus so aufrichtig wie alle Bukowiner herbeigesehnt hatten, die Bedrückung der vergangenen Jahre vergessen zu lassen. Statt dessen wurde mit Terror-

106 Mândruț, Trașcă, Fritz Valjavec (wie Anm. 90), S. 171.

107 BAArch B 162/959, Vernehmungsniederschrift vom 8.6.1957, Bl. 318.

108 Vgl. das Schreiben von Schellhorn nach Valjavecs Rückkehr: „Von hier ist wenig Neues zu berichten. Nur in der Ukrainerfrage wurden einige starke Vorstöße unternommen wobei auch Ihre Tätigkeit eingehend berührt worden ist; doch glaube ich die Dinge auf den richtigen Nenner zurückgeführt zu haben.“ BayHStA, Südostinstitut 60, Schellhorn an Valjavec, 6.1.1942.

109 PA AA, NL Schellhorn 5, Aufzeichnung über die Ereignisse in Czernowitz und Jassy von Mai 1934 bis August 1944, S. 67.

110 „Soweit diese Berichterstattung der Czernowitzer Siguranta die Tätigkeit des Konsulats behandelt[,] ist sie fast durchweg frei erfunden; richtig ist nur die Überreichung eines Memorandums durch die Ukrainer kurz nach der Wiederbesetzung der Bukowina [...].“ PA AA, Czernowitz 4/4, Schellhorn an Deutsche Gesandtschaft Bukarest, 11.9.1942. Bereits einen Monat früher, am 17.8., ging Schellhorn in einem Brief an die Deutsche Gesandtschaft in Bukarest auf die Desinformationspraktiken der Siguranța ein. Vgl. PA AA, Czernowitz 4/4, Schellhorn an Deutsche Gesandtschaft Bukarest, 17.8.1942.

Maßnahmen schlimmster Art begonnen; [...]. Erst hierauf haben sich die Ukrainer [...] an deutsche militärischen [sic] Stellen gewandt, in denen sie ihre einzige Rettung sahen; deren Eingreifen war in der ersten Zeit auch die Abstellung manchen schreienden Misstandes [sic] zu danken.“¹¹¹

Die Vorwürfe der rumänischen Administration wiederum sind exemplarisch niedergelegt in einem Schreiben des Gouverneurs der Bukowina, General Corneliu Calotescu (1889–1970), an Schellhorn. Darin versicherte er, dass die Ukrainer „in der Zeit der Russenbesetzung [...] durch ihre Führung sich fast geschlossen in den Rahmen sowjetischer politischer Ideologie eingeordnet und dadurch den Bolschewismus praktisch unterstützt“ hätten. Wurde hier folglich ein Argument vorgebracht, das die deutsche Seite in gleicher Form gegen andere „Gegner“ anwandte, rechtfertigte die „Fortsetzung der kommunistischen Propaganda“ von ukrainischen Vertretern das weitere Vorgehen gegen sie in Form von Zwangsmaßnahmen, so der Gouverneur. Durch das Protektorat der SS wäre die Verfolgung durch rumänische Stellen allerdings stark behindert worden, ein gewisser Herr Valjavec hätte gar „als Chef der deutschen SS“ im August 1941 ein Memorandum verfasst, „in welchem verlangt wurde, dass alle Ungerechtigkeiten und Verfolgungen[,] welche die Ukrainer unter der rumänischen Regierung seit 1918 bis heute zu erdulden hatten[,] angeführt werden sollten“.¹¹²

Wurde hier der Dienstrang von Valjavec überhöht, so gibt die Antwort Schellhorns auf die Klagen des Gouverneurs insofern Gewissheit, als Valjavec in die ukrainisch-rumänischen Auseinandersetzungen eingegriffen hatte:

„Ich bedauere sehr, dass die beiden hier verbliebenen Herrn [sic] des SD Ziehe und Valjavec Czernowitz endgültig verlassen haben[,] bevor ich im Besitz Ihres Schreibens gelangte. Ich bedauere dies umsomehr, als ich von der in Ihrem Schreiben dargelegten Tätigkeit des SD keinerlei Kenntnis hatte und überzeugt bin, dass eine Rücksprache mit den beiden Herren, besonders mit Herrn Valjavec vieles aufgeklärt hätte[,] was ohne genaue Kenntnis der Verhältnisse Anlass zu Missdeutungen geben muss. [...] Ich glaube vielmehr, dass seine Tätigkeit [hier gemeint: des SD; R. P.] auf dem in Frage stehenden Gebiete den Zweck verfolgte die Ursachen zu beseitigen, die zu einer Gefährdung der inneren Ruhe und Sicherheit dieses Gebietes hätten führen können. Ob die hiebei angewandten Mittel in jedem einzelnen Falle zweckmässig waren, vermag ich nicht zu beurteilen.“¹¹³

Konrad Ziehe (Jg. 1912), Kriminalkommissar und zu dieser Zeit Anwärter für den „Leitenden Dienst“, gab in seiner Vernehmungsniederschrift in den späten 1950er Jahren an, neben anderen Aufgaben die der „Bekämpfung des Bolschewismus“ erhalten zu haben. Er habe angesichts der vorgefundenen Situation die Umsetzung dieser Anweisung darin gesehen, „die Ukrainer, die damals in einem erkennbaren Gegensatz zur herrschenden sowjetischen Schicht standen, menschlich für uns zu gewinnen und sie auch für uns nutzbar zu ma-

111 PA AA, Czernowitz 4/4, Schellhorn an Deutsches Konsulat, 4.4.1942.

112 PA AA, Czernowitz 4/4, Gouvernement der Bukowina an Schellhorn, 26.11.1941.

113 PA AA, Czernowitz 4/4, Schellhorn an Calotescu, 29.11.1941.

chen“.¹¹⁴ Diese Intention im Sinne des SD sollte im hier relevanten Zeitraum durch ein Heranziehen rumänischer Geistlicher gelingen:

„Heute erschien der rumänische Geistliche Constantin Vasilovici [...] und bat mich um Auskunft über die jetzigen Verhältnisse in der Ukraine. Über den Grund seiner Anfrage befragt, erzählte er mir, dass er im Auftrage des Erzbischofs zusammen mit noch anderen Geistlichen[,] die die ukrainische oder russische Sprache kennen[,] nach der Ukraine gehen wolle[,] um religiöse Propaganda zu treiben. [...] Wie ich vom Oberleutnant Ziehe vom SD erfahre [...] handle es sich um eine Aktion wichtigsten Ausmasses[,] da man nur auf diesem Wege die Sympathien der Ukrainer gewinnen könne, eine Sympathie[,] die für die spätere Gestaltung des Gebietes von grösster Bedeutung wird. Der Reichsführer SS habe selbst erklärt – dies wisse Herr Ziehe amtlich – dass man die Ukrainer nur über die Popen gewinnen könne. Nun meinte Herr Ziehe[,] sei es sehr wichtig zu erfahren, wie die Auswahl der Geistlichen von rumänischer Seite aus erfolge, denn diese könnten unter Umständen den deutschen Interessen entgegenarbeiten.“¹¹⁵

Gesichert kann festgehalten werden, dass die Ukrainer in der Nordbukowina mit ihren teils irredentistischen Zielsetzungen einerseits von rumänischer Seite instrumentalisiert wurden, um administrative Hoheitsrechte um- und durchzusetzen mit dem Ziel einer schnellen Eingliederung des Gebietes in den rumänischen Staatsverband. Andererseits war von deutscher Seite ein unabhängiger ukrainischer Staat nicht vorgesehen;¹¹⁶ eine Zusammenarbeit mit ukrainischer Seite wurde aber – wie gezeigt werden konnte: gerade – seitens der SD-Stelle in Czernowitz forciert, wenn auch nicht im Sinne der ukrainischen Irredentisten. Neben Desinformation des Verbündeten bzw. Informationsbeschaffung für deutsche Aufklärungsdienste unterschied sich folglich auch der Zugriff auf diese ethnische Gruppe. Dass Valjavec daran mitarbeitet und nicht ausschließlich gegen rumänische Übergriffe vorging, ist vorstellbar und an anderer Stelle auch belegt.¹¹⁷ Doch sollte seine Rolle angesichts der zeitlichen Beschränkung sowie der bereits angesprochenen Verschränkungen militärischer und administrativer Hoheiten inklusive den Kompetenzkonflikten deutscher Dienststellen nicht überschätzt wer-

114 BArch B 162/959, Vernehmungsprotokoll Konrad Ziehe, Bl. 285. Zu Ziehes tätlichen Vernehmungsmethoden, die wohl auch zu seinem Abzug führten, ihm aber keine juristische Strafe einbrachten, vgl. Angrick, Besatzungspolitik (wie Anm. 93), S. 151 und S. 303, Anm. 331.

115 PA AA, Czernowitz 4/4, Aufzeichnung von Springer, 20.11.1941.

116 Vgl. Angrick, Besatzungspolitik (wie Anm. 93), S. 734; Frank Grelka: Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42, Wiesbaden 2005, S. 391.

117 Siehe den bereits genannten Reisebericht an das Reichssicherheitshauptamt aus dem Jahre 1939: Mândruț, Trașcă, Fritz Valjavec (wie Anm. 90), S. 156-165. In einer Aufzeichnung von September 1941, wahrscheinlich von Fritz Schellhorn, ist wiederum vermerkt: „Herr Dr. Valjavec vom SD, wohnhaft bei der Ortskommandantur in Jassy [Bleistiftkorrektur: Cz.], Zimmer Nr. 37 hat mir im Laufe einer Unterredung mitgeteilt, dass die rumänischen Organe auf dem Lande die vom SD ausgestellten Bescheinigungen nicht respektierten, sondern zerreißen. Ausserdem haben sie die Ehefrau des Professors Mehediniuk in Sadagura [...] verhaftet. Die Verhaftung erfolgte mit der Begründung, dass ihr Mann Kommunist sei, während sie in der Lage war eine Bestätigung des SD zu zeigen aus der hervorging, dass ihr Mann im Dienste des SD in Lemberg ist.“ PA AA, Czernowitz 4/4, Aufzeichnung, 8.9.1941.

den. Letztlich ist auch sein gesundheitliches Leiden, das ihn bis hinein in das Jahr 1942 verfolgte, und das damit verbundene Aufsuchen des Mediziners Adolf Brettler¹¹⁸ (Jg. 1905) belegt.

In besagter Vernehmung von Mitte 1957 wurde Valjavec nach seinen Verwicklungen in diesen ethnischen Konflikt nicht befragt. Wohl machte er Angaben zu den Hinrichtungen der Persterer-Einheit in Czernowitz: „Die Tätigkeit des Kommandos Persterer war mir in der Zwischenzeit durch Hörensagen bekannt geworden [...]. Ich habe z.B. gehört, dass Kommunisten erschossen worden seien. Persönlich hatte ich jedoch den Verdacht, dass es sich um gewöhnliche Morde handelte.“¹¹⁹ Obgleich der Schlussbericht von Juli 1957 festhielt, „dass [...] Dr. Valjavec nicht an Exekutionshandlungen der Einsatzgruppe beteiligt war“ und dies mit den „Zeugenaussagen in Stuttgart und München“ belegte, in denen Valjavec nicht als Täter genannt worden war, sind jüngst Zweifel an dieser Darstellung angemeldet worden.¹²⁰ Grund war das Auffinden eines Vernehmungsprotokolls des SS-Hauptsturmführers und stellvertretenden Leiters im Stab von Persterer, Karl Finger (Jg. 1910), das im Zuge eines weiteren Einsatzgruppen-Prozesses im Jahr 1962 angefertigt worden war und in dem er Valjavec der Verübung von Kapitalverbrechen bezichtigte: „V. war in Czernowitz bei der Exekution dabei und hat dort Genickschüsse abgegeben. Ich habe ihn bisher nicht genannt, weil ich glaubte, er sei noch im Dienst und ich wollte ihn deshalb nicht gefährden.“¹²¹ Ob des Todes von Valjavec im Februar 1960 juristisch nicht relevant und daher auch von der Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt, ist der zum damaligen Zeitpunkt bereits vorbestrafte und eines weiteren Verbrechens beschuldigte Finger der einzige Angeklagte, der Valjavec des Mordes beschuldigte. Sofern der Name Valjavec in den Vernehmungen überhaupt fiel, brachten ihn andere mit „wissenschaftlichen Studien“ in Verbindung, nicht aber mit Exekutionshandlungen.¹²²

4. Distanz und Kritik am Nationalsozialismus vor und nach 1945

„Für mich besteht die Bilanz der vier Jahre darin, daß mein Vertrauen zu Hitler endgültig flöten gegangen ist (der Partei hatte ich nie eines entgegengebracht).“¹²³ Diese Aussage von 1937 steht exemplarisch für Ambivalenzen bzw. Inkonsistenzen, durch die auch die

118 Adolf Brettler; geboren am 4.2.1905 in Czernowitz. Nach Besuch von Volksschule und Staatsgymnasium ebendort studierte Brettler ab dem Wintersemester 1925/26 an der Universität Bukarest Medizin, um anschließend in Berlin zu hören. Nach bestandenem Physikum im Winter 1928 ging er für ein Semester nach Freiburg, ehe er im Wintersemester 1930/31 das Staatsexamen bestand und zugleich zum Doktor der Medizin promovierte. Der Titel seiner Doktorarbeit lautete: „Über Strahlentherapie bei Lungentuberkulose“. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging Brettler zunächst nach München, bevor er nach Kanada auswanderte.

119 BArch B 162/959, Vernehmungsniederschrift vom 8.6.1957, Bl. 319.

120 BArch B 162/959, Schlussbericht vom 1.7.1957, Bl. 323 f. Eine Beteiligung von Valjavec an den Mordhandlungen sehen belegt: Haar, Friedrich Valjavec (wie Anm. 8), S. 111 f.; Ingrao, Hitlers Eliten (wie Anm. 10), S. 307 f.

121 Vgl. BArch B 162/980, Vernehmungsniederschrift vom 16.5.1962, Bl. 1175.

122 Vgl. das Vernehmungsprotokoll von Siegfried Schuchart: BArch B 162/980, Vernehmungsniederschrift vom 14.5.1962, Bl. 1132.

123 Notiz aus seinem Tagebuch vom 30.1.1937.

Biografie von Valjavec gekennzeichnet ist. Einige seiner handlungsleitenden Motive, die ihn auf Distanz zum Nationalsozialismus hielten, sollen im Nachfolgenden betrachtet werden.

Valjavecs Weltsicht war grundsätzlich wertkonservativ, seine christlich-katholische Wertbindung hielt ihn auf Abstand zur nationalsozialistischen Ideologie. Die antikirchlichen Maßnahmen des NS-Regimes missbilligte er und hob auf die gesellschaftliche Bedeutung ethischer Normensetzung an:

„Wenn der Nationalsozialismus heute die konfessionellen und kirchlichen Eigenarten in den Hintergrund drängen will, so möchte er auf diese Weise die eingreifenden Momente in Deutschland stärken [...]. Er begeht aber den Fehler zu übersehen, daß man mit weltlicher Gewalt in religiösen Fragen manches vielleicht zerschlagen, aber sehr, sehr wenig aufbauen kann. Mit der Unterbindung eines vermeintlichen Konfessionsmittels wird man daher auch das rein Religiöse schädigen müssen. Die sittliche Verwilderung in Deutschland, der letztendlich [nur] durch religiöse Momente [begegnet] werden kann, wird also dadurch begünstigt.“¹²⁴

Gesellschaftsphilosophisch bediente sich Valjavec aus der katholischen Reichsideologie, idealisierte das christliche Mittelalter und sah zugleich im Säkularismus den Ausgangspunkt eines beginnenden gesellschaftlichen Verfalls.¹²⁵ Die Reichsideologie fasste, wie Klaus Breuning analysierte, den Staat „in ‚seiner gefährlichen Absolutheit‘“ als „institutionell der Sünde verfallen“ auf; das Reich hingegen repräsentierte „den nicht babylonisch von unten nach oben, den ‚nicht irdisch[en] nur‘, sondern den gnadenhaften, von oben nach unten georteten ‚heiligen‘ Bereich, der ‚als Bogen des [Neuen] Bundes‘ ‚vom Himmel zur Erde‘ strahlt“.¹²⁶ Valjavec, Leser der von Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg (1902–1945) herausgegebenen und 1934 verbotenen konservativ-monarchischen Zeitschrift „Die Monarchie“, setzte der Ablehnung von Merkmalen der Moderne eine „zeitlos gültige Seinsordnung“ (Klaus Breuning) entgegen. „Wir erkennen heute, daß mit dieser Zerstörung [gemeint: Zweiter Weltkrieg; R. P.] einer alten Völker- und Reichsordnung zugleich der inneren Kraft und dem Frieden Europas ein schwerer Schaden zugefügt wurde“, so Valjavec in einem Schreibentwurf für die Bayerische Staatskanzlei im Jahr 1952.¹²⁷ Ähnlich auch die brieflichen Äußerungen an seinen Förderer Achim Oster (1914–1983):

„Ich lege Dir noch bei einen Artikel aus den Salzburger Nachrichten von Otto von Habsburg [...]. Der Artikel ist deswegen hochbedeutsam, weil daraus hervorgeht, daß die österreichischen Legitimisten und Otto von Habsburg selbst, bemüht sind, eine Restauration des Hauses Habsburg durch Anlehnung an die Amerikaner und in

124 Notiz aus seinem Tagebuch vom 7.2.1934.

125 Vgl. Fritz Valjavec: Betrachtungen zur Lage unserer Kultur, München 1941, S. 7. Das Buch wurde gemäß Vorwort im Frühjahr 1939 niedergeschrieben, in kleiner Auflage gedruckt, aber nicht vertrieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg verteilte Valjavec das Druckwerk an einige seiner Kontakte, um seine stete NS-Ablehnung zu bezeugen. Zur Reichsideologie im deutschsprachigen Katholizismus siehe bei Klaus Breuning: Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934), München 1969.

126 Valjavec, Betrachtungen zur Lage (wie Anm. 125), S. 300.

127 BayHStA, Südostinstitut 17, Valjavec an Bayerische Staatskanzlei (Entwurf), Oktober 1952.

Kopplung mit Plänen einer Donaukonföderation voranzutreiben. Im Zusammenhang damit ist es vielleicht nicht unwichtig, daß [...] daran gedacht wird, die Restauration der Habsburger mit einer Donaukonföderation in der Form zu koppeln, daß einerseits die Kaiserwürde wiederhergestellt wird und daß andererseits in Prag, Budapest und vielleicht auch in Agram nationale Königtümer begründet werden, die aber ebenfalls mit Habsburgern zu besetzen wären.“¹²⁸

Diese ordnungspolitischen Gedanken und Vorstellungen waren in der Kommunikation innerhalb seines Netzwerkes anschlussfähig, Valjavec verfügte über eine erwähnenswerte Zahl an Kontakten zu den unterschiedlichen Widerstandsgruppen gegen das NS-Regime. Zentral waren dabei seine persönlichen Beziehungen zu Pater Alfred Delp (1907–1945).¹²⁹ Delp schrieb für die Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ Beiträge, in denen er sich mit den Themen „Volk“, „Volk und Staat“ sowie „Ordnungswirklichkeit“ auseinandersetzte.¹³⁰ Die gesellschaftsphilosophischen – „soziologischen“ – Positionen Delps besaßen Schnittmengen mit denen von Valjavec, bei beiden können sie als eine Ausprägung reichsideologischer Denks interpretiert werden.¹³¹ Kennengelernt hatten sich beide Männer höchstwahrscheinlich über „Stimmen der Zeit“, zudem hatten Delp und Valjavec in Anbetracht der Neuordnung Europas nach verlorenem Krieg gemeinsame Pläne, wohl publizistischer Art.¹³² Aus dem Gefängnis schrieb Delp an Valjavec: „Trotz der miserablen Lage glaube ich, daß wir uns wiedersehen. Dann aber soll das eine Aussaat d. Ernte geben. Einstweilen wird der Samen bereitet.“¹³³ Da Delp nachweislich an einer „Nachkriegsbesprechung“ des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke (1907–1945) beteiligt war,¹³⁴ lag ihm viel an der „nur wissenschaftlichen Zusammenarbeit“ mit Valjavec.¹³⁵

Fritz Valjavec war seit seiner Studienzeit zudem bekannt mit dem bayerischen Adelsgeschlecht von Preysing. Viktor von Martin, Bruder des Soziologen Alfred von Martin (1882–1979), ging in seiner zurückdatierten Erklärung von Dezember 1945 implizit auf diese Verbindung ein:

„Sie werden sich entsinnen, dass ich Ihnen in Vorbereitung des ‚20. Juli 1944‘ im Herbst 1942 nach der Absetzung Halders eröffnete, dass mein Schwager Graf von Kirchbach, damals noch im OKH [Oberkommando des Heeres; R. P.], mich aufgefordert hatte, Verbindung mit katholischen Aktivisten aufzunehmen, da an eine

128 BArch N 713/56, Valjavec an Oster, 24.9.1951.

129 Zur Biografie Alfred Delps siehe Roman Bleistein: Alfred Delp. Geschichte eines Zeugen, Frankfurt a.M. 1989.

130 Delp war ab Juli 1939 Redaktionsmitglied bei den „Stimmen der Zeit“ und verfasste – neben Rezensionen – auch zahlreiche Beiträge, darunter „Das Volk als Ordnungswirklichkeit“ (1940).

131 Vgl. Breuning, Vision (wie Anm. 125), S. 289; Michael Pope: Reichsideologische Ansätze im Denken Delps?, in: Alfred-Delp-Jahrbuch 5/6 (2011/12), S. 81–85, hier besonders S. 81 f.

132 Günther Saltin: Delps „Reflexionen für die Zukunft“ aus dem Gefängnis Berlin-Tegel, in: Alfred-Delp-Jahrbuch 5/6 (2011/12), S. 12–17, hier S. 13, Anm. 3.

133 Delp leitete jeden Brief an Valjavec mit „Lieber Freund“ ein. BayHStA, MK 71456, Delp an Valjavec, 31.12.1944.

134 Vgl. das Verhörprotokoll im Archiv der Deutschen Provinz der Jesuiten 47-23 E – 59-62.

135 So charakterisierte Valjavec seine Zusammenarbeit mit Delp. IKGS-Archiv, Bestand Valjavec, Erklärung von Fritz Valjavec, s.d.

Absetzung Hitlers gedacht werden müsse. Ich kannte Sie als Nazi-Gegner, orientierte Sie daher, soweit nötig, über unsere Absichten und fragte Sie, ob Sie mich nicht in Verbindung mit solchen Kreisen bringen könnten. Da ich namentlich Wert darauf legte, Fühlung in Berlin zu bekommen, brachten Sie mich dann mit Dr. Fröhlich und Dr. Piepke¹³⁶ – beide in Berlin – zusammen, durch die im Falle des Losschlagens eine sofortige Verbindung mit wichtigen Stellen gegeben gewesen wäre.“¹³⁷

Sophie Fröhlich (Jg. 1910), die Ehefrau des genannten Theodor Fröhlich (1907–1984), war eine geborene von Preysing und sollte im Ernstfall den Kontakt zu dem Bischof von Berlin, Konrad Kardinal von Preysing (1880–1950), herstellen. Die Geistlichkeit war bei der politischen Neuordnung Deutschlands zur Mitarbeit aufgefordert,¹³⁸ Valjavec war hierfür ein Verbindungsmann; ob er allerdings von dem Attentat auf Hitler wusste – wie er das nach dem Krieg behaupten wird –, und wenn ja, ob er es billigte, bleibt offen.¹³⁹ Aus der skizzierten Nähe zu Delp ist es aber wahrscheinlich, dass er selbst sich eher Gedanken um das machte, was sich als politische Ordnung anschließen sollte. Das klammerte allerdings einen Einsatz für physisch-existenziell Bedrängte nicht aus: Zusammen mit Georg Smolka bereitete er die Flucht der Frau von Wilhelm Hausenstein (1882–1957) vor,¹⁴⁰ auch versteckte er 1945 Georg Schreiber (1882–1963) vor dem Zugriff der Gestapo in der Ausweichstätte des Südost-Instituts, in Arbing/Niederbayern.¹⁴¹

Eine Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus lässt sich in der überlieferten Südost-Instituts-Korrespondenz nur singular auffinden. Zum 60. Geburtstag von Alfred von Martin, der seit der „Machtergreifung“ im Zustand innerer Emigration verharrte, schrieb er erstaunlich offen und nicht minder regimekritisch: „Mögen Sie auch in der Zukunft das abendländische Geisteserbe mit jener Furchtlosigkeit verteidigen, die einem späteren Betrachter als Ruhmestitel unserer Tage gelten wird.“¹⁴²

136 Michael Brink (1914–1947), eigentlich Emil Piepke, war eng befreundet mit Delp und besaß Kontakte zur „Weißen Rose“ sowie den Kreisauern um Moltke. Vgl. Georg Smolka: Michael Brink, in: Der Fährmann, Heft 3, März 1948, S. 18; Bleistein, Alfred Delp (wie Anm. 129), S. 284 f. Siehe zudem sein NS-kritisches Werk: Michael Brink: Don Quichotte. Bild und Wirklichkeit, Berlin [1942].

137 IKGS-Archiv, Bestand Valjavec, Viktor von Martin an Valjavec, zurückdatiert auf den 18.12.1945.

138 Vgl. Roman Bleistein (Hrsg.): Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1987, besonders S. 184–194.

139 Vgl. BayHStA, MK 71456, Beifügung zum Lebenslauf, 26.1.1951.

140 Vgl. ebenda. Adolf Brettler betonte in seinem Zeugnis für Fritz Valjavec auch dessen Einsatz für verfolgte Juden: „Durch die ausschließliche Hilfe von Herrn Prof. Valjavec gelang es mir eine Reihe von den Deutschen verfolgten Juden zu retten.“ IKGS-Archiv, Bestand Valjavec, Zeugnis von Brettler über Valjavec, 10.1.1949.

141 Vgl. Georg Schreiber: Zwischen Demokratie und Diktatur. Persönliche Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches von 1919–1944, Münster 1949, S. 37, Anm. 34. Schreiber war während der Weimarer Republik als Abgeordneter der Zentrumspartei im Reichstag zugleich Vorsitzender des für auswärtige Kulturpolitik zuständigen Ausschusses. Von 1927 ab gründete er zudem Forschungseinrichtungen, die sich um einen internationalen akademischen Austausch bemühten und zudem mit den Auslandsdeutschen in Kontakt standen.

142 BayHStA, Südostinstitut 58, Valjavec an Alfred von Martin, 22.7.1942.

Das angesprochene zurückdatierte Schreiben Viktor von Martins wirft freilich auch ein Schlaglicht darauf, wie Valjavec in den Jahren nach dem Krieg seine Distanz zum NS verstanden wissen wollte. Das zielte einmal auf die Wiederaufnahme der institutionellen Südost-Arbeit – seit 1945 war „eine geregelte Weiterführung der Institutsarbeiten nicht möglich“¹⁴³ –, zum anderen wollte er aufkommende Zweifel über seine Rolle im „Dritten Reich“ zerstreuen, was ihm bis zu seinem Tode 1960 nicht gelingen sollte.¹⁴⁴ Wahrscheinlich in Vorbereitung seines Spruchkammerverfahrens in Vilshofen – zu dem es allerdings nicht kam¹⁴⁵ – handelte Valjavec mit Viktor von Martin zwischen Dezember 1946 und Januar 1947 den genauen Wortlaut der auf Dezember 1945 zurückdatierten Erklärung aus. Drei Punkte wollte er dabei besonders betont wissen:

„Was nun die Erklärung anbelangt, so kommt es für mich darauf an, den Nachweis zu führen, daß 1) wir uns bereits Herbst 42 über die Notwendigkeit aussprachen, Hitler zu beseitigen (sei es friedlich, sei es gewaltsam), 2) daß ich Juni 43 in bestimmte Pläne zum Sturz H.s durch Sie eingeweiht wurde & 3) daß ich Ihnen bei der Erledigung eines Ihnen zuteil gewordenen Auftrages nicht unwesentlich behilflich [sic] sein konnte.“¹⁴⁶

Von Martin bedeutete ihm allerdings bereits vorab, sich am Gewesenen zu orientieren und auf Valjavecs Gestaltungswünsche nicht eingehen zu können: „Im übrigen ist es klar, dass ich Ihnen nicht mehr als unbedingt nötig sagte; der Personenkreis, der für ein Handeln infrage kam, war durch die Nennung meines Schwagers eindeutig gekennzeichnet. Dass weder ich noch Sie mehr wussten, ergibt sich aus der Notwendigkeit äusserster Geheimhaltung. Dies ist auch der Grund, weshalb es mir genügte, die Verbindung zu Dr. Fr[öhlich] und Piepke zu haben und weshalb ich Ihnen gegenüber nichts erwähnte; besonders, nachdem ich von der Verschiebung der Aktion unterrichtet worden war. Ich kann daher meine Aussage in mancher Hinsicht nicht Ihren Wünschen gemäss machen.“¹⁴⁷ In diesem Sinne ist die bereits weiter oben im Text zitierte Endfassung plausibel und glaubhaft, offen bleibt, inwieweit Valjavec die Pläne des „20. Juni“ gekannt hat.

5. Conclusio

Fritz Valjavec war kein Weltanschauungstäter, sein Handeln speiste sich nicht aus ideologischer Überzeugung oder gar Fanatismus. Die Rekonstruktion seiner Biografie weist aber

143 BayHStA, MK 71456, Machatschek an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 10.1.1949.

144 Zu Valjavecs Vorgehen bei der Reinstitutionalisierung der Südost-Forschung in München bzw. der Wiederherstellung seiner Integrität in Nachkriegsdeutschland siehe Robert Pech: Fritz Valjavec und die Südost-Forschung zwischen Nationalsozialismus und früher Bundesrepublik, in: Südosteuropa Mitteilungen 56 (2016), H. 3, S. 54-72.

145 Eine Weihnachtsamnestie bewahrte Valjavec vor einem Spruchkammerverfahren. BayHStA, MK 71456, beglaubigte Abschrift der Weihnachtsamnestie vom 9.4.1947.

146 BayHStA, Südostinstitut 70, Valjavec an Viktor von Martin, 3.1.1947.

147 BayHStA, Südostinstitut 69, Viktor von Martin an Valjavec, 30.12.1946.

auf Ambivalenzen hin, die sich bewegen zwischen konservativ-katholischer Wertbindung, daraus resultierenden Kontakten zu Personen des Widerstandes und seinem wissenschaftlichen Handeln, das sich mit der Hinwendung zur Volksforschung unter Berücksichtigung biologisch-rassistischer Erhebungen an den Maßgaben der NS-Weltanschauung orientierte. In dem Ausbau seiner Karriere und der Klärung seiner Staatszugehörigkeit sind gewichtige Motive zu finden, die sein kooperatives Handeln unter den damaligen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen erklären können. Die christlich motivierte Reichsidee mit dem Topos einer hierarchischen Völkerordnung bot für die Katholiken im Reich die Möglichkeit, auf verschiedenste Weise Verbindungen mit dem Nationalsozialismus einzugehen.¹⁴⁸ Damit konnte in den Jahren nach 1933 das nationalsozialistische Handeln zumindest geduldet werden. Im Falle von Valjavec legitimierte das für ihn seine Nähe zum NS. Dass dabei auch dem „individuellen Willen weitgehend unabhängige Verhältnisse“ eingegangen werden mussten, um das eingangs erwähnte Zitat aufzugreifen, war der zu zahlende Preis und stellte zugleich für die Zeit danach eine Hypothek in vielerlei Hinsicht dar. Freilich bedeutet das keine moralische Wertung oder gar Entschuldung, das Handeln muss letzten Endes der Person zugerechnet werden als Willensentscheidung unter den gegebenen Umständen.

Summary

This paper uses archive documents to analyse the motives which Fritz Valjavec, the founder of German southeastern studies, may have had for cooperating with the NS and to identify any reasons that speak in favour of the reverse, his distance from the NS. This is integrated into a discussion of whether he can be regarded as a perpetrator pursuing an ideological goal. The discussion takes a chronological approach, beginning with his early involvement in student cultural heritage work, then moving on to his role as the academic driving force behind this work and the part he played in shaping the programmatic concept of southeastern research studies. His involvement as academic advisor in the Task Force 10B during the NS campaign against the Soviet Union is an example of his proximity to the NS and his professional advancement. His conservative-Catholic values and his personal connections with representatives of various resistance groups, on the other hand, are testimony to his distance from the NS.

This ambivalence in Fritz Valjavec's biography seems to indicate that he was not an ideologically motivated man of conviction. On the contrary, it was his career and the security of his status which he viewed, within the framework of the contemporary social and political situation, as his foremost priority; this does not imply either a moral evaluation or an exoneration of his person.

148 Vgl. Breuning, *Vision* (wie Anm. 125), S. 193.

Unterschiedliche Ideologien – ähnliche Motive? Jugoslawien zwischen Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus (1941 bis 1946) – unter besonderer Berücksichtigung der „volksdeutschen“ Bevölkerung

von Michael Portmann

1. Einleitung

Krieg, Besatzungsbürgerkrieg und die von Abrechnung begleitete „Revolution aus dem Krieg“ (Wolfgang Höpken) waren in Jugoslawien eng miteinander verknüpft.¹ Der von außen ins Land getragene Krieg der „Nationen“ und Ideologien² entfaltete schon früh eine fatale Dynamik „von Verstrickung, Schuld und Hass, von Aktion und Reaktion, von Gewalt und Gegengewalt“.³ Der Zusammenprall nationalsozialistischer, nationalistischer, faschistisch-klerikaler und kommunistisch-stalinistischer (Wahn-)Vorstellungen auf kleinstem geografischem Raum führte zwischen 1941 und 1946 zu einer Gewalteruption, die zunächst die Geburt des sozialistischen Jugoslawien überhaupt erst ermöglichte, aufgrund ihrer mangelnden Aufarbeitung rund 45 Jahre später aber auch zu dessen blutigem Auseinanderfallen beigetragen hat. Diesen Ideologien war bei all ihrer Unterschiedlichkeit das Denken und Handeln in völkischen⁴, religiösen oder ideologisch-politischen Kollektiven (*groupism*

1 Ausgewählte weiterführende Literatur zur kommunistischen Revolution in Jugoslawien (in chronologischer Abfolge): Wolfgang Höpken: Die orthodoxe Abweichung. Jugoslawien zum Vergleich, in: Hans Lemberg (Hrsg.): Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuitäten und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg 1991, S. 125-142; Melissa K. Bokovoy, Jill A. Irvine u.a. (Hrsg.): State-Society Relations in Yugoslavia, 1945–1992, New York, NY 1997; Melissa K. Bokovoy: Peasants and Communists. Politics and Ideology in the Yugoslav Countryside 1941–1953, Pittsburgh, PA 1998; Branko Petranović: Jugoslavija na razmeđu 1945–1950 [Jugoslawien am Scheideweg 1945–1950], Podgorica 1998; Jozo Tomasevich: War and Revolution in Yugoslavia, 1941–1945: Occupation and Collaboration, Stanford, CA 2001; Jera Vodušek Starič: Stalinismus und Selbst-Sowjetisierung in Jugoslawien. Von der kommunistischen Partisanenbewegung zu Titos Einparteiensystem, in: Stefan Creuzberger, Manfred Görtemaker (Hrsg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn 2002, S. 219-237; Michael Portmann: Die kommunistische Revolution in der Vojvodina 1944–1952. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Wien 2008; Zoran Janjetović (Hrsg.): 1945. Kraj ili novi početak? Tematski zbornik radova 1945. The End or the New Beginning? Thematic Collection of Articles, Beograd 2016.

2 Vgl. Philip B. Minehan: Civil War and World War in Europe: Spain, Yugoslavia, and Greece, 1936–1949, New York, NY 2006, S. 5.

3 Holm Sundhaussen: Okkupation, Kollaboration und Widerstand in den Ländern Jugoslawiens 1941–1945, in: Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration (1938–1945). Beiträge zur Konzeption und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik. Zusammenge stellt und eingeleitet von Werner Röhr, Berlin u.a. 1994, S. 349-365, hier S. 358.

4 „Völkisch“, „rassisch“, „national“, und „ethnisch“ werden in diesem Text synonym und gleichberechtigt verwendet, da alle vier Begriffe im Zusammenhang mit Kollektiven (zumal im ost- und südosteuropäischen Kontext) scheinbar fest umrissene und klar abgegrenzte Gemeinschaften

nach dem Konzept Rogers Brubakers⁵) gemein. Der Glaube (oder eben die Überzeugung) an die tatsächliche Existenz, Exklusivität und/oder Superiorität der jeweils „eigenen“ Gruppe dürfte – so die hier vorzustellende These – stärkste Triebkraft (oder vielleicht besser: Voraussetzung) für Gewaltbereitschaft, Gewaltfantasien und Gewaltausübung in den Jahren 1941 bis 1946 gewesen sein.

In diesem Sinne erwies sich der Zweite Weltkrieg auch in Jugoslawien zunächst einmal als scheinbar ideale Gelegenheit, die bereits seit der Zwischenkriegszeit herumgeisterten „rassenbiologischen Ordnungsphantasien“ (Michael Wildt)⁶ zügig zu realisieren.⁷ Die zahllosen Germanisierungs-, Italianisierungs-, Magyarisierungs-, Bulgarisierungs-, Rumänisierungs-, Kroatisierungs-, Serbisierungs- und Albanisierungsbestrebungen sowie der Völkermord an Juden und Roma zielten darauf ab, die gesamte Region ethnisch zu „entmischen“⁸ und in national „homogene“ Räume zu verwandeln. Das Spektrum dieser „völkischen Flurbereinigung“ – von Hitler bereits im Oktober 1939 in einer Rede vor dem deutschen Reichstag mit diesen Worten angekündigt⁹ – reichte vom Austausch der Beamenschaft über schul-, bildungs- und landwirtschaftspolitische Eingriffe bis hin zu Verhaftungen, Umsiedlungen, Vertreibungen und der massenhaften Ermordung von „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppen. Neben Hitler war mit dem italienischen Diktator Benito Mussolini der zweite wichtige *player* am Balkan dem Wahn von rassischer „Reinheit“ verfallen; so ließ er in der italienischen Zeitung „Corriere della sera“ im Juni 1941 verlauten: „Wenn Ethnizität nicht mit der Geografie übereinstimmt, ist es die Ethnizität, die bewegt werden muss.“¹⁰ Teilweise bereits lange vor Kriegsende hatten sich zudem zahlreiche „westliche“ Politiker – wenn vielleicht auch widerwillig – damit abgefunden, dass „expulsion is the method which, so far as we had been able to see, will be most satisfactory and lasting. There will be no mixture of population to cause endless trouble as has been in the case of Alsace-Lorraine. A clean sweep will be made“¹¹ – wie dies Winston Churchill mit Blick auf die

bezeichnen, die biologisch-kulturell begründet werden und aus denen man – abgesehen von Geburt und Tod – grundsätzlich weder „ein- noch aussteigen“ kann.

5 Rogers Brubaker: *Ethnicity without Groups*, Cambridge, MA 2006, S. 2.

6 Michael Wildt: *Völkische Neuordnung Europas*, in: Themenportal Europäische Geschichte (2007), <http://www.europa.clío-online.de/essay/id/artikel-3332> [letzter Zugriff: 10.9.2017].

7 So bezeichnete der spätere Bundesminister für Kolonisation, Sreten Vukosavljević, nationale Minderheiten als „Elend und Schwäche“ des Staates. Zit. nach: Nikola Gaćeša: *Agrarna reforma i kolonizacija u Jugoslaviji 1945–1948* [Bodenreform und Kolonisation in Jugoslawien 1945–1948], Novi Sad 1984, S. 147.

8 Angeblich soll Lord Curzon auf den Pariser Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg die Phrase „unmixing of people“ geprägt haben, um die Vertreibungen und Umsiedlungen im Gefolge der Balkankriege 1912/13 zu beschreiben. Vgl. Michael R. Marrus: *The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century*, New York, NY 1985, S. 41.

9 Wörtlich hieß es darin unter Punkt 5: „als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten so, dass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist. (Lebhafter Beifall)“ Zit. nach: *Verhandlungen des Reichstags*, 4. Wahlperiode 1939, Band 460. Stenographische Berichte 1939.–1942. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. 1.–8. Sitzung, 4. Sitzung. Freitag den 6. Oktober 1939, Berlin 1939, S. 56.

10 Benito Mussolini in der Tageszeitung: *Corriere della sera* vom 11. Juni 1941: „Il ‚credo‘ di Mussolini in ogni cuore italiano.“

11 Zit. nach: Krystyna Kersten: *Forced Migration and the Transformation of Polish Society in the*

in Potsdam im August 1945 beschlossene „Überführung der deutschen Bevölkerung in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ postulierte.¹² Selbst die jugoslawischen Kommunisten mit Josip Broz Tito an der Spitze warfen ihr internationalistisches Motto „Klasse vor Rasse“ im Falle der einheimischen „volksdeutschen“ Bevölkerung (und in abgeschwächter Form auch im Falle der in Jugoslawien lebenden ungarischen,¹³ italienischen¹⁴ und albanischen¹⁵ Minderheiten, auf die allerdings in diesem Beitrag nicht eingegangen wird) spätestens bei Kriegsende über Bord: Die „Volksdeutschen“ wurden im November 1944 kollektiv enteignet und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kurze Zeit später in Arbeits- und Konzentrationslagern interniert, sofern sie nicht bereits vorher geflüchtet waren bzw. sich noch im Kriegseinsatz befanden.¹⁶ Daneben richtete sich die stalinistische „Transformationsgewalt“, wie sie Alexander Korb bezeichnete,¹⁷ im neuen kommunistischen Jugoslawien mit fließendem Übergang zwischen Krieg und Frieden in erster Linie gegen (ehemalige) militärische Bürgerkriegsgegner und (künftige) politisch-ideologische Feinde.¹⁸ Wie weiter unten noch zu zeigen sein wird, war diese Abrechnungsgewalt eher sozial-utopisch denn rassistisch-utopisch

- Postwar Period, in: Philipp Ther, Ana Siljak (Hrsg.): *Redrawing Nation: Ethnic Cleansing in East-Central Europe, 1944–1948*, Lanham, MD 2001, S. 75–86, hier S. 78.
- 12 R. M. Douglas: *Orderly and Humane. The Expulsion of the Germans After the Second World War*, New Haven, CT 2012.
- 13 Vgl. Aleksandar Kasaš: *Mađari u Vojvodini 1941–1946* [Die Magyaren in der Vojvodina 1941–1946], Novi Sad 1996; Andrew Ludanyi: *The Hungarians of Vojvodina under Yugoslav Rule*, in: Stephen Borsody (Hrsg.): *The Hungarians. A Divided Nation*, New Haven, CT 1988.
- 14 Vgl. Pamela Ballinger: *Borders of the Nation, Borders of Citizenship: Italian Repatriation and the Redefinition of National Identity after World War II*, in: *Comparative Studies in Society and History* 49 (2007), H. 3, S. 713–741; Ivan Crkvenčić: *Emigration of Italians and Germans during and immediately after the Second World War*, in: *Društvena Istraživanja* 9 (2000), H. 1, S. 19–39; Arrigo Petacco: *A Tragedy Revealed: The Story of Italians from Istria, Dalmatia, and Venezia Giulia, 1943–1956*, Toronto 2005; Vanni D'Alessio: *Ponad Egzodusu i Fojbi. Nova talijanska literatura o „Istočnoj granici“* [Mehr als Exodus und Fojbe. Die neue italienische Literatur über die „Ostgrenze“], in: *Časopis za povijest Zapadne Hrvatske* 6/7 (2011/12), S. 55–75; Rolf Wörsdorfer: *Zwischen Karst und Adria. Entnationalisierung, Umsiedlung und Vertreibung in Dalmatien, Istrien und Julisch-Venetien (1927–1954)*, in: Josef Streibel (Hrsg.): *Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung*, Wien 1994, S. 92–129.
- 15 Vgl. Rajko Vidačić: *Obračun sa balistima 1944–1952* [Die Abrechnung mit den Balli Kombëtar 1944–1952], Beograd 1990; Milorad Vavić: *Kontrarevolucionarne organizacije na Kosovu i Metohiji 1941–1945. godine* [Die konterrevolutionären Organisationen in Kosovo und Metohija 1941–1945], in: *Časopis za suvremenu povijest* 19 (1987), H. 3, S. 49–68.
- 16 Vgl. Zoran Janjetović: *Between Hitler and Tito. The Disappearance of the Vojvodina Germans*, Belgrade 2005; Michael Portmann: *Die donauschwäbische Bevölkerung in der Vojvodina: Flucht, Internierung und Aussiedlungspolitik (1944–1954)*, in: *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm* (Hrsg.): *Vom „Verschwinden“ der deutschsprachigen Minderheiten. Ein schwieriges Kapitel in der Geschichte Jugoslawiens 1941–1955*, Ulm 2016, S. 96–106.
- 17 Alexander Korb: *Transformationsgewalt in Europa 1944–1950. Perspektiven auf das Ende des Zweiten Weltkriegs*, in: *S: S.I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods, Documentation* 2 (2015), H. 2, S. 38–55.
- 18 Zwei grundlegende Werke zum komplexen Thema Abrechnung, Vergeltung und Retribution nach dem Zweiten Weltkrieg: Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hrsg.): *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1991 und István Deák, Jan T. Gross u.a. (Hrsg.): *The Politics of Retribution in Europe. World War II and Its Aftermath*, Princeton, NJ 2000.

motiviert. Die Trennlinien zwischen „richtig“ und „falsch“ sollten nicht mehr entlang nationaler, sondern politisch-ideologischer Grenzen verlaufen. Der unbedingte Wille Titos und seiner Mitstreiter nach einer radikal neuen sozialen Ordnung darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Denken in nationalen Kollektiven auch in den Köpfen jugoslawischer (Pseudo-)Kommunisten – viele einfache Parteimitglieder waren eher Mitläufer und Nutznießer als überzeugte Kommunisten – stark verankert blieb und dessen (Re-)Aktivierung in den späten 1980er Jahren als eine der Ursachen für den kriegesischen Zerfall des Staates gelten muss.¹⁹

2. Überzeugungstäter – Kollaboration/Widerstand – Kollektividentität: Einige historisch-anthropologische Überlegungen

Bei den Antworten auf die Frage nach dem ideologischen Überzeugungsgrad, den Motiven, den Ursachen, Gründen und den Rechtfertigungen für Gewaltausübung nationalsozialistischer, nationalistischer, faschistischer und stalinistischer Akteure ist man stark auf Spekulationen angewiesen – viel stärker, als dem Historiker wohl lieb ist. Der heuristische Nutzen des Konzepts vom „Überzeugungstäter“ wird daher im vorliegenden Beitrag als eher gering eingeschätzt. Ähnlich gering wird der Wert der „fragwürdigen Dichotomie“²⁰ (Holm Sundhaussen) von Kollaboration und Widerstand als wissenschaftliches Analysepaar beurteilt, ebenso wie jenen des „Plastikworts“²¹ (Uwe Pörksen) der Kollektividentität. Dies geschieht aus den folgenden Überlegungen heraus:

- Der Antrieb menschlichen Handelns – auch und gerade wenn es um die Anwendung von Gewalt geht – wird durch unzählige Faktoren bestimmt, die unmöglich zur Gänze eruiert, geschweige denn angemessen gewichtet werden können. Warum also jemand zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Gewalttat verübt, ist in den wenigsten Fällen (und in noch viel weniger Fällen im Nachhinein) eindeutig und abschließend zu klären.
- Das breite Spektrum menschlicher Verhaltensweisen zwischen Duldung, Kollaboration und Widerstand ist – wie dies die Diskussion der letzten Jahrzehnte illustriert hat²² – eine „ethisch und historisch schwer fassbare Kategorie politischen Handelns“.²³ Ob jemand daher aus Überzeugung Gewalt anwendet bzw. zu Gegengewalt bereit ist, hängt von der ganz individuellen Situation sowie der Betrachtungsperspektive, dem Betrachtungszeitpunkt und dem jeweiligen politischen Umfeld ab, in dem ein Urteil gefällt wird. „Verräter“ von gestern können so zu „Helden“ werden und *vice versa*. Wann wird aus passiver Duldung aktive Kollaboration und wann werden Widerstands-

19 Vgl. Michael Portmann: Die Nationalitätenpolitik im kommunistischen Jugoslawien zwischen Anspruch und Wirklichkeit (1944–1953). Die multinationale Vojvodina auf dem Prüfstand, in: Mariana Hausleitner (Hrsg.): Minderheiten im Spätstalinismus, München 2008, S. 201–220.

20 Vgl. Sundhaussen, Okkupation (wie Anm. 3).

21 Uwe Pörksen: Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur, Stuttgart 1988.

22 Zwei grundlegende Werke dazu: Werner Rings: Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939–1945, München 1979; István Deák: Europe on Trial. The Story of Collaboration, Resistance, and Retribution During World War II, Boulder, CO 2015.

23 Zit. nach: Sundhaussen, Okkupation (wie Anm. 3), S. 349–365, hier S. 354.

kämpfer selbst zu Überzeugungstätern? Ist es moralisch verwerflich, gegen ein (offensichtliches) Unrechtsregime überhaupt keinen Widerstand zu leisten? Wer urteilt denn darüber? Und wäre dies dann bereits passive Kollaboration? Diese Fragen sind auf der Grundlage der historischen Quellen in den allermeisten Fällen nicht oder zumindest nur spekulativ zu beantworten.

- Wie bereits einleitend festgehalten, entlud sich das Gewaltpotential völkischer Kollektividentitäten (d.h. das Aufgehen eines Individuums in einer „Volksgemeinschaft“ bis hin zu dessen bedingungsloser Opferbereitschaft) mit voller Wucht während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach. Der Drang nach Verdinglichung von Nationen/Völkern und die Tendenz, diese als klar umrissene, quasi biophysische Einheiten zu begreifen, nahm im Horrorjahrzent zwischen 1940 und 1950 geradezu ungeheure Ausmaße an: Millionen von Menschen starben einzig wegen ihrer (mitunter von außen zugeschriebenen) „falschen“ Rassenzugehörigkeit, Millionen weitere wurden aus diesem Grund vertrieben, deportiert, umgesiedelt und auf andere gewaltsame Weise ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Der Soziologe Rogers Brubaker²⁴ sowie zahlreiche Historikerinnen und Historiker²⁵ vor und nach ihm haben zu Recht den nach wie vor häufig anzutreffenden, allzu sorglosen Gebrauch von (u.a. nationalen) Kollektividentitäten als wissenschaftliche, erkenntnisleitende Analysekatoren kritisiert und historiografische Alternativen aufgezeigt. Diese bestehen darin, sich quellengestützt um sprachliche Genauigkeit und Differenziertheit zu bemühen, die Akteure bzw. Täter konkret zu benennen und somit verallgemeinernde Gruppenbegriffe möglichst zu vermeiden.

Trotz aller Skepsis gegenüber dem heuristischen Konzept vom „Überzeugungstäter“ müssen Historikerinnen und Historiker willens und in der Lage sein, Werturteile über Individuen und deren Handlungen bzw. Handlungsspielräume abzugeben. Ein eindeutiges Urteil fällt wohl umso leichter, je höher sich ein Akteur in der Befehlshierarchie eines (zumal totalitären) Regimes befand: Die menschenverachtende, rassistische Gesinnung von Hitler und Stalin, von August Meyszner²⁶ und Franz Böhme²⁷, von Ante Pave-

24 Vgl. Brubaker, *Ethnicity* (wie Anm. 5).

25 Benedict Anderson: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983; Ernest Gellner: *Nations and Nationalism*, Oxford 1983; Eric Hobsbawm, Terence Ranger (Hrsg.): *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983; István Deák: *Beyond Nationalism. A Social and Political History of the Habsburg Officer Corps, 1848–1918*, New York, NY 1990; Jeremy King: *Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948*, Princeton, NJ 2002; Pieter M. Judson: *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria*, Cambridge 2006; Joachim Höslér: *Von Krain zu Slowenien. Die Anfänge der nationalen Differenzierungsprozesse in Krain und der Untersteiermark von der Aufklärung bis zur Revolution 1768 bis 1848*, München 2006; Tara Zahra: *Kidnapped Souls. National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands, 1900–1948*, Ithaca, NY 2008.

26 Höherer SS- und Polizeiführer (HSSPF) im von Deutschland besetzten Serbien. In dieser Funktion war der aus Graz stammende Meyszner mitverantwortlich für die Massenmorde an der als „jüdisch“ geltenden Bevölkerung in Serbien. Er wurde nach Kriegsende in Jugoslawien zum Tode verurteilt und hingerichtet.

27 Franz Böhme war ein österreichischer Offizier und General der Gebirgstruppe in der deutschen Wehrmacht. Während des Zweiten Weltkriegs war er in Serbien stationiert und hauptverantwortlich für Massaker an der dortigen Zivilbevölkerung. Von ihm stammte der berühmt-berüchtigte

lić²⁸ und Dimitrije Ljotić²⁹, eines Branimir Altgayer³⁰ oder Artur Phleps³¹ wird kein seriöser Historiker bezweifeln. Diese Personen handelten zweifellos aus ideologischer Überzeugung. Wie aber sieht es bei den Millionen „einfacher“ Soldaten und Zivilisten aus, die in ihrer jeweilig ganz individuellen Situation plötzlich gezwungen waren (wurden), im wahrsten Sinne des Wortes „gewaltige“ Entscheidungen für die eine oder andere Seite zu treffen und so dem allgegenwärtigen Zwang zur Eindeutigkeit unterlagen? Die moralischen Dilemmata Einzelner im Alltag reflektieren „the egregious cynicism of high politics in war“.³² War jeder bosnisch-muslimische Angehörige der Waffen-Gebirgs-Division der SS „Hand-schar“ ein Kollaborateur? War jeder serbische *četnik* ein unverbesserlicher Nationalist? War jeder „volksdeutsche“ Soldat in der SS-Gebirgs-Division „Prinz Eugen“ ein Kriegsverbrecher? War jeder deutsche Wehrmachtssoldat ein überzeugter Nationalsozialist? Und welche Alternativen hätten mit welchen ganz individuellen Konsequenzen und um welchen Preis diesen Personen zur Verfügung gestanden? Bei der Beantwortung derartiger Fragen stößt ein eventuelles heuristisches Konzept vom Überzeugungstäter sehr bald an seine Grenzen. (Ver)urteilende Historikerinnen und Historiker müssen sich auf jeden Fall die Frage gefallen lassen, wie er oder sie selbst in einer derartigen Extremsituation gehandelt haben könnte. Dennoch: István Deák hält in aller Schonungslosigkeit und zu Recht fest, dass eine Mehrheit der Bevölkerung Europas vor einem imaginären Gericht („Europe on Trial“ lautet denn auch der passende Titel seiner hervorragenden Monografie) für ihr Verhalten während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach schuldig gesprochen worden wäre: „The worst part of it all was the European-wide crisis in compassion and humanity. Not only were most Europeans indifferent to the fate of their Jewish, Roma, sectarian, and homosexual

- „Sühnebefehl“, für jeden deutschen Gefallenen 100 und für jeden deutschen Verletzten 50 „Geiseln“ zu erschießen. Böhme geriet 1945 in britische Kriegsgefangenschaft. Kurz vor Beginn der mündlichen Verhandlung im sogenannten Nürnberger Geiselmord-Prozess nahm er sich Ende Mai 1947 das Leben.
- 28 Ante Pavelić war ein kroatischer Jurist und Politiker. Zwischen 1941 und 1945 stand er als „Führer“ (*poglavnik*) an der Spitze des faschistischen „Unabhängigen Staat Kroatien“ (NDH), in dem auf seine Anordnungen hin mehrere zehntausend, „rassisch unerwünschte“ Personen umgebracht und Hunderttausende vertrieben wurden. Nach Kriegsende flüchtete er zunächst nach Argentinien und später nach Spanien, wo er 1959 starb.
- 29 Dimitrije Ljotić war ein serbischer Nationalist, Faschist und Nazi-Kollaborateur. Er hatte im Jahr 1935 die „Jugoslawische Volksbewegung ZBOR“ gegründet, die während des Zweiten Weltkriegs im von Deutschland kontrollierten „Rest-Serbien“ paramilitärische Einheiten unterhielt („Serbisches Freiwilligen-Korps“ oder auch *ljotićeveci* genannt). Diese Freischärler unterstützten die Gestapo im Kampf gegen Aufständische und beteiligten sich aktiv am Holocaust in Serbien.
- 30 Der aus Galizien stammende Branimir Altgayer diente als Offizier zunächst in der österreichisch-ungarischen Armee, nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie in der Armee des Königreichs Jugoslawien, bevor er 1941 zum „Volksgruppenführer“ der Deutschen im „Unabhängigen Staat Kroatien“ (NDH) gewählt wurde. Er wurde 1950 in Jugoslawien wegen „Verbrechen gegen Volk und Staat“ zum Tode verurteilt und im Mai dieses Jahres hingerichtet.
- 31 Der Siebenbürger Sachse Arthur Phleps befahl zwischen Januar 1942 und Juli 1943 als erster Kommandeur die überwiegend aus Volksdeutschen rekrutierte 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen“. Diese Einheit wurde gegen Titos Partisanen eingesetzt, wobei donauschwäbische Soldaten an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt waren.
- 32 Norman Naimark: Foreword, in: István Deák: *Europe on Trial. The Story of Collaboration, Resistance, and Retribution during World War II*, Boulder, CO 2015.

neighbors, but millions among them participated in manhunts or at least profited from the disappearance and deaths of the victims.³³

3. Jugoslawien zwischen Krieg, Besatzungsbürgerkrieg und „Revolution aus dem Krieg“

Die aufgeworfenen Fragen führen vor Augen, wie komplex, verworren und nicht selten widersprüchlich sich die Lage in Jugoslawien in den Jahren 1941–1946 präsentierte.³⁴ Nach einem kurzen Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten (Italien, Ungarn und Bulgarien) musste Jugoslawien Mitte April 1941 die bedingungslose Kapitulation hinnehmen: Der jugoslawische Staat wurde im Rahmen von Verhandlungen in Wien vom 20. bis zum 22. April 1941 regelrecht zerstückelt. An dieser Hitler'schen „Neuordnung“ war „wenig neu und noch weniger in Ordnung“.³⁵ Sie zeichnete sich durch von antiserbischen Impulsen Hitlers angetriebener Plan- und Ahnungslosigkeit aus. Dies ließ den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und SS-Brigadeführer, Ernst Freiherr von Weizsäcker, bereits im April 1941 zu folgender Aussage verleiten: „Im übrigen scheint mir die Neuordnung des Balkans [...] so zu erfolgen, dass keiner mit seinem Nachbarn sich vertragen kann. [...] Ich frage mich nur, wer diesen Sack voll von Flöhen jetzt im Kriege hüten wird.“³⁶

Der im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess im Jahre 1947 zu sieben (später fünf) Jahren verurteilte Weizsäcker sollte in diesem Punkt tatsächlich Recht behalten: Neben den vier Besatzungsmächten (Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien) formierten sich bis zum Sommer 1941 mehrere einheimische militärische Verbände, die mehr oder weniger konsequent gegen die Invasoren kämpften bzw. sich mit diesen verbündeten, um ihre eigenen (den Besatzungsmächten fallweise auch entgegengerichteten) Ziele zu erreichen: Auf dem Gebiet des zerteilten Jugoslawien lieferten sich slowenische *domobranci*, serbisch-montenegrinisch-nationalistische *četnici*, kroatisch-faschistische *ustaše*, kroatisch-nationalistische *domobrani*, die bosnisch-muslimische SS-Division „Handschar“, „volksdeutsche“ Einheiten und die kommunistisch-(bäuerlich) dominierte Volksbefreiungsbewegung, um nur die wichtigsten Gruppierungen zu nennen, erbitterte Kämpfe um die Vorherrschaft von Territorium und Menschen.³⁷ Bei diesen Kämpfen verschwommen die Trennlinien zwischen Opfer und (Überzeugungs-)Täter, zwischen „Verrätern“ und „Helden“, zwischen dem Handeln aus politisch-ideologischer Überzeugung, Opportunismus, Pragmatismus und jenem unter physischem sowie psychischem Zwang, zwischen Duldung, Kollaboration und Widerstand im Allgemeinen. Sowohl auf höchster militärisch-politischer als auch und insbesondere auf lo-

33 Deák, Europe on Trial (wie Anm. 32), S. 226.

34 Eine der ausgewogensten Gesamtdarstellungen zum Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien liefert: Jozo Tomasevich: War and Revolution in Yugoslavia, 1941–1945. Occupation and Collaboration, Stanford, CA 2001.

35 Zit. nach: Holm Sundhaussen: Geschichte Jugoslawiens 1918–1980, Stuttgart 1982, S. 110. Auch der Titel der Monografie von Stevan K. Pavlowitch: Hitler's New Disorder. The Second World War in Yugoslavia, London 2008, weist darauf hin, wie spontan und kurzfristig Hitlers Planungen für Südosteuropa waren.

36 Zit. nach: Sundhaussen, Okkupation (wie Anm. 3), S. 349–365, hier S. 353.

37 Vgl. Klaus Schmider: Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941–1944, Hamburg u.a. 2002.

kaler Ebene ergaben sich aus den unterschiedlichsten Gründen die verschiedensten, teilweise unwahrscheinlichsten Konstellationen: Untereinander verfeindete Kriegsparteien arbeiteten fall- und zeitweise zusammen, meist um (anlassbezogen) einem gemeinsamen Gegner Paroli zu bieten oder lokal für Ordnung zu sorgen. Aus diesem Grund kamen Abkommen beispielsweise zwischen den kommunistisch dominierten Partisanen Titos sowohl mit den kroatisch-faschistischen *ustaze* als auch mit den nationalistisch-royalistischen, serbisch-montenegrinischen *četnici* zustande. Die nur lose untereinander verbundenen *četnici* ihrerseits gingen lokale bzw. regionale Absprachen mit den deutschen und italienischen Besatzern ein und bosnische Muslime ließen sich zeitweilig von der deutschen Besatzungsmacht für militärische Zwecke einspannen. Die seit Kriegsbeginn von Tito und seinen engsten Mitstreitern geplante Durchführung einer kommunistischen Revolution wiederum spiegelte sich in der kompromisslosen Kriegsführung „seiner“ Partisanen wider: Spätestens seit Jahresende 1941 galten Widerstandsträger gegen die Besatzungsmächte außerhalb von Titos Volksbefreiungsbewegung generell als „Volksverräter“. Diese hatten mit Bestrafung oder gar Liquidierung zu rechnen, sollten sie sich nicht früher oder später der Volksbefreiungsbewegung anschließen.³⁸ Lokale, oft aus gegebenem Anlass aufgestellte Selbstverteidigungseinheiten sowie vagabundierende Banden, für deren Mitglieder Gewalt zum Selbstzweck wurde, verkomplizierten die Situation vor Ort zusätzlich. Unter diesem Krieg aller gegen alle hatte insbesondere auch die Zivilbevölkerung zu leiden: Von den etwas mehr als einer Million Kriegstoten waren ca. 500 000 Zivilisten.³⁹

Motive, Gründe und Ursachen für Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung im Geflecht von Besatzung, Duldung, Kollaboration und Widerstand sind auf individueller Ebene kaum zu ergründen. Auf institutioneller Ebene hingegen – also auf der Ebene der mit- und gegeneinander kämpfenden Regime und Bürgerkriegsgruppierungen lässt sich zwischen eher rassistisch-utopisch und eher sozial-utopisch motivierter Gewalt unterscheiden, obgleich auch hier fließende Übergänge auszumachen sind. Zweifellos wurden die sowohl qualitativ als auch quantitativ schlimmsten Gewaltverbrechen auf dem Gebiet Jugoslawiens im Namen der Nation (oder der damaligen Diktion nach: der Rasse) begangen. Dazu gehörten u.a.:

- der Vernichtungskrieg der nationalistisch-faschistischen *ustaze* gegen Serben im „Unabhängigen Staat Kroatien“⁴⁰ (Ziel: Schaffung eines „reinen“ großkroatischen Staates);
- die massenhafte Ermordung von bosnischen Muslimen und Kroaten durch serbisch-montenegrinische *četnici*-Verbände auf dem Gebiet des „Unabhängigen Staat Kroatien“⁴¹ (Ziel: Schaffung eines „reinen“ großserbischen Staates);

38 Spätestens seit Herbst 1944 ergingen entsprechende Befehle von Tito höchstpersönlich, wonach die *četnici* und *nedičevci* und deren Apparate zu liquidieren sowie das Land von den *ustaze* und anderen Verrätern zu „säubern“ seien. Portmann, *Kommunistische Revolution* (wie Anm. 1), S. 106.

39 Vgl. Bogoljub Kočović: *Žrtve drugog svetskog rata u Jugoslaviji* [Die Opfer des Zweiten Weltkriegs in Jugoslawien], Sarajevo 1992, S. 170 und Vladimir Žerjavić: *Population Losses in Yugoslavia 1941–1945*, Zagreb 1997, S. 154 u. 186.

40 Dazu: Alexander Korb: *Massengewalt der Ustaša gegen Serben, Juden und Roma in Kroatien 1941–1945*, Hamburg 2013.

41 Dazu: Jozo Tomasevich: *The Chetniks: War and Revolution in Yugoslavia, 1941–1945*, Stanford, CA 1975.

- die massenhafte Vertreibung von Serben aus dem Kosovo, aus Mazedonien, der Bačka und der Baranja durch die bulgarischen, ungarischen und italienischen Besatzer⁴² (Ziel: Schaffung jeweils ethnisch „reiner“ Gebiete);
- die Judenvernichtung im „Unabhängigen Staat Kroatien“ und in Serbien durch die deutsche Besatzungsmacht und deren Verbündete⁴³ (Ziel: Vernichtung aller europäischen Juden);
- der Völkermord an den Roma im „Unabhängigen Staat Kroatien“⁴⁴ und in Serbien durch die nationalistisch-faschistischen *ustaše* und die deutsche Besatzungsmacht (Ziel: Vernichtung aller europäischen Roma);
- die Vergeltungs- und „Sühneaktion“ der deutschen Wehrmacht und „volksdeutscher“ Waffen-SS-Verbände an Kommunisten, Juden sowie „national und demokratisch getarnte[n] auführerische[n] Elemente[n]“⁴⁵ in Serbien (die Massaker von Kraljevo und Kragujevac) und im „Unabhängigen Staat Kroatien“.⁴⁶ Bei diesen willkürlichen Ermordungsaktionen vermischten sich militärische und ideologische Motive mit den stark ausgeprägten antiserbischen (und antisemitischen) Reflexen der deutschen Wehrmachtsführung in „Restserbien“;
- die Flucht, Vertreibung, Tötung, Inhaftierung und die Abschiebung von „Volksdeutschen“ durch Titos Partisanen bei Kriegsende und unmittelbar danach⁴⁷ (Ziel: ethnische „Säuberung“).

Eher sozial-utopisch motiviert war hingegen der vom Ausmaß her europaweit unerreichte „Abrechnungsfuror“⁴⁸ (Ekkehard Völkl) durch Titos Partisanen an einheimischen südslawischen Bürgerkriegsgegnern nach Mai 1945, wobei der Wunsch nach Vergeltung und Rache eine ebenso bedeutende Rolle gespielt haben dürfte wie jener nach dem möglichst reibungslosen Aufbau eines neuen kommunistischen Jugoslawien. Obwohl die „Volksdeutschen“ Jugoslawiens im Zuge der kommunistischen Racheaktionen ab Herbst 1944 interniert, ent-

42 Dazu: Slobodan D. Milošević: *Izbeglice i preseljenici na teritoriji okupirane Jugoslavije 1941–1945* [Flüchtlinge und Umgesiedelte auf dem Territorium des besetzten Jugoslawien 1941–1945], Beograd 1981.

43 Dazu: Jaša Romano: *Jevreji Jugoslavije 1941–1945. Žrtve genocida i učesnici narodnooslobodilačkog rata* [Die Juden Jugoslawiens 1941–1945. Opfer des Genozids und Teilnehmer im Volksbefreiungskrieg], Beograd 1980.

44 Dazu: Elizabeta Jevtic: *Blank Pages of the Holocaust: Gypsies in Yugoslavia During World War II*, unpublished Master Thesis, Brigham Young University 2004, elektronische Version unter: <http://scholarsarchive.byu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1148&context=etd> [letzter Zugriff: 10.9.2017].

45 In dem berühmt-berüchtigten „Sühnebefehl“ des Bevollmächtigten Kommandieren General in Serbien Franz Böhme vom 14.10.1941 hieß es wörtlich: „Künftig sind für jeden gefallenen deutschen Soldaten 100 und für jeden Verwundeten 50 Gefangene oder Geiseln zu erschießen.“ Zit. nach: Thomas Casagrande: *Die „volksdeutsche“ SS-Division „Prinz Eugen“: Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen*, Frankfurt a.M. 2003, S. 170.

46 Dazu: Walter Manoschek: *„Serbien ist judenfrei“: Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/1942*, München 1993.

47 Siehe dazu die sechs Beiträge in: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm (Hrsg.), *Vom „Verschwinden“* (wie Anm. 16).

48 Ekkehard Völkl, *Abrechnungsfuror in Kroatien*, in: Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hrsg.): *Politische Säuberungen in Europa. Die Abrechnung mit dem Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1991, S. 358-394.

rechtet und zu Tausenden erschossen wurden, standen bei diesen Vergeltungsmaßnahmen wie gesehen eher völkische als politisch-ideologische Motive im Vordergrund. Im folgenden Abschnitt soll daher in der gebotenen Kürze dargelegt werden, wie es auch in Jugoslawien zu dieser fatalen Gleichsetzung von „Deutschen“ und „Nationalsozialisten“ kommen konnte.

4. Vom (Überzeugungs-)Täter zum Opfer? Die „volksdeutsche“ Bevölkerung in Jugoslawien

Spätestens seit der Machtübernahme der sogenannten Erneuerer innerhalb der „volksdeutschen“ politischen Organisationen (Kulturbund, Agraria) Ende der 1930er Jahre waren Teile der rund 500 000 Personen mit deutscher Muttersprache (Bevölkerungszählung vom 31. März 1931) mit dem nationalsozialistischen Virus infiziert worden.⁴⁹ Aus Schwaben wurden so „Volksdeutsche“ (gemacht). Die repressive Belgrader Bevölkerungs- und Minderheitenpolitik und die Rückendeckung der deutschen Schutzmacht hatten dabei die Ausbildung eines spezifischen „Minderheitenfaschismus“ begünstigt.⁵⁰ Während der Kriegsjahre dienten denn auch mehrere zehntausend „Volksdeutsche“ aus Jugoslawien in einer der zahlreichen deutschen Militärformationen (Waffen-SS, Wehrmacht, Banater Staatswache, Hilfspolizei, Deutsche Mannschaft, Organisation Todt). Anfänglich taten dies viele sicherlich (auch) aus politischer Überzeugung, seit der zweiten Jahreshälfte 1943 musste jedoch immer stärkerer Druck ausgeübt werden, um „volksdeutsche“ Männer zum Militärdienst für das Deutsche Reich zu bewegen.

In einem kaum näher zu bestimmenden Ausmaß waren „Volksdeutsche“ jedoch auch an Kriegsverbrechen gegen ihre südslawischen Mitbürger beteiligt. Dies gilt insbesondere für den Verband der mehrheitlich aus Banater Schwaben bestehenden Waffen-SS „Prinz Eugen“, die in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro Jagd auf kommunistische Partisanen und serbische *četnici* machte.⁵¹ Insgesamt profitierte eine Mehrheit der „Volksdeutschen“ von ihrer privilegierten Stellung während des Zweiten Weltkriegs. Insofern erstaunt es nicht, wenn sich der organisierte „volksdeutsche“ Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus im jugoslawischen Bereich auf eine quantitativ kaum wahrnehmbare Gruppe um den konservativ-katholischen Pfarrer Adam Berenz aus Apatin (Bačka) beschränkte.⁵² Die

49 Vgl. Carl Bethke: Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und der Vojvodina, 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethnopolitische Mobilisierung, Wiesbaden 2009, S. 381-505.

50 Vgl. Daniel Ursprung: Faschismus in Ostmittel- und Südosteuropa. Theorien, Ansätze, Fragestellungen, in: Mariana Hausleitner, Harald Roth (Hrsg.): Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa, München 2006, S. 9-52, hier S. 51; Oliver Jens Schmitt: Căpitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers, Wien 2016.

51 Vgl. Thomas Casagrande: Die „volksdeutsche“ SS-Division „Prinz Eugen“ und die nationalsozialistische Aufstandsbekämpfung in Jugoslawien (1941–1944), in: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm (Hrsg.), Vom „Verschwinden“ (wie Anm. 16), S. 58-72.

52 Vgl. Michael Portmann: Im Schatten von Hitler und Tito: Donauschwäbische Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus in der jugoslawischen Vojvodina (1935–1945), in: I oni byli proti. Sborník z mezinárodní historické konference [Auch sie waren dagegen. Sammelband zur internationalen historischen Konferenz], Ústí nad Labem 2007, S. 289-306.

überwiegende Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung hingegen „folgte ohne tieferen Überlegungen ihrem Führer ins Grab“, wie es in einem militärischen Lagebericht der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee vom Oktober 1944 hieß.⁵³ Noch im Jahr 1943 formulierte es Volksgruppenführer Sepp Janko folgendermaßen: „Das deutsche Volk im Reich hat freudigen Herzens von unserem Dasein Kenntnis genommen und uns wieder in seine Gemeinschaft aufgenommen, und unsere Gegner haben uns als Deutsche kennengelernt.“⁵⁴

Diese Gleichsetzung von „nationalsozialistisch“ und „(volks)deutsch“ erwies sich bei Kriegsende als fatal: 6 763 „Volksdeutsche“ aus der späteren Vojvodina wurden laut Angaben der kommunistischen Geheimpolizei OZNA (*Odeljenje za zaštitu naroda*, Abteilung zum Schutz des Volkes) noch im Herbst 1944 liquidiert.⁵⁵ Mit dem Vorwurf der Kollektivschuld konfrontiert, begannen die jugoslawischen Behörden noch im Spätherbst 1944 mit der Internierung „ihrer“ Deutschen. Bis zum Sommer 1945 dürften rund 120 000 von insgesamt noch 135 000 im Lande verbliebenen „Schwaben“ in Orts- und Arbeitslagern zusammengezogen worden sein.⁵⁶

Zu diesem Zeitpunkt – wohl aber nicht früher – war nun offensichtlich auch Tito mit der von nichtkommunistischen Regierungsmitgliedern erhobenen Forderung nach Ausweisung der noch im Land verbliebenen einheimischen Deutschen einverstanden. In einem vertraulichen Schreiben der jugoslawischen Regierung wurde folgende Begründung für die angedachte „Aussiedlung“ angeführt: „Die Regierung Jugoslawiens ist der Auffassung, dass die sich innerhalb der Grenzen Jugoslawiens befindenden Deutschen ausgesiedelt und nach Deutschland überführt werden müssen, sobald dafür günstige technische Voraussetzungen geschaffen werden. Wir haben das Recht auf diese Aussiedlung, da

- die Deutschen, die sich heute in Jugoslawien befinden, vom deutschen Eroberer auf Boden kolonisiert wurden, der den Jugoslawen gehört.
- die deutsche Minderheit seit dem Tag der Ansiedlung in unserem Land und bis heute gegen die Interessen der Völker Jugoslawiens arbeitet, indem sie sich in den Dienst des deutschen Eroberers stellt. Dies äußerte sich im Besonderen während dieses Krieges, als sie mit allen Mitteln aktiv gegen unsere Armee und unsere Volksbefreiungsbewegung überhaupt gekämpft hat.
- die deutsche Minderheit während dieses Krieges so viele Verbrechen an den Völkern Jugoslawiens verübt hat, dass ihr weiteres Verbleiben innerhalb Jugoslawiens den Aufbau unseres Staates behindern würde.“⁵⁷

53 Lagebericht des Stabes der VI. Korpus der Volksbefreiungsarmee und der Partisanenabteilungen Jugoslawiens an den Hauptstab der Volksbefreiungsarmee und der Partisanenabteilungen Jugoslawiens vom 18.10.1944, Dokument abgedruckt in: Hrvatski institut za povijest (Hrsg.): *Partizanska i komunistička represija i zločini u Hrvatskoj 1944.–1946. Dokumenti. Slavonija, Srijem i Baranja* [Die Repression und Verbrechen der Partisanen und Kommunisten in Kroatien 1944–1946. Dokumente. Slawonien, Syrmien und Baranja], Slavonski Brod 2006, S. 69-71.

54 Zit. nach: Casagrande, Die „volksdeutsche“ SS-Division „Prinz Eugen“ (wie Anm. 51), S. 68.

55 Vgl. Hrvatski institut za povijest (Hrsg.), *Partizanska i komunistička represija* (wie Anm. 53), Dokument Nr. 110, S. 324-326, hier S. 325 f.

56 Vgl. Portmann, *Kommunistische Revolution* (wie Anm. 1), S. 255.

57 Arhiv Jugoslavije, F-50, 35/705: Vertrauliches Schreiben aus dem Präsidium des Ministerrats des Demokratischen Föderativen Jugoslawien (DFJ) an das Sozialministerium und an das Außenministerium des DFJ vom 11.6.1945, nicht gezeichnet. Übersetzung durch den Autor.

Die Aussiedlung der „Volksdeutschen“ scheiterte allerdings im Fall Jugoslawiens am Widerstand der Alliierten. Vermutlich dürfte die neue jugoslawische Führung die Siegermächte zu spät über den Wunsch nach einem „Abschub“ informiert haben. Zwischen Sommer 1945 und Anfang 1947 versuchte die jugoslawische Regierung daher mehrmals und immer ohne Erfolg, einen international sanktionierten Transfer der internierten „Volksdeutschen“ zu erreichen. Als aber im Juli 1946 selbst Moskau derartige Begehren zurückwies, begannen die jugoslawischen Behörden, die Flucht aus den Arbeits- und Konzentrationslagern aktiv zu unterstützen. Es ist davon auszugehen, dass bis Ende 1947 zwischen 35 000 und 40 000 Personen aus Jugoslawien entkommen sind. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich dann ein Wandel in der Behandlung der zurückgebliebenen „Volksdeutschen“ ab: Die Fluchtbewegungen wurden gestoppt und viele jüngere Männer wurden anstelle der nun entlassenen deutschen Kriegsgefangenen⁵⁸ in Bergwerken und in staatlichen Landwirtschaftsbetrieben eingesetzt. Die Lager in der Vojvodina wurden bis zum März 1948 in mehreren Stufen aufgelöst, die Arbeitsfähigen gesondert erfasst und auf Staatsgütern und in landwirtschaftlichen Genossenschaften zum Arbeitsdienst gebracht.

Bis zur Auflösung der Lager für die „volksdeutsche“ Bevölkerung im Jahr 1948 sind rund 43 000 Personen nach Misshandlungen, Krankheit und an Unterernährung gestorben.⁵⁹ Rund ein Drittel der in den Machtbereich der Kommunisten geratenen „Volksdeutschen“ ist damit zwischen Herbst 1944 und Frühjahr 1948 umgekommen. Ob es sich dabei um Genozid/Völkermord oder um „ethnische Säuberung“ gehandelt hat, ist nicht ganz einfach zu klären. Dabei ist Genozid ein seit 1948 völkerrechtlich relevanter Straftatbestand: „Genocide means any of the following acts committed with intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group.“⁶⁰ Ob dies die jugoslawischen Kommunisten im Falle der Donauschwaben tatsächlich beabsichtigten oder ob es ihnen eher um das „Verschwinden“ dieser Gruppe ging, lässt sich auf Grundlage der zugänglichen Quellen nicht zuverlässig sagen. Treffend hielt dazu Carl Bethke fest: Bei den Lagern für die „Volksdeutschen“ in der Vojvodina habe es sich um ein System der Zwangsarbeit gehandelt, „bei dem der typische Gegensatz von maximaler Ausbeutung der Arbeitskraft und minimalen Investitionen zur Erhaltung derselben bestand“.⁶¹

Politische und wirtschaftliche Momente sowie das Bedürfnis nach Vergeltung und Bestrafung gehörten zum Motivationsstrang der neuen jugoslawisch-kommunistischen Führungselite und der ortsansässigen Bevölkerung, sich des deutschen Vermögens zu bemäch-

58 Insgesamt sind nach der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 mindestens 175 000 deutsche Wehrmachtssoldaten in jugoslawische Kriegsgefangenschaft geraten. Rund 80 000 starben dabei auf den sogenannten Todesmärschen oder in einem der zahlreichen Arbeits- und Gefangenenlager. Vgl. Kurt W. Böhme: Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1941–1949, Bd. I/1, München 1962, S. 38 u. 43.

59 Vgl. Portmann, *Kommunistische Revolution* (wie Anm. 1), S. 257. Donauschwäbische Angaben liegen leicht, aber nicht signifikant darüber (knapp 49 000 Tote). Vgl. Arbeitskreis Dokumentation (Hrsg.): *Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944–1948. Die Stationen eines Völkermords*, München 2000, S. 313.

60 Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, Article II, <http://www.un-documents.net/cppcg.htm> [letzter Zugriff: 27.08.2018].

61 Carl Bethke: Der Nationalitätenkonflikt in der Vojvodina: Was dämmte die Gewalt ein?, in: Philipp Ther, Holm Sundhaussen (Hrsg.): *Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2001, S. 57–80, hier S. 69.

tigen, die einheimischen Schwaben zu vertreiben oder in Lager zusammenzuziehen und sie als billige Arbeitskräfte für den Wiederaufbau des Landes einzusetzen. Zu tief saß der Hass allen voran bei vielen Slowenen und Serben auf alles Deutsche, um nach vier Kriegsjahren zwischen einheimischen, „volksdeutschen“ Kriegsverbrechern und unschuldigen Zivilisten differenzieren zu können oder zu wollen. Das Prinzip, Menschen ausschließlich aufgrund ihrer scheinbar objektiv zu bestimmenden Volkszugehörigkeit zu klassifizieren und demgemäß mit ihnen zu verfahren, hatten die jugoslawischen Partisanen, ebenso wie die Alliierten und die ostmitteleuropäischen Nachkriegsregierungen, schließlich von den deutschen Nationalsozialisten übernommen und konsequent weitergeführt.⁶²

5. Abschließende Überlegungen

Abgesehen von Titos übernational agierenden Partisanen dienten den meisten anderen „jugoslawischen“ Bürgerkriegsparteien sowie den Besatzungsarmeen vorwiegend (obwohl nicht ausschließlich) völkische Motive zur Legitimation und Ausübung von Gewalt. Überzeugungstäter gab es mit Sicherheit viele auf dem Gebiet Jugoslawiens. Als allgemeiner Trend gilt, dass die Wahrscheinlichkeit, auf ideologische Überzeugungstäter zu treffen, in den obersten Rängen der jeweiligen Befehlshierarchie am größten war. Selbstverständlich waren aber auch unter Soldaten und/oder Zivilisten überzeugte und fanatische Nationalsozialisten, Faschisten, Nationalisten und Stalinisten zu finden. Daneben darf aber auch nicht vergessen werden, dass angesichts der verworrenen Situation in Jugoslawien – gerade auch auf lokaler Ebene – die Gründe und Motive für Gewalt, Widerstand oder Kollaboration sehr vielfältig und vielschichtig sein konnten. Die Komplexität menschlichen Handelns, das Zusammenspiel innerer und äußerer Faktoren bei der individuellen Entscheidungsfindung sowie die Schwierigkeit, diese Faktoren (im Nachhinein) korrekt zu gewichten, lassen nur in den wenigsten Fällen zu, Überzeugungstäter eindeutig zu identifizieren.

Allerdings zieht sich seit dem Ersten Weltkrieg das Denken und Handeln in völkischen Kollektiven und die damit verbundene Gewaltbereitschaft und tatsächliche Gewaltanwendung wie ein roter Faden durch die Geschichte Europas. Die Frage, weshalb ein abstraktes Konstrukt wie jenes der Abstammungsnation eine derart starke Wirkung entfalten konnte, ist noch nicht zufriedenstellend beantwortet worden. Die im 20. Jahrhundert häufig anzutreffende und oft tödliche nationale Radikalisierung, der scheinbar „atavistische Hass“ zwischen Nationen/Religionen (korrekt: zwischen Angehörigen verschiedener Nationen/Religionen) sowie ein übersteigertes, potenziell in Gewalt umschlagendes Gruppen- und Zusammengehörigkeitsgefühl stehen nämlich oft am Ende einer Konfliktkette und sind nicht die hauptsächliche Ursache der blutigen Auseinandersetzungen.⁶³ Kritisch bemerkte dazu auch der zu früh verstorbene Historiker und Humanist Holm Sundhaussen: „In weiten Teilen Europas hat sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts das Verständnis der Nation als exklusive ethnische Gemeinschaft durchgesetzt. Millionen und Abermillionen Menschen haben diese Entschei-

62 Vgl. Naimark, Foreword (wie Anm. 32), S. xv.

63 Vgl. Holm Sundhaussen: Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen, <http://www.bpb.de/apuz/31042> [letzter Zugriff: 9.2.2018].

dung mit Flucht, Vertreibung und Tod bezahlt. Und zu Beginn des 21. Jahrhunderts muss die Frage erlaubt sein, ob dies der richtige Weg für Europa und seine Subregionen war.“⁶⁴

Und weitere Fragen müssen erlaubt sein: Brauchen wir daher tatsächlich nach Nationen aufgegliederte Tabellen mit Opferzahlen? Wenn ja, wozu denn überhaupt und wem dienen solche Listen? Es gilt zu bedenken, dass Menschen bei „ethnischen Säuberungen“ oder bei Genozid diskriminiert, vertrieben und umgebracht werden, weil letztlich und in aller Regel die Behörden und nicht etwa die betroffenen Personen selbst über die Nationszugehörigkeit – und damit über Leben oder Tod – entscheiden. Zur Verdeutlichung: Nicht sechs Millionen „Juden“ sind unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft umgebracht worden, sondern sechs Millionen Menschen, die auf der Grundlage der Nürnberger Rassengesetze bzw. auch vollkommen willkürlich von den nationalsozialistischen Behörden und ihren Helfern als „Juden“ klassifiziert worden waren. Ohne diese weit mehr als rein sprachliche Differenzierung sind derartige Zahlenangaben sowohl für die Historiografie als auch die Gesellschaft vielmehr eine Gefahr denn eine Notwendigkeit und können allzu leicht als vermeintlich objektive Grundlage künftiger „ethnischer“, „nationaler“ und „religiöser“ Auseinandersetzungen und Abrechnungen missbraucht werden – so geschehen beispielsweise vor und während der jüngsten Kriege am Balkan in den 1990er Jahren. In diesem Sinne kommt der Zeitgeschichte eine besondere Verantwortung zu.

Die größte zivilisatorische Katastrophe des vergangenen Jahrhunderts beruhte auf der erzwungenen, pseudowissenschaftlich perfektionierten und stark pervertierten Einteilung von Menschen auf der Grundlage vermeintlich objektiver völkischer Kriterien. Angesichts des anhaltenden Gewaltpotentials nationaler/religiöser Kollektividentitäten sollten Vertreter und Vertreterinnen der Geisteswissenschaften heute mehr denn je mit dem Gebrauch von Kollektiven kritisch, reflektiert und besonnen umgehen. Es waren und sind immer Menschen, die im Namen von Nationen, Religionen und/oder politischen Ideologien Gewaltverbrechen begehen. Noch nie in der Geschichte der Menschheit hat sich eine Nation, Religion oder eine politische Ideologie eines Verbrechens schuldig gemacht. Als humanistischer „Überzeugungstäter“ plädiere ich daher dafür, das Denken in und (Ver)Urteilen von Kollektiven zugunsten individueller Perspektiven sowohl in der Historiografie als auch im Alltag möglichst einzuschränken.

Summary

This article looks at motives for violence, resistance and collaboration in Yugoslavia during the Second World War and its aftermath. It is argued that „groupism“ (Rogers Brubaker) – understood as the tendency to reify any given large body of people – was the main motive for the (ab)use of violence in the decade between 1940 and 1950. Believing in (or being convinced of) the actual existence, exclusivity and/or superiority of one’s „own“ group must be considered the precondition for many atrocities that were committed in the period under consideration. But other than that, it is hardly possible to establish whether and to what

64 Ders.: „Wenn ein Deutscher eine serbische Geschichte schreibt...“. Ein Beitrag zum (Miss)Verstehen des Anderen (2011), <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/wenn-ein-deutscher-eine-serbische-geschichte-schreibt> [letzter Zugriff: 11.9.2017].

extent the perpetrators acted out of political, ideological and/or religious conviction. Hence, this author does not deem the heuristic concept of „Überzeugungstäter“ a useful analytical tool.

While National Socialists, Fascists, and Nationalists acting in Yugoslavia were indulged in racial delusions, Yugoslav Communists harboured social illusions. Tito and his comrades were eager to „purge“ society of „fascist“ elements as well as to recast the state profoundly and permanently. Communist retribution after World War II not only sought to come to terms with the past, it also aimed to legitimate the new/old regimes and to delegitimize its real or alleged opponents both from the past and the future. The famous slogan „brotherhood and unity“ (*bratstvo i jedinstvo*) implicated that „cleansing“ based on fascism rather than on nationality was the order of the day. However, the Yugoslav Communists failed to apply their own internationalist motto to the Yugoslav Germans.

Jude – Verräter – Kommunist. Zur Genealogie eines Topos in Polen*

von Agnieszka Pufelska

Verrat als ästhetisches Erlebnis

Der 2015 in der Kategorie „Bester Fremdsprachiger Film“ mit dem Oscar ausgezeichnete Film „Ida“ erzählt die in Polen zu Beginn der 1960er Jahre spielende Geschichte von Anna, einer katholischen Novizin, die von ihrer Tante Wanda, einer in der Stalin-Ära aktiven Richterin, erfährt, dass sie Jüdin ist und eigentlich Ida heißt. Gemeinsam beginnen die beiden Frauen, ihre Familiengeschichte zu erforschen, und machen sich auf eine Reise in ihr Heimatdorf. Dort angekommen, finden sie heraus, dass Idas Eltern und Wandas Sohn knapp 20 Jahre zuvor von einem Bauern, der sie während des Krieges verstecken sollte, ermordet wurden. Die Tante mit dem herben Charakter und die zierliche Nichte setzen sich nun zum Ziel, den Mörder zu finden und die sterblichen Überreste ihrer Verwandten im jüdischen Familiengrab zu bestatten.

In ästhetischen Schwarz-Weiß-Bildern rollt der Regisseur Paweł Pawlikowski eine jüdische Familientragödie auf und liefert damit ein Beispiel für individuelle Vergangenheitsbewältigung. Die Bewältigungsstrategien könnten nicht unterschiedlicher sein. Während sich Ida mit der Vergangenheit intellektuell auseinandersetzt und trotz aller Zweifel nach der Bestattung zurück ins Kloster geht, will Wanda nicht mehr in ihr gewohntes Leben zurückkehren und bringt sich um. In Pawlikowskis Inszenierung ist der freiwillige Tod der Preis, den die Protagonistin für das Sich-Bewusstwerden bezahlen muss. Denn im Gegensatz zu ihrer von jeglicher Schuld für das Vergangene befreiten Nichte Ida trägt Wanda Mitverantwortung für die Verbrechen an unschuldigen Menschen. Sie war, als „blutige Wanda“ gefürchtet, als parteitreue Richterin bei den stalinistischen Schauprozessen für Todesurteile vermeintlicher „Volksfeinde“ verantwortlich. Ihr rücksichtsloses Handeln war ein Racheakt einer Jüdin an katholischen Polen für die Ermordung ihres unschuldigen Kindes. Aus ihr, dem verfolgten Opfer, war eine Täterin geworden. Dieser eindeutige Verrat an ihren moralischen Grundsätzen ging nicht spurlos an ihr vorüber. Männer, Zigaretten und Alkohol halfen ihr, über ihre Frustration hinwegzukommen und ihre Vergangenheit zu vergessen. Die erneute Konfrontation mit dem Tod ihres Sohnes und die belastende Erkenntnis, eigene Verbrechen begangen zu haben, erlaubten ihr nicht, eine Zukunft aus der Vergangenheit heraus zu gestalten.

Es ist nicht zu übersehen, dass Wanda das Feindbild der „Judäo-Kommune“ (*żydo-komuna*) verkörpert, das sich darauf stützt, Jüdinnen und Juden hätten im Nachkriegspolen Schlüsselpositionen im Parteiapparat eingenommen, um katholische Polen zu verfolgen. In mehreren Interviews betonte der Regisseur Pawlikowski, dass ihm zwei kommunistische Aktivistinnen, Helena Wolińska-Brus und Julia Brystiger (auch bekannt als die „blutigen

* Der vorliegende Beitrag basiert in weiten Teilen auf dem Buch: Agnieszka Pufelska: „Judäo-Kommune“ – ein Feindbild in Polen. Das polnische Selbstverständnis im Schatten des Antisemitismus (1939–1948), Paderborn 2007.

Luna“), als Prototypen für die Figur gedient hätten. Beide Frauen werden im polnischen national-antisemitischen Diskurs bis heute als Verräterinnen an der polnischen katholischen Bevölkerung bezeichnet. Durch ihre Tätigkeit für den stalinistischen Machtapparat hätten viele Regimegegner das Leben verloren oder seien brutal in den Gefängnissen misshandelt worden. Das Auffällige an diesen durchaus berechtigten Anklagen ist allerdings, dass die Verbrechen von Wolińska-Brus und Brystiger vorwiegend dann thematisiert werden, wenn es darum geht, die besondere Brutalität von Kommunistinnen und Kommunisten jüdischer Herkunft hervorzuheben. Die Gleichsetzung der kommunistischen Repressionen und Verfolgungen mit dem Jüdischen trägt – nach den tradierten Vorgaben bewährter antisemitischer Deutungsmuster – dazu bei, die Fremdheit und Feindlichkeit der kommunistischen Machthaber in Polen zu postulieren und die aktive Mitwirkung der nicht-jüdischen Polinnen und Polen am stalinistischen Verfolgungsapparat zu ignorieren.

Ähnlich antisemitisch konnotierte Denkmuster sind auch in Pawlikowskis Film „Ida“ erkennbar. Die ästhetischen und durchkomponierten Bilder dienen nur der Täuschung des Zuschauers und der Ablenkung vom eigentlichen Inhalt des Films, der unreflektiert das Feindbild der „Judäo-Kommune“ perpetuiert. Die Fragen danach, warum sich Wanda für den Aufbau des kommunistischen Systems in Polen engagierte oder inwiefern die Kriegserfahrungen ihre ideologischen Entscheidungen prägten, werden nicht ansatzweise gestellt. Lust an der Rache ist für sie die einzige Motivation. Obwohl ihre Familie von einem unbedeutenden, geldgierigen Bauern ermordet wurde, vollzieht sie ihren Rachefeldzug an den polnischen Patrioten, an der Elite des antikommunistischen Widerstandes. In Pawlikowskis filmischer Interpretation verkennt die „blutige Wanda“ den Unterschied, weil sie als Jüdin *per definitionem* eine Verräterin an den polnischen nationalen Idealen wie dem des Antikommunismus sei. Ihre junge Nichte entkommt dagegen der kommunistischen Verführung, weil sie im Kloster aufwächst und sich für den Katholizismus entscheidet, der die Grundlage des polnischen nationalen Selbstverständnisses bildet. Dafür wird sie am Leben gelassen. Ihr verräterisches (jüdisches) Potenzial verbleibt hinter den Klostermauern. „Dank ‚Ida‘“, resümiert der Filmkritiker Piotr Forecki, „haben die Polen wieder eine Gelegenheit bekommen, das Kino in der Überzeugung zu verlassen, dass im stalinistischen Repressionsapparat irgendwelche ‚fremden‘, ‚nicht-polnischen‘ Kräfte saßen. ‚Irgendwelche‘... Juden halt.“¹

Der Film „Ida“ zeigt mehr als eine Instrumentalisierung von vertrauten Klischees für künstlerische Zwecke. Er weist vor allem auf die Fortexistenz eines antisemitischen Feindbildes hin, das sich auf den Nexus von „Juden“ und „Kommunismus“ stützt und als Gegenbild zur polnischen Nation betrachtet wird. Seine antisemitische und antikommunistische Ausrichtung belegt, dass es sich um ein historisch gewachsenes Phänomen handelt, dessen Relevanz in einem demokratischen Land, in dem so gut wie keine Juden² mehr leben, überraschen muss. Mit dem Topos „Judäo-Kommune“ wird unterstellt, Juden³ würden den

1 Piotr Forecki: Legenda o Wandzie, co zastąpiła Niemca [Die Legende von Wanda, die den Deutschen ersetzte], in: Krytyka Polityczna vom 8.11.2013, <http://krytykapolityczna.pl/kultura/film/legenda-o-wandzie-co-zastapila-niemca> [letzter Zugriff: 27.11.2017].

2 Bei substantivischen Ausdrücken, die auf Personen verweisen, wird die vorherrschende männliche Schreibweise beibehalten. Das berechtigte Anliegen, Frauen sprachlich gleichberechtigt zu repräsentieren, indem man dem Ausdruck eine weibliche Form gibt, wird hier wegen der besseren Lesbarkeit nicht immer eingehalten.

3 Der Begriff „polnische Juden“ wird hier als räumliche Kategorie verwendet. Sie sagt nichts über

Kommunismus (und heute die Europäische Union) instrumentalisieren, um mit seiner Hilfe die Weltherrschaft zu errichten. Er verbindet Antisemitismus und die in Polen durch die Teilungszeit geprägte Russlandfeindlichkeit mit Antisowjetismus und Antikommunismus. In ihm gelingt es, die sowjetische Besetzung Polens während des Zweiten Weltkrieges, das kommunistische System der Nachkriegszeit und die Regierungsperiode der Postkommunisten als Kontinuität darzustellen. Darüber hinaus wird eine vermeintliche polenfeindliche Bedrohung namhaft gemacht, die in Gestalt des „verräterischen Juden“ versuche, die polnische Nation von innen her zu zersetzen.

So gesehen zeugt die Präsenz des Feindbildes mehr von vorhandener Judenfeindschaft als von Antikommunismus, denn der grundlegende Gedanke ist die kollektive Schuldzuweisung, Juden seien nichts Anderes als eine „umstürzlerische“ und „verräterische“ Kraft. Man kann diese judenfeindliche Wahrnehmung als moderne Fortentwicklung und geschichtsmächtig gewordene Variante der Verschwörungstheorie vom „Juden“ als Inbegriff des Bösen verstehen, welche nach Ronald Modras ein Konglomerat aus religiös orientiertem Antijudaismus und politisch geprägtem Antisemitismus darstellt.⁴ In der Verbindung „Jude – Verräter – Kommunist“ sind die religiösen Ursprünge besonders sichtbar und gehen auf den prototypischen „Verräter“ Apostel Judas zurück. Doch gerade in dieser Mischung von religiös und politisch motivierten Vorurteilen liegt die Langzeitwirkung des Feindbildes „Judäo-Kommune“ im polnischen Geschichtsverständnis sowie sein ungebrochen hoher Stellenwert als Integrationssymbol nationaler Vergemeinschaftung begründet.

Vom Verräter zum Volksfeind

Die dem Feindbild von der „Judäo-Kommune“ zugrunde liegenden Denkmuster reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück, als Juden in der Zeit der nationalen Erweckung und Bewusstseinsbildung zu Trägern der feindlichen (internationalen) Prozesse wie Kapitalismus und Sozialismus bzw. der Moderne erklärt wurden. Die von den politischen Gruppierungen und zum Teil auch von der katholischen Kirche propagierte Gleichsetzung von Juden und Moderne führte zunehmend zur Festigung des Vorwurfs des „jüdischen Verrats“ an nationalen Bestrebungen und Interessen. Die Verbindung von „goldener“ und „roter“ Internationale

die Identifikation der jüdischstämmigen Bevölkerungsgruppen mit der polnischen sowie jüdischen Kultur aus. Der vorliegende Beitrag zeigt auf, wie aus der Perspektive des Feindbildes „Judäo-Kommune“ jüdische (und manchmal sogar nichtjüdische) Polen zu „Juden“ und als solche eben zu Verrätern an der polnischen Nation avancieren konnten. Aus diesem Grund ist es wichtig, auf die enorme politische Relevanz ethnischer Faktoren hinzuweisen, obwohl unklar ist und unklar bleiben muss, ob die ethnische Differenzierung stimmt. Inwieweit sich die betroffenen Personen jüdischer Abstammung selbst tatsächlich als „Juden-Juden“ oder vielleicht als „Juden-Polen“ (diese Aufteilung von Kommunisten jüdischer Abstammung hat die polnische Historikerin Krystyna Kersten vorgenommen) begriffen, ist für die hier verfolgte und auf der Antisemitismusforschung basierende Fragestellung irrelevant. Krystyna Kersten: *Polacy – Żydzi – komunizm. Anatomia półprawd 1939–68* [Polen – Juden – Kommunismus. Anatomie der Halbwahrheiten 1939–68], Warszawa 1992, S. 78; Katrin Steffen: *Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918–1939*, Göttingen 2004.

4 Vgl. Ronald Modras: *The Catholic Church and Antisemitism. Poland 1933–1939*, Chur u.a. 1994, S. 91.

erweiterte die bis dahin vorwiegend antijudaistisch definierte Verschwörungstheorie um die politische Dimension. An die Stelle des „jüdischen Teufels“, der die Welt des Christentums zu vernichten beabsichtige, trat gerade im politisch-nationalen Diskurs zunehmend das „Weltjudentum“, das in allen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen im Geheimen versuche, durch sozialistische, kapitalistische oder freimaurerische Verschwörungen die Weltmacht zu erlangen. Zum Gebot der Stunde avancierte nicht nur die Befreiung der politischen Bewegungen vom „jüdischen Einfluss“, sondern vor allem die Ausgrenzung der Juden aus dem Staat und der Nation.

Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde das bereits tief verankerte Bild von den Juden als Träger der internationalen und somit auch nationalfeindlichen Prozesse um die Vorstellung von den Juden als Träger des Kommunismus bzw. Bolschewismus erweitert. Ziel der nationalen Bewegungen im wiedererstandenen Polen nach dem Ersten Weltkrieg war die Konstituierung einer ethnisch homogenen (auch religiös definierten) Nation, die als unvereinbar mit der Existenz einer kommunistischen Bewegung sowie einer jüdischen Minderheit gesehen wurde. Im antisemitischen Diskurs der Zwischenkriegszeit blieb das Stereotyp des „jüdischen Kommunisten“ präsent. Es verfestigte sich zu einem Feindbild, das sich ablehnend auf Personen und Menschengruppen sowie auf politische Sachverhalte und historische Prozesse bezog. Als es im polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 infolge des Versuchs, die Grenzen des neu konstituierten polnischen Staates möglichst weit nach Osten auszudehnen, zur direkten Konfrontation mit der Sowjetmacht kam, stellten die rechtsnationalen Parteien wie z.B. die Nationaldemokratie mit Roman Dmowski an der Spitze nicht zuletzt Polen als Vorkämpfer der westlichen Zivilisation gegen die Bolschewiki dar. Die polnisch-nationale Aufgabe bestehe in der Verteidigung des christlichen Europa vor den imperialistischen Ansprüchen der Oktoberrevolution, die – wie es häufig hieß – ebenso wie alle vorangegangenen Revolutionen und Umstürze ein Werk des „Weltjudentums“ gewesen seien. Der polnische Staat wurde, frei nach Nietzsche, als „Kampfplatz [...] Rom gegen Judäa, Judäa gegen Rom“⁵ verstanden.

Das Bild vom „jüdischen Bolschewiken“ gewann im polnischen Bewusstsein mit Ausbruch des polnisch-sowjetischen Krieges neue Konturen, weil die vermeintliche Bedrohung immer häufiger mit einer inneren verräterischen Gemeinschaft assoziiert wurde. Eindeutig war die Botschaft der antisemitischen Propaganda: Alle Juden seien Verräter, weil sie auf der Seite der Bolschewiki stünden. Gewaltakte gegen Juden bekamen so den Anschein patriotischer Pflicht und Antisemitismus galt häufig als Präventivmaßnahme zum Schutz der Heimat und der ganzen christlichen Welt.⁶ Nicht jeder konnte gegen die Rote Armee kämpfen, doch fast jeder kannte einen Juden in der Nachbarschaft. Angst vor den bolschewistischen Feinden schlug in aggressive Abgrenzung um, die wiederum in Handlungen der Selbstbehauptung mündete. Man wollte assimilierten Juden nicht einmal mehr gestatten, in einer Art Feuerprobe ihre Vaterlandsliebe zu beweisen: In der polnischen Armee wurde das jüdische Engagement marginalisiert oder sogar bekämpft. So entschied sich das Kriegsministerium aus Furcht vor möglicher Spionage für Sowjetrußland, den Anteil der Juden

5 Friedrich Nietzsche: Zur Genealogie der Moral, in: Ders.: Gesammelte Werke. Kritische Studienausgabe, hrsg. v. Giorgio Colli und Mazzino Montinari, Bd. 5, München 1999, S. 286.

6 Vgl. Aleksander Hertz: Wyznania starego człowieka [Bekenntnisse eines alten Mannes], Warszawa 1991, S. 325 f.

in allen Heeresformationen zu begrenzen. In einem Heereslager wurden mehrere tausend jüdische Männer interniert.⁷ Die sozialistische jüdische Partei BUND wurde aufgrund des Vorwurfs, mit den Bolschewiki zu sympathisieren, verboten. Ihre aktiven Mitglieder kamen in Haft.⁸ Bekräftigt wurde das stereotype und generalisierende Bild vom „verräterischen Juden“ durch einige tatsächliche Fälle der Kollaboration von Juden mit dem sowjetrussischen Gegner. Zudem stand die Mehrheit der indigenen und politisch desinteressierten Juden in ihrer kulturellen Abgrenztheit und Autonomie den polnischen Bemühungen gleichgültig gegenüber, wodurch Einzelfälle jüdischer Kooperationsbereitschaft mit den Sowjets oder die Desertion jüdischer Soldaten leicht zu instrumentalisieren waren.⁹

Auch die katholische Kirche sah im polnisch-sowjetischen Krieg eine militärische Auseinandersetzung zwischen jüdischem Bolschewismus und christlichem Bollwerk. In einem an die Bischöfe der Welt gerichteten Brief hoben die polnischen Exzellenzen hervor:

„Die Rasse, welche den Bolschewismus leitet, hat sich schon vorher die Welt mittels Gold und Banken untertan gemacht, und heute, angetrieben von einem ewigen imperialistischen Verlangen, das in ihren Adern fließt, wendet sie sich direkt zur letzten Eroberungstat, um die Nationen unter das Joch ihrer Regimes zu bringen [...]. Sein Hass [der des Bolschewismus; A. P.] richtet sich gegen Christus und seine Kirche, besonders weil jene, die die Lenker des Bolschewismus sind, in ihrem Blut traditionell den Hass gegen das Christentum tragen.“¹⁰

In der ganzen Zwischenkriegszeit ermutigte kaum eine andere Stimme so intensiv zum Kampf gegen die angeblich verräterische „Judäo-Kommune“ wie die des polnischen Klerus. In der Annahme, Judas' Verrat an Christus beweise, dass Juden Werkzeuge des Antichrist seien und die Vernichtung des Christentums beabsichtigten, vertraten viele Vertreter und Repräsentanten der katholischen Kirche öffentlich eine antisemitische Geisteshaltung.¹¹ Dass der Antichrist aus dem Osten komme, unterstrich beispielsweise Pater Jan Wasilewski in einem Erinnerungsbuch aus Sowjetrussland 1924, das den eindeutigen Titel „In den Klauen des Antichrist“ trug. Er führte darin aus, dass die katholische Kirche nichts gegen den Kommunismus habe, wenn er ein „christlicher Kommunismus“ wäre. Doch der Kommunismus

7 Vgl. Janusz Szczepański: *Spółczesność Polski w walce z najazdem bolszewickim 1920 roku* [Die polnische Gesellschaft angesichts des bolschewistischen Überfalls von 1920], Warszawa u.a. 2000, S. 248; Frank Golczewski: *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922. Eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Osteuropa*, Wiesbaden 1981, S. 240-245; Christhardt Henschel: *Jabłonna als Erinnerungssikone: Juden in den polnischen Streitkräften 1918–1939*, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 9 (2010), S. 545-571.

8 Vgl. Gertrud Pickhan: *„Gegen den Strom“*. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund Bund in Polen 1918–1939, München 2001, S. 81.

9 Vgl. Adam Ciołkosz: *„Dzielnica żydowska“ obozu w Jabłonie* [Das jüdische Viertel des Lagers in Jabłonna], in: *Zeszyty Historyczne* 20 (1971), S. 197 f.; Szczepański, *Spółczesność Polski* (wie Anm. 8), S. 247 f.

10 *Biskupi polscy do Episkopatu świata 7.7.1920* [Polnische Bischöfe an das Weltepiskopat 7.7.1920], zit. nach Marian M. Drozdowski: *Międzynarodowe aspekty wojny polsko-bolszewickiej 1919–1920. Antologia tekstów historycznych* [Internationale Aspekte des polnisch-bolschewistischen Krieges 1919–1920. Anthologie der historischen Texte], Warszawa 1996, S. 71-73.

11 Vgl. Modras, *Catholic Church* (wie Anm. 5), S. 103-128.

in Sowjetrußland sei eben materialistisch orientiert und stehe für das Gegenteil des christlichen Geistes. Den Grund für die Herrschaft des Materialismus sah der Pater in der geschickten Lenkung der Bolschewiki durch die Juden: Intelligente „und halb intelligente Juden“ nutzten demnach den Unwillen der russischen Intelligenz, sich den Bolschewiki zur Verfügung zu stellen und mit ihrer Hilfe „die ganze Staatsmacht zu übernehmen“.¹² Es ist wohl kein Zufall, dass die Erinnerungen Wasilewskis im Verlag der Krakauer Jesuiten erschienen. Viktoria Pollmann kommt in ihrer Studie über Qualität und Quantität antisemitischer Äußerungen in der Krakauer Diözesanpresse zwischen den Kriegen zu der Schlussfolgerung, dass „weder die Regierung noch die katholische Kirche ihre meinungsbildenden Positionen in der polnischen Gesellschaft genutzt haben, um diese [jüdisch-polnische; A. P.] Spannung zu schlichten. Im Gegenteil, das Schema der kirchlichen Argumentation näherte sich den rechtsorientierten Denkstrukturen.“¹³

Aber nicht nur in der Presse und von der Kanzel klärte die katholische Geistlichkeit ihre Glaubensgemeinschaft über die Gefahren und Absichten des „jüdischen Kommunismus“ auf. Gerade in der Zwischenkriegszeit gelang einigen Priestern die Abfassung von Büchern, die bis heute ungebrochen hohe Auflagen haben und sich großer Popularität erfreuen. Als Beispiele für die Mobilisierung der Gläubigen im Abwehrkampf gegen die vermeintliche jüdische Bedrohung können Schriften von Pater Józef Kruszyński, Pater Stanisław Trzeciak und teilweise die Schriften des 1941 für seinen freiwilligen Gang (anstelle eines Familienvaters) in die Gaskammer von Auschwitz heiliggesprochenen Paters Maksymilian Marian Kolbe dienen.¹⁴ Unermüdlich wiederholten alle diese Autoren, die Juden hätten Christus verraten und wollten die Weltherrschaft. Sie würden alle Mittel nutzen, um die feindlichen, d.h. christlichen, Nationen zu vernichten, wobei neuerdings der von Karl Marx aus dem Geiste des Talmuds ersonnene Kommunismus ihre Lieblingswaffe sei. Rußland hätten sie schon mit Hilfe des jüdischen Kapitals besiegt, jetzt sei Polen an der Reihe. Daher müssten die Polen alle ihre Kräfte mobilisieren, zumal es erste Anzeichen dafür gebe, dass sie vor den Juden die Waffen strecken würden.¹⁵ So forderte die antisemitische Propaganda der zur Nächstenliebe verpflichteten Priester buchstäblich zu gewalttätigen Übergriffen auf, die

12 Jan Wasilewski: *W szponach antychrysta. Wspomnienia księdza z Rosji bolszewickiej* [In den Klauen des Antichrist. Erinnerungen eines Priesters aus dem bolschewistischen Rußland], Kraków 1924, S. 6-8.

13 Viktoria Pollmann: *Kwestia żydowska w prasie katolickiej lat trzydziestych. Badania empiryczne prasy biskupiej metropolii krakowskiej na bazie ilościowej* [Die jüdische Frage in der katholischen Presse der 30er Jahre. Empirische Untersuchung der von dem Krakauer Bistum herausgegebenen Presse auf quantitativer Grundlage], in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 2 (1997), S. 17.

14 Zu Kolbe siehe Ute Caumanns und Mathias Niendorf: *Von Kolbe bis Kielce. Ein Heiliger, seine Presse und die Geschichte eines Pogroms*, in: Hans-Jürgen Bömelburg, Beate Eschment (Hrsg.): *„Der Fremde im Dorf“. Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, Lüneburg 1998*, S. 171-188.

15 Vgl. Józef Kruszyński: *Polityka żydowska* [Die jüdische Politik], Włocławek 1921; ders.: *Żydzi a świat chrześcijański* [Juden und die christliche Welt], Włocławek 1924; Stanisław Trzeciak: *Talmud, bolszewizm i projekt prawa małżeńskiego w Polsce* [Talmud, Bolschewismus und der Vorschlag des Eherechts in Polen], in: *Przegląd Katolicki* 3 (1932), S. 47-49; ders.: *Mesjanizm a kwestia żydowska* [Messianismus und die jüdische Frage], Warszawa 1934, S. 333; Maksymilian Kolbe: *O masonerii i Żydach. Pisma wybrane* [Über die Freimaurerei und Juden. Ausgewählte Schriften], Krzeszowice 2001, S. 10.

sich dann gerade an den polnischen Universitäten in alltäglichen Überfällen auf jüdische und andere, nicht rechts stehende Studenten äußerte.¹⁶ Dabei muss betont werden, dass sich unter anderem Kardinal August Hlond über angriffslustige Katholiken empörte und 1936 einen Appell gegen jüdenfeindliche Gewalttaten veröffentlichte.¹⁷ Er tat dies, obwohl er fest davon überzeugt war, dass Juden größtenteils zur „Avantgarde der bolschewistischen Bewegung“ und damit zur „Republik des Dämons“ gehören würden.¹⁸

Im Zweiten Weltkrieg verschärfte sich die gängige Überzeugung von einer jüdischen Kollaboration mit der Sowjetmacht. Hintergrund war, dass viele Juden in den sowjetisch besetzten Gebieten Polens Hoffnungen auf stärkere gesellschaftliche Partizipation unter den neuen Machthabern hegten, die ihnen Anerkennung und Gleichberechtigung versprochen hatten. Die Fälle von jüdischer Zusammenarbeit mit den Sowjets, die sich mühelos in das vorhandene Denkschema des „jüdischen Kommunismus“ einpassen ließen, wurden zum Mythos des kollektiven Verrats der Juden überhöht und dienen bis heute als Rechtfertigungsargument für antisemitische Ausschreitungen oder auch polnische Gleichgültigkeit gegenüber dem jüdischen Schicksal während des Zweiten Weltkrieges. Ein Grundzug dieser antisemitischen Argumentation war die Verkehrung der Täter in eine Opferrolle. Juden hätten die Sowjets und die Kommunisten bei ihrer Machtergreifung in Polen unterstützt, ergo seien sie Täter (oder zumindest Mittäter). Polen hingegen seien Opfer des deutschen und des sowjetischen Überfalls und demzufolge Opfer der darauffolgenden jüdischen Aktivitäten.

Judenfeindschaft wurde so zumindest in den östlichen Grenzgebieten als Notwehr interpretiert, selbst wenn den Anhängern einer derartigen Verkehrung von Schuld und Mitschuld das Bekenntnis zum Antisemitismus fern lag. Die kollektive Verurteilung der Juden als „Handlanger Moskaus“ half vielen, sich als unvergleichliche Opfer, als glühende Antikommunisten, heldenhafte Widerständler und aufrichtige Patrioten zu fühlen. Eindeutig waren die Dichotomien: „Verräterisch“ stand „patriotisch“ gegenüber, „kommunistisch“ trat in Opposition zu „antikommunistisch“ und schließlich mündeten diese Widersprüche in den offenen Gegensatz von „jüdisch“ und „polnisch“. Zu den Schattenseiten dieser polnischen Selbststilisierung gehörte aber, dass es der nach der sowjetischen Besatzung folgenden deutschen Okkupationsmacht oft leicht gemacht wurde, jüdische Mitbürger zu liquidieren.

Der verratene „Verräter“

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Feindbild vom „verräterischen Juden“ vor allem durch die antikommunistische Propaganda eingesetzt, um den Widerstand gegen die Etablierung der kommunistischen Macht zu mobilisieren. Vor dem Hintergrund der Ruinen und des

16 Der „negative Einfluss“ jüdischer auf die polnischen Jugendlichen veranlasste die katholische Presseagentur, ein Organ des polnischen Episkopats, eine Stellungnahme zu veröffentlichen, in der erklärt wurde, die Juden neigten zum Kommunismus, weswegen „wir für eine kulturelle Separierung der Polen von den Juden sind“. Zit. nach Joanna Żyndul: *Zajścia antyżydowskie w Polsce w latach 1935–1937. Geografia i formy* [Die antijüdischen Unruhen in Polen in den Jahren 1935–1937. Geografie und Formen], in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 3 (1991), S. 57.

17 August Hlond: *Z naszych grzechów* [Aus unseren Sünden], in: Ders.: *Wybór pism i przemówień* [Auswahl aus den Schriften und Reden], New York, NY 1950, S. 164.

18 Ebenda, S. 77, 116.

Hungers und der sowjetischen Fremdbestimmung brachte das Auftauchen von Kommunisten jüdischer Herkunft auf den prominenten Regierungsposten notgedrungen ein nochmaliges gefährliches Ansteigen des Antisemitismus mit sich. Der Begriff der „Judäo-Kommune“ wurde auf das ganze neue System angewandt. Den „verräterischen Juden“ wurde die aufständische und moralisch nicht korrumpierbare Nation gegenübergestellt. Indem nationale Stereotypen und Feindsemantiken auf eine Gestalt – die des jüdischen Kommunisten – projiziert wurden, entstand eine Art „Gesamtbild“, eine fest gefügte Weltsicht der polnischen Gesellschaft. Materielle Rivalität um das von den Polen im Krieg besetzte jüdische Eigentum und die nach wie vor lebendige, religiöse traditionelle Judenfeindschaft (wie z.B. der weiterhin virulente Vorwurf des Ritualmords) bestärkten die dominierenden antisemitischen Projektionen der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Bereits 1944, seit der Konstituierung der polnischen provisorischen Regierung (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego*, PKWN), bezeichnete die antikommunistische Propaganda den ganzen moskautremen Machtapparat als Herrschaftsinstrument der „Judäo-Kommune“ und setzte immer wieder ein Gleichheitszeichen zwischen die neue Regierung und „den Juden“.

„Anstatt staatlicher Unabhängigkeit“, hieß es in einem Flugblatt, „haben wir eine Regierungsmacht des NKWD und der Juden. In der sogenannten Provisorischen Regierung gibt es sogar drei Juden. Alle Leitungspositionen in der Staatsverwaltung und im Militär sind mit Juden besetzt oder von Juden kontrolliert [...]. Etwas zu sagen haben heute in Polen nur das NKWD-Mitglied, der Jude und ihre für Judas-silberlinge gekauften treuen Diener.“¹⁹

oder:

„Landsleute! Denkt nicht, dass die Kommunisten gewonnen haben! Voller Begeisterung werden wir mit dem ganzen polnischen Volk voranschreiten und aus unserer jungen Brust wird ein selbstbewusster Ruf sich erheben: Weg mit dem judäobolschewistischen System und seinen Dienern!“²⁰

Der Mythos von der Herrschaft der verräterischen „Judäo-Kommune“ korrespondierte dabei vorzüglich mit dem Mythos von der polnischen Opferrolle. Weil sich die Polen während der sowjetischen und deutschen Okkupation für die größten Opfer des Krieges hielten, reservierten sie sich nach dem Krieg automatisch den ersten Platz auf dem hierarchisierten Podium des Leidens. Hinzu kam, dass durch die Einrichtung des kommunistischen Regimes nicht nur die Auffassung vom polnischen Opferstatus perpetuiert, sondern der dazu wiederum notwendige Täter im Inneren gesucht wurde. Und in der Tat avancierten paradoxerweise die Juden zu Tätern an den Polen. An die „konkurrierende“ Tragödie der Juden sollte demnach im polnischen Geschichtsdenken der Nachkriegszeit nicht erinnert werden, die Zugehörigkeit der jüdischen Kultur zur polnischen Gesellschaft wurde schnell vergessen.

19 Flugblatt: Polacy spod znaku P.P.R. [Die Polen hinter dem Zeichen PPR], Warszawa 3.5.1945, in: Biblioteka Narodowa, Warszawa, Mf. 72580, Bl. 373.

20 Flugblatt: Rodacy! [Landsleute!], Radom 1945, in: Władysław Chojnacki: Bibliografia polskich publikacji podziemnych wydanych pod rządami komunistycznymi w latach 1939–1941 i 1944–1953 [Bibliografie der Untergrundpublikationen, die unter der kommunistischen Regierung und in den Jahren 1939–1941 und 1944–1953 herausgegeben wurden], Warszawa 1996, S. 271.

Die während des Krieges erhobenen jüdenfeindlichen Vorwürfe setzten sich nach 1945 fort. Dem Bild vom jüdischen Verräter wurde erneut das Bild vom patriotischen und antikommunistischen Widerstand leistenden Polen gegenübergestellt. Auf diese Weise stieg der Antisemitismus gleichsam als Notstandsweisheit zu einer moralischen Maxime auf und die zahlreichen antisemitischen Ausschreitungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit konnten als Akte des Widerstands inszeniert werden.²¹ Als moralische Sieger galten häufig die nun in der Opposition befindlichen antikommunistischen Nationalisten. Waren die französischen oder italienischen Rechten durch ihre Nähe zum Faschismus und durch ihre Kollaboration mit den Nazis kompromittiert, so waren das ihre Gleichgesinnten in Polen nicht. Da sie infolge der besonderen Bedingungen der Besatzung antideutsch, antisowjetisch und antisemitisch zugleich waren, brauchten sie ihre Ideen nach dem Krieg nicht einmal neu zu bewerten. Eine rechtsnationale Orientierung hatte im Nachkriegspolen problemlos ihre patriotische Legitimation bewahrt.²²

Auch wenn die ultranationalen Gruppierungen in der Verbreitung des Antisemitismus eine entscheidende Rolle spielten, galt die prosovjetsche Regierung der gesamten antikommunistischen Opposition als jüdisch oder zumindest von Juden stark beeinflusst. Für viele fungierte sie eben als Machtzentrum der „Judäo-Kommune“. Am Beispiel des Referendums von 1946 wird diese Pauschalisierung besonders deutlich: Angesichts des für Juni geplanten Volksentscheids hatte der antikommunistische Untergrund eine massive regierungsfeindliche Kampagne gestartet, in der – wie unmittelbar zu Kriegsende – die Regierung mit der „Judäo-Kommune“ gleichgesetzt wurde. Ständig stieg die Zahl oppositioneller Broschüren, Flugblätter oder Zeitungsartikel an, die das Feindbild thematisierten. Mit einiger Berechtigung kann man 1946 als das Jahr bezeichnen, in dem die Verschwörungstheorie von einem „verräterischen Juden“, der für die Sowjets und gegen die Polen agiert, ihren propagandistischen Höhepunkt erreichte. Das Referendum, offiziell als demokratische Premiere der neuen polnischen Republik propagiert, diente in Wirklichkeit als Test der politischen Stimmung im Volk. Man wollte die erwarteten und geplanten Wahlen hinausschieben. Am 30. Juni 1946 sollten die Polen daher auf folgende Fragen antworten:

1. „Bist Du für die Abschaffung des Senats als einer ersten Kammer [d.h. gegen das Zweikammersystem im Parlament; A. P.]?“
2. Willst Du, dass in der künftigen Verfassung die Bodenreform und die Nationalisierung der Industrie bei gleichzeitiger Wahrung der Rechte von Privatinitiativen verankert bleiben?“
3. Bist Du für die Festigung der Westgrenze an der Ostsee, der Oder und der Neiße?“²³

21 Vgl. dazu Anna Cichopek: Pogrom Żydów w Krakowie 11 sierpnia 1945 [Das Judenpogrom in Krakau am 11. August 1945], Warszawa 2000, S. 157.

22 Diese kritiklose Wahrnehmung des nationalistischen Widerstandes hält bis heute an und ist an dem aktuellen Umgang der Geschichtspolitik mit den sog. verstoßenen Soldaten besonders auffällig. Zu diesem Problem siehe Maria Kobielska: Die „Verstoßenen Soldaten“. Embleme eines Erinnerungsbooms, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-verstossenen-soldaten> [letzter Zugriff: 20.12.2017].

23 Zit. nach Zbigniew Kumoś: Geneza satelickiego systemu władzy w Polsce 1941–1948 [Genese des satellitären Regierungssystems in Polen 1941–1948], Warszawa 2001, S. 347.

Die Regierung erwartete ein uneingeschränktes dreifaches „Ja“, das als demokratische Legitimation für ein Einparteiensystem und als vollständiges Einverständnis des Volkes mit der bisherigen Politik ausgegeben werden konnte. Trotz divergierender politischer Ausrichtungen war sich aber die gesamte Opposition in dem Punkt einig, dass eine Zustimmung auf alle Fragen die Unterstützung der Verräter Polens, oder – wie es häufig hieß – der Juden bedeute. Exemplarisch illustriert das ein kurzes Flugblatt aus der Gegend von Białystok:

„Polen! Die Judäo-Kommune will unser Land überfluten und Polen in eine 17. Republik verwandeln. Um diese bolschewistische Überflutung zu stoppen, müsst ihr 2 x NEIN und 1 x JA stimmen. Wer das nicht tut, wird als ein Feind seiner Heimat gelten. Dann wird er in Zukunft so wie jeder Jude und Kommunist dafür zur Verantwortung gezogen.“²⁴

Neben den Flugblättern griff die antikommunistische Opposition auch auf visuelle Propaganda zurück. Die tatkräftige Gruppierung *Wolność i Niezawisłość* (Freiheit und Unabhängigkeit) ließ anlässlich des Referendums ein A4-Plakat drucken, das eine Mischung aus Bild und Kommentar darstellt. Unter dem Titel „Das Judentum bringt uns Polen die Vernichtung“ sieht man einen dem Teufel ähnlichen Juden, der eine Peitsche mit mehreren Riemen in der Hand hält. Jeder Riemen ist mit Begriffen wie „Freimaurerei“, „Demoralisierung“, „Gottlosigkeit“ oder „Kommunismus“ beschriftet. Auf dem Rücken des Peinigers erkennt man Hammer und Sichel, David- und Sowjetstern. Unter der relativ großen Abbildung ist folgender Text zu lesen:

„In der Volksabstimmung am 30. Juni äußert das polnische Volk, dass es das gegenwärtige jüdisch-bolschewistisch-kommunistische Regime, das uns gegen den Willen des polnischen Volkes von Stalin aufgezwungen wurde, nicht anerkennt und niemals anerkennen wird. Jeder wahre Pole, der seine Heimat liebt, wird auf die erste und zweite Frage mit ‚NEIN‘ und auf die dritte mit ‚JA‘ stimmen. Wer mit den Juden ist, der ist gegen Polen und seine Brüder.“²⁵

Beachtenswert an dieser Karikatur ist nicht so sehr ihr Inhalt. Es behandelt das Thema des Referendums kaum anders als andere antisemitische Propagandablätter. Entscheidend ist vielmehr der Ursprung des Motivs, denn der „Jude mit der Peitsche“ stammt nicht aus dem Jahr 1946, sondern aus der Vorkriegszeit. Anlässlich des Referendums hatte es die Gruppierung *Wolność i Niezawisłość* in einen neuen Kontext gestellt, wobei sich die Verantwortlichen für die Wiederbelebung nicht einmal die Mühe machten, die Botschaft der Karikatur weiter zu bearbeiten und dem neuen historischen Kontext anzupassen. Es scheint, als ob der in der Vorkriegszeit intensiv gepflegte Vorwurf der von Juden getragenen Freimaurerei und Gottlosigkeit nach dem Krieg und trotz der fast vollständigen Vernichtung des polnischen Judentums nichts an Aktualität verloren hätte.

24 Flugblatt: Polacy! [Polen!], Juni 1946 in: Archiwum Akt Nowych, Warszawa, Ministerstwo Informacji i Propagandy, 823, Bl. 121.

25 Plakat: Żydostwo niesie nam Polakom zagładę! [Das Judentum bringt uns Polen die Vernichtung!], Lublin 1946, in: Biblioteka Narodowa, Warszawa, Mf. 72580, Bl. 545.

Tatsächlich war die Unterstellung, an der kommunistischen Regierung hätten sich viele Juden beteiligt, bisweilen schwer zu entkräften, denn der Prozentsatz von Juden in Schlüsselpositionen im Staats- und Sicherheitsapparat lag im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung deutlich über dem der Nicht-Juden. Am 20. Oktober 1945 schickte der sowjetische NKVD-Mann im Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MBP) in Polen, Nikolaj Selivanovskij, einen Bericht an seinen Chef in Moskau, Lavrentij Berija, in dem er ihn informierte, dass 18,7% der Mitarbeiter im polnischen Sicherheitsministerium Juden seien und dort ca. 50% der Leitungspositionen besetzten. In einzelnen Abteilungen des MBP soll der prozentuale Anteil der Juden noch höher gewesen sein: beim Geheimdienst 27% und „alle Leitungspositionen“, in der Personalabteilung 23%, in der Kaderabteilung 33,3% und „alle leitenden Posten“, in der Sanitätsabteilung 41,1%, in der Finanzabteilung 29,4% und in der Abteilung für Pressekontrolle bis zu 50%. Darüber hinaus habe der Anteil der Juden im Bildungsministerium bei 12%, im Gesundheitsministerium bei 4,6% und im Ministerium der Justiz bei 5,6% gelegen.²⁶

Der Prozentsatz von Kommunisten jüdischer Herkunft in leitenden Positionen war in jedem Fall relativ hoch; die Behauptung, die Macht in Polen gehöre den Juden oder der Sicherheitsdienst sei fest in jüdischer Hand, blieb dessen ungeachtet falsch. Immerhin bauten die Juden, die sich für das kommunistische System engagierten, keinen jüdischen, sondern einen sozialistischen Staat auf; sie folgten nicht jüdischen, sondern kommunistischen Interessen und sie arbeiteten auf den verschiedenen Posten des Apparats als Kommunisten und nicht als Juden. Allein aus diesem Grund ist die innerhalb des antikommunistischen Widerstandes dominierende Behauptung von einer Täterschaft der „Judäo-Kommune“ eindeutig als Propaganda antisemitisch orientierter Verschwörer anzusehen.

Andererseits bleibt die Frage, warum diejenigen Juden, die die NS-Vernichtung überlebten, die neue Machtkonstellation in Nachkriegspolen nicht hätten begrüßen sollen. Schließlich eröffnete die prosovietische Regierungspolitik – wenigstens offiziell – jüdischen Überlebenden, die ihre Zukunft mit Polen verbinden wollten, die erstmalige Chance auf Gleichberechtigung. Zahlreiche projüdische Deklarationen und Appelle der Polnischen Kommunistischen Partei erweckten den Eindruck, als ob die neue Regierung allen polnischen Juden gute Bedingungen für die Assimilation anbieten wolle. Daran glaubten Kommunisten und Sozialisten unter den Juden ebenso wie die Zionisten oder westliche jüdische Kreise (besonders in Amerika), die ja weder die sowjetische noch die polnische Realität kannten.²⁷ Dank der Tätigkeit des der polnischen Regierung unterstellten Jüdischen Komitees konnten die Juden bis 1949 eine gewisse, wie August Grabski formulierte, „kurz andauernde nationale Autonomie“ genießen.²⁸ Verglichen mit anderen Minderheiten (z.B. der ukrainischen oder

26 Tatjana Cierewskaja (Hrsg.): *Teczka specjalna J.W. Stalina. Raporty NKWD z Polski 1944–1946* [Sonderakte von J.W. Stalin. NKVD-Berichte aus Polen 1944–1946], Warszawa 1998, S. 42. Der Historiker Andrzej Paczkowski stellt fest, dass eine umfassende Aufschlüsselung der Mitarbeiter der Sicherheitsdienste nach ihrer nationalen Herkunft in polnischen Archiven bislang unauffindbar sei und dass es offenbar große regionale und lokale Unterschiede gegeben habe. Andrzej Paczkowski: *Żydzi w UB. Próba weryfikacji stereotypu* [Juden in den Sicherheitsdiensten. Verifizierungsversuch eines Stereotyps], in: Tomasz Szarota (Hrsg.): *Komunizm: Ideologia, system, ludzie* [Kommunismus: Ideologie, System, Menschen], Warszawa 2001, S. 195–197.

27 Siehe dazu Kersten, *Polacy – Żydzi – komunizm* (wie Anm. 4), S. 85.

28 Zu den Hauptelementen dieser „nationalen Autonomie“ gehörten nach Ansicht Grabskis die ge-

belarussischen) erfreute sich die jüdische in dem nicht gerade demokratischen Polen der unmittelbaren Nachkriegszeit tatsächlich einer verhältnismäßig weitgehenden Souveränität.

Außer den offiziellen judenfreundlichen Stellungnahmen der neuen Machthaber gab es noch einen ganz realen Grund, warum viele Juden die kommunistische Regierung als Stütze ihrer Zukunft in Polen betrachteten: In den ersten Monaten der Nachkriegszeit, als antijüdische Stimmungen im Land weit verbreitet waren und Gewaltakte gegen Juden immer mehr zunahm, bot ausschließlich die neue Staatsmacht Schutz und persönliche Sicherheit vor Verfolgungen. Für das Jüdische Komitee und die meisten Juden existierte praktisch keine politische Alternative, an die sie sich hätten wenden können; sie alle waren auf die kommunistische Staatsmacht angewiesen. Hinzu kommt, dass viele Juden die Angriffe auf die jüdische Restbevölkerung als „Teil einer größeren Aktion gegen die Regierung als Ganzes“ sahen und bereit waren, das Ihre zu tun, um sie abzuwenden.²⁹ So war man unter Juden (hauptsächlich den Parteimitgliedern) wenigstens partiell bereit, eine möglichst vollständige jüdische Assimilation durchzusetzen. Um im Nachkriegspolen eine Existenz aufbauen zu können, mussten sie ihre Herkunft nach Art einer Überkompensation doppelt vergessen machen. Vielfach mutierten sie zu den „patriotischsten Patrioten“ und wurden als Kommunisten zu den „treuesten der Getreuen“ Moskaus und der kommunistischen Regierung.

Die rettende Macht des Verrats

Diese Assimilationsbereitschaft und die Überrepräsentation der Genossen jüdischer Herkunft auf den prominenten Posten im kommunistischen Machtapparat wussten auch die Parteikollegen zu nutzen. Im Antisemitismus, der in der offiziellen antifaschistischen Propaganda der Kommunisten als Verbrechen galt, erblickten nicht nur die Gegner der neuen Macht, für die die Juden ohnehin den Kommunismus verkörperten, ein „universelles“ Argument, das aus ganz unterschiedlichen Beweggründen und im Falle durchaus verschiedener Konflikte problemlos instrumentalisiert werden konnte. Das vertraute Feindbild von der verräterischen „Judäo-Kommune“ war in Anbetracht des Engagements von jüdischen Genossen im Parteiapparat leichter zu manipulieren als andere Feindbilder und konnte so in den Dienst von inner- und außerparteilichen Sonderinteressen gestellt werden. Seit Ende der 1940er Jahre versuchte die kommunistische Propaganda skrupellos, die antijüdischen Parolen zu nutzen, um die Konflikte zwischen Machtapparat und Bevölkerung wenigstens zeitweise rational zu entkräften und den Makel der „jüdischen Partei“ zu überwinden.

Seit der offiziellen Gründung des Staates Israel 1948 kam es zu einer antizionistischen Wende in der UdSSR und ihren Satellitenstaaten. Der erste Schauprozess, der das Muster für weitere Prozesse gegen den „Weltzionismus“ in Osteuropa bildete, fand 1952 in Prag

meinsame Vertretung in Form des Zentralen Komitees der Polnischen Juden (CKŻP), politische und organisatorische Pluralität, separate Schulbildung, eine separate Genossenschaftszentrale, militärische Selbstverteidigung, Emigrationsfreiheit und Hilfe der westlichen jüdischen Organisationen. August Grabski: *Żydowski ruch kombatancki w Polsce w latach 1944–1949* [Die jüdische Veteranenbewegung in Polen in den Jahren 1944–1949], Warszawa 2002, S. 20 f.

²⁹ Zit. nach: David Engel: Polen und Juden nach 1945. Historisches Bewusstsein und politischer Kontext als Faktoren polnisch-jüdischer Beziehungen in der Nachkriegszeit, in: *Babylon – Beiträge zur jüdischen Gegenwart* 15 (1995), S. 31.

gegen den KP-Generalsekretär Rudolf Slánský statt. Nicht nur, dass Slánský sowie zehn seiner 13 Mitangeklagten jüdischer Herkunft waren; Anklage, Prozessverlauf und Urteil – elf der Angeklagten wurden hingerichtet – waren eindeutig antisemitisch geprägt. Danach begann die Suche nach einem polnischen Slánský. Als Kandidaten galten die führenden Parteileiter Hilary Minc und Jakub Berman. Den Auftakt für die antizionistische Kampagne gab der sowjetische Marschall Konstantin Rokossovskij, der seit 1949 als polnischer Verteidigungsminister amtierte, als er sich 1951 auf einem Plenum des ZK öffentlich an Berman mit den Worten wandte: „Die Zeiten, als alle Juden für sichere Leute gehalten wurden, sind vorbei.“³⁰ Berman zufolge sollte Stalin ihn für die Rolle des polnischen Slánský ausgewählt haben, weil er gegen Kriegsende Kontakte zum „Jüdischen Antifaschistischen Komitee“ (JAFK) in der Sowjetunion gehalten und sich früher gegen einen „Säuberungsprozess“ innerhalb der Partei ausgesprochen hatte. Dem entschlossenen Widerstand Bolesław Bieruts, seit 1948 Vorsitzender der kommunistischen Partei, und dem plötzlichen Tod des Generalissimus im März 1953 sei es zu verdanken gewesen, dass kein „Berman-Prozess“ stattgefunden habe.³¹

Die innerparteilichen „Säuberungen“ liefen dennoch auf Hochtouren weiter. Betroffen war die zweite und dritte Garnitur kommunistischer Funktionäre, vorwiegend im Außenministerium und in den Streitkräften. Seit 1949 wurde eine ganze Reihe jüdischer Offiziere sowie jüdischer Mitarbeiter des Außenministeriums – darunter Marcel Reich-Ranicki und Zygmunt Bauman – des „Imperialismus“, des „Zionismus“ und des „jüdischen Nationalismus“ bezichtigt und aus ihren Funktionen entlassen. General Waclaw Komar, Stabschef der militärischen Abwehr, stieg zur Schlüsselfigur der vermeintlichen Verschwörung auf. Zur Farce geriet die Untersuchung, als Komar nach monatelangen Folterungen begann, pauschal die gesamte ZK-Führung zu „belasten“.³²

Trotz der langjährigen intensiven Vorbereitungen kam es in Polen schließlich doch zu keinem Schauprozess nach Prager oder Budapester Vorbild. Zwar hatte sich die aus der UdSSR importierte Angriffslinie, die vom Vorwurf des Imperialismus über die Anschuldigungen „Trotzkismus“, „Kosmopolitismus“ und „Zionismus“ bis hin zum Vorwurf der jüdischen Abstammung reichte, in Polen als nicht derart erfolgreich erwiesen wie etwa in der Tschechoslowakei, dennoch hatte die Strategie zweifelsfrei mitgeholfen, hier – wie in anderen Ostblockstaaten – eine von den jeweiligen Parteiführungen kaltblütig einsetzbare und eingesetzte Ideologie innerparteilicher Machtkämpfe zu etablieren. Gemeint ist ein aus dem Marxismus-Leninismus der „Säuberungsphase“, seiner nationalen Legitimation sowie dem Antikosmopolitismus zusammengesetztes Weltbild, das in seiner Struktur, seinem Inhalt und in seiner Leistungsfähigkeit weitgehende Ähnlichkeiten zum Antisemitismus aufwies, ohne dass das Wort „Jude“ darin überhaupt vorkam.³³

Die Integration des Antisemitismus, der in der antifaschistischen Rhetorik der Kommunisten als Verbrechen galt, in den Marxismus-Leninismus konnte gelingen, da eine ethnisch-

30 Zit. nach Barbara Szaynok: *Walka z syjonizmem w Polsce (1948–1953)* [Der Kampf gegen den Zionismus in Polen (1948–1953)], in: Szarota (Hrsg.), *Komunizm* (wie Anm. 27), S. 264.

31 Vgl. Arno Lustiger: *Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden*, Berlin 2000, S. 297.

32 Ebenda.

33 Vgl. Thomas Haury: *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002, S. 386.

rassische Definition „des Juden“ vermieden wurde. Sie wurde durch Zuschreibungen wie „Zionist“, „Kosmopolit“, „Agent des amerikanischen Imperialismus“ oder kurz „Verräter“ ersetzt. Offiziell vom Ruch des Antisemitismusvorwurfs befreit, konnte die Partei es sich leisten, zur Entlarvung „jüdischer Verräter“ in den eigenen Reihen zu suchen und die „Zionisten“ als „Todfeinde des volksdemokratischen Systems“ zu verurteilen.³⁴ Als Ersatzbegriffe und Tarnmetaphern legitimierten diese Vorwürfe den innenparteilichen Antisemitismus und ermöglichten es, die Juden in „gute“ und „böse“ zu teilen. Auf diese Weise verfolgte die Partei nicht etwa Juden, ihre Wachsamkeit galt „nur“ zersetzenden „zionistischen Agenten des Imperialismus“. Der implizite Antizionismus, der offiziell als „westlicher Imperialismus“ galt, wurde von vielen Parteimitgliedern, ebenso wie von vielen Juden, nicht sofort als verhüllter Antisemitismus erkannt. Daher blieb den Parteiführungen eine völlig opportune Möglichkeit, selbst zu bestimmen, wer die „guten“ Juden seien.³⁵ Die „bösen“ Juden wurden in allen Ostblockstaaten zu „Schönheitsfehlern“ des Marxismus-Leninismus, zu Verrätern abgestempelt, die gegen die Partei agierten. Sie galten als Prototyp des Antikommunisten innerhalb der Partei, wobei nun ihre jüdische Herkunft für die vermeintlich antikommunistische und verräterische Gesinnung stand.

Die antizionistische Kampagne kulminierte 1967/68, als die Macht der Partei auf dem Spiel stand. Um die Position zu stabilisieren, mussten erneut Schuldige gefunden und geopfert werden. Zum dritten Mal erlebten die Juden nach dem Krieg eine politische Instrumentalisierung des Antisemitismus im Kontext zunächst innerparteilicher, sehr bald aber die gesamte Gesellschaft erfassender Auseinandersetzungen. Ausgelöst wurde die Kampagne von zweifellos von den Entwicklungen in der Tschechoslowakei beeinflussten Studenten, die für die angeordnete Absetzung des antirussischen romantischen Dramas „Die Ahnenfeier“ (*Dziady*) von Adam Mickiewicz protestierten. Nachdem sich die Unruhen im März 1968 auf die höheren Schulen im ganzen Land ausgeweitet hatten, kam es in den Medien zu einer bösartigen antisemitischen Kampagne, weil eine Reihe der als Anführer namhaft gemachten Studenten jüdischer Herkunft war. Einige kamen zudem aus Familien, deren Eltern hohe Positionen im Partei- und Staatsapparat bekleideten. Die Botschaft der unter dem Vorwand des Zionismus- und des Revisionismusvorwurfs inszenierten „Säuberungswelle“ war klar: Als Polen lebende Juden wären in Wirklichkeit gar keine richtigen Polen, keine richtigen Kommunisten und auf jeden Fall gar keine richtigen Patrioten.³⁶ Zur Zeit des Stalinismus hätten sie eine große Anzahl von Positionen in bestimmenden intellektuellen Bereichen und zentralen Institutionen eingenommen. Dies erlaubte es der Partei nicht, ihre Fehler in nationalen Belangen zu korrigieren. Statt die nationalen Interessen konsequent wahrzunehmen, hätten die hochrangigen Juden die Partei verraten, indem sie Kosmopolitismus, Internationalismus und Zionismus förderten. Sie wären mithin für Versäumnisse und Schwächen der Vergangenheit verantwortlich und versuchten jetzt, mit Hilfe ihrer Unruhe stiftenden Kinder Polen weiter zu destabilisieren.³⁷ Wieder wurde die Demaskierung von

34 Zit. nach: Alina Cała, Helena Datner-Śpiewak (Hrsg.): *Dzieje Żydów w Polsce 1944–1968. Teksty źródłowe* [Die Geschichte der Juden in Polen 1944–1968. Quellentexte], Warszawa 1997, S. 137.

35 Vgl. Hauray, Antisemitismus von links (wie Anm. 34), S. 444.

36 Vgl. Andrzej Werblan: *Przyczynek do genezy konfliktu* [Ein Beitrag zur Genese des Konflikts], in: *Miesięcznik Literacki* 6 (1968), S. 61-71.

37 Vgl. Grzegorz Sołtysiak und Józef Stępień (Hrsg.): *Marzec '68 – między tragedią a podłością*

„verräterischen Juden“ (nunmehr als „Zionisten“ und „Revisionisten“) zum Anliegen der „aufrichtigen Polen“ erklärt.³⁸

Das antisemitische Ablenkungsmanöver von 1968 erzielte in der polnischen Gesellschaft allerdings kaum die erhoffte Zustimmung. Da viele Polen geneigt waren, nicht alles anzunehmen, was „von oben“ verordnet erschien, konnte der parteiliche Antisemitismus zum bloßen Instrument des Regimes erstarren. Darüber hinaus war der „verstaatlichte“ Antisemitismus in keinem seiner Bestandteile antisowjetisch orientiert, was seine Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung schmälerte.³⁹ Vor diesem Hintergrund blieben der vorhandene, antikommunistisch geprägte und gesellschaftlich getragene Antisemitismus von unten und damit das Feindbild der verräterischen „Judäo-Kommune“ gegen die judenfeindliche Kampagne der Regierung teilweise immun und konnten sich unberührt nach gewöhnlichem Muster weiter entfalten. Mit einer gewissen Berechtigung könnte man also behaupten, dass sich im Nachkriegspolen neben zwei Nationalismen ebenfalls zwei Arten von Antisemitismus feststellen lassen: der politische von oben und der gesellschaftliche von unten. Sie glichen einander im permanenten Wiedererkennen der Gefahr und im Verzicht auf jeglichen Realitätsbezug. Dieser war sogar gefordert, denn anders hätte sich die vermeintliche Allgegenwart des jüdischen Verräters nicht lange glaubhaft begründen lassen. Bekanntermaßen wird „der jüdische Mittelsmann erst ganz zum Bild des Teufels, nachdem es ihn ökonomisch eigentlich nicht mehr gibt“.⁴⁰ Nur aus der Absenz ließ sich die imaginäre Kraft einer geheimen jüdischen Verschwörung ableiten. In der Form stand dem Fortleben des historischen Feindbildes „Judäo-Kommune“ und damit auch des Vorwurfs des jüdischen Verrats nichts mehr im Wege, schon gar nicht die mittlerweile sehr geringe Zahl der polnischen Juden.

Summary

Since the beginning of the 20th century Polish historical consciousness has been clearly characterised by the negative image of the treacherous „Judeo Commune“, an anti-Semitic bogeyman image which is based on connections between Jews and Communism and emerges as the antithesis of the Polish nation. The „Judeo Commune“ topos unites anti-Semitism

[März '68 – zwischen Tragödie und Niederträchtigkeit], Warszawa 1998, S. 348-350; Dariusz Stola: Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967–1968 [Die antizionistische Kampagne in Polen 1967–1968], Warszawa 2000, S. 274.

38 Isoliert von ihren nichtjüdischen Mitbürgern und systematisch ihrer Existenzmöglichkeit beraubt, entschieden sich erneut viele verfolgte Juden zu emigrieren. Von ca. 32 000 Juden, die 1967 in Polen lebten, sind in den Jahren 1967–1971 nach Einschätzung des Innenministeriums 13 333 ausgewandert. Unter den 11 185 Auswanderern, die bis 1969 Polen verließen, waren 30% Absolventen von Universitäten und Hochschulen und 492 Hochschulangehörige (29 Professoren). Albert Stankowski: Nowe spojrzenie na statystyki dotyczące emigracji Żydów z Polski po 1944 roku [Ein neuer Blick auf die Statistiken, die die Emigration der Juden aus Polen nach 1944 betreffen], in: Grzegorz Berendt (Hrsg.): Studia z historii Żydów w Polsce po 1945 roku [Studien zur Geschichte der Juden in Polen nach 1945], Warszawa 2000, S. 139-143.

39 Vgl. Aleksander Smolar: Unschuld und Tabu, in: Babylon – Beiträge zur jüdischen Gegenwart 2 (1987), S. 64.

40 W. Theodor Adorno, Max Horkheimer: Dialektik der Aufklärung, in: Theodor W. Adorno GS, Bd. 3, Darmstadt 1997, S. 232.

and anti-Russian sentiment (which had been intensified by the periods of Polish partition) with anti-Soviet sentiment and anti-Communism. From at least the beginning of the 20th century, and against the background of this specific historical constellation, a structural resentment became manifest in modern Polish nationalism. During the Second World War in particular, the Poles resorted to this defamation of the Jews as a justification for their national self-image as the unparalleled victims of events. Recruitment of national forces in the struggle against the Jews as those allegedly responsible for Communism and thus as betrayers of Polishness took on a new dimension after 1945, primarily in the light of the establishment of the Communist system. The fact that Jewish Communists were involved in setting up the regime led many Poles to the conclusion that the Jews were traitors and hence the chief culprits responsible not only for the Poles' personal suffering but also for their national misery. The „treacherous Jew“ was contrasted with the insurgent and morally incorruptible nation. By projecting national stereotypes and semantic antagonisms onto one figure, the Jewish Communist, a kind of „overall picture“ emerged, a firmly anchored view of Polish society, and one which continues to play a role today.

Litauens „Eiserner Wolf“ als faschistischer Wehrverband

von Johannes Thaler

1. Einleitung

Im Hinblick auf den für den vorliegenden Band relevanten Begriff „Überzeugungstäter“ wird im Folgenden ein wissenschaftlich bisher wenig beachteter und sowohl in ideologischer als auch in struktureller Hinsicht originär faschistischer Wehrverband beleuchtet: die *Lietuvos Tautinė Apsauga* ‚*Geležinis vilkas*‘, die „Litauische Nationalgarde ‚Eiserner Wolf““. Der Beitrag verfolgt mehrere Ziele: Zum einen werden faschistisches Vorbild und faschistische Eigenart des litauischen Wehrverbands untersucht und nachgewiesen (Abschnitt 3 und 4), zum anderen erfolgt eine strukturelle Beschreibung der Nationalgarde (Abschnitt 5 und 6) und schließlich wird ihr Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Eliten und zum autoritären Smetona-Regime untersucht (Abschnitte 7 bis 10).

Der „Eiserne Wolf“ wird auf Basis der Faschismuskonzeptionen von Sven Reichardt und Roger Griffin analysiert und interpretiert. Während Reichardt in seinem „praxeologischen“ Faschismusbegriff die Aktion, die gewaltsame Aktion, und somit die „faschistischen Kampfbünde“ als Wesenskern und Ursprung eines authentischen Faschismus herausstreicht,¹ versucht Griffin den Faschismus über seinen ideologischen Kern, das „faschistische Minimum“, zu fassen: Der Faschismus sei eine palingenetische Form eines populistischen Ultrationalismus.²

Der Wehrverband „Eiserner Wolf“ ist ein wissenschaftlich weitgehend noch zu bearbeitendes Forschungsthema. In jüngster Zeit erschien ein wertvoller Beitrag von Peter Haslinger und Vytautas Petronis, der den „Eisernen Wolf“ in den allgemeinen Kontext von Gewaltgemeinschaften „von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert“ stellt, sowie konkret den Bezug zu antidemokratischen Tendenzen in den vom Politikstil der Gewalt geprägten Jahrzehnten der Zwischenkriegszeit herstellt.³ Die Autoren sprechen von der Bedeutung der Gewalterfahrung des Weltkrieges für die Entstehung von Gewaltgemeinschaften auch in Litauen, betonen jedoch, dass man bei der Behauptung von Kontinuitäten vorsichtig sein müsse. Es sei „höchst fraglich [...] eine Gruppenidentität zwischen Weltkriegsteilnehmern und Kombattanten, die in den Kampfverbänden der Nachkriegsjahre aktiv waren, zwingend vorauszusetzen.“ Die Entstehung jener Gewaltgemeinschaften, oder in konkreter Ausprägung die Entstehung der von Sven Reichardt näher untersuchten „faschistischen Kampf-

1 Sven Reichardt: *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadris-mus und in der deutschen SA*, Köln u.a. 2002, S. 25 f.

2 Roger Griffin: *The Nature of Fascism*, London 1991, S. 26, 44; ders.: *Fascism's New Faces (and Facelessness) in the 'Post-Fascist' Epoch*, in: Roger Griffin, Werner Loh u.a. (Hrsg.): *Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right*, Stuttgart 2006, S. 29-67, hier S. 41.

3 Peter Haslinger, Vytautas Petronis: *Erster Weltkrieg, Systemkonsolidierung und kollektive Gewalt in Ostmitteleuropa. Litauen und der „Eiserne Wolf“*, in: Winfried Speitkamp (Hrsg.): *Gewaltge-meinschaften. Von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert*, Göttingen 2013, S. 343-370.

bünde“;⁴ sei „durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges zwar ermöglicht [worden, habe; J. T.] jedoch vor dem Hintergrund der geopolitischen Neuordnung Europas vom Balkan bis Finnland, durch den umfassenden politischen Systemwechsel, über die durch Demokratisierung geweckten Erwartungen und durch die ökonomische Destabilisierung ihre eigentliche Dynamik“ erhalten.⁵ In einem weiteren Beitrag untersuchen Haslinger und Petronis die litauische Nationalgarde komparativ mit zwei anderen (deutschen und polnischen) Gewaltgemeinschaften.⁶ Die Dissertation des Autors des vorliegenden Artikels stützt sich teilweise auf Untersuchungen zum „Eisernen Wolf“ und bringt sie in Vergleich mit der „Litauischen Schützenvereinigung“ (*Lietuvos Šaulių Sąjunga*) sowie mit österreichischen Wehrverbänden der Zwischenkriegszeit.⁷ Unmittelbar nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ unternahm der litauische Historiker Gediminas Rudis eine knappe wissenschaftliche Darstellung des „Eisernen Wolfs“ in Form einer Einleitung zu einer Schriftenedition von Premierminister und Oberstem Führer der Nationalgarde Augustinas Voldemaras.⁸

Zusätzlich zu den wenigen vorhandenen wissenschaftlichen Arbeiten stützt sich der Verfasser des vorliegenden Beitrages für die Zeit des legalen Bestehens des „Eisernen Wolfs“ 1927–1929 im Folgenden auf den noch verbleibenden Aktenbestand der Organisation im Litauischen Zentralen Staatsarchiv. Dort finden sich in erster Linie Befehle des Generalstabs und der unteren Führungsstellen. Für die Jahre nach dem Verbot und der Auflösung der Organisation im Oktober 1929 wurden hier in erster Linie Polizeiberichte über illegale Aktivitäten der Anhänger von Voldemaras, der sogenannten *voldemarininkai*, unter denen auch viele ehemalige Mitglieder des „Eisernen Wolfs“ zu finden waren, herangezogen.

Als Forschungsperspektive, sei der Ansatz genannt, faschistische Kampfbünde als besondere Form von „Gewaltgemeinschaften“ im Sinne einer „politischen Religion“ zu deuten.⁹ Es war wesentlich für faschistische Kampfbünde wie den „Eisernen Wolf“, sich auf religiöse oder pseudo-religiöse Formeln zu stützen, wie im weiteren Verlauf noch zu zeigen sein wird. Das religiöse bzw. pseudo-religiöse Element, der palingenetische Ultrationalismus im Sinne Griffins, ist es auch, was den faschistischen Bewegungen den ihnen eigentümli-

4 Reichardt, Kampfbünde (wie Anm. 1).

5 Haslinger, Petronis, „Eiserner Wolf“ (wie Anm. 3), S. 349 f.

6 Vgl. Peter Haslinger, Mathias Voigtmann u.a.: *Frontiers of Violence. Paramilitärs als Gewaltgemeinschaften im Ostmitteleuropa der 1920er Jahre*, in: Winfried Speitkamp (Hrsg.): *Gewaltgemeinschaften in der Geschichte. Entstehung, Kohäsionskraft und Zerfall*, Göttingen 2017, S. 233-254.

7 Johannes Thaler: *Faschismus, katholische Kirche und kleinstaatliche Diktaturen. Ein Vergleich von Litauen und Österreich in der Zwischenkriegszeit*, Univ. Diss., Wien 2016. Die Dissertation wurde im Rahmen des Initiativkollegs „Europäische historische Diktatur- und Transformationsforschung“ an der Universität Wien verfasst. Der vorliegende Beitrag beruht auf Teilen der Forschungsergebnisse der Dissertation.

8 Vgl. Gediminas Rudis: *Augustinas Voldemaras ir voldemarininkai [Augustinas Voldemaras und die voldemarininkai]*, in: Ders., Juozas Baušys u.a. (Hrsg.): *Augustinas Voldemaras. Pastabos saulėlydžio valandą [Feststellungen in der Stunde des Sonnenuntergangs]*, Vilnius 1992, S. 5-29.

9 Aus diesem Diskurs sind z.B. zu erwähnen: Gerhard Besier: *Politische Religion und Religionspolitik zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit*, Göttingen 2005; Jürgen Schreiber: *Politische Religion. Geschichtswissenschaftliche Perspektiven und Kritik eines interdisziplinären Konzepts zur Erforschung des Nationalsozialismus*, Marburg 2009; Christian Johannes Neddens: „Politische Religion“. Zur Herkunft eines Interpretationsmodells totalitärer Ideologien, in: *Zeitschrift für Theologie und Kirche* 109 (2012), Nr. 3, S. 307-336.

chen revolutionären Gestus und ihre ausgeprägte politische „Sprengkraft“ verlieh. Seitens der katholischen Kirche (die faschistischen Bewegungen, begreift man sie als politische Religionen, standen durchaus in Konkurrenz zu den traditionellen Konfessionen) wurde schon sehr früh auf die Durchdringung der europäischen Gesellschaft mit dem Politikstil der Gewalt bzw. auf die Gefahr der „Gewaltsamkeit als Prinzip des Handelns“,¹⁰ hingewiesen, die in vielen gesellschaftlichen Bereichen der Zwischenkriegszeit vorherrschend war. Dieser weiterhin vorherrschende „Kriegsgeist“ berge,¹¹ so hieß es dort weiter, gemeinsam mit den mangelhaften Versailler Friedensverträgen und der schwierigen wirtschaftlichen Lage die Gefahr eines weiteren Krieges in sich.¹² Ebenso warnte die Kirche in diesem Sinne vor einem „maßlosen Nationalismus“.¹³

2. Entstehung der „Litauischen Nationalgarde ‚Eiserner Wolf‘“

Etwa ein Jahr nach dem Militärputsch vom 16. Dezember 1926 wurde im Dezember 1927 nach Etablierung der Diktatur die geheime paramilitärische „Litauische Nationalgarde ‚Eiserner Wolf‘“ ins Leben gerufen. Sie galt als Leibgarde von Premierminister Voldemaras und war zuallererst gegen innere Feinde des Regimes gerichtet. Ihr Gründer Algirdas Sliesoraitis war ein wohlhabender Geschäftsmann, der das Vermarktungs-, Transport- und Lieferunternehmen *Skuba* („Eile“) leitete. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg hatte er als Freiwilliger in der litauischen Armee gedient.¹⁴ Der „Eiserne Wolf“ wurde von einem Generalstab geleitet, dessen Vorsteher Sliesoraitis selbst war. Als prominente Zivilisten waren dort vertreten: Vytenis Statkus, Direktor der Litauischen Bank (*Lietuvos bankas*), und Kazys Matulevičius, Vorsteher der Provinz Kaunas. Die übrigen Mitglieder des Generalstabs waren fünf Offiziere der Armee, insbesondere der Oberst der Luftwaffe Antanas Mačiuika trat hierbei stark in den Vordergrund, sowie der Leiter der Kaunaser Polizei Vaclovas Goštautas.¹⁵ Generalstabschef Sliesoraitis zufolge war die Garde ursprünglich sowohl Präsident Smetona als auch Premierminister Voldemaras unterstellt. Erst 1928 wurde Voldemaras der alleinige Oberste Führer (*vyriausias vadas*) der Garde und machte sie zum Werkzeug der Einschüchterung seiner politischen Gegner.¹⁶ Die Garde sammelte Hinweise auf nicht regierungskonforme Staatsbedienstete, Lehrer und Priester und erstellte Listen mit möglichen Ersatzkandidaten aus ihren eigenen Reihen. Es wurde eine gängige Methode der Garde, ihren Opfern nachts aufzulauern, sie zu verprügeln oder zu verschleppen. Bereits unmittelbar nach ihrem Entstehen Ende 1927 lauerten „Wölfe“ namhaften Führern

10 Pius XI.: *Ubi arcano dei consilio*, Enzyklika, 23.12.1922, Kap. 20.

11 Ebenda.

12 Vgl. ebenda, Kap. 10, 14, 20.

13 Ebenda, Kap. 25.

14 Vgl. Romuald J. Misiunas: *Fascist Tendencies in Lithuania*, in: *The Slavonic and East European Review* 48 (1970), No. 110, S. 88-109, hier S. 104.

15 Vgl. Rudis, *Voldemarininkai* (wie Anm. 8), S. 8.

16 Vgl. Aleksandras Merkelis: *Antanas Smetona. Jo visuomeninė, kultūrinė ir politinė veikla* [Antanas Smetona. Sein gesellschaftliches, kulturelles und politisches Werk], New York, NY 1964, S. 369. Rudis, *Voldemarininkai* (wie Anm. 8), S. 7. Liudas Truska: *Antanas Smetona ir jo laikai* [Antanas Smetona und seine Zeit], Vilnius 1996, S. 180 f., 190. Misiunas, *Tendencies* (wie Anm. 14), S. 99.

der Christdemokraten auf, darunter dem Geistlichen Mykolas Krupavičius, und machten ihnen unter Drohungen klar, dass sie sich aus der Politik zurückziehen sollten.¹⁷ Wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird, verfolgte der „Eiserne Wolf“ darüber hinaus das Ziel, verschiedenste gesellschaftliche und politische Organisationen zu infiltrieren und politisch mit dem Voldemaras/Smetona-Regime¹⁸ gleichzuschalten. Die Strategie der Einflussnahme durch Infiltration wurde sehr wahrscheinlich durch den Status als Geheimorganisation noch verstärkt.

Der bereits erwähnte litauische Historiker Rudis, der die eingehendsten archivarischen Forschungen zum „Eisernen Wolf“ betrieben hat, bezeichnet diesen Wehrverband als „den Formationen der Schwarzhemden in Italien und der Sturmabteilung in Deutschland sehr ähnlich“.¹⁹ Verglichen mit paramilitärischen Verbänden anderer Länder blieb der „Eiserne Wolf“ ein verhältnismäßig kleiner Verband, der sich aber aus den gesellschaftlichen Eliten rekrutierte und in den knappen zwei Jahren seines Bestehens bedeutenden politischen Einfluss erlangte. So sind im Januar 1929 rund 3 500 Mitglieder und 1 000 Anwärter verzeichnet, zum größten Teil Staatsbedienstete, Lehrer, Polizisten und Studenten.²⁰

3. Italienischer Faschismus und „Eiserner Wolf“

Es lässt sich mehrfach belegen, dass der „Eiserne Wolf“ bei seiner Gründung vom italienischen Faschismus inspiriert worden ist. Sehr anschaulich ist in diesem Sinne die Tagesordnung für die landesweite Versammlung aller Gruppenführer am 22. Januar 1928 in Kaunas.²¹ Nach der Eröffnung der Versammlung legten die Mitglieder des Generalstabs und die Gruppenführer zunächst den in den Statuten vorgeschriebenen Eid ab. Da dieser Eid für die Aufnahme in die Nationalgarde vorgesehen war, handelte es sich bei jener Versammlung aller Wahrscheinlichkeit nach um die erste derartige Zusammenkunft. In weiterer Folge standen Lageberichte der einzelnen Bezirks-Gruppenführer über die Zusammensetzung ihres Stabs und ihrer Truppen, deren Perspektiven, Aufgaben, Störfaktoren, Vernetzung, Bewaffnung sowie politische Aktivitäten vor Ort und die Stimmung in der Bevölkerung auf dem Programm. Daran schlossen drei Vorträge in bezeichnender Reihenfolge an: Zuerst zum Thema „Italien und der Faschismus“, danach „Die Organisation der Garde“ und schließlich „Die Arbeit der Garde und Propaganda für ihre Idee“. Es ist davon auszugehen, dass der italienische Faschismus einleitend und beispielgebend für die Organisation und Arbeit des „Eisernen Wolfs“ präsentiert wurde.

17 Vgl. Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 180 f.

18 Für die Frühphase des Regimes, vom Militärputsch am 17.12.1926 bis zur Entlassung des Kabinetts Voldemaras durch Smetona am 19.9.1929, wird hier vom „Voldemaras/Smetona-Regime“ gesprochen, um der autoritär regierenden Doppelspitze bestehend aus Premierminister und Präsident der Republik Rechnung zu tragen. Mit der Entlassung Voldemaras' aus der Regierungsverantwortung war der Machtkampf zwischen ihm und Smetona zugunsten des Präsidenten entschieden. Für die Periode ab diesem Zeitpunkt wird daher der Begriff „Smetona-Regime“ gebraucht.

19 Rudis, Voldemarininkai (wie Anm. 8), S. 6.

20 Vgl. ebenda, S. 8.

21 Vgl. Schreiben Nr. 1 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 7.1.1928: Lietuvos centrinis valstybinis archyvas (LCVA), f. 563, ap. 1, b. 1, 4.

Sein erstes Statut nahm der „Eiserne Wolf“ kurz nach seiner Gründung im Januar 1928 an. Der darin formulierte Grundsatz ist in weiterer Folge als Motto auf zahlreichen Schriften des Wehrverbandes zu finden: „Ehre des Volkes – Wohl des Staates“ (*Tautos garbė – valstybės gerovė*). In knappen Worten wird daran anschließend das politische Programm formuliert: „Die Garde stützt jetzt und in Zukunft jede nationale Regierung, die die Einheit und Ehre des Volkes und das Wohl des Staates anstrebt, die den Glauben ehrt und das Recht auf Eigentum beschützt“.²² Zur Organisation des „Eisernen Wolfs“ heißt es in demselben Statut unter Punkt 1: „Die Garde ist auf militärischer Grundlage geordnet, die sich auf eiserne Disziplin und auf die Autorität der Vorgesetzten stützt“.²³ Die militärische Organisation des „Eisernen Wolfs“ wurde in einem gesonderten Befehl des Generalstabs noch stärker betont: „Jeder offizielle Briefwechsel zwischen Teilen der Garde muss nach der im Militär festgelegten Ordnung geführt werden, in der Form des Berichts und auf dem Befehlsweg. Der Inhalt des Berichts hat einfach und klar zu sein“.²⁴ Die Anführer der „Truppen“ auf kommunaler Ebene (*kuopa*, Mehrzahl: *kuopos*) wurden vom Vorgesetzten der jeweiligen Bezirks-„Gruppe“ (*grupė*) bestimmt, der wiederum vom Obersten Führer (*vyriausias vadas*) ernannt wurde. Dieser (aus Gründen der Geheimhaltung nie beim Namen genannte Premierminister Voldemaras) hatte das letzte Wort bei allen Ernennungen.²⁵ Es galt das strikte Führerprinzip: „Der Oberste Führer der Garde hat unumschränktes Recht: Die Vorgesetzten und auch die Mitglieder in der Reihe führen seine Befehle aus. In seinen Befehlen lässt sich der Oberste Führer nur von der Losung der Garde und von seinem Gewissen leiten“.²⁶ Den Vorgesetzten der Gruppen und der Truppen wiederum wurde in ihrem Bereich unumschränktes Recht im Rahmen der Führerbefehle zugestanden. Im Falle von „Gefahr für die bestehende Ordnung“ sollte jeder Vorgesetzte und Führer eigenständig agieren und unumschränkte Befehlsgewalt ausüben können.²⁷ Diese Bestimmung trat offiziell per Generalstabsbefehl etwa aufgrund des Ausnahmezustands anlässlich eines Attentats auf Voldemaras am 6. Mai 1929 in Kraft.²⁸ Für Mitglieder gab es die Einschränkung, dass sie Litauer sein mussten. Berücksichtigt man die stark litauisch-nationalistische Ausrichtung der Garde, so ist davon auszugehen, dass hier nicht alle litauischen Staatsbürger gemeint waren. Eher handelt es sich dabei um einen Ausschluss der nationalen Minderheiten Litauens, die seitens der Garde als Bedrohung für den jungen litauischen Nationalstaat wahrgenommen wurden. Die Garde sollte sich ausschließlich aus ethnischen Litauern zusammensetzen.

Im Februar oder März desselben Jahres wurde – möglicherweise im Anschluss an das Gruppenführertreffen in Kaunas – eine litauische Übersetzung des Statuts der italienischen PNF (*Partito Nazionale Fascista*) erstellt.²⁹ Es handelt sich dabei um die damals aktuelle

22 „Lietuvos Tautinės Apsaugos ‚Geležinis vilkas‘ statutas“ [„Statut der Litauischen Nationalgarde ‚Eiserner Wolf‘“], undatiert [Januar 1928], f. 563, ap. 1, b. 1, 1.

23 Ebenda.

24 „Įsakymas 2 Nr.“ [„Befehl Nr. 2“ des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“], 15.2.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 13.

25 Vgl. f. 563, ap. 1, b. 1, 1.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

28 Vgl. „Įsakymas 3 Nr.“ [„Befehl Nr. 3“ des Generalstabs des Eisernen Wolfs], 13.5.1929, f. 563, ap. 1, b. 1, 136.

29 Vgl. „Fašistų partijos statutas“ [„Statut der Faschistischen Partei“], undatiert [Februar oder März

Version des italienischen Parteistatuts aus dem Jahr 1926.³⁰ Die Übersetzung dieses Statuts ist das einzige Dokument im Archiv des Generalstabs des Eisernen Wolfs, das nicht unmittelbar die Angelegenheiten der Garde betrifft. Ihr ursprüngliches, oben zitiertes Statut vom Januar 1928 wurde in weiterer Folge (wahrscheinlich im Juni desselben Jahres) überarbeitet und erweitert.³¹ Rudis streicht heraus, dass die „nationalen Tendenzen“³² dabei noch verstärkt worden seien. Eine Gegenüberstellung des überarbeiteten litauischen Statuts mit dem damals aktuellen Statut der PNF zeigt, dass wesentliche Passagen vom italienischen Vorbild direkt in das Statut des „Eisernen Wolfs“ übernommen wurden. Nach italienischem Vorbild wurde den organisatorischen Bestimmungen eine ausführliche Präambel vorangestellt, in der „Zweck, Ziel und Geist“ des „Eisernen Wolfs“ ausgeführt wurden. Sinngemäß wurde vom italienischen Vorbild der Anspruch übernommen, eine „Wache über die Größe und die Ehre der Nation“³³ zu sein. In einem weiteren Absatz heißt es:

„Der ‚Eiserne Wolf‘ ist *keine* Partei oder *Vereinigung mit einem gründlich ausgearbeiteten und umzusetzenden Programm*, sondern eine aktive Wache, eine Armee des Inneren, deren *Glaube* und Idee alle wiedergeborenen ehrenhaften Litauer [visus atgimusius dorus lietuvius], die Kämpfer der neuen Ordnung in Truppen vereint für den *Kampf gegen die antinationale* und fremde, staatsfeindliche Gewalt. Der ‚Eiserne Wolf‘ *sieht den Sieg in der ständigen Erneuerung seiner Idee, weshalb ihm dogmatische Formeln und unveränderliche Schemen fremd sind.*“³⁴

Die hier kursiv gedruckten Textteile wurden wörtlich aus dem Statut der PNF von 1926 übernommen.³⁵ Diese Selbstdefinition ist wesentlich, wenn wir im Sinne Reichardts eine praxeologische Faschismusdefinition anwenden,³⁶ die den Vorrang der (gewaltsamen) Aktion als identitätsstiftendes Element faschistischer Kampfbünde betont. Reichardt spricht dem Faschismus eine konsistente Ideologie ab.

Die Selbstdefinition des „Eisernen Wolfs“ unterschied sich in Einzelheiten von jener der italienischen Faschisten. Beide lehnten es ab, eine herkömmliche Vereinigung oder Partei zu sein, die weiterführenden Gedanken waren allerdings unterschiedlich. Die PNF folgerte: „Der Faschismus [...] ist in erster Linie ein Glaube“.³⁷ Der „Eiserne Wolf“ definierte sich hingegen etwas konkreter als „eine aktive Wache, eine Armee des Inneren, deren Glaube

- 1928], f. 563, ap. 1, b. 1, 18-21. Auch Haslinger und Petronis erwähnen die Übersetzung des italienischen Statuts: Haslinger, Petronis, „Eiserner Wolf“ (wie Anm. 3), S. 361 f.
- 30 Vgl. Italienische Version abgedruckt in: Mario Missori (Hrsg.): *Gerarchie e Statuti del P.N.F. Gran consiglio, Direttorio nazionale, Federazioni provinciali: quadri e biografie* [Hierarchien und Statuten der PNF. Der Große Rat, das Nationale Direktorium, die provinziellen Vereinigungen: Bilder und Biografien], Roma 1986, S. 355-362.
- 31 Vgl. „Lietuvos Tautinės Apsaugos ‚Geležinis vilkas‘ statutas“ [„Statut der Litauischen Nationalgarde ‚Eiserner Wolf‘“], undatiert [Juni 1928], f. 563, ap. 1, b. 1, 44 f.
- 32 Rudis, *Voldemarininkai* (wie Anm. 8), S. 7.
- 33 F. 563, ap. 1, b. 1, 44. Im Statut der PNF: Missori (Hrsg.), *Statuti* (wie Anm. 30), S. 355.
- 34 In der litauischen Übersetzung des italienischen Statuts, f. 563, ap. 1, b. 1, 18. Im Statut des Eisernen Wolfs, f. 563, ap. 1, b. 1, 44.
- 35 Vgl. Missori (Hrsg.), *Statuti* (wie Anm. 30), S. 355.
- 36 Siehe oben.
- 37 Missori (Hrsg.), *Statuti* (wie Anm. 30), S. 355.

und Idee alle wiedergeborenen ehrenhaften Litauer, die Kämpfer der neuen Ordnung in Truppen vereint“. Die Tatsache, dass sich die litauische Nationalgarde nicht transzendent als „Glaube“ bezeichnete, sondern konkreter als Wache und Armee mit einem Glauben und einer Idee, hatte vermutlich ihre verhältnismäßig marginale Position in der litauischen Gesellschaft als Ursache, die im Gegensatz zum bereits etablierten italienischen Faschismus stand. In ähnlicher Weise unterschieden sich auch die vorgesehenen Eidesformeln. Neue Mitglieder der PNF mussten gemäß dem Statut von 1926 schwören, alle Befehle des Duce widerspruchslos auszuführen.³⁸ Die neuen „Wölfe“ hatten 1928 zuvorderst auf das „Vaterland Litauen“ zu schwören. Erst an zweiter Stelle kamen die Führer (im Plural) und ihre Befehle.³⁹ 1921 war es auch bei den italienischen Faschisten noch üblich gewesen, auf das „Vaterland“ zu schwören. Es sind hier also unterschiedliche Entwicklungsphasen der faschistischen Bewegungen auszumachen. Die Selbstbezeichnung des „Eisernen Wolfs“ als „Wache“ und „Armee“ deutet im Sinne Reichardts auf das Primat der Handlung hin, und zwar der gewaltsamen Handlung über die Ideologie.

Auch organisatorische Bestimmungen wurden übernommen. Der Festlegung der italienischen Faschisten: „Der fascio ist der grundlegende Organismus der faschistischen Partei“,⁴⁰ entspricht im litauischen Text: „Die grundlegende Einheit der Garde ist die Truppe“. ⁴¹ Ferner wurden die Bestimmungen über „Disziplinarmaßnahmen“ für Mitglieder, also Strafbestimmungen, direkt vom italienischen Vorbild übernommen. Das waren zum einen die Stufen der Bestrafung: 1. öffentliche oder nichtöffentliche Zurechtweisung des Mitglieds, 2. Ausschluss aus der Organisation auf bestimmte oder unbestimmte Zeit, 3. endgültiger Ausschluss („Hinauswurf“) aus der Garde.⁴² Zum anderen übernahm der „Eiserne Wolf“ die Bestimmung, wonach innerhalb von 15 Tagen gegen das Urteil Berufung eingelegt werden konnte. Ebenso wurde die besonders strenge Bestimmung übernommen, die jeden Ausgeschlossenen als Verräter brandmarkte, der vom politischen Leben verbannt werden musste. Im litauischen Fall war der Betroffene außerdem in eine Liste politisch Unglaubwürdiger einzutragen.⁴³ In den Statuten des „Eisernen Wolfs“ findet sich darüber hinaus die Verschärfung, die jeden Ausgeschlossenen der Verfolgung preisgab (was dies im Konkreten bedeutete, wurde nicht formuliert). Gelegentlich sollte ein Exempel statuiert werden, bei dem alle „Wölfe“ den Namen des Ausgeschlossenen zu erfahren hatten. Die direkten Vorgesetzten hatten die verbleibenden Mitglieder in diesem Fall über den Ausschluss und seine Konsequenzen aufzuklären.⁴⁴ Die aktive Verfolgung der in Ungnade Gefallenen dürfte auf den Status als Geheimorganisation zurückzuführen sein: Ein Ehemaliger konnte Geheimnisse verraten.⁴⁵ Die strenge Bestimmung über die Verfolgung Ehemaliger wurde im Juni 1929

38 Vgl. ebenda, S. 360.

39 F. 563, ap. 1, b. 1, 45.

40 Missori (Hrsg.), Statuti (wie Anm. 30), S. 360. In der litauischen Übersetzung, f. 563, ap. 1, b. 1, 20.

41 F. 563, ap. 1, b. 1, 44.

42 Im Statut der PNF: Missori (Hrsg.), Statuti (wie Anm. 30), S. 361. In der litauischen Übersetzung des italienischen Statuts, f. 563, ap. 1, b. 1, 20. Im Statut des Eisernen Wolfs, f. 563, ap. 1, b. 1, 45.

43 Vgl. f. 563, ap. 1, b. 1, 45.

44 Vgl. „Įsakymas 9 Nr.“ „slaptai“ [„Befehl Nr. 9“ „geheim“ des Generalstabs des Eisernen Wolfs], 25.10.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 82.

45 Vgl. f. 563, ap. 1, b. 1, 44.

auf Befehl des Obersten Führers Voldemaras etwas entschärft. Es wurde nun differenziert zwischen einem „Hinauswurf mit Folgen“ und einem „Hinauswurf ohne Folgen“.⁴⁶

Es finden sich also sowohl Hinweise auf die direkte Vorbildwirkung des italienischen Faschismus für die Gründung beziehungsweise Entwicklung des „Eisernen Wolfs“ als auch eine Selbstdefinition, die im Sinne Reichardts auf einen authentisch faschistischen Wehrverband schließen lässt.

4. Palingenetischer Ultrationalismus des „Eisernen Wolfs“

Die Namensgebung „Eiserner Wolf“ erinnert an die politisch bedeutendere faschistische „Eiserne Garde“ Rumäniens, steht aber in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit ihr. Die litauische Bezeichnung wurde im Jahr 1928 angenommen – früher als die rumänische – und war ein Rückgriff auf die litauische Mythologie. Der Legende nach ging Großfürst Gediminas von seiner Fürstenresidenz, der Wasserburg Trakai, in einem, einige Kilometer weiter östlich gelegenen Hügelland jagen. Nachts hatte er einen Traum von einem mit Eisen gepanzerten Wolf, der auf einem nahe gelegenen Hügel heulte. Alle Pfeile, die im Traum auf das Tier abgeschossen wurden, prallten von seinem Panzer ab. Einer der (heidnischen) Priester Gediminas' deutete den Traum: Auf dem Hügel, den er gesehen hatte, sollte Gediminas eine Festung bauen, die uneinnehmbar sein und um die sich eine Stadt sammeln werde, von deren Ruf die ganze Welt erzittern soll. So der Gründungsmythos von Vilnius, der späteren Hauptstadt des Großfürstentums, das etwa zwei Jahrhunderte später – in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts – seine größte Ausdehnung erreichte. Der Mythos des „Eisernen Wolfs“ kann in diesem Sinne auch als Gründungsmythos der litauischen Nation verstanden werden. In der erwähnten Präambel zum Statut der Garde heißt es:

„Der Kampf für die Unabhängigkeit des ethnografischen Litauen mit der Hauptstadt Vilnius und die Notwendigkeit, dem Land nach dem Umsturz Sicherheit durch die Verteidigung der moralischen und materiellen Werte des Volkes zu geben, hat es notwendig gemacht, den ‚Eisernen Wolf‘ als Symbol für die Größe Litauens und den Ruhm der Hauptstadt hervorzuheben.

Geboren aus dem Unterbewusstsein des Volkes ist der ‚Eiserne Wolf‘ in dem wichtigen Moment zutage getreten, als das wiedergeborene Volk [*atgimusi Tauta*] einen neuen Weg eingeschlagen hat und größter Pflege und Tätigkeit bedarf.

Der Traum und die Vision von Gediminas, dem Begründer der Macht des alten Litauen, wurden vom Symbol des Eisernen Wolfes gekrönt, der heute Realität werden und das wiedergeborene Volk auf ehrwürdige Pfade führen muss hin zu einer leuchtenden, großen Zukunft.“⁴⁷

In dieser kurzen Abhandlung sind drei politische Dimensionen auszumachen. Während im weiter oben zitierten Statut vom Januar 1928 noch eher allgemein die Rede davon ist, „jede

46 „Įsakymas 4 Nr.“ [„Befehl Nr. 4“ des Generalstabs des Eisernen Wolfs], 14.6.1929, f. 563, ap. 1, b. 1, 147.

47 „Lietuvos Tautinės Apsaugos ‚Geležinio vilko‘ statutas“ [„Statut der Litauischen Nationalgarde ‚Eiserner Wolf‘“], undatiert [Juni 1928], f. 563, ap. 1, b. 1, 44 f., hier 44.

ationale Regierung“ zu unterstützen,⁴⁸ wird hier im Juni desselben Jahres konkret die politische Loyalität zu der nach dem Umsturz im Dezember 1926 eingerichteten Diktatur unter Voldemaras formuliert: Die Sicherheit des Landes sollte nach dem bereits erfolgten Umsturz garantiert werden. Das sollte sich etwa eineinhalb Jahre später mit dem Sturz Voldemaras' und der darauf folgenden Auflösung des „Eisernen Wolfs“ ändern. Zum anderen wird in diesem Text ersichtlich, dass der „Eiserne Wolf“ als Bezeichnung für die Nationalgarde auf die polnische Besetzung von Vilnius gemünzt war. Der Anspruch auf die frühere Hauptstadt und die Feindschaft mit Polen wurden mit dieser Bezeichnung hochgehalten. Drittens, und das ist vielleicht die bedeutendste aus diesem Zitat zu ziehende Erkenntnis, finden sich hier Merkmale eines palingenetischen Nationalismus, den Griffin – wie bereits angesprochen – als zentrales Merkmal faschistischer Bewegungen definiert.⁴⁹ Ausdrücke wie „Unterbewusstsein des Volkes“ sowie „wiedergeborenes Volk“ deuten darauf hin. Darüber hinaus wird der (heidnische) mittelalterliche Großfürst Gediminas in archaischem Sinne als der „Begründer der Macht des alten Litauen“ beschworen. Die „Palingenesis“, die Wiedergeburt, wird schließlich in der letzten Zeile formuliert, wo der Brückenschlag vom Ursprung über „ehrwürdige Pfade“ hin zu einer „leuchtenden, großen Zukunft“ vollzogen wird. Die „militanten, neuen Italiener“ im italienischen Statut entsprechen im Fall des „Eisernen Wolfs“ den „wiedergeborenen ehrenhaften Litauern“⁵⁰ – ein weiterer und deutlicher Hinweis auf das Streben nach nationaler Wiedergeburt. Vergleichbares findet sich in jenem Zitat aus dem Statut des „Eisernen Wolfs“, das fast wörtlich aus den Statuten der italienischen PNF übernommen wurde.

In der Berufung auf Großfürst Gediminas als Symbol des „nationalen Erwachens“ unterschied sich der „Eiserne Wolf“ vom offiziellen Kurs des Regimes, das in erster Linie dessen Neffen Vytautas zur Ikone erhob. Mehr als Gediminas beim „Eisernen Wolf“ wurde Vytautas vom Regime als Vorbild einer autoritären Führerfigur stilisiert. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden ist der religiöse Aspekt: Während Gediminas ein heidnischer Fürst war, wurde unter Vytautas die Christianisierung der Litauer vollzogen.

Fassen wir zusammen: Es gibt einerseits klare Belege für die direkte Vorbildwirkung des italienischen Faschismus für den Aufbau des „Eisernen Wolfs“ (Vortrag beim Treffen der Gruppenführer, Übernahme wesentlicher Passagen aus dem Organisationsstatut der PNF), andererseits belegt auch die Anwendung verschiedener Faschismustheorien (Reichardt, Griffin) deutlich, dass es sich bei der litauischen Nationalgarde um eine faschistische Bewegung handelte.

Kurz vor der Auflösung des „Eisernen Wolfs“ betonten seine Führer einen Generationenkonflikt. Sie appellierten, man müsse zeigen, dass der „faschistische Gedanke“ bei den Jungen lebendig sei und gepflegt werde.⁵¹ Das traf sich mit der früheren Aufforderung des Generalstabs, mehr Junge und weniger Alte für die Garde zu rekrutieren.⁵²

48 F. 563, ap. 1, b. 1, 1.

49 Siehe oben.

50 Siehe Abschnitt über das Statut des „Eisernen Wolfs“. Missori (Hrsg.), Statuti (wie Anm. 30), S. 355; f. 563, ap. 1, b. 1, 44.

51 Vgl. Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 194.

52 Vgl. „Isakymas 6 Nr.“ „slaptai“ [„Befehl Nr. 6“ – „geheim“ – des Generalstabs des Eisernen Wolfs], 11.7.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 54.

5. „Eiserner Wolf“: Geheimorganisation und Sportverein

Es ist eine Besonderheit des „Eisernen Wolfs“, dass er als Geheimorganisation gegründet wurde und diesen Status bis zu seiner Auflösung im Winter 1929 behielt. Es war bei Androhung strenger Strafen verboten, den Namen des „Eisernen Wolfs“ in privater Korrespondenz zu erwähnen.⁵³ Immer wieder gab es Maßregelungen an alle Gruppenleiter und die Aufforderung, Befehle und Benachrichtigung stets in Kuverts zu packen und diese gut zu verschließen.⁵⁴ Intern wurde die Korrespondenz unterschieden in die Kategorien „einfach“, „geheim“ oder „verschlüsselt“.⁵⁵ Neben dem Vermerk „Geheim“ (*slaptai*), der im Jahr 1928 auf nahezu jeder Korrespondenz des Generalstabs zu lesen war, gab es in einzelnen Fällen auf den Schreiben noch die zusätzliche Aufforderung „Lesen, merken und vernichten“ (*Perskaityti, pasižymėti ir sunaikinti*).⁵⁶ Verschlüsselte Schreiben der internen Korrespondenz bestanden abgesehen von Datum und Unterschrift ausschließlich oder in einzelnen Passagen aus Zahlenkombinationen.⁵⁷

Gruppenführer und deren „Wölfe“ wurden vom Generalstab immer wieder dazu aufgefordert, mit den staatlichen Behörden und mit anderen regierungskonformen politischen Gruppen Kontakt zu halten und zu kooperieren. Es war aber streng verboten, dabei „auch nur den kleinsten Teil eines Geheimnisses der Garde“ zu verraten.⁵⁸ Streitigkeiten, die mit anderen Organisationen auf lokaler Ebene auftraten, durften nicht ausgetragen werden. Sie mussten umgehend dem Generalstab gemeldet werden, der es auf sich nahm, mit der Führung der anderen betroffenen Organisation eine Lösung zu finden. Auf diese Weise sollten Eskalationen verhindert werden, die sich der „Eiserne Wolf“ als Geheimorganisation nicht leisten konnte.⁵⁹ Das Verraten von Geheimnissen wurde mit Ausschluss und oft mit Verfolgung geahndet. Die Namen der Ausgeschlossenen wurden dabei innerhalb der Garde veröffentlicht.⁶⁰

53 Vgl. Schreiben Nr. 317 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 27.2.1929, f. 563, ap. 1, b. 1, 118.

54 Vgl. Schreiben Nr. 696 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 30.4.1929, f. 563, ap. 1, b. 1, 127; f. 563, ap. 1, b. 1, 82.

55 „Instrukcija 2 Nr.“ [„Instruktion Nr. 2“ des Generalstabs des Eisernen Wolfs], undatiert [erste Januarwoche 1928], f. 563, ap. 1, b. 1, 3.

56 F. 563, ap. 1, b. 1, 4. Schreiben Nr. 2 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 7.2.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 5. Inhalt: Bekanntgabe der Adresse des Generalstabs. Schreiben Nr. 4 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 15.2.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 8, betreffend Verbreitung der Zeitschrift „Weg des Volkes“ des „Eisernen Wolfs“. Ähnlich auch auf dem verschlüsselten Schreiben Nr. 878 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenleiter, 10.12.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 91.

57 Vgl. z.B.: Die Schreiben mit den Nummern 7, 638, 639, 878, 984 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 7.4.1928–29.12.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 28, 77 f., 91, 95.

58 Rundschreiben des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 11.2.1929, f. 563, ap. 1, b. 1, 102.

59 Vgl. Rundschreiben des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 14.6.1929, f. 563, ap. 1, b. 1, 156.

60 Vgl. „Įsakymas 1 Nr.“ [„Befehl Nr. 1“ des Generalstabs des Eisernen Wolfs], 14.1.1929, f. 563, ap. 1, b. 1, 98. Fünf Ausschlüsse, zwei davon wegen Verrats von Geheimnissen. „Įsakymas 2 Nr.“ [„Befehl Nr. 2“ des Generalstabs des Eisernen Wolfs], 25.4.1929, f. 563, ap. 1, b. 1, 116. Etwa 30 Ausschlüsse, ebenfalls zwei davon wegen Verrats von Geheimnissen. Ein weiteres Beispiel für Ausschluss und Verfolgung, f. 563, ap. 1, b. 1, 82.

Schwierigkeiten brachte der Status als Geheimorganisation für Fragen der Propaganda, die ein häufig wiederkehrender Inhalt der Korrespondenz innerhalb des „Eisernen Wolfs“ war. Hierzu diente das im Umkreis der Garde von Anhängern Voldemaras' herausgegebene Blatt „Weg des Volkes“ (*Tautos Kelias*). In den Stellungnahmen der Bezirks- und Ortsgruppenführer wurden wiederholt die Schwierigkeiten bei der Verbreitung des Blattes angesprochen.⁶¹ Die meisten Ortsgruppen beschwerten sich über den die Arbeit behindernden Status als Geheimorganisation.⁶²

Es bestand die Absicht, zur Jahreswende 1929/30 auf den Charakter einer Geheimorganisation zu verzichten, an die Öffentlichkeit zu treten und den „Eisernen Wolf“ größer und einflussreicher zu machen.⁶³ Als erster Schritt in diesem Sinne wurde offiziell ein Sportverein gegründet:

„Ziel der Gründung des [Sport-]Vereins ist es, dass die Garde Formations- und Schießübungen abhalten, sich körperlich ertüchtigen, an Disziplin gewöhnen, sich versammeln kann, etc.. Wir stellen nämlich fest, dass die Nationalgarde, sofern sie ausschließlich verschwörerisch [geheim] arbeitet, zu langsam wächst und ihre Ideen nicht angemessen verbreiten kann. Darüber hinaus ist die Gründung des Sportvereines eine Vorstufe davon, dass die gesamte Garde in die Öffentlichkeit tritt.“⁶⁴

In jenen Truppen, in denen die Zahl der „Wölfe“ 20 überstieg, musste ein Sportverband gegründet werden.⁶⁵ Dieser Befehl wurde nach einigen Monaten unter Androhung von sonstiger Strafe wiederholt.⁶⁶ Das Hauptaugenmerk sollte auf militärischen Drill und „Eimpfung“ von Disziplin gelegt werden. Auf diese Weise wurde den „Wölfen“ eine entsprechende Ausbildung unter einem weniger auffälligen Deckmantel ermöglicht. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit eingeräumt, Fußballmannschaften zu gründen. Wettkämpfe waren allerdings nur innerhalb der Organisation erlaubt. Mit anderen Vereinen zu spielen war strengstens verboten.⁶⁷

In einer Sitzung des Generalstabs am 15. September 1929 wurde die Einberufung eines Treffens der Gruppenführer aufgeschoben, „bis Klarheit herrscht darüber, wann die Garde an die Öffentlichkeit tritt“.⁶⁸ Dazu kam es angesichts der folgenden innenpolitischen Turbu-

61 Vgl. „L.T.A. ‚Geležinis Vilkas‘ grupių štabų bei kuopų vadų apie krašte esamą padėtį pranešimų santrauka“ [„Zusammenfassung der Berichte der Gruppen- und der Truppenführer des ‚Eisernen Wolfs‘ über die Situation im Land“], undatiert [Frühjahr 1929], f. 563, ap. 1, b. 18, 1-22, hier 5.

62 Vgl. Eine Ausnahme bildete die Ortsgruppe Trakai, vgl. ebenda, 3. Ortsgruppe von Biržai dazu: „Biržų Grupės Vado pranešimas Apsaugos Vadovybės suvažavimui“ [„Bericht des Gruppenführers von Biržai bei der Zusammenkunft der Führung der Garde“], 3.-4.3.1929, f. 563, ap. 1, b. 18, 23-25.

63 Vgl. Rudis, Voldemarininkai (wie Anm. 8), S. 9.

64 „Instrukcija 5 Nr.“ [„Instruktion Nr. 5“ des Generalstabs des Eisernen Wolfs], undatiert [Juni 1928], f. 563, ap. 1, b. 1, 46.

65 Vgl. Schreiben Nr. 421 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 24.8.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 70.

66 Vgl. f. 563, ap. 1, b. 1, 98.

67 Vgl. Schreiben Nr. 421 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 24.8.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 70; Rudis, Voldemarininkai (wie Anm. 8), S. 9.

68 Protokoll Nr. 29 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“, 15.9.1929, f. 563, ap. 1, b. 182, 40.

lenzen und der Entlassung des Obersten Führers der Garde Voldemaras aus der Regierungsverantwortung nicht mehr. Seine Geheimorganisation „Eiserner Wolf“ wurde aufgelöst.⁶⁹

In diesem Punkt des Status als Geheimorganisation, die ihn nie zu einer Massenbewegung anwachsen ließ, steht die Organisation des „Eisernen Wolfs“ im Widerspruch zu Reichardts Auffassung faschistischer Massenbewegungen: „Soziale Exklusivität und Geheimbündlerei spielten im Faschismus im Unterschied zur autoritären Rechten eine untergeordnete Rolle. Faschistische Bewegungen waren Massenbewegungen. In ihrer Fähigkeit zur Massenmobilisierung [...] lag die Stärke der Faschisten“.⁷⁰ Hierzu zwei Bemerkungen: Zum einen schließt Reichardt „Geheimbündlerei“ nicht gänzlich von faschistischen Bewegungen aus, sondern weist ihr eine „untergeordnete Rolle“ zu. Zum anderen ist zu beachten, dass der „Eiserne Wolf“ ursprünglich von Akteuren der autoritären Rechten gegründet wurde (als solche muss Smetonas und Voldemaras' ursprünglich kleine elitäre Partei der *tautininkai* bezeichnet werden). Ideologisch und in seiner politischen Praxis der Gewalt erwies sich der „Eiserne Wolf“ als klar faschistisch. Die „Geheimbündlerei“ ist hier als vorläufiges Stadium zu betrachten, zumal es Pläne zur Öffentlichmachung des „Eisernen Wolfs“ – wie dargestellt – bereits gab.

6. Die Rekrutierung der „Wölfe“

Bei der Rekrutierung wurde wohl aufgrund des Status als Geheimorganisation sehr sorgfältig vorgegangen. Sie wurde im Rundschreiben Nr. 1 des Generalstabs an die Unterführer in ihrem Ablauf detailliert festgelegt.⁷¹ Bevor mögliche Mitglieder als Kandidaten zugelassen wurden, mussten drei „Wölfe“ in unverbindlichen Gesprächen deren Einstellung zur Garde, politische Ansichten und deren Charakter auskundschaften. Wenn alle drei beteiligten „Wölfe“ einverstanden waren, durfte einer von ihnen der Person vorschlagen, dem „Eisernen Wolf“ als Kandidat beizutreten. Den Status als Kandidat behielt der Anwärter sechs Monate lang. Während ihm in dieser Zeit kleinere Aufgaben übertragen wurden, hatte der zuständige Führer den Charakter und die Fähigkeiten des Kandidaten zu beobachten. Erwies sich der Anwärter als für die Garde geeignet, wurde er sorgfältig über das Statut und den Aufbau der Garde informiert. Bei der offiziellen Aufnahme sprach der Kandidat den Eid:

„Im Namen Gottes des Allmächtigen und im Namen der Zukunft und des Wohls meiner glücklichen und ehrenvollen Heimat Litauen, geleitet allein von einer edlen Idee, trete ich ein in die Nationalgarde ‚EISERNER WOLF‘ und schwöre feierlich: mit Wort, Tat und Waffe Litauens Ehre zu verteidigen und für sein Wohl zu arbeiten, meine Vorgesetzten (Führer) zu ehren, streng und ohne Widerspruch alle ihre Befehle auszuführen, alle mir anvertrauten Geheimnisse heilig zu halten, weder Gesundheit noch mein Leben zu schonen, die Ehre der Garde und meine Ehre zu schützen, mich nie im Leben von persönlichem Ehrgeiz leiten zu lassen, sondern den Gleichgesinn-

69 Vgl. Rudis, Voldemarininkai (wie Anm. 8), S. 9.

70 Reichardt, Kampfbünde (wie Anm. 1), S. 33.

71 Vgl. „Instrukcija 1 Nr.“ [„Instruktion Nr. 1“ des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“], undatiert [Anfang Januar 1928], f. 563, ap. 1, b. 1, 2.

ten in einmütigem Glück immer ein Freund und Bruder zu sein. Sollte ich diesen geleisteten Eid brechen, kann dies mein Leben kosten.“⁷²

Im Anschluss hatte der künftige „Wolf“ den Dolch des Führers mit der Inschrift „Ehre des Volkes – Wohl des Staates“ (*Tautos garbė – Valstybės gerovė*) zu küssen.

Bei der Wahl der Kandidaten musste die Leitung allerdings feststellen, dass sich der Wehrverband fast ausschließlich aus den elitären gesellschaftlichen Schichten, aus Staatsbediensteten, Lehrern, Polizisten und Studenten rekrutierte.⁷³ Infolgedessen erging der Auftrag, in Betrieben tätig zu werden und Arbeiter für die Organisation zu werben. Eine Arbeiterorganisation sollte geschaffen werden unter dem Motto des „Eisernen Wolfs“: „Ehre der Nation – Wohl des Staates“; „Ihr Fundament – kein Klassenkampf, sondern enge Zusammenarbeit“.⁷⁴

7. Verflechtungen: „Eiserner Wolf“ und „Litauische Schützenvereinigung“

Es finden sich zahlreiche Belege dafür, dass auf allen Führungsebenen des „Eisernen Wolfs“ Vorkehrungen getroffen wurden, einflussreiche Organisationen, insbesondere auch die Litauische Schützenvereinigung (*Lietuvos Šaulių Sąjunga*), zu infiltrieren. Die Litauische Schützenvereinigung war ein milizartiger Wehrverband, in dem das Politische eine untergeordnete Rolle spielte. Es wäre jedoch verfehlt, sie als gänzlich unpolitisch zu bezeichnen, wie es in der litauischen Historiografie üblich ist. Die grundsätzliche Sicherung der litauischen Unabhängigkeit hatte Priorität vor politischen Fraktionskämpfen. Die Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt für die Integrität des litauischen Staates war vorhanden, muss aber durch die Bedeutung des kulturellen und bildungspolitischen Engagements in ihrem ausschließlichen Stellenwert (den sie für faschistische Kampfbünde einnahm) deutlich relativiert werden. Litauischer Nationalismus ist in ihrem Programm eindeutig zu finden, dieser kann allerdings nicht als „palingenetischer Ultrationalismus“ im Sinne Griffins bezeichnet werden.

Der erste vom Generalstab des „Eisernen Wolfs“ am 5. Januar 1928 erlassene Befehl beinhaltete vier grundsätzliche Bestimmungen zur Organisation und zum Aufbau des „Eisernen Wolfs“. Unter Punkt 1 wurde festgestellt, dass der Generalstab im Namen des Obersten Führers (Voldemaras) arbeitet. Punkt 2 regelte den Aufbau der regionalen Gruppen und Truppen und gab Anweisungen bezüglich der Aufnahme von Mitgliedern. Der nächste Punkt enthielt schließlich einen einzigen Satz: „3§. Alle Mitglieder der Garde sind verpflichtet, der Schützenvereinigung beizutreten“.⁷⁵ Im abschließenden Punkt wurde die Berichterstattung der Gruppenleiter an den Generalstab geregelt.

Die Tatsache, dass der Generalstab des „Eisernen Wolfs“ eine Bestimmung wie jenen Punkt 3 erließ, bezeugt die Bedeutung der Schützenvereinigung. Sie war in gesellschaftlicher Hinsicht einflussreich, hatte Kontakte zum Militär und ließ ihre Mitglieder von militärischen Ausbildern unterweisen. Sowohl der gesellschaftliche Einfluss als auch die militärische Aus-

72 F. 563, ap. 1, b. 1, 1.

73 Siehe auch: Rudis, Voldemarininkai (wie Anm. 8), S. 8.

74 Ebenda.

75 F. 563, ap. 1, b. 1, 6.

bildung der Mitglieder bei der Schützenvereinigung mussten für den „Eisernen Wolf“ von großer Bedeutung gewesen sein. Die Wichtigkeit dieser Maßnahme wird außerdem durch ihre Platzierung im ersten Generalstabsbefehl inmitten der Maßnahmen für den Aufbau des „Eisernen Wolfs“ unterstrichen.

Am 17. Dezember 1928 jährte sich der Militärputsch von 1926 zum zweiten Mal (das Regime sprach in der Regel von einem „Umsturz“ – *perversmas*). Aus diesem Anlass gab der Generalstab seinen „Wölfen“ die Anweisung, verschiedene einflussreiche Organisationen, darunter die Schützenvereinigung, aber auch die Partei der *tautininkai*, dahingehend zu beeinflussen, dass sie dem Premierminister (und Obersten Führer der Nationalgarde Voldemaras) Glückwünsche zukommen lassen.⁷⁶ Eine derartige Aufforderung mag überflüssig erscheinen, da Voldemaras zu jener Zeit ohnehin an der Spitze der Regierung stand. Mit „Glückwünschen“ konnte dennoch die Position des Premiers weiter gefestigt werden, der innerhalb des Regierungslagers sehr umstritten war: „Zahlreiche Glückwünsche sind notwendig aus politischen Erwägungen“.⁷⁷ Das Schreiben zeugt von den Methoden des „Eisernen Wolfs“, die unter anderem aus Beeinflussung und Unterwanderung einflussreicher Organisationen bestanden.

Diese Taktik geht sehr deutlich aus einem Dokument von Ende April 1929 hervor.⁷⁸ Die „Wölfe“ wurden von ihrem Generalstab darin zu mehr „gesellschaftlicher“ bzw. „organisatorischer Arbeit“ angehalten. Was darunter zu verstehen war, wurde in weiterer Folge ausgeführt: Jeder „Wolf“, außer jene in leitenden Positionen, solle in eine fremde Organisation „eindringen“ (*įsiskverbti*). Der Generalstab unterschied zwischen „stützenden Organisationen“ (*remtinios organizacijos*) und solchen, über die der „Eiserne Wolf“ überhaupt die Kontrolle gewinnen sollte. Dafür wurde, ausgehend vom litauischen Wort *vilkas* („Wolf“), ein eigener Begriff geprägt: *suvilkinti* bzw. *suvilkinamos organizacijos*,⁷⁹ was in etwa zu übersetzen wäre mit: „verwölfen“ oder „zu verwölfende Organisationen“. In „zu verwölfenden Organisationen“ mussten führende Positionen angestrebt werden. Der „Eiserne Wolf“ sollte in deren Entscheidungsgremien die absolute Mehrheit erreichen. Die verbleibenden Kräfte durften auf die „stützenden Organisationen“ gerichtet werden. Dort reichte es, vereinzelt „Wölfe“ in niedrigere Posten einzuschleusen, die Informationen sammeln und weiterleiten sollten.

Es folgte eine Auflistung der betroffenen Organisationen. In der Kategorie „zu verwölfen“ stand wieder an prominenter erster Stelle die Litauische Schützenvereinigung, gefolgt von der Lehrervereinigung der *tautininkai*. In der Kategorie „stützend“ wurden neun Organisationen angeführt, die in politische, gesellschaftliche und Jugendorganisationen unterteilt wurden.⁸⁰ Die Notwendigkeit, Einfluss auf die Schützenvereinigung zu gewinnen, wurde damit begründet, dass dem Generalstab Informationen vorlagen, wonach sich dort

76 Schreiben Nr. 905 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 12.12.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 93.

77 Ebenda.

78 Vgl. „L.T.A. ‚Geležinis vilkas‘ išorinis veikimas“ [„Auswärtige Tätigkeit der Litauischen Nationalgarde ‚Eiserner Wolf‘“], Schreiben des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“, undatiert [aufgrund beiliegender Dokumente wahrscheinlich: 25.4.1929], f. 563, ap. 1, b. 1, 110-115.

79 Ebenda, 110.

80 Ebenda.

„eine große Zahl von Provokateuren“ eingeschleust hatte,⁸¹ die nur an der Beschaffung von Waffen interessiert seien. „Wölfe“ sollten verdächtige Schützen innerhalb der Schützenvereinigung isolieren und ihre Entwaffnung durch dem „Eisernen Wolf“ nahestehende, führende Schützen bewirken. Wen genau der Generalstab mit den genannten „Provokateuren“ meinte, wurde nicht näher definiert. Sehr wahrscheinlich ging es dem „Eisernen Wolf“ in erster Linie darum, die Schützenvereinigung politisch zu vereinnahmen. Bereits im Jahr zuvor war eine Richtlinie erlassen worden, die Konflikte mit der Schützenvereinigung verhindern sollte. Darin wurden die Gruppenführer des „Eisernen Wolfs“ vom Generalstab angewiesen, sich mit den Führern der betroffenen Schützenformationen abzusprechen, um Überlappungen von Dienstzeiten ihrer in beiden Organisationen beschäftigten „Wölfe“ zu vermeiden.⁸² Im Vorfeld von Veranstaltungen der Schützenvereinigung gab es gesonderte Befehle. Vor einer Versammlung der Schützenvereinigung in Kaunas im Juni 1928 hatten sich die angesprochenen „Wolf-Schützen“ im Redaktionsbüro der Zeitschrift des „Eisernen Wolfs“, „Weg des Volkes“, einzufinden, zweifellos um vor der Versammlung noch Befehle entgegenzunehmen und die nötigen Absprachen tätigen zu können.⁸³

In landesweiten Berichten der einzelnen Gruppen des „Eisernen Wolfs“ über die politische und organisatorische Lage im eigenen Umkreis Anfang des Jahres 1929 wurde aus zehn von 21 Provinzen berichtet, dass ein Großteil der jeweiligen „Wölfe“ auch Mitglieder der Schützenvereinigung war.⁸⁴ Es bleibt dabei offen, ob ursprüngliche „Schützen“ dem „Eisernen Wolf“ beigetreten oder ob diese Verflechtungen umgekehrt auf die Bestrebungen der Nationalgarde zurückzuführen waren, die ihre Leute dort eingeschleust hatte. Aus der Provinz Telšiai wurde gar berichtet, die Leitung der örtlichen Schützenvereinigung, ebenso wie die der Partei der *tautininkai*, der Vereinigung „Jung Litauen“ (*Jaunoji Lietuva*) und der Lehrervereinigung, seien in der Hand des „Eisernen Wolfs“.⁸⁵ Die Mitgliedschaft der „Wölfe“ bei der Schützenvereinigung scheint also beträchtlich gewesen zu sein. Auf der anderen Seite wurde sie nicht flächendeckend für alle „Wölfe“ durchgesetzt, wie es im ersten Befehl des Generalstabs verlangt worden war.⁸⁶ Ein guter Teil der Kampfausbildung der „Wölfe“ dürfte in der Schützenvereinigung erfolgt sein. In den Provinzen Kretinga, Ukmergė und Vilkaiviškis wurde von den Gruppen des „Eisernen Wolfs“ diese Tatsache sogar ausdrücklich betont.⁸⁷ Des Weiteren wurde aus sechs Provinzen berichtet, dass ein großer Teil ihrer „Wölfe“ ehemalige Soldaten oder Soldaten der Reserve waren. Die Ausbildung der „Wölfe“ wurde von den jeweiligen regionalen Berichterstattern unterschiedlich beurteilt: von „ungenügend“ über „durchschnittlich“ bis „ausreichend“. Insgesamt gab der Generalstab die „militärische Ausbildung und Bewaffnung“ des „Eisernen Wolfs“ mit „etwa 60-70%“ an.

81 Ebenda, 111.

82 Vgl. Schreiben Nr. 421 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 24.8.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 70.

83 Vgl. Schreiben Nr. 106 des Generalstabs des „Eisernen Wolfs“ an die Gruppenführer, 8.6.1928, f. 563, ap. 1, b. 1, 43.

84 Vgl. „L.T.A. ‚Geležinis Vilkas‘ grupių štabų bei kuopų vadų apie krašte esamą padėtį pranešimų santrauka“ [„Zusammenfassung der Berichte der Gruppen- und der Truppenführer des ‚Eisernen Wolfs‘ über die Situation im Land“], undatiert [Frühjahr 1929], f. 563, ap. 1, b. 18, 1-22, hier: 1 f., 4 f., 7, 10 f., 17 f., 21.

85 Vgl. Ebenda, 15.

86 Vgl. f. 563, ap. 1, b. 1, 6.

87 Vgl. f. 563, ap. 1, b. 18, 5 (Kretinga), 15 (Ukmergė), 17 (Vilkaiviškis).

Eine weitere Schlussfolgerung des Generalstabs: „Die Mehrheit der Wölfe sind Schützen oder ehemalige Soldaten“.⁸⁸

Derartige Verflechtungen zwischen litauischen Wehrverbänden wurden in einschlägigen Werken bisher nicht aufgezeigt und verdienen nähere Untersuchung. Die von der litauischen Historiografie häufig aufgestellte Behauptung, es handle sich bei der Schützenvereinigung um eine gänzlich unpolitische Organisation, muss angesichts der engen Anlehnung des faschistisch orientierten „Eisernen Wolfs“ infrage gestellt werden.

8. Voldemaras und Smetona

Einen ersten Konflikt mit radikaleren, faschistisch orientierten Kräften im eigenen Lager hatte das Regime kurz nach dem Militärputsch von 1926 auszufechten. Hinter einer Zeitung namens „Der Volkswille“ (*Tautos valia*) stand eine kleine Gruppe von radikalen *tautininkai*, darunter hochrangige Angehörige der Armee. Sie hatten bereits unter der letzten demokratisch gewählten Regierung unter Mykolas Sleževičius im Jahr 1926 die Abschaffung des *seimas* (litauische Bezeichnung für das Parlament)⁸⁹ und die Errichtung einer Diktatur gefordert.⁹⁰ Der Redakteur des „Volkswillens“, Oberst Vincas Grigaliūnas-Glovackis, war verhaftet worden.⁹¹ Er war in die Vorbereitungen zum Militärputsch vom 17. Dezember 1926 involviert,⁹² saß aber zur betreffenden Zeit schließlich zu Schwerarbeit verurteilt in Kaunas in Haft.⁹³ Unter Smetona wurde er rehabilitiert und zum General befördert.⁹⁴

Jene Gruppe radikaler *tautininkai* unternahm kurze Zeit nach dem erfolgten Militärputsch und der Angelobung Smetonas als neuer Präsident einen erneuten Putschversuch – diesmal gegen Smetona und seinen Premier Voldemaras im Januar 1927. Dieser blieb erfolglos. Zwei ihrer führenden Persönlichkeiten, Major der Reserve Juozas Tomkus und Hauptmann Pranas Klimaitis, wurden verhaftet und in das neu eingerichtete Anhaltelager in Varniai in Niederlitauen (*Žemaitija*) gebracht. Es kam aber verhältnismäßig schnell zur Integration dieser radikaleren Akteure in das Voldemaras/Smetona-Regime. Bereits im Sommer wurden Tomkus und Klimaitis wieder entlassen und fanden auch wieder Aufnahme in die Partei der *tautininkai*, wo sie später im Bereich der Propaganda arbeiteten.⁹⁵

Es bahnte sich allerdings innerhalb des Regimes ein anderer, ausufernder Richtungsstreit an, der im Laufe des Jahres 1929 offen ausbrach. Smetona und Voldemaras, die beiden beherrschenden Figuren der litauischen Politik in den Jahren nach dem 17. Dezember 1926, waren langjährige politische und auch persönliche Weggefährten. Der um einige Jahre ältere

88 Ebenda, 21.

89 Polnisch *sejm*.

90 Vgl. Alfonsas Eidintas: Antanas Smetona. Politinės biografijos bruožai [Antanas Smetona. Charakterzüge einer politischen Biografie], Vilnius 1990, S. 114.

91 Vgl. *Tautos valia* [Der Volkswille], Nr. 1 (9), 9.3.1927, S. 1. Jonas Vaičėnėnis: Lietuvos kariuomenė valstybės politinio gyvenimo verpetuose 1927–1940 [Die litauische Armee in den Turbulenzen des staatspolitischen Lebens 1927–1940], Vilnius 2003, S. 62.

92 Vgl. Eidintas, Smetona (wie Anm. 90), S. 102.

93 Vgl. Vaičėnėnis, Kariuomenė (wie Anm. 91), S. 62.

94 Vgl. Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 169.

95 Vgl. Eidintas, Smetona (wie Anm. 90), S. 114.

Smetona lernte Voldemaras 1901 im zaristischen St. Petersburg während seines Studiums kennen und fand in ihm einen ambitionierten und intellektuell begabten, jungen Mann, mit dem ihn viele politische Ansichten verbanden.⁹⁶ Vor der Unabhängigkeit Litauens waren beide journalistisch tätig, pflegten regen Austausch über Politik und saßen zeitweise in der Redaktion derselben Zeitung. Die Nationale Fortschrittspartei (*Tautos pažangos partija*) – später umbenannt in Litauischer Verband der Nationalen (*Lietuvių tautininkų sąjunga*) –, der beide im unabhängigen Litauen angehörten, war bei den Wahlen wenig Erfolg beschieden. Es machten sich dort auch prompt Ideen einer elitären, autoritären Herrschaft breit. Nach dem Staatsstreich von 1926 durch die Unterstützung des Militärs an die Macht gekommen, wuchsen jedoch die Gegensätze zwischen den beiden Männern.

In der litauischen Historiografie findet sich zumeist die Interpretation, dass sich hinter dem neuen Präsidenten Smetona die „gemäßigten“ oder „konservativen“ Kräfte der *tautininkai* sammelten, hinter dem Premierminister Voldemaras hingegen die „radikalen“, unter denen „nicht wenige Bewunderer des italienischen Faschismus zu finden waren“.⁹⁷ Voldemaras' Machtbasis bestand insbesondere aus weit national gesinnten Offizieren des Militärs und aus der Nationalgarde „Eiserner Wolf“, die er sich in den zwei Jahren ihres Bestehens als ihr Oberster Führer zunutze machte. Smetona konnte sich auf große Teile seiner Partei der *tautininkai* und auf die Polizei stützen, die dem Innenminister Ignas Musteikis unterstand. Musteikis und der Minister für Landwirtschaft Jonas Aleksa galten als entschiedene Gegner des Premiers innerhalb der Regierung. Voldemaras verstand sich hingegen als uneingeschränkter Herr über das Land. Er wurde als arrogant beschrieben und übte seine Macht ohne Rücksicht auf Ressortbegrenzungen aus, wodurch er sich in der eigenen Regierung äußerst unbeliebt machte. Auch Smetona gegenüber kam diese Einstellung wiederholt zum Ausdruck. So etwa in der bei Merkelis überlieferten Aussage des Premiers: „Du bist Präsident, also sei Präsident. Ich aber stehe der Regierung vor und mir gehört die Macht!“⁹⁸ Bronius Kazys Balutis zufolge, der zu jener Zeit litauischer Gesandter in Washington und ein Vertrauter Smetonas war, reagierte Voldemaras auf einen Versuch des Präsidenten, ihn in die Schranken zu weisen, sehr ähnlich (er nannte Smetona wie üblich beim Vornamen): „Antanas, vergiss nicht, du bist nur solange Präsident, wie ich das möchte“.⁹⁹ Auch wesentliche personelle Änderungen in der Regierung führte Voldemaras durch, ohne den Präsidenten zu informieren. Es kam vor, dass Smetona nur aus der Zeitung davon erfuhr.¹⁰⁰ „Voldemaras verfolgte klar das Ziel, dass Smetona nur Präsident sei und

96 Vgl. Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 187; Rudis, Voldemarininkai (wie Anm. 8), S. 5.

97 Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 187 f. Diese Interpretation ist auch zu finden in: Artūras Svarauskas, Mindaugas Tamošaitis: Lietuvos politinių partijų jaunosios kartos radikalėjimas XX a. 4-ame dešimtmetyje [Die Radikalisierung der jungen Generation der politischen Parteien Litauens in den 1940er Jahren], in: Istorija. Lietuvos aukštųjų mokyklų mokslo darbai 68 (2007), S. 43-57, hier S. 45, 50 sowie in: Misiunas, Tendencies (wie Anm. 14), S. 95; Raimundas Lopata: Die Entstehung des autoritären Regimes in Litauen 1926. Voraussetzungen, Legitimierung, Konzeption, in: Erwin Oberländer (Hrsg.): Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944, Paderborn u.a. 2001, S. 95-141, hier S. 128.

98 Merkelis, Smetona (wie Anm. 16), S. 369. Auch zitiert in: Eidintas, Smetona (wie Anm. 90), S. 112. Lopata, Entstehung (wie Anm. 97), S. 130.

99 Merkelis, Smetona (wie Anm. 16), S. 373. Auch zitiert in: Misiunas, Tendencies (wie Anm. 14), S. 103; Eidintas, Smetona (wie Anm. 90), S. 113.

100 Vgl. Algimantas Kasparavičius: The Historical Experience of the Twentieth Century. Autho-

die reale Macht ihm blieb. Smetona konnte dem nicht zustimmen“,¹⁰¹ fasst der Historiker Liudas Truska zusammen. Anlässlich der Unabhängigkeitsfeier hatte Smetona Voldemaras 1928 für seine Verdienste um Litauen noch den litauischen „Großfürst Gediminas-Orden 1. Grades“ verliehen.¹⁰² Der Bruch zwischen den beiden ließ dennoch nicht mehr lange auf sich warten.

Da er sich des Unmuts in den eigenen Regierungsreihen bewusst war, zögerte Voldemaras, 1929 in Genf an der Herbstsitzung des Völkerbundes teilzunehmen. Er reiste zum Präsidenten, der sich gerade in Palanga, einem litauischen Kurort an der Ostsee, aufhielt. Nach einer eingehenden Aussprache verließ der Premier das Land in Richtung Genf mit dem Eindruck, stabile Verhältnisse zu hinterlassen. Dieser sollte sich jedoch nicht bestätigen. In der Schweiz erfuhr Voldemaras aus einer Rigaer Zeitung, dass in Kaunas seine Absetzung sowie die Auflösung des ihm unterstehenden „Eisernen Wolfs“ bevorstand. Ungeachtet einer Einladung zum Abendessen mit dem französischen Außenminister Aristide Briand machte sich Voldemaras eigenen Angaben zufolge am 7. September unverzüglich auf den Weg zurück nach Kaunas. Dort nahmen die Dinge bereits ihren Lauf: Am 19. September nahm der Präsident die Rücktrittsgesuche sämtlicher Minister entgegen; der Premier, der diesen Schritt verweigerte, wurde aus seiner Verantwortung entlassen. Zuvor hatte er bei einer Sitzung des Ministerrats noch mit seinem Einfluss beim Militär gedroht, wurde aber daran gehindert, seine Vertrauensleute zu kontaktieren. Innenminister Musteikis hatte den Präsidentenpalast, in dem sich jene Szenen abspielten, von Polizeieinheiten umstellen lassen.

Kurz nach der Entlassung Voldemaras' veröffentlichte der alte und neue Amtsinhaber, der Landwirtschaftsminister Aleksa, zwei Dokumente. Eines davon trug den Titel „Einige Bemerkungen zum Rückzug Prof. Voldemaras' vom Amt des Premierministers“.¹⁰³ Aleksa nannte darin die angeblichen Gründe für die Entlassung des Premiers: Inkompetenz (insbesondere in Landwirtschaftsfragen), mangelnde Organisationsgabe, Missachtung der Meinungen der anderen Kabinettsmitglieder und des Präsidenten, der Wille, alle wichtigen Staatsangelegenheiten nach seiner eigenen Sicht zu lösen und schließlich allzu großer persönlicher Ehrgeiz.¹⁰⁴ „Es scheint, dass Voldemaras seine Macht gehörig überschätzt und Smetona als politischen Gegner unterschätzt hatte“,¹⁰⁵ folgert Rudis.

Anhänger von Voldemaras projizierten einen historischen Richtungsstreit des späten Mittelalters in diesen Regierungskonflikt hinein: Ende des 14. Jahrhunderts hatte der litauische Großfürst Jogaila (polnisch Jagiełło) die polnische Königstochter Hedwig geheiratet und wurde zum König von Polen gewählt, wo er die Dynastie der Jagiellonen begründete. Die Führung des litauischen Großfürstentums, das dem polnischen Königreich formal unterstellt wurde, überließ er seinem Neffen Vytautas. Vytautas dehnte den Einfluss des Großfürsten-

ritarianism and Totalitarianism in Lithuania, in: Jerzy W. Borejsza (Hrsg.): *Totalitarian and Authoritarian Regimes in Europe. Legacies and Lessons from the Twentieth Century*, New York, NY u.a. 2006, S. 297-312, hier S. 305; Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 190. Eidintas, Smetona (wie Anm. 90), S. 113.

101 Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 190.

102 Ebenda, S. 189.

103 Rudis, Voldemarininkai (wie Anm. 8), S. 9.

104 Vgl. ebenda.

105 Ebenda.

tums bis an das Schwarze Meer aus und vollzog die bereits anstehende Christianisierung der bis dahin heidnisch gebliebenen Litauer. Er erhielt von der litauischen Geschichtsschreibung den Beinamen „der Große“. Jogaila hingegen genießt in der litauischen Historiografie und auch in der litauischen Öffentlichkeit heute keinen guten Ruf.¹⁰⁶ Er wird häufig als „Verräter“ gebrandmarkt, der das Land in die Abhängigkeit von Polen brachte, mit dem Litauen durch die Union von Lublin 1569 nach der Personalunion auch *de facto* vereinigt wurde und mit dem es schließlich den graduellen Niedergang bis hin zum Verschwinden im Zuge der Teilungen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts teilte. In diesem Sinne interpretierten die Gegner von Präsident Smetona diesen als den verräterischen „Jogaila“, den entlassenen Premierminister Voldemaras hingegen als den tapferen, für Litauen sich aufopfernden „Vytautas“.¹⁰⁷

9. Auflösung des „Eisernen Wolfs“ und sein Verhältnis zum Regime nach 1929

Es gelang dem Generalstabschef des „Eisernen Wolfs“ Algirdas Sliesoraitis trotz Mobilisierung von 100 „Wölfen“ nicht, die Entlassung Voldemaras' zu verhindern. Smetona beschuldigte ihn vielmehr, einen Aufstand organisieren zu wollen, und verlangte, dass sich der „Eiserne Wolf“ dem Innenminister Musteikis oder dessen Stellvertreter Brunas Štencelis¹⁰⁸ unterstellen sollte. Sliesoraitis bat daraufhin um die Entlassung aus seinem Amt als Vorsitzender des Generalstabs der Nationalgarde. Zu seinem Nachfolger wurde zunächst Kazys Matulevičius bestimmt, Vorsteher der Provinz Kaunas, und kurz darauf, am 12. Oktober 1929, Štencelis.¹⁰⁹ „Štencelis [war] von deutscher Herkunft und mit einer Jüdin verheiratet. Es ist also verständlich, dass die Leitung des ‚Eisernen Wolfs‘ mit ihrem neuen Vormund nicht zufrieden war,“¹¹⁰ resümierte Smetonas Weggefährte und Biograf Aleksandras Merkelis 35 Jahre später. Štencelis scheiterte, den Führungsauftrag von Seiten der Regierung innerhalb der Garde durchzusetzen.

Rudis zufolge war der Rücktritt von Sliesoraitis nur ein Ablenkungsmanöver, um die (dem ehemaligen Premier) loyalen „Wölfe“ in der Illegalität zu sammeln. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des alten Generalstabs habe er die „Wölfe“ in Kaunas und der umliegenden Provinz zu Voldemaras' persönlicher Garde organisiert, deren Ziel es gewesen sei, diesen wieder an die Macht zu bringen. Da die Aktivitäten Sliesoraitis' bekannt wurden, verbannte der militärische Kommandant Sliesoraitis und einige seiner Anhänger aus der Hauptstadt. In den Reihen des „Eisernen Wolfs“ herrschte Verwirrung. Ein Teil unterstellte sich dem neuen Generalstab unter Štencelis, ein anderer befolgte die geheimen Befehle des offiziell abgetretenen Generalstabs unter Sliesoraitis.¹¹¹

106 Vgl. Eingehend dazu: Alvydas Nikžentaitis: *Vytauto ir Jogailos įvaizdis Lietuvos ir Lenkijos visuomenėse* [Das Vytautas- und Jogailabild in den Gesellschaften Litauens und Polens], Vilnius 2002.

107 Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 193.

108 Nicht zu verwechseln mit Brunonas Štencelis, litauischer Generalkonsul in Wien.

109 Vgl. Rudis, *Voldemarininkai* (wie Anm. 8), S. 10 f.

110 Merkelis, Smetona (wie Anm. 16), S. 374.

111 Vgl. Rudis, *Voldemarininkai* (wie Anm. 8), S. 12 f.

In den beiden bereits erwähnten Dokumenten, in denen Landwirtschaftsminister Aleksa die Gründe für Voldemaras' Entlassung anführte, ging er auch auf den „Eisernen Wolf“ ein: „Die sogenannte Organisation ‚Eiserner Wolf‘ [...] wurde für die höchsten nationalen Ziele gegründet. [...] Doch Prof. Voldemaras, der die Organisation selber leiten wollte, hat alles zunichte gemacht“. Es wird weiter davon berichtet, dass viele unzuverlässige Leute Aufnahme in die Nationalgarde gefunden hätten, die auch in Verbrechen verwickelt gewesen seien. „Es begann mit Verleumdungen, Zerschlagen von Fensterscheiben und Beschmierungen von Schildern. Später kam auch das Verprügeln von Bürgern, das Entehren von jüdischen Gräbern, das Verwüsten von Gütern etc. hinzu. Es wurden freilich nicht alle diese Taten von Wölfen verübt, aber oft waren diese die Folgen ihrer Arbeit“. Des Weiteren ist von Bestechung von Beamten und Polizisten die Rede. „Auf diese Weise erreichte eine Organisation, die gegründet worden ist/war, um Ruhe und Ordnung in das Land zu bringen, dass die Ruhe und Ordnung im Land abzunehmen begann“. Die Schuld wurde dem beseitigten Premier zugewiesen: „All das kam daher, dass es von Prof. Voldemaras [...] organisiert wurde. Er ist unfähig, etwas in Ordnung zu bringen und zu organisieren, obwohl er sehr gerne alles verwalten möchte“.¹¹²

Die endgültige Auflösung der Nationalgarde „Eiserner Wolf“ erfolgte per Dekret des Präsidenten am 24. Mai 1930. Noch im selben Jahr fanden drei Putschversuche durch ehemalige „Wölfe“ statt, die jedoch durch Sicherheitsvorkehrungen der politischen Polizei vereitelt werden konnten.¹¹³ Sliesoraitis stand unter ständiger Beobachtung durch die Polizei.¹¹⁴ Am 24. Juli erfolgte die Verbannung des ehemaligen Regierungschefs aus Kaunas in seine Heimatstadt Plateliai. Viele seiner Anhänger wurden aus Beamtenstellen entlassen oder auf unbedeutende Posten versetzt. Die Zeitschrift des „Eisernen Wolfs“, der „Weg des Volkes“, wurde verboten.¹¹⁵

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs kam der frühere Generalstabschef des „Eisernen Wolfs“ Sliesoraitis in einer anderen faschistisch orientierten Organisation wieder zu Geltung – im Litauischen Aktivistenvorband (*Lietuvių aktyvistų sąjunga*). Unmittelbar nach seiner Wahl zum Generalsekretär des Aktivistenvorbandes erließ Sliesoraitis zwei Befehle. Mit dem ersten ernannte er die Leiter der einzelnen Abteilungen der neu gegründeten Organisation, mit dem zweiten regelte er, wie sich die Mitglieder der Vereinigung zu begrüßen hatten, nämlich mit neben der Schulter erhobener Hand und abgewinkeltem Ellbogen.¹¹⁶ „Es ist wohl nicht weiter nötig zu erklären, was sich im Kopf dieses kleinen, aber sehr ambitionierten Führers abspielte“,¹¹⁷ beurteilt Rudis diese Maßnahme Sliesoraitis', die sich allzu deutlich an den Gepflogenheiten der faschistischen Diktaturen orientierte. Vorwürfe, dass der Litauische Aktivistenvorband mit diesem Gruß die Nationalsozialisten imitiere, beantwortete Sliesoraitis mit einer lakonischen Bemerkung in Richtung der Regierungspartei: „Italiener und Deutsche heben die Hand zur Gänze, [wir] Aktivisten – zur Höhe der Schulter, und die *tautininkai* stecken die Hand in die Tasche“.¹¹⁸

112 Zit. nach: Ebenda, S. 9 f.

113 Vgl. Truska, Smetona (wie Anm. 16), S. 193.

114 Vgl. ebenda, S. 275 f.

115 Vgl. ebenda, S. 193.

116 Vgl. ebenda, S. 206.

117 Ebenda.

118 Zit. nach: Ebenda.

10. Die *voldemarininkai* und die „Jungen *tautininkai*“

In der Spätphase des Smetona-Regimes Ende der 1930er Jahre machte sich in Litauen das Phänomen bemerkbar, dass speziell junge Parteigänger der *tautininkai* eine Opposition formierten, die Smetona übertriebene politische Mäßigung vorwarf. Die parteiinterne Opposition war der Meinung, der Präsident sei bei den politischen Reformen auf halbem Weg stehen geblieben: Oppositionelle Parteien waren zwar offiziell verboten, Schlupflöcher für illegale Aktivität wurden allerdings nicht geschlossen. Auch Smetonas Politik gegenüber den Minderheiten wurde als zu weich empfunden, die Litauer zu wenig bevorzugt. Wegen seiner entgegenkommenden Haltung zu den Minderheiten, wie unter anderem zur jüdischen Bevölkerung, wurde der Präsident manchmal sarkastisch als „Judenkönig“ bezeichnet. Smetona betonte in seinen Reden das Öfteren, dass alle nationalen Minderheiten eingeladen seien, am Aufbau des litauischen Staates mitzuarbeiten.

Die junge regimeinterne Opposition verlangte nun radikale Änderungen im Sinne einer Weiterentwicklung und Verschärfung der Diktatur. Diese Radikalisierung nach rechts brachte auch starke Sympathien für das faschistische Italien mit sich.¹¹⁹ Hand in Hand ging damit häufig der Wunsch, Voldemaras wieder in die Regierung zu berufen. Das Land sollte konsequent autoritär geführt werden. Die teils trotz Verbots verbleibenden politischen Vereine und Organisationen sollten endlich radikal unterdrückt werden, die Rechte der nationalen Minderheiten der Juden, Polen, Deutschen und Russen weitgehend zurückgedrängt und die litauische Nation endlich die alleinige Macht im Lande ausüben.

Nach der Absetzung Voldemaras' als Premier blieb das Netzwerk seiner Verbündeten und seiner Unterstützer im Land bestehen. Ohne dass sich eine geschlossene Bewegung herausbildete, blieben die sogenannten *voldemarininkai* eine diffuse Gruppe von Oppositionellen, die die Polizei neben anderen Gruppierungen und Gemeinschaften, wie Sozialdemokraten, Kommunisten, Christdemokraten, Polen und Juden beobachtete und deren Aktivitäten sie dokumentierte. Machtbasis der Voldemaras-Anhänger war dieselbe wie jene des einstigen Premiers: einflussreiche Kreise beim Militär und ehemalige Mitglieder der aufgelösten Nationalgarde „Eiserner Wolf“. Immer wieder war in Polizeiberichten die Rede von Verschwörungen und Putschplänen gegen Smetona, von denen allerdings nur wenige eine ernsthafte Bedrohung für den Präsidenten darstellten. Sie wurden ausnahmslos verhindert oder unterdrückt.

In teils legalen, teils illegalen Publikationen wurde Propaganda für den Faschismus betrieben,¹²⁰ es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass sich neben diesem ideologischen Bekenntnis auch das Herzstück jeder faschistischen Bewegung, ein gewaltbereiter Wehrverband, formierte, wie es einst der „Eiserne Wolf“ gewesen war. Allgemein blieben die *voldemarininkai* eine nicht sehr straff organisierte Gesinnungsgemeinschaft. So wird in einem Polizeibericht im Dezember 1936 berichtet:

119 Vgl. Artūras Svarauskas: Lietuvos politinės dešinės radikalizacija XX a. Ketvirtajame dešimtmetyje [Die Radikalisierung der politischen Rechten Litauens in den 1940er Jahren], in: *Parlamentostudijos* 7 (2006), online verfügbar: <http://www.parlamentostudijos.lt/Nr7/7-politika-svarauskas.htm> [letzter Zugriff: 18.1.2016].

120 Etwa in der einstigen im Umkreis des „Eisernen Wolfs“ herausgegebenen Zeitschrift „Tautos Kelias“ („Weg des Volkes“), die mit wechselndem Namen weiterbestand.

„In sozialer Hinsicht sind die *voldemarininkai* verstreut, unorganisiert. Ihre Arbeit besteht größtenteils aus regierungsfeindlicher Aktivität einzelner Personen, die Unzufriedenheit mit der Regierung streuen. [...] Sie bauen Beziehungen zur Gesellschaft mit dem Ziel, die Person Voldemaras populärer zu machen. [...] Im Allgemeinen herrscht bei den *voldemarininkai* eine scharfe oppositionelle Einstellung, obwohl sie wie gesagt keine breitere Aktivität entfalten. Ihre Hoffnung ist das Militär.“¹²¹

Auch von (österreichischer) diplomatischer Seite wurde diese diffuse Opposition als „Waldemaras [sic] und sein engerer Parteikreis“ wahrgenommen, der den „baldigen Sturz“ der Regierung Tūbelis erhoffte.¹²²

Bei einer Versammlung der Voldemaras wohlgesonnenen Studentenverbindung „Lietuva“ („Litauen“) im Dezember 1935 etwa bekannte sich der Vorsitzende lautstark zu Voldemaras:

„Jeder, der heute [...] eine staatsfreundliche Gesinnung hat, wird als Verbrecher angesehen. Wieder einmal gerät Litauen in die Nähe der endgültigen Degeneration. [...] Die heutige Ordnung wird nur mühsam mit brutalen Polizeimethoden aufrechterhalten und durch brutale Polizeigewalt wird die Nation zur ethnischen Infiltration gezwungen. Diese ethnische Infiltration dauert an und wir (die Anhänger Voldemaras') müssen wachsam sein und auf die Gelegenheit warten, den wahren Geist des 17. Dezember mit seinem früheren Führer für diese unsterbliche Nation wiederherzustellen.“¹²³

Interessant ist an dieser Rede, dass hier Smetona, der speziell von den *voldemarininkai* als zu gemäßigt beurteilt wurde, von einem Voldemaras-Anhänger brutale Polizeigewalt vorgeworfen wird. Für Skrupellosigkeit und für den exzessiven Einsatz von Gewalt waren viel eher Voldemaras und seine Nationalgarde bekannt. Der übertriebene Einsatz von diktatorischen Methoden und von Gewalt war es auch, der dem Premier Feinde im eigenen Lager eingebracht und schließlich zu seinem Sturz geführt hatte. Der Vorsitzende wurde gemeinsam mit einem anderen Mitglied der Studentenverbindung verhaftet und ins „Exil“ geschickt – so die Bezeichnung für die zeitweilige Verbannung in die Provinz, der typischen Art der Bestrafung durch das Smetona-Regime. Nach dieser Maßnahme flaute die Aktivität der Verbindung ab, die Polizei räumte allerdings ein, dass die oppositionelle Stimmung dort keineswegs erloschen war. Raimundas Lopata spricht von 17 Putschversuchen, die Smetona während seiner Regierungszeit niederschlagen musste.¹²⁴ Nicht jeder davon stellte allerdings eine ernsthafte Bedrohung für das Regime dar.

„Mit der Auflösung und Teilinkorporierung des drei Jahre zuvor geschaffenen Netzwerks in das autoritäre System endete jedoch nicht nur die kalkulierte Ferne der Verbände

121 Bericht über die Tätigkeit oppositioneller Gruppierungen, Dezember 1936, LCVA, f. 378 „Valsitybės saugumo departamentas“ [„Staatssicherheitsabteilung“], ap. 3, b. 4298, 47.

122 Bericht des Gesandten Post an Bundeskanzler Schober, Warschau, 2.10.1929: Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), AdR, BKA/AAng, NPA, Liasse Litauen 1-24, 423-426, hier 425.

123 Bericht über die Tätigkeit oppositioneller Gruppierungen, Dezember 1935, LCVA, f. 378, ap. 3, b. 4298, 59.

124 Vgl. Lopata, Entstehung (wie Anm. 97), S. 137.

zu staatlichen Strukturen, sondern auch ihre dynamische Selbstradikalisierung nach dem Vorbild des italienischen Faschismus“,¹²⁵ resümieren Haslinger und Petronis die Auflösung des „Eisernen Wolfs“ durch das Smetona-Regime. Dem muss insofern widersprochen werden, als, wie in diesem Abschnitt geschildert, ein großer Teil seiner ehemaligen Mitglieder in der Illegalität weiterhin auf Distanz zum Regime blieb.

11. Fazit

Für die Gründung des „Eisernen Wolfs“ wurde anhand der Verbandsstatuten und anderer Dokumente die direkte Vorbildwirkung des italienischen Faschismus nachgewiesen. Als zentraler Mythos fungierte beim „Eisernen Wolf“ der zum Gründervater des mittelalterlichen Litauen stilisierte, heidnische Fürst Gediminas bzw. sein legendärer Traum von einem „Eisernen Wolf“.

Fassen wir Gewalt, Gewaltbereitschaft oder in konkreter Form den Politikstil der Gewalt (Reichardt) als zentrales Merkmal des Faschismus auf, von dem sich seine meisten anderen Charakteristika ableiten lassen, entspricht von den vier hier behandelten Wehrverbänden der „Eiserne Wolf“ deutlich dem Bild eines faschistischen Wehrverbandes. Einschüchterung von politischen Gegnern durch Gewalt sowie die Vergemeinschaftung durch diese Gewalterfahrung waren seine zentralen Aufgaben. Hinzu kam der deutliche, mit nationalen Mythen untermauerte Bezug auf eine nationale Wiedergeburt, Palingenesis (Griffin), die sich im oft gebrauchten litauischen Terminus *atgimusi Tauta* („wiedergeborenes Volk“) ausdrückte, wie auch in der Forderung nach Unterdrückung der Rechte nationaler Minderheiten. Angesichts dieser Hinweise kann hier von einem Wehrverband gesprochen werden, der originär faschistische Überzeugungen und Strukturen aufwies.

Als faschistische Geheimorganisation versuchte der „Eiserne Wolf“ den großen, aber weitgehend überparteilichen Wehrverband der Litauischen Schützenvereinigung zu infiltrieren. Nach seiner Auflösung blieben die ehemaligen Mitglieder des „Eisernen Wolfs“ weitgehend in oppositioneller Haltung zur Regierung Smetona. In der Präsidialdiktatur unter Smetona waren nur wenige Elemente faschistischer Herrschaft entwickelt. Das Regime orientierte sich an der autoritären Mitte, was mit als Grund dafür angesehen werden kann, dass die Integration der *voldemarininkai* beziehungsweise der ehemaligen Mitglieder des „Eisernen Wolfs“ nicht gelang.

Summary

This article is based on research conducted in the collections of the Lithuanian Central State Archives as well as on recent academic literature, particularly literature in the Lithuanian language. It attempts to present a political and, in the sense of Sven Reichardt, a praxeological characterisation of the „Lithuanian National Guard ‚Iron Wolf““. It documents how Italian fascism was a direct inspiration for the foundation of this paramilitary organisation

125 Haslinger, Petronis, „Eiserne Wolf“ (wie Anm. 3), S. 369.

which was modelled both ideologically and structurally on the PNF (Partito Nazionale Fascista) and the paramilitary formations of the *squadristi*.

The article also shows how the political ideology of the Iron Wolf strove for a form of national palingenesis (rebirth) typical of fascist movements. This is evidenced by the retrospective glorification of the Lithuanian Late Middle Ages, the country's Grand Dukes and the myth surrounding the founding of the city of Vilnius, which was under Polish rule during the inter-war period.

The political practice is analysed from two angles: on the one hand, the effects of the Iron Wolf's status as a secret organisation, a status which was upheld until the dissolution of the organisation in 1929; and on the other hand, it looks at the recruitment practice of the organisation and its relations with other paramilitary groups as well as the illegal activities of its former members after it had been dissolved. The portrayal of events at government level clarifies the position of the Iron Wolf within the power configuration of Lithuania's Presidential dictatorship under Prime Minister Augustinas Voldemaras, who stood for a radical nationalist course.

„Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten.“ Die deutsch-sowjetische Umsiedlungsaktion 1939/40

von Claudia Weber

Am 27. Januar 1940 versammelten sich Vertreter des Auswärtigen Amtes (AA), des Oberkommandos der Wehrmacht, der SS, der Sicherheitspolizei (Sipo) und der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) in den Krakauer Diensträumen des Höheren SS und Polizeiführers für das Generalgouvernement, Friedrich-Wilhelm Krüger.¹ Auf der Tagesordnung der dreistündigen Sitzung stand die, wie die NS-Propaganda getönt hatte, „großzügigste Völkerwanderung der Weltgeschichte“, in deren Folge von Dezember 1939 bis zum Frühjahr 1940 rund 125 000 „Volksdeutsche“ – Angehörige der deutschen Minderheit ohne deutsche Staatsbürgerschaft – aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet in das deutsche Besatzungsgebiet umgesiedelt worden waren.² Die letzten Trecks aus Galizien, Wolhynien und dem Narewgebiet hatte Heinrich Himmler, der Reichsführer SS und Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, am Vortag bei eisigen Temperaturen im deutsch besetzten Teil der polnischen Grenzstadt Przemysl begrüßt. Nun, nachdem Himmler und die Pressefotografen des „Schwarzen Korps“, dem Organ der Reichsführung der Schutzstaffeln, wieder abgereist waren, setzten sich die Verantwortlichen noch einmal zusammen. Im Mittelpunkt ihrer Bilanz stand die Kooperation mit dem sowjetischen Bündnispartner, von dem noch viel zu lernen war.

Die deutsch-sowjetische Umsiedlungsaktion 1939/40

Die Umsiedlungsaktion – das deutsche Besatzungsgebiet verließen lediglich ca. 12 000 Personen in Richtung Sowjetunion – war eine der zentralen gemeinsamen Unternehmungen in der Geschichte des deutsch-sowjetischen Bündnisses zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts. Sie gibt Auskunft über die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und sowjetischen Besatzern, die bisher in der Geschichtsschreibung der ersten beiden Jahre des Zweiten Weltkriegs vernachlässigt worden ist. Während die diplomatische Entstehungsgeschichte des deutsch-sowjetischen Bündnisses gut erforscht ist und zahlreiche Studien zu den jeweiligen Besatzungspolitiken vorliegen, ist über die Kooperation der beiden Besatzungsmächte trotz Timothy Snyders einflussreichem Buch „Bloodlands“ wenig bekannt.³ Die Geschichte der Umsiedlungsaktion bietet, wenn sie nicht, wie bisher geschehen, als deutsche oder

1 Bundesarchiv Berlin, R59/311, Volksdeutsche Mittelstelle, Bl. 8-19. Bericht über die Tätigkeit des deutschen Umsiedlungskommandos auf dem Gebiet der Sowjetunion und die Mitwirkung der sowjetischen Regierungsvertreter bei der Aussiedlung der Volksdeutschen vom 28.1.1940.

2 Zur Geschichte der Umsiedlungen siehe: Stefan Döring: Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen in den Jahren 1939 bis 1940, Frankfurt a.M. 2001.

3 Aus der umfangreichen Forschungsliteratur sei stellvertretend verwiesen auf: Bernd Wegener (Hrsg.): Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“, München u.a. 1991; Anna Kaminsky, Dietmar Müller u.a. (Hrsg.): Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer, Göttingen 2011; Ingeborg Fleischhauer: Der Pakt: Hitler,

als sowjetische Besatzungsaktion, sondern in ihrer Wechselbeziehung und Verflechtung als deutsch-sowjetische Kooperation analysiert wird, einen ersten Einblick in die Praxis und Praktiken des Hitler-Stalin-Pakts.

Die vertragliche Grundlage für die Umsiedlungen legte der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag, den Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und sein Amtskollege Außenkommissar Wjačeslav Molotov am 28. September 1939 in Moskau unterzeichneten.⁴ Im vertraulichen Protokoll zu diesem Vertrag, der die neue Grenze definierte und die bilateralen Beziehungen nach der vereinten Vernichtung der Zweiten Polnischen Republik umriss, wurde festgelegt, dass

„die Regierung der UdSSR [...] den in ihren Interessengebieten ansässigen Reichsangehörigen und anderen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen [wird]. Sie ist damit einverstanden, dass diese Umsiedlung von Beauftragten der Reichsregierung im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden durchgeführt wird und dass dabei die Vermögensrechte der Auswanderer gewahrt bleiben.“⁵

Moskau garantierte die freiwillige Ausreise der Volksdeutschen und ließ im Gegenzug die deutsche Regierung erklären „hinsichtlich der in ihren Interessengebieten ansässigen Personen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung [...] eine entsprechende Verpflichtung“ einzugehen.⁶

Das beiderseitige Bestreben, die Bewohner der eroberten polnischen Gebiete auszutauschen, entsprach den Ordnungs- und Raumvorstellungen von Nationalsozialismus und Stalinismus, wobei die erstgenannte Ideologie auf biologisch-völkische Begriffe von Rasse und Abstammung setzte, während für den Stalinismus stets soziale Kriterien und eine ver-

Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939, Berlin u.a. 1990; Jochen Böhrer: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt a.M. 2006; Richard C. Lukas: *Forgotten Holocaust. The Poles under German Occupation 1939–1944*, New York, NY 1997; Stephan Lehnstaedt: *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010; Czesław Madajczyk: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen*, Bonn 1991; Jan T. Gross: *Revolution from Abroad: The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*, Princeton, NJ 2002; Wanda Krystyna Roman: *Die sowjetische Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939 bis 1941*, in: Bernhard Chiari (Hrsg.): *Die polnische Heimatarmee*, München 2003, S. 87-110; Stanisław Ciesielski, Wojciech Materski u.a. (Hrsg.): *Represje sowieckie wobec Polaków i obywateli polskich [Sowjetische Repressionen gegenüber Polen und polnischen Bürgern]*, Warschau 2002; Timothy Snyder: *Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011.

4 Zu den Verhandlungen ausführlich bei: Ingeborg Fleischhauer: *Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Die deutschen Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop in Moskau*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 3 (1991), S. 447-470.

5 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP)*, Serie D (1937–1941), Band VIII, Wiesbaden 1950 ff., S. 128.

6 Ebenda, S. 127-129. Der Text des Vertrages inklusive der vertraulichen und geheimen Protokolle zum Grenz- und Freundschaftsvertrag ist ebenfalls abgedruckt in: Kurt Pätzold, Günter Rosenfeld (Hrsg.): *Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941*, Berlin 1990, S. 260-263.

meintliche oder reale Klassenzugehörigkeit Bevölkerungsverschiebungen legitimierten, die allerdings oftmals ebenso ethnisch motiviert waren.⁷ Nach der Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsvertrages begannen beide Seiten die bevorstehende Aktion zu planen, wozu Mitte Oktober die deutschen Verhandlungsführer nach Moskau reisten; unter ihnen Vertreter des AA und vermutlich der Leiter der VoMi, SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, sowie SS-Brigadeführer Horst Hoffmeyer, ein loyaler Gefolgsmann von Himmler, der bald zum Chef des VoMi-Amtes für die „Sicherung deutschen Volkstums in den neuen Ostgebieten“ aufstieg. Vorsitzender der deutschen Delegation war der in Istanbul geborene Jurist Kurt von Kamphoevener, ein seit 1911 im Dienst des AA stehender erfahrener Diplomat. Kamphoevener, dessen Vater Militärberater am Hof des osmanischen Sultans Abdülhamid II. gewesen war, entstammte einer preußischen Offiziers- und Diplomatenfamilie. Seit 1930 Mitglied der SPD, leitete Kurt von Kamphoevener von 1931 bis 1936 das Referat „Völkerbund“ im AA. Nach Moskau reiste Kamphoevener, der 1940 in die NSDAP eintrat, als Leiter des AA-Referats „Friedensfragen“.⁸

Wer die Deutschen in Moskau empfing, wo und worüber mit wem verhandelt wurde, ist, wie so vieles in der Geschichte des deutsch-sowjetischen Bündnisses, (noch) nicht bekannt. Der problematische Zugang zu den russischen Archiven, insbesondere zum Archiv des Außenministeriums sowie die Vernichtung zahlreicher Akten des „Dritten Reiches“ bei Kriegsende erschweren die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der von der Forschung lange Zeit vernachlässigten Verflechtungsgeschichte in der ersten Phase des Zweiten Weltkriegs. So kann auch über die sowjetische Verhandlungsführung bisher nur gemutmaßt werden. Unterschrieben wurde das Umsiedlungsabkommen von Kamphoevener und, ohne Nennung des Vornamens, von „Litvinov“ als dem Vorsitzenden der sowjetischen Regierungsdelegation. Die naheliegende Frage, ob es sich dabei um den von Stalin Monate zuvor geschassten einstigen Außenkommissar Maksim Maksimovič Litvinov, Molotovs Vorgänger, handelte, ist verschiedentlich und ohne überzeugende Klärung diskutiert worden.⁹ Verhandelte Moskaus Protagonist der außenpolitischen Annäherung an die westeuropäischen Demokratien im Herbst 1939 mit Adolf Hitlers Funktionären? Für diese Vermutung sprechen einige Indizien, ebenso wie es gute Argumente dagegen gibt. Im Mai 1939 musste Litvinov, der aus einer jüdischen Familie stammte und international als Vertreter des Völkerbundes und der Politik der kollektiven Sicherheit gegen Hitler anerkannt war, sein Amt an Molotov abgegeben. In der Geschichtswissenschaft ist der Wechsel im Außenkommissariat als ein Zeichen Stalins an Hitler interpretiert worden, das die Bereitschaft zur gegenseitigen Annäherung signalisierte.¹⁰ Dies ist zweifelsohne zutreffend, weniger aber die Schlussfolgerung, damit

7 Siehe hierzu weiterführend: Ulrike Jureit: *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg 2012; Jörg Baberowski, Anselm Doering-Manteuffel: *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, Bonn 2006.

8 In den 1950er Jahren war Kurt von Kamphoevener Generalkonsul in Istanbul. Bei seiner Vernehmung durch die G-2 gab er an, erst 1942 der NSDAP beigetreten zu sein. Protokoll der Befragung von Kurt von Kamphoevener am 14.8.1945, im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, online unter: <http://www.ifz-muenchen.de/archiv/zs/zs-2066.pdf> [letzter Zugriff: 26.2.2018].

9 Dazu die verschiedenen Beiträge in: Horch und Guck, Themenschwerpunkt: Kriegserklärung an Europa. Der Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen 24 (2015), Nr. 1, darin insbesondere: Sven Felix Kellerhoff: Gestapo und NKVD Seite an Seite, S. 29-31.

10 Zu dieser Diskussion siehe bei: Susanne Schattenberg: *Diplomatie der Diktatoren. Eine Kultur-*

sei Litvinovs politisches Aus besiegelt gewesen. Die antisemitische Säuberungsaktion im Außenkommissariat ging an Litvinov – im Unterschied zu vielen seiner engen Mitarbeiter – vorbei. Er wurde weder verhaftet noch deportiert oder erschossen. Die Mehrzahl der Biografien gab in der Vergangenheit wenig Auskunft über das Leben des Gestürzten, sodass im besten Falle angenommen wurde, Litvinov habe, aus allen Machtzirkeln ausgeschlossen, ein halbwegs unspektakuläres Pensionärsleben außerhalb Moskaus geführt. Allein die während des Krieges, im Jahr 1943, erschienene Biografie des US-Amerikaners Arthur Upham Pope hat darauf verwiesen, dass Litvinov zwar degradiert wurde und von der internationalen Bühne verschwand, nicht aber aus dem Außenkommissariat. Hier rückte er als Leiter des Internationalen Informationsbüros im Zentralkomitee der Partei lediglich in die zweite Reihe, verblieb aber auf einer wichtigen Verbindungsstelle zwischen dem Außenkommissariat und der Machtzentrale im Kreml.¹¹ Darüber hinaus war Litvinov weiterhin Abgeordneter der Stadt Leningrad im Obersten Sowjet und, wie Henry Cassidy süffisant kommentierte, nur „carefully wrapped up and kept on ice for another day“.¹² Litvinov überlebte die Säuberungen, weil er als im Westen anerkannter und gut vernetzter Außenpolitiker wieder nützlich werden konnte und, nach dem deutschen Überfall, als Botschafter in Washington auch wieder wurde. In der Zwischenzeit war er, dessen Schicksal von Stalins Gnaden abhing, nicht untätig. Für seinen Einsatz bei den Verhandlungen mit den Deutschen sprach, dass Litvinov bereits in seiner Zeit als Außenkommissar Erfahrungen mit dem „Dritten Reich“ gemacht und sich nach Hitlers Machtantritt für den Erhalt der so vorteilhaften politischen Beziehungen eingesetzt hatte.¹³ Hinzu kam, dass auch die deutsche Seite im Herbst 1939 einen verdienten Diplomaten alter Schule zum Vorsitzenden bestimmte und nach Moskau entsandte. Mit Litvinov und Kamphoevener, die beide, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten, im Völkerbund aktiv gewesen waren, konnte und sollte die deutsch-sowjetische Aktion in die Tradition der zahlreichen völkerrechtlich sanktionierten „Umsiedlungen“ gestellt werden, die infolge des Ersten Weltkriegs vor allem in Ost- und Südosteuropa zu immensen und teilweise extrem gewaltintensiven Bevölkerungsverschiebungen geführt hatten. Kamphoevener und Litvinov waren Repräsentanten der europäischen Völkerbundpolitik in der Zwischenkriegszeit. Dass nun gerade Litvinov in den frühen 1930er Jahren von Goebbels' Propaganda scharf angegriffen und diffamiert worden war, dürfte die Deutschen in Zeiten, in denen sich Ribbentrop in Moskau „wie unter alten Parteigenossen“ fühlte und Stalin Trinksprüche auf Hitler ausbrachte, wenig gestört und für Stalin lediglich eine pikante Note dargestellt haben.¹⁴ Gegen die Vermutung, dass Litvinov mit dem ehemaligen Außenkommissar identisch war, sprechen allerdings Fotos, die in der deutschsprachigen Besatzungspresse im Generalgouvernement erschienen und auf denen der Vorsitzende der sowjetischen Regierungsdelegation keinerlei Ähnlichkeit mit Maxim Litvinov auswies.

geschichte des Hitler-Stalin-Pakts, in: Osteuropa 59 (2009), H. 7-8, S. 7-31, hier S. 10 f.; Donal O'Sullivan: The Role of the Narkomindel in Formulation and Implementation of Soviet Foreign Policy 1939–1941, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 3 (1999), H. 1, S. 115-136, hier S. 116, 127.

11 Arthur Upham Pope: Maxim Litvinoff, New York, NY 1943, S. 458 f.

12 Henry C. Cassidy: Moscow Dateline, Boston, MA 1943, S. 64.

13 Gustav Hilger: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt a.M. 1964, S. 214-260.

14 Schattenberg, Diplomatie der Diktatoren, (wie Anm. 10), S. 25-27.

Ohnehin dienten Kamphoevener und Litvinov nur als Fassade. Die operative Leitung der Umsiedlungsaktion oblag dem NKVD und der SS, wie Kamphoevener nach Kriegsende gegenüber dem US-Militärgeheimdienst G-2 bestätigte. „On his commission“, so Kamphoevener über die Verhandlungen in Moskau, „were various representatives of government agencies including Himmler’s Volksdeutsche Mittelstellen. The Russian Commission was headed by ‚Mali‘ Litvinov [sic] although the real power was held by the GPU representative, and later Lt. Gen. Moslenikov [sic].“¹⁵ Am 3. November 1939 informierte das Auswärtige Amt über den Abschluss des Umsiedlungsvertrages, der am 16. November unterzeichnet werden konnte. Im Einzelnen regelte es die Zuständigkeiten, den Ablauf und die Organisation der Umsiedlungsaktion, die zum 1. März 1940 abzuschließen war. In den Artikeln wurde beispielsweise festgelegt, welches Hab und Gut Umsiedler mitführen durften: Kleinvieh und zwei Pferde, wenn die Überführung im Treck erfolgte, Geldmittel, Edelmetalle und Waffen waren strikt verboten. Über das zurückgelassene Vermögen sollten Listen angelegt werden, die der geplanten Entschädigung der Umsiedler dienten, die mittels eines zwischenstaatlichen Ausgleichs erfolgen sollte. Für Moskau kam weder die Entschädigung noch ein zwischenstaatlicher Ausgleich infrage, sondern nur, wie Stalin in Art. 9 festhalten ließ, die vollständige und ersatzlose Enteignung: „Das nach der Aussiedlung zurückbleibende Vermögen fällt unter staatlichen Schutz und Verfügungsgewalt der Seite, auf deren Gebiet es zurückgelassen ist.“¹⁶ Art. 10, in dem „die vertragschließenden Seiten [...] die Möglichkeit eines endgültigen Ausgleichs der gegenseitigen Vermögensansprüche auf Grund einer gegenseitigen Aufrechnung der Werte des zurückgelassenen Gutes in globalen Summen nicht [ausschlossen, sic; C. W.]“, war mehr als vage formuliert und wurde vom folgenden Wortlaut völlig entwertet. Denn „in diesem Fall“, lautete dieser, „können Vermögensansprüche sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite nur bezüglich solcher Vermögen und Unternehmen einbezogen werden, die nach den Gesetzen des Landes, in dem sie sich befinden, im Eigentum privater Personen stehen können.“¹⁷ Der „Ausgleich der gegenseitigen Vermögensansprüche“ kam nicht zustande.

„Die Sowjets“, hieß es im Bericht einer deutschen Umsiedlungskommission aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, „verweigerten verschiedentlich die Ausstellung von Vermögenslisten von solchen enteigneten Fabrikanten. In der Verhandlung mit dem Hauptregierungsvertreter wird darauf hingewiesen, dass die Vermögenslisten von uns deshalb benötigt werden, weil die Fabrikanten im Reich entschädigt werden sollen. Völlige Verständnislosigkeit und ungläubiges Lächeln mit dem Bemerkten: ‚Lasst sie doch arbeiten!‘“¹⁸

Die von den Deutschen verlangten Entschädigungsleistungen sollten, der nationalsozialistischen Rassenideologie folgend, allerdings nur für „Volksdeutsche“ gelten und keinesfalls für

15 Protokoll der Befragung von Kurt von Kamphoevener am 14.8.1945 (wie Anm. 8).

16 Hellmuth Hecker: Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt a.M. 1971, S. 105-119.

17 Ebenda.

18 Bundesarchiv Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle R 59/309, Bl. 1-67. Tätigkeitsberichte deutscher Gebietsbevollmächtigter der Umsiedlungsaktion.

die polnische Bevölkerung oder andere Volksgruppen, die ebenfalls zwischen den Besatzern ausgetauscht wurden und deren Lebensgrundlage den Deutschen ebenso gleichgültig war wie den Sowjets.

Abschnitt Zwei (Art. 6-10) des Abkommens vom November regelte die personelle Zusammensetzung der gemischten deutsch-sowjetischen Umsiedlungskommission, die aus zwei Unterkommissionen bestand, einer sowjetischen und einer deutschen. Die operative Leitung oblag den jeweiligen Hauptbevollmächtigten, die auf dem Territorium des Verbündeten tätig wurden, während im eigenen Besatzungsgebiet Hauptregierungsvertreter eingesetzt waren. Den Hauptbevollmächtigten und Hauptregierungsvertretern, die gemeinsam von einem zentralen Standort aus die Umsiedlungen organisierten, waren zwei Stellvertreter, Gebietsbevollmächtigte und Gebietsregierungsvertreter, Ortsbevollmächtigte und Ortsregierungsvertreter, ebenfalls mit ihren Stellvertretern, an die Seite gestellt. Art. 13 (Abschnitt III „Organisation der Umsiedlung“) nannte folgende Standorte der Hauptbevollmächtigten, bzw. der Hauptregierungsvertreter „auf dem Gebiet des Reiches die Städte Cholm (Chełm) und Jaroslau (Jarosław)“ und „auf dem Gebiet der UdSSR die Stadt Luzk“ (Łuck). Die Standorte der deutschen Gebietsbevollmächtigten auf dem sowjetischen Gebiet waren Bielsk-Podlasky (Bielsk Podlaski), Luzk (Łuck), Stanislaw (Stanisławów), Kostopol (Kostopol), Wladimir-Wolynski (Włodzimierz Wołyński), Lemberg (Lwów), Stryj (Stryi); die der sowjetischen Gebietsbevollmächtigten auf deutschem Gebiet Biala (Biała), Cholm (Chełm), Grubieszow (Hrubieszów), Jaroslau (Jarosław), Belgoraj (Biłgoraj), Sanok (Sanok), Lisko (Lesko), Neusandez (Nowy Sącz), Warschau (Warszawa) und Lodz (Łódź).¹⁹ In einem Zusatzprotokoll wurde festgelegt, dass der deutsche Gebietsbevollmächtigte in Lemberg gleichzeitig Stellvertreter des deutschen Hauptbevollmächtigten im sowjetischen Besatzungsgebiet war. Dementsprechend konnte die sowjetische Seite dort einen Stellvertreter ihres Hauptregierungsvertreters ernennen. Gleichzeitig war sie befugt, an einem der Standorte auf deutscher Seite (außer den Städten Cholm und Jaroslau) ebenfalls einen Stellvertreter des Hauptbevollmächtigten einzusetzen. Art. 17 des Umsiedlungsabkommens legte schließlich folgende Grenzübergangsstellen fest: Nowogrod (Nowogród), Sniadowo (Śniadowo), Tschizow (Czyżew), Simjatice (Siemiatycze), Brest-Litowsk (Brześć), Jagodin (Jagodzin), Uszilug (Uściług), Ljubyscha (Lubycza Królewska), Przemyśl (Przemyśl), Olchowzew (Olchowce).²⁰

Institutionen und Akteure

Das deutsche Interesse, die „größtzügigste Umsiedlungsaktion der Weltgeschichte“ in wenigen Monaten erfolgreich abzuwickeln, war groß. Die Definition dessen, was als Erfolg zu betrachten war, folgte den Raum- und Rassekonzepten, die Hitler in seiner berühmten „ethnopolitischen“ Rede am 6. Oktober 1939 bekräftigt hatte. Darin sah Hitler die wesentlichen Aufgaben, die sich durch den „Zerfall des polnischen Staates“ stellten, in der „Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird“ sowie in der „Herstellung einer neuen Ordnung der ethnographischen

¹⁹ Hecker, Umsiedlungsverträge (wie Anm. 16), S. 105-119.

²⁰ Ebenda.

Verhältnisse“, die über die „Umsiedlung der Nationalitäten“ erreicht werden würde.²¹ Am darauffolgenden Tag, dem 7. Oktober 1939, beauftragte er seinen Reichsführer SS, Himmler, mit der Durchführung dieser Aufgabe, die Himmler umgehend dazu nutzte, den eigenen Machtbereich auszudehnen. Sehr zum Unmut seiner zahlreichen Konkurrenten war Himmler befugt, sich zur „Umsiedlung der deutschen Bevölkerungssplitter“ aller vorhandenen „Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sowie der sonstigen öffentlichen Körperschaften und der bestehenden Siedlungsgesellschaften“ zu bedienen, und machte von diesem Recht weithin Gebrauch.²² Als Erstes streckte er seine Hände nach der VoMi aus, der er per Erlass vom 30. Oktober 1939 die operative Leitung überantwortete. Die im Jahr 1937 zur allseitigen, so auch zur finanziellen Unterstützung der deutschen Minderheiten im Ausland gegründete VoMi war eine von SS-Obergruppenführer Werner Lorenz geleitete und frühzeitig mit zahlreichen SS-Mitgliedern besetzte Behörde zur Umsetzung der nationalsozialistischen Volkstumspolitik.²³ Im Zuge der Umsiedlungsaktionen übernahmen enge Gefolgsleute Himmlers, die sich, wie Horst Hoffmeyer, zu „Fachexperten“ emporgearbeitet hatten, wichtige Schlüsselpositionen. Im Juni 1941 wurde die VoMi schließlich zu einem SS-Hauptamt, das Reichsführer Himmler direkt unterstellt war. Die VoMi war der zentrale Akteur der nationalsozialistischen Umsiedlungsaktionen, obschon auch Himmlers Konkurrenten im Reichsfinanzministerium, im Reichsgesundheitsministerium, im Deutschen Roten Kreuz und vor allem innerhalb der Zivilverwaltung im Generalgouvernement weiterhin im Spiel blieben.²⁴

Auf der sowjetischen Seite waren weitaus weniger Akteure beteiligt. Die Rollen waren eindeutig verteilt. Offiziell fiel die Umsiedlungsaktion in die Zuständigkeit von Molotovs Außenkommissariat. Tatsächlich hielt Lavrentij Berijas NKVD alle Fäden in der Hand. Wie aus den Tätigkeitsberichten der deutschen Umsiedlungskommandos hervorging, waren die sowjetischen Regierungsvertreter „durchweg NKVD-Offiziere, die eigens für diese Aufgabe instruiert und abgestellt“ wurden.²⁵ Das war nicht überraschend, schließlich handelte es sich bei der Umsiedlungsaktion um eine Operation, die in einem Grenzgebiet und somit in einer für Moskau sicherheitspolitischen Gefahrenzone *per se* ablaufen sollte. In den von den Truppen des NKVD von jeher kontrollierten Grenzzonen überwogen die Sicherheits- und Abwehrinteressen, dort gipfelte aber auch die Feindparanoia des Stalinismus, die ihren

21 Michael Wildt: „Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“. Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe 3 (2006), H. 1, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2006/id=4759>, Druckausgabe: S. 129-137.

22 Erlass des Führers und Reichskanzlers zur Festigung des deutschen Volkstums, 7.10.1939, in: www.1000dokumente.de. 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert [letzter Zugriff: 26.1.2018].

23 Zur Geschichte der VoMi siehe Vladis O. Lumans: *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933–1945*, Chapel Hill, NC u.a. 1993.

24 Kathleen Kemmler: *Das Deutsche Rote Kreuz als Akteur während der Umsiedlungsaktionen der „Volksdeutschen“ von 1939 bis 1940 in Danzig-Westpreußen und dem Wartheland*, unveröffentl. Masterarbeit an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt a.d. Oder, Januar 2017.

25 Bundesarchiv Berlin, R59/311, *Volksdeutsche Mittelstelle*, passim. Berichte über die Tätigkeit des deutschen Umsiedlungskommandos auf dem Gebiet der Sowjetunion und die Mitwirkung der sowjetischen Regierungsvertreter bei der Aussiedlung der Volksdeutschen vom 28.1.1940.

Niederschlag in der ständigen Ausweitung der Grenzzone sowie in der harschen Kontrolle und permanenten Repression ihrer Bewohner fand.

Die straffe zentrale Organisation auf der sowjetischen Seite imponierte Himmlers Umsiedlungsexperten von Beginn an, während sie das deutsche Zuständigkeitswirrwarr für die teilweise chaotischen Zustände in den Auffanglagern verantwortlich machten. So klagte Hoffmeyer auf der Konferenz am 27. Januar, dass die deutschen Mitarbeiter als „höchste und hohe Beamte ja zugleich auch andere wichtige Aufgaben als die Umsiedlung durchzuführen“ hatten. Die „sowjetischen Regierungsvertreter auf der Gegenseite“, empfahl Hoffmeyer laut Sitzungsprotokoll, würden dagegen „ganz anders arbeiten. Hier, wurde Hoffmeyer wiedergegeben, „sei ein sowjetischer Apparat vorhanden, der nur für die Umsiedlung“ da war. „Haupt-, Gebiets- und Ortregierungsvertreter hätten nur die eine Aufgabe, sich der deutschen Aussiedlung zu widmen, die deutschen Maßnahmen zu ermöglichen [...] aber auch die Interessen der Sowjetunion wahrzunehmen. Sie seien genau über jeden Einzelvorgang unterrichtet und hätten fortlaufend genaueste Übersicht über das gesamte deutsche Personal, über die Entwicklung der Personen- und Vermögensregistrierungen, über Aufenthalt und Tätigkeit der Mitglieder des deutschen Kommandos, aber auch aller von diesen zur Mitarbeit herangezogenen volksdeutschen Helfer.“²⁶ SS-Mann Hoffmeyer schien vom sowjetischen Modell beeindruckt. Gleichzeitig blieb ihm nicht verborgen, dass die sowjetischen Vertreter im deutschen Besatzungsgebiet nur mit einem auffallend „geringfügigen Interesse“ an ihre Arbeit gegangen waren. Auf der Abschlusskonferenz im Januar häuften sich die Klagen der Besatzungsverwaltung über das Phlegma der sowjetischen Umsiedlungskommandos. Aus dem westgalizischen Jaroslau, wo acht NKVD-Mitglieder vor Ort waren, hieß es, dass trotz

„äußerst entgegenkommender Bereitstellung von Wohn- und Diensträumen [...] und allen erwünschten Hilfsmitteln [...] von einer intensiveren Tätigkeit bisher nichts zu bemerken [sei]. In andere Orte und auf das Land hinauszufahren, lehnen sie [die Sowjetvertreter; C.W.] im Hinblick auf die Schneeverhältnisse und die Witterung ab. Der Gesamteindruck: ungewandt und mangelndes Interesse. Richtlinien scheinen zu fehlen.“²⁷

Der Gleichmut, mit dem die sowjetischen Akteure die Umsiedlungsaktion eher verhinderten, mochte tiefsitzende Ressentiments bestätigen, die in den deutschen Berichten zahlreich vorhanden waren. Klagen über die „typische“ sowjetische Mangelwirtschaft waren ebenso verbreitet. Tatsächlich fehlten – wie in der gesamten Sowjetunion – Schreibmaterialien, amtliche Vordrucke, Arbeits- und Transportmittel. Dennoch erklärten die Ressentiments und herabwürdigenden Stereotype nicht das mangelnde Interesse, das politisch motiviert war. So wie die ethnische und soziale „Neuordnung“ fester Bestandteil der stalinistischen Sowjetisierungsstrategie in allen neu gewonnenen Gebieten des Imperiums war, so gering blieb das Verlangen Moskaus tausende „Blutsbrüder“, Ukrainer und Belarussen, zusätzlich aus dem deutschen Besatzungsgebiet aufnehmen, erfassen und „gegebenenfalls“ verhaften oder deportieren zu müssen. Warum auch, wo doch die besetzten Gebiete ohnehin schon im Chaos der Sowjetisierung versanken?

26 Ebenda.

27 Ebenda, hier Bl. 38.

„Man kann nicht sagen“, konstatierte der deutsche Stadtkommissar der Grenzstadt Sanok, „dass sich die Russen große Mühe gegeben haben, viele Menschen von hier fortzubringen. [...] Ich hatte den Eindruck, dass die russische Delegation Anweisungen erhalten hatte, so wenig wie möglich Menschen aus diesem Gebiet hinauszuziehen. [...] Einmal soll der Gebietsbevollmächtigte habe durchblicken lassen, dass er auf Ukrainer keinen Wert lege, da sie sowohl den Russen als auch den Deutschen Schwierigkeiten machten.“²⁸

Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit

Die Umsiedlungsaktion im Winter 1939/40 war ein erschreckendes Beispiel für die deutsch-sowjetische Kollaboration zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts, gerade weil sie über die Zusammenarbeit zwischen dem stalinistischen NKVD und der nationalsozialistischen SS/SiPo informiert. Lange Jahrzehnte erschien der Gedanke an diese Zusammenarbeit unmöglich, unerhört oder im geringsten Fall sensationell. Ungeschehen wurde sie damit nicht, sondern nur verdrängt in einer Historiografie, die, aus freilich guten Gründen, ausgehend vom nationalsozialistischen Vernichtungskrieg in der Sowjetunion den Fokus auf die deutsch-sowjetische Gegnerschaft legte, während die Jahre des Bündnisses in den Hintergrund traten. Die Erkenntnis, dass NS-Täter wie Otto Wächter oder Hoffmeyer vor 1941 mit Vertretern der sowjetischen Regierung und dem NKVD „Hand in Hand“ arbeiteten und diese Zusammenarbeit als richtungweisenden Erfolg bezeichneten, ist erschreckend. Umso mehr, wenn Berichte und Protokolle zeigen, wie pragmatisch und unaufgeregt diese Arbeit vorstättenging. Die Verhandlungen und die gemeinsamen Arbeitstreffen, die gelegentlich unter dem Sammelbegriff geheimnisumwitterter „NKVD-Gestapo-Konferenzen“ firmieren, waren für die deutschen und die sowjetischen Teilnehmer weniger spektakulär als für die nachgeborenen Historikergenerationen. Sie waren, der Logik des Paktes folgend, schlichtweg erforderlich, um den „reibunglosen“ Ablauf der gemeinsamen Aktionen zu gewährleisten. „Dinge“ mussten besprochen werden und danach wurde häufig auch gemeinsam gegessen und getrunken. Der Zynismus, der den lakonischen Worten beigegeben ist, mag provokant erscheinen und soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beide Seiten des speziellen Charakters ihrer Zusammenarbeit bewusst waren. SS-Mann Hoffmeyer wusste, dass er mit „Bolschewiken“ an einem Tisch saß, die ideologische Gegnerschaft aber in den Hintergrund zu treten hatte. Aufgehoben war sie, wie unter anderem aus dem AA stets betont wurde, zu keinem Zeitpunkt des Pakts. Exemplarisch für den „verordneten Umgang“ war etwa die Mitteilung, die der Staatssekretär im AA, Ernst von Weizsäcker, den deutschen Botschaften nach der Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsvertrages am 28. September machte. Darin bezeichnete von Weizsäcker die „deutsch-russischen Abmachungen“ als eine „säkulare Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Sinne endgültiger Wiederaufnahme historischer Freundschaft. Ideologien der beiden Länder“, so der Staatssekretär, „bleiben gewahrt und von Vereinbarungen völlig unberührt.“²⁹

28 Ebenda, Blatt 45-47, Bericht des Stadtkommissars von Sanok an den Gouverneur des Distrikts Krakau vom 29.2.1940, hier Blatt 47.

29 Vgl. Pätzold, Rosenberg (Hrsg.), Sowjetstern und Hakenkreuz (wie Anm. 6), S. 264.

Das Misstrauen, das die Verbündeten nicht ablegten, beeinflusste die Umsiedlungsaktion, in deren Verlauf die SS mit großem Kommando in die Sowjetunion reiste, während Berijas NKVD im Generalgouvernement arbeitete. Beide begegneten dieser Tatsache mit Unbehagen und einem strengen wie allgegenwärtigen Überwachungssystem. So berichtete Alfred Karasek, ein bekannter Volkskundler und überzeugter Nationalsozialist, der als Gebietsbevollmächtigter dem „Umsiedlungskommando Wolhynien“ der VoMi angehörte, über seine „Gegenspieler“ [sic]:

„Was uns zuerst in Sowjetrußland begegnete, war restloses Misstrauen. Keiner unserer Schritte blieb unbewacht. Unsere Bewegungsfreiheit war auf das Mindeste eingeschränkt. [...] Für den Verkehr mit uns waren ihnen genaue Weisungen erteilt worden. Dies ergab sich vor allem aus den oft wortkargen Antworten auf bestimmte Beschwerden oder Fragen [...]. Dass die Regierungsvertreter vor ihrem Zusammentreffen mit uns eingehend geschult waren, haben übrigens einzelne von ihnen unumwunden zugegeben.“³⁰

Auch die deutschen Umsiedlungskommandos reisten nicht ohne Schulung in die Sowjetunion. Ihre Teilnehmer wurden schon vor der Unterzeichnung des Abkommens in Berlin, im sogenannten Friesenhaus am Reichssportfeld, dem heutigen Olympiapark, zusammengefasst. Insgesamt unterzogen sich im dortigen Lager mehrere hundert Personen verschiedenen Lehrgängen und der obligatorischen Einkleidung. Die Mehrzahl von ihnen, die zahlreichen DRK-Helferinnen, Ärzte und zukünftigen Lagerkommandanten waren für den Empfang der „Volksdeutschen“ an den Grenzübergängen und ihre Versorgung in den bald 47 Auffanglagern vorgesehen.³¹ Sie reisten nach Łódź, wo mit einer geplanten Kapazität von 40 000 Volksdeutschen das Aufnahmезentrum der Umsiedlungsaktion entstand. Das ausgesuchte SS-Personal war dagegen für den Einsatz im sowjetischen Besatzungsgebiet bestimmt und wurde u.a. von Hoffmeyer persönlich unterrichtet, der anwies, die Augen und Ohren offen zu halten, die „Schnauze“ aber „zu“, wie ein Teilnehmer berichtete.³²

Nach langen Verzögerungen – als Abreisetermin war ursprünglich der 12. November 1939 angekündigt – verließ das Umsiedlungskommando am 28. November den Berliner Bahnhof Charlottenburg und reiste über Krakau nach Przemysł, wo Hoffmeyer den Tross erwartete.³³ Anstatt die Mannschaften aber in den sowjetisch besetzten Teil über den Fluss San zu begleiten, informierte Hoffmeyer über Verzögerungen, da die sowjetische Seite Nachverhandlungen forderte. „Man spricht“, so SS-Untersturmführer Heinz Brückner, der als VoMi-Mitarbeiter dem Kommando angehörte, „von 2-10 Tagen, die wir voraussichtlich noch in Przemysł sein werden. Erst Kasernenunterbringung erwogen. Da dreckig, bleiben die Teilnehmer im Zug wohnen.“³⁴ Am darauffolgenden Tag, einem bitterkalten 1. De-

30 Bundesarchiv Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle R 59/302, Bl. 43-45, Tätigkeitsbericht des Gebietsbevollmächtigten Karasek.

31 Markus Leniger: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1933–1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006, S. 95-99.

32 Bundesarchiv Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle R 59/309, passim. Tagebuch SS-Untersturmführer Heinz Brückner.

33 Ebenda.

34 Ebenda.

zember, beobachtete SS-Mann Brückner dann die Ankunft einer sowjetischen Delegation: „Um 14 Uhr Eintreffen der Sowjetkommission zur Verhandlung. Verhandeln, verhandeln, verhandeln! Immer neue Schwierigkeiten. Tag der Abreise steht noch nicht fest.“³⁵

Welche „neuen Schwierigkeiten“ Hoffmeyer mit der sowjetischen Delegation verhandelte, ist nicht bekannt. Womöglich verzögerte sich nur die Zusammenstellung der sowjetischen Mannschaften, die aus verschiedenen Regionen und Dienststellen kamen und überprüft, instruiert sowie an ihre Einsatzorte transportiert werden mussten. Dem Völkischen Beobachter zufolge stieß sich die sowjetische Seite an der personellen Stärke des deutschen Kommandos von 450 Mitgliedern.³⁶ Diese wurde im Laufe der Verhandlungen auf 300 reduziert, die zurückgewiesenen 150 Personen blieben als „Reserve“ im Generalgouvernement. Fünf Tage nach der Ankunft der Delegation in Przemysł erschien am 6. Dezember 1939 in der Berliner Ausgabe des Völkischen Beobachters ein Artikel, der für den Abend das Eintreffen einer sowjetischen Regierungsdelegation in Krakau („Sowjetabordnung kommt nach Krakau“) zu „Vorbereitungen über die Umsiedlungsaktion“ ankündigte.³⁷ Auch dieser Artikel verriet nichts über die Inhalte, aber er nannte die wichtigsten Delegationsmitglieder:

„Die sowjetrussische Delegation wird geführt von dem Präsidenten der Kommission, Litwinov, Leiter der Westabteilung des Außenkommissariats der UdSSR, dem Divisionsgeneral Maslennikov, Mitglied des Obersten Sowjets und stellvertretender Volkskommissar des Innenkommissariats sowie dem Ministerialdirigenten im Außenkommissariat Arkadev.“³⁸

Abermals erschien der Name Litwinov ohne Angaben zum Vor- und Vatersnamen, diesmal aber um die Angabe ergänzt, dass es sich um den Leiter der Westabteilung im Außenkommissariat handele. Mit Ivan Maslennikov, den Kamphoeverer nach dem Krieg als eigentlichen Chef der sowjetischen Regierungskommission bezeichnete, und Dmitrij Arkadev reisten weiterhin zwei hochrangige NKVD-Funktionäre in die „Hauptstadt“ des deutschen Generalgouvernements. Maslennikov, Berijas Experte für „verdeckte Operationen“, war Ende der 1920er Jahre in den Dienst des NKVD eingetreten. Dort bewährte er sich als Chef der Grenztruppen und wurde nach einer zusätzlichen Ausbildung an der prestigeträchtigen Frunze-Akademie, der militärischen Kadernschule in Moskau, von Berija im Februar 1939 zum stellvertretenden Volkskommissar und zum Leiter der NKVD-Grenztruppen als auch der NKVD-Truppen im Landesinneren ernannt. In dieser Funktion kommandierte Maslennikov, den Zeitgenossen als „hart und manchmal unbarmherzig, rücksichtslos“ beschrieben,³⁹ den Einsatz der NKVD-Spezialtruppen nach dem Einmarsch in Polen im September 1939, die Verhaftung und Deportation tausender polnischer Staatsbürger, einschließlich der polnischen Militärangehörigen, die später den berüchtigten Massenerschießungen von Katyń zum Opfer fielen. Zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes war Maslennikov Berijas verlässlicher Koordinator des NKVD-Terrors in der Westukraine und in Westbelarus und stieg in den inneren

35 Ebenda.

36 Bundesarchiv Berlin, R 69/517, Bl. 001, Sonderbericht im Völkischen Beobachter Nr. 40 v. 1940.

37 Völkischer Beobachter v. 6. Dezember 1939 (Berliner Ausgabe).

38 Ebenda.

39 K.A. Veršin:in: Četvertaja vozdušnaja [Die vierte Luftarmee], Moskau 1975, S. 162.

Zirkel des NKVD-Chefs auf. Nach dem Sturz des Patrons im Zuge der Entstalinisierung beging Maslennikov, der heute noch als sowjetischer Kriegsheld verehrt wird, im Jahr 1954 Selbstmord. Auch der dritte Gast im Generalgouvernement, NKVD-Generalmajor Arkadev, war im Dezember 1939 bereits ein erfahrener Geheimdienstler und nicht, wie der Völkische Beobachter falsch informierte, Ministerialdirigent im Außenkommissariat. In der Hierarchie stand Arkadev als Leiter der NKVD-Abteilung für Eisenbahn- und Schiffstransporte deutlich unter Maslennikov. Arkadev gehörte zu den Exekutoren des Besatzungsterrors, seine Truppen organisierten die Vertreibungen, Verschleppungen und Deportationen und schließlich im Frühjahr 1940 den Abtransport der polnischen Kriegsgefangenen aus den Sonderlagern des NKVD an die Erschießungsorte, unter anderem nach Katyń.

Als der Sonderzug mit Litvinov, Maslennikov und Arkadev am 6. Dezember auf dem Krakauer Bahnhof einfuhr, stand mit Josef Bühler kein Geringerer als der Amtschef von Generalgouverneur Hans Frank am Bahnsteig zum Empfang bereit. Bühler war dessen rechte Hand, er stillte Franks Hunger auf Kunstschatze, sorgte für das annehmliche Leben auf der Krakauer Burg und kümmerte sich zunehmend mehr um das dreckige Tagesgeschäft: die Vernichtung der polnischen und der jüdischen Bevölkerung. Während Maslennikov und Arkadev die Massenerschießungen von Katyń durchführten, organisierte Bühler, der 1948 in Polen hingerichtet wurde, im Frühjahr 1940 die nationalsozialistische „Allgemeine Befriedungsaktion“ – eine brutale Massenvernichtungsaktion der polnischen Elite und Bevölkerung – und war im Januar 1942 einer der Teilnehmer an der berüchtigten Wannsee-Konferenz zur „Endlösung“ der Judenfrage. Im Dezember 1939 begleitete Bühler die Gäste der sowjetischen Regierungsdelegation direkt auf die Krakauer Burg, wo im Festsaal ein feierlicher Empfang stattfand. Nach einem ebenso feierlichen Abendessen pries Frank, erfüllt vom Erfolg der Verhandlungen, die er nicht geführt hatte, die deutsch-sowjetische Freundschaft und das Regierungsabkommen in den höchsten Tönen als dem

„großen Gedanken unseres Führers [entsprechend; C. W.], den Deutschen, die bisher verstreut in der Welt lebten, wieder eine gemeinsame Heimat zu geben, und zugleich dem erklärten Wunsch des Lenkers der Sowjetunion [entsprechend; C. W.], den früher von Polen unterjochten slawischen Minderheiten den Weg freizumachen, damit sie sich mit ihren Blutsverwandten vereinigen können.“⁴⁰

Das Abendessen auf der Krakauer Burg war der symbolische Höhepunkt im Besuchsprogramm der sowjetischen Delegation. Aufschlussreicher im Hinblick auf die konkreten Verhandlungen waren die weniger öffentlichen Treffen. Während Frank für Pomp and *Circumstance* zuständig war, fanden die entscheidenden Gespräche zwischen der SS, dem Sicherheitsdienst (SD) und dem NKVD zum einen während des erwähnten Aufenthalts in Przemyśl statt, wo Hoffmeyer gemeinsam mit dem Distrikt-Gouverneur von Krakau, SS-Brigadeführer Otto Wächter, verhandelte. Wie der Völkische Beobachter informierte, hatte auch Wächter die sowjetische Delegation am 1. Dezember 1939 in Przemyśl in Empfang genommen. Nicht minder bemerkenswert war das Treffen nach dem Festempfang, das der Völkische Beobachter als „kurzen Ausflug in die Berge der Hohen Tatra“ verkaufte.⁴¹ Aller-

40 Vgl. Pätzold, Rosenberg (Hrsg.), Sowjetstern und Hakenkreuz (wie Anm. 6), S. 280.

41 Völkischer Beobachter v. 9. Dezember 1939 (Berliner Ausgabe).

dings erfuhren die Leser nicht, was die Leser der Besatzungspresse, konkret der Warschauer Zeitung, im Generalgouvernement erfuhren: Die sowjetische Delegation unternahm keinen harmlosen Ausflug in die Berge, sondern reiste nach Zakopane, einen zweifelsohne beliebten Winter- und Skiferienort, in dem noch vor Kriegsbeginn, im Februar 1939, die Nordischen Skiweltmeisterschaften stattgefunden hatten.⁴² Zakopane war allerdings auch ein wichtiger Militärstützpunkt. Während der deutschen Besatzung befand sich dort eine Kaderschmiede des SD und der SiPo, in der Deutsche, vor allem aber kollaborationswillige Ukrainer, Polen, Slowaken und Belarussen in mehrmonatigen Lehrgängen sowohl nachrichtendienstlich als auch in Folter- und Verhörmethoden unterrichtet wurden.⁴³ Im Zweiten Weltkrieg war Zakopane beileibe kein idyllischer Bergkurort, sondern ein geheimdienstlicher Treffpunkt, einerseits für die Koordination der Zusammenarbeit von SS und NKVD sowie, andererseits, für die militärische Ausbildung von Ukrainern, die als vehemente Nationalisten gleichzeitig Stalins Volksfeinde und potentielle Opfer dieser Zusammenarbeit waren. Worüber dort im Dezember konkret gesprochen wurde, ist durch Quellen nur unzureichend belegt. Das Treffen aber fand statt und zu vermuten wäre, dass es neben Fragen der konkreten Umsiedlungsaktion auch um den Umgang mit dem polnischen Widerstand ging, über den zu berichten beide Seiten in einem geheimen Zusatzprotokoll zum Grenz- und Freundschaftsvertrag vereinbart hatten.

„Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten“

Während sich Litvinov, Maslennikov und Arkadev in Zakopane aufhielten, warteten SS-Mann Brückner und mit ihm das rund 300 Personen starke Umsiedlungskommando an der Grenze. Am frühen Morgen des 8. Dezember, wenige Stunden nach der Abreise der sowjetischen Regierungsdelegation aus Krakau war es soweit: „Die Wagen rücken vor – wir sind in der Sowjetunion!“, so Brückner, „Rechts und links der Strasse Posten der sowjetischen Armee unter Gewehr. Sehr gutes Menschenmaterial, darunter viele intelligente Gesichter. Haltung vollkommen einwandfrei.“⁴⁴ Brückner berichtete von einem freundlichen und höflichen Empfang durch die Grenztruppen des NKVD, die den Deutschen nicht mehr von der Seite wichen, aber „höflich und ohne alle Schikanen“ die Zollkontrolle durchführten:

„Unsere Mannschaft zum Teil zu eifrig: stellen ihre Koffer ohne weiteres in den Straßenschlamm. Gesucht wird wohl lediglich nach Waffen. Gefunden wird: – ein rostiger, nicht [...] polnischer Kavalleriesäbel. Politischer Kommissar beschlagnahmt ihn begeistert. Durch Dolmetscher wird der leitende Beamte der sowjetischen Staatspolizei verständigt. Erst ernstes Gesicht, dann: ‚Ist wohl Beutestück? Wahrscheinlich

42 Warschauer Zeitung. Zeitung für das Generalgouvernement v. 9. Dezember 1939.

43 <http://www.holocaustresearchproject.org/nazioccupation/sdschool.html> [letzter Zugriff: 9.3.2017]. Vgl. auch: Claudia Weber: Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyń, Hamburg 2015, S. 50 f.

44 Bundesarchiv Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle R 59/309, Bl. 7. Tagebuch SS-Untersturmführer Heinz Brückner.

„Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten.“

125

Säbel von Marschall Rydz-Smigly!⁴⁵ Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten. Situation ist gerettet. Corpus delicti darf passieren.“⁴⁵

Die Umsiedlungsaktion begann.

Summary

The article addresses the historical collaboration between national socialist and stalinist actors and perpetrators during the time of the Hitler-Stalin-Pact in Poland. In doing so it sheds light on the bilateral exchange of the population in the occupied territories, such as Poles, Ukrainians, Belorussians, Germans and also Jews. Based on the treaty of mutual friendship and borders which the German foreign minister Ribbentrop and Stalins foreign commissar Molotov signed on September 28th in Moscow, the exchange begun in fall 1939 and ended in winter/spring of 1940. The article investigates how the process was set in practice, how both regimes worked together and to which extent the exchange produced chaos, violence and terror on each side of the German-Soviet border. Despite the vast amount of literature on the diplomatic history and the origins of the pact, this part remained rather unknown and forgotten due to the fact that the two occupational regimes were rather analyzed isolated from each other. An entangled perspective, in contrast, offers surprising as well as appalling insights into a violent collaboration that constituted the first twenty two months of the Second World War.

45 Ebenda.

Nationalismus und die „Wacholderdeutschen“: Das Thema des Verrats an der Nation in der estnischen Presse der Zwischenkriegszeit

von Triin Tark und Olev Liivik

Im Jahr 1935 veröffentlichte der Este A. H. Tammsaare, seinerzeit moralischer Leuchtturm seines Volkes, den Roman „Ma armastasin sakslast“ („Ich liebte eine Deutsche“). In diesem Buch erzählt der Autor von einem estnischen Studenten, der sich in ein deutsches Adelsfräulein verliebt, dabei aber wegen seiner bäuerlichen Herkunft und auch wegen seiner Nationalität unter einem starken Minderwertigkeitsgefühl leidet. Tammsaare schreibt: „Oder findet sich im ganzen Baltikum ein Deutscher oder Russe, der um der Liebe willen Vaterland, Muttersprache oder Volkstum verraten hätte?“ Und mit Bedauern fährt er fort: „Nein, nein, meine Lieben, das Vermögen nur wir, die Ureinwohner der baltischen Länder.“¹ Dieser innere Monolog fasst recht gut die Diskussionen zusammen, die im Estland der Zwischenkriegszeit über das Thema Nation und Nationalismus geführt wurden. Doch was bedingte eine solche Selbstbezüglichung? Hatten sich doch die Machtverhältnisse mit Estlands Unabhängigkeit 1918 diametral geändert: Die Esten hatten die vorherrschende Position im Staat den Deutschen abgenommen, auch ihre zahlenmäßige Dominanz legt die Vermutung nahe, dass es in der veränderten Situation nach 1918 angesehener wäre, zur estnischen Mehrheitsbevölkerung als zu einer Minderheit des Staates zu gehören.

Wenn man den Roman von Tammsaare liest und sich darüber hinaus in die zeitgenössische Presse vertieft, gewinnt man den Eindruck, dass trotz der erreichten Eigenstaatlichkeit viele Menschen ihre estnische Herkunft lieber verleugneten und sich als Angehörige einer nationalen Minderheit – wie der deutschen, seltener der russischen – bezeichneten. In der Presse wurden diese Menschen mit Verachtung und Ironie als Verräter an der Nation dargestellt und es kann angenommen werden, dass diese Einstellung auch über die Grenzen der Presse hinaus weithin Anklang fand.

Ein weit verbreiteter und auf den ersten Blick eindeutig zu verstehender volkstümlicher Begriff, mit dem Verräter an der Nation bezeichnet wurden, war *kadakasakslased* (Wacholderdeutsche). Es handelt sich um einen abschätzigen, spöttisch verwendeten Ausdruck, mit dem diejenigen Esten betitelt wurden, die sich für ihre Herkunft schämten und die als Deutsche auftraten oder deutsch werden wollten. Die Etymologie des Wortes *kadakasakslane* (sinngemäß: Halbdeutscher²), ist auf das niederdeutsche Kompositum *Katensasse* zurückzuführen, das aus den Wörtern *Kate* und *Sasse* besteht. Die zuerst im 16. Jahrhundert auftretende Bezeichnung *Katensasse* (auch: *Katersasse*, *Katsasse*) verwies auf Bewohner der

- 1 A. H. Tammsaare: *Ich liebte eine Deutsche*, Tallinn 1977, S. 60, übersetzt von Edmund Hunnius.
- 2 Der Begriff „Halbdeutscher“ war im baltischen Raum bereits seit dem 16. Jahrhundert bekannt, wurde aber in der estnischen Sprache nicht heimisch. Wohl aber wurde er von den Deutschbalten gegenüber den Esten und Letten, die zur Hälfte germanisiert waren, verwendet. Vgl. Helmut Glück: *Deutsch als Fremdsprache in Europa vom Mittelalter bis zur Barockzeit*, Berlin u.a. 2002, S. 263-276.

Vorstädte, die nach den von ihnen bewohnten Katen *Katensassen* genannt wurden. Dieses Wort galt jedoch nur für die Anhörigen der (meist estnischen) Unterschichten, die sich in einem Dienstverhältnis zu Bürgern oder in der Stadt lebenden Adeligen befanden und die für den Zeitraum des Dienstverhältnisses in den Katen ihrer Brotherren lebten.³ Da das Wort Kate im Estnischen unbekannt ist, entwickelte sich aus diesem das Wort *kadakas* (dt. Wacholder), das für Esten verständlich und vertraut klang. Dagegen hat das Wort Sasse eine phonetische Ähnlichkeit mit dem Estnischen *saksa*, was sowohl „Deutscher“ als auch „Herr“ bedeutet.⁴ Letzteres erklärt sich aus der Tatsache, dass in den baltischen Provinzen bis zu den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ausschließlich Deutsche die gesellschaftliche Oberschicht bildeten. Den Begriff *kadakasaks*, der über die niederdeutsche Sprache ins Estnische gelangte, gab es in der estnischen Sprache spätestens seit dem 17. Jahrhundert. Über das „Wacholderdeutschtum“ als eine für das estnische Volk schädliche Erscheinung begann man im Zusammenhang mit dem „nationalen Erwachen“ der Esten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu sprechen. Die Nationalisten bezeichneten die Wacholderdeutschen in der Regel als Renegaten – als Verräter ihrer Herkunft und ihrer Nation. Im öffentlichen Diskurs der Zwischenkriegszeit wurde der Begriff in Verbindung mit Bildung, Kultur und Politik sowie zur Abrechnung mit den Deutschen herangezogen.

Obwohl die nationalen Beziehungen und Konflikte im Estland der Zwischenkriegszeit wiederholt in wissenschaftlichen Abhandlungen von verschiedenen Autoren behandelt worden sind, ist dies bisher nicht im Kontext des Übertritts zu einer anderen Nationalität und unter Berücksichtigung der zeitgenössischen Verurteilung als Verrat geschehen.⁵ Nach dem jetzigen Forschungsstand ist die Frage, wie die konfliktbehafteten nationalen Beziehungen die Menschen beeinflussten, die sich im Grenzbereich zwischen verschiedenen Nationalitäten befanden, weder gestellt noch geklärt worden.

Menschen mit einer unklaren oder unbestimmten nationalen Zugehörigkeit sind erst seit kurzer Zeit Gegenstand der Geschichtsschreibung und dies vor allem dank Tara Zahra,

3 Vgl. Paul Johansen, Heinz von zur Mühlen: *Deutsch und undeutsch im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reval*, Köln u.a. 1973, S. 413 f.

4 Reet Kasik: *Puudest ja inimestest* [Von Bäumen und Menschen], in: *Oma Keel* 1 (2001), H. 1, S. 48 f., hier S. 48; Huno Rätsep: *Pahupidi kadakasaksad: Rahvaetümoloogiaid eesti keelest* [Verkehrte Wacholderdeutsche: Volksetymologien in der estnischen Sprache], in: *Oma Keel* (2012), H. 2, S. 11-22, hier S. 11 f. Darüber hinaus gab es auch eine Legende, in der die Etymologie des Wortes mit dem in der Nähe von Tallinn gelegenen Dorf Kadaka (gehört heute zum Stadtteil Mustamäe in Tallinn) assoziiert wird. Nach dieser Legende wohnten in diesem Dorf in der Mitte der 19. Jahrhundert die Wäschefrauen, die oft die Stadt besuchten und damit die Sitten der Deutschen erwarben. Vgl. z.B. *Kust tuleb sõna „kadakasaks“?* [Woher kommt das Wort „Wacholderdeutsch“?], in: *Postimees*, 8. Oktober 1924, S. 5.

5 Eine Auswahl an Untersuchungen zum Thema nationale Konflikte bieten: Jüri Kivimäe: *„Aus der Heimat ins Vaterland“*. Die Umsiedlung der Deutschbalten aus dem Blickwinkel estnischer nationaler Gruppierungen, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte* IV (1995), H. 2, S. 501-520; Mikko Ketola: *The Nationality Question in the Estonian Evangelical Lutheran Church 1918–1939*, Helsinki 2000; Toomas Karjahärm: *Eesti intellektuaalide Euroopa identiteet 20. sajandi esimesel poolel* [Die europäische Identität der estnischen Intellektuellen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts], in: *Acta Historica Tallinnensia* 5 (2001), H. 1, S. 45-74; Helen Rohtmets-Aasa: *Vergeltung am Erzfeind? Die Staatsbürgerschaftsfrage der Deutschbalten in der neugegründeten Republik Estland*, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 6 (2011), S. 141-162.

die das Konzept der nationalen Indifferenz vorgelegt hat.⁶ Allerdings ist bisher lediglich der Versuch unternommen worden, diese neue konzeptionelle Annäherungsweise auf Forschungsarbeiten zu der deutschen Minderheit im Baltikum zu übertragen.⁷ Obwohl Zahra und auch andere Autoren⁸ den Gruppierungen, deren nationale Identität unklar war und die sich im Grenzbereich zwischen zwei oder mehreren Bevölkerungsteilen befanden, keine explizite Aufmerksamkeit schenken, ist es hilfreich, die von Zahra vorgelegte Konzeption bei Untersuchungen wie der hier vorliegenden zu berücksichtigen. Im Estland der Zwischenkriegszeit wurden häufig eben diese national indifferenten Menschen als Verräter kritisiert. Eine adäquate Darstellung ihres Lebensalltags und ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaft fehlt jedoch bis heute.

Im vorliegenden Artikel wird das „Wacholderdeutschum“ als ein Phänomen des Verrats an der estnischen Nation im zwischenkriegszeitlichen Estland betrachtet. Dabei werden vor allem anhand von Pressezeugnissen die Komponenten der gesellschaftlichen Verurteilung dargestellt und analysiert. Das Ziel des Artikels ist es zu erläutern, warum die Problematik des Verrats an der Nation in der Presse so oft und so ausführlich behandelt wurde und wie diese Polemik begründet wurde. Zu diesem Zweck wird untersucht, in welchen Zusammenhängen dieses Thema am häufigsten auftaucht und wie die Argumentation in den Texten aufgebaut ist. Dabei werden sowohl sich wiederholende Muster als auch Einzelargumente in Betracht gezogen. Da die Diskussionen stark mit den rechtlichen Regelungen der nationalen Frage sowie mit der Rolle des Staates bei der Lösung der nationalen Probleme verknüpft waren, wird anschließend – im Interesse der Vollständigkeit – auf diesen Themenkomplex eingegangen.

Die estnische Gesellschaft und der Nationalitätswechsel bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts

Über Jahrhunderte war für die Esten in den Provinzen Estland und Livland der soziale Aufstieg nur durch Assimilierung an die Deutschen denkbar. Dabei waren die bis zur Abschaffung der Leibeigenschaft (in Estland 1816 und in Livland 1819) „eingedeutschten“ Esten hauptsächlich Stadtbewohner niederen Standes. Das größte Verlangen, sich der deutschen Oberschicht kulturell anzunähern, hegten Handwerksgelegen, die den Meisterstand anstrebten, aber auch Krämer, Kommis und Diener vornehmer Häuser.⁹ Bei ihnen fällt es schwer, sozialen und nationalen Wandel zu unterscheiden. Auch kann eine vollständige Selbst- und Fremdzuschreibung umfassende Assimilation der Esten in die deutsche Ge-

6 Vgl. Tara Zahra: *Imagined Noncommunities: National Indifference as a Category of Analysis*, in: *Slavic Review* 69 (2010), H. 1, S. 93-119.

7 Vgl. z.B. Per Bolin, Christina Douglas: ‚National indifference‘ in the Baltic territories? A critical assessment, in: *Journal of Baltic Studies* 48 (2017), H. 1, S. 13-22; David Feest: ‚Spaces of national indifference‘ in biographical research on citizens of the Baltic republics 1918–1940, in: *Journal of Baltic Studies* 48 (2017), H. 1, S. 55-66.

8 Vgl. Bolin, Douglas: ‚National indifference‘ (wie Anm. 7); Feest, ‚Spaces of national indifference‘ (wie Anm. 7).

9 Vgl. Ea Jansen: *Die estnische Komponente*, in: Wilhelm Schlau (Hrsg.): *Sozialgeschichte der baltischen Deutschen*, Köln u.a. 1997, S. 232-243, hier S. 232, 234.

sellschaft nicht sonderlich ausgeprägt gewesen sein, denn in den Städten sowie auch auf dem Land herrschten starre ständische Grenzen, die die Esten daran hinderten, die gesellschaftliche Leiter emporzusteigen. Die Tatsache hingegen, dass die Menschen, die diese Grenze zwischen den Ständen überwunden hatten, die Sprache wechselten und im Laufe von Generationen vollständig in der deutschsprachigen Bevölkerung aufgingen, wurde für natürlich und selbstverständlich gehalten. Mit der Abschaffung der Leibeigenschaft wurde sozialer Aufstieg wesentlich üblicher, denn erstmalig hatten auch Bauern eine reale Chance, ihren Stand zu wechseln. Die Ambitioniertesten unter ihnen legten jetzt viel Wert auf die Bildung ihrer Kinder und eine gute Bildung war deutschsprachig. Junge Menschen bäuerlicher Herkunft, die eine gewisse Bildung erworben hatten, übten nun auf Gutshöfen Ämter aus, die bis dahin allein von Deutschen bekleidet werden durften (Gutsverwalter, Branntweinbrenner, Oberförster und Wildhüter, Jäger usw.).¹⁰ Eine prominente Persönlichkeit der estnischen nationalen Bewegung, der Arzt Heinrich Rosenthal, erinnerte sich rückblickend an die Zeiten Mitte des 19. Jahrhunderts: „Der Gebrauch der deutschen Sprache war das Kriterium einer gewissen Bildung. Sie war daher in allen Familien üblich, die nicht dem Bauernstande angehörten. Die estnische Sprache wurde nur in ungebildeten, bäurischen Kreisen gebraucht.“¹¹ Auch Rosenthal kann nach den Kriterien seiner Zeitgenossen zu den Wacholderdeutschen gerechnet werden. Seine beiden Eltern waren Esten und Angehörige des Bauernstands, hatten eine deutschsprachige Bildung genossen und bewegten sich als Städter erster Generation ausschließlich in deutschen Kreisen. Rosenthals Muttersprache war infolgedessen Deutsch und er verfasste seine Erinnerungen aus dem Jahr 1912 in eben dieser Sprache.

Erst ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte sich im Zusammenhang mit dem „nationalen Erwachen“ der Esten, d.h. dem Anwachsen eines nationalen Selbstbewusstseins allmählich die bisherige Praxis. Zwar fand der Nationalitätswechsel auch weiterhin statt, doch war er von jetzt an eine Frage der freien Entscheidung. Zugleich wurde der Nationalitätswechsel durch die Urbanisierung sowie durch den zunehmenden Zugang von Menschen estnischer Herkunft zu höherer Bildung befördert. Unter der Intelligenz entwickelte sich – so Ea Jansen – eine gewisse Doppelidentität: Die neuen Bildungsträger sprachen zu Hause und miteinander Deutsch; Estnisch wurde nur in seltenen Fällen benutzt. Jansen nennt als ein charakteristisches Beispiel den Verein Studierender Esten (*Eesti Üliõpilaste Selts*, EÜS), eine Organisation mit offensichtlich nationalen Zielen, deren Mitglieder noch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts miteinander Deutsch sprachen.¹² Ein weiteres Beispiel gibt der Autor des estnischen Nationalepos Kalevipoeg und die zentrale Figur der nationalen Bewegung, Friedrich Reinhold Kreutzwald, ab. Der Este Kreutzwald war in einem deutschsprachigen Umfeld aufgewachsen, und hatte sich als Erwachsener die estnische Sprache neu aneignen müssen.¹³ Eine ähnliche Entwicklung durchlief auch der oben erwähnte Ro-

10 Vgl. Ea Jansen: Sotsiaalne mobiilsus ja rahvuslik identiteet [Soziale Mobilität und nationale Identität], in: *Acta Historica Tallinnensia* 7 (2003), H. 1, S. 15-30, hier S. 21.

11 Heinrich Rosenthal: Kulturbestrebungen des estnischen Volkes während eines Menschenalters (1869–1900), Tallinn 1912, S. 14.

12 Vgl. Jansen, Sotsiaalne mobiilsus (wie Anm. 10), S. 19 f.

13 Vgl. Kersti Taal: Eesti keele küsimus Friedrich Reinhold Kreutzwaldi kirjavahetuses [Die Frage der estnischen Sprache in der Korrespondenz Friedrich Reinhold Kreutzwalds], in: *Õpetatud Eesti Seltsi aastaraamat* (2016), S. 30-46.

senthal. Es stellt sich daher als problematisch dar, insbesondere unter der Intelligenz Esten und Deutschbalten auseinanderzuhalten, da Herkunft und Selbstzuordnung einer Person sich häufig voneinander unterscheiden.¹⁴

Zudem erhöhte die Heirat eines jungen, gebildeten, estnischen Mannes bäuerlicher Herkunft mit einer Frau nichtbäuerlicher Herkunft bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Chancen, gesellschaftlich aufzusteigen.¹⁵ So waren viele Leitfiguren der estnischen nationalen Bewegung mit Nichtestinnen verheiratet. Eheschließungen von Esten mit Frauen deutscher Abstammung wurden auch durch die demografische Lage der deutschen Bevölkerung begünstigt: Im 19. Jahrhundert (und auch später noch) gab es innerhalb der deutschsprachigen Bevölkerung einen deutlichen Überhang von Frauen, sodass viele deutsche Frauen Männer aus niederem Stand heirateten. Dieses demografische Ungleichgewicht hatte viele Faktoren, u.a. konnte es dadurch bedingt sein, dass die deutschen Männer sich aufgemacht hatten, um im Inneren des Russländischen Reiches Karriere zu machen.¹⁶ In den Familien mit deutscher Mutter und estnischem Vater wurde Deutsch gesprochen und in der Regel wurde die nachkommende Generation dazu erzogen, sich als Deutsche zu fühlen. Dieser „Verlust“ für das estnische Volk wurde in den estnischen nationalen Kreisen mit Bedauern und Verachtung gesehen.

Da die Bestimmung der Nationalität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Russländischen Reich juristisch bedeutungslos war, konnte die Haltung der Gemeinschaft oder des Bevölkerungsteils, der man zugehören wollte, wichtiger sein als die ethnische Herkunft. Ob die Deutschen die aus dem niederen Stand in die Elite aufgestiegenen Esten willkommen hießen, ist wegen der widersprüchlichen Quellenlage schwer einzuschätzen. Es ist denkbar, dass die Deutschen Angst hatten, durch die Beschneidung ihrer ständischen Privilegien ihren gesellschaftlichen Status zu verlieren, und deshalb auch die Esten, die Deutsche werden wollten, in ihrer Mitte nicht willkommen hießen.¹⁷ Das „Deutschwerden“ als sozialer und kultureller Vorgang konnte sich auch als ein längerer Prozess herausstellen, was in den estnischen nationalen Kreisen offensichtlich nicht verstanden wurde. So schrieb der Schriftsteller und national denkende Journalist Karl August Hindrey noch im Jahr 1940, dass die Esten selbst nicht wüssten, wer ein Wacholderdeutscher und wer bereits ein „richtiger Deutscher“ sei.¹⁸ Die Haltung gegenüber den Wacholderdeutschen und den von deutscher Seite genannten Halbdeutschen war besonders in den ländlichen Regionen sowohl unter den Esten als auch unter den Deutschen abschätzig.¹⁹ Sogar die Herkunft des Begriffs Wacholderdeutsche weist darauf hin, dass diejenigen,

14 Vgl. Toomas Karjahärm, Väino Sirk: *Eesti haritlaskonna kujunemine ja idee 1850–1917* [Entwicklung und Ideen der estnischen Intelligenz 1850–1917], Tallinn 1997, S. 39, 43.

15 Vgl. Toomas Hiio: *Meie vöõrad ja meie omad. Saksastumisest, ülikooliharidusest ja karjäärast Heinrich Rosenthalist Feliks Urbanini* [Unsere Fremden und die Unseren. Germanisierung, akademische Bildung und Karriere von Heinrich Rosenthal bis Feliks Urban], in: *Tartu Ülikooli ajaloo küsimusi* 44 (2011), S. 9-36, hier S. 21.

16 Vgl. Lea Leppik: *Kõrgharidus sotsiaalse mobiilsuse tegurina pikal 19. sajandil* [Hochschulbildung als Faktor der sozialen Mobilität im langen 19. Jahrhundert], in: *Õpetatud Eesti Seltsi aastaraamat* (2012), S. 232-256, hier S. 247.

17 Vgl. Jansen, *Sotsiaalne mobiilsus* (wie Anm. 10), S. 20.

18 Vgl. K[arl] A[ugust] Hindrey: *Kadapõlemine?* [Das Problem Wacholderdeutsche?], in: *Rahvaleht*, 12. Februar 1940, S. 2.

19 Vgl. Jansen, *Sotsiaalne mobiilsus* (wie Anm. 10), S. 21.

die ihren Stand und ihre Nationalität wechselten, nicht anerkannt wurden. Trotzdem gibt es keinen Grund anzunehmen, dass im 19. Jahrhundert und auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Halbdeutschen vonseiten der Deutschen ausschließlich negativ betrachtet wurden. Da der Wechsel der Nationalität sich zu einem stetig wachsenden Prozess in der estländischen Gesellschaft entwickelte, wurde in der zweiten und dritten Generation der deutschen Bevölkerungsgruppe kaum nach der früheren Herkunft gefragt. In den estnischen nationalen Kreisen dagegen wurde noch nach Generationen an die ursprüngliche Herkunft derer erinnert, die eine andere Nationalität angenommen hatten, und sie wurden für Verräter gehalten.

Die Problematik der Nationalitätsbestimmung und des Nationalitätswechsels zur Zeit der Estnischen Republik

Erst das 1920 in Kraft tretende erste Grundgesetz der Estnischen Republik forderte eine eindeutige Bestimmung der nationalen Zugehörigkeit. Bereits ab 1919 waren Personalausweise ausgestellt worden, in denen unter anderem die Nationalität eingetragen worden war.²⁰ Gleichzeitig erklärte das erste Grundgesetz die nationale Zugehörigkeit aber zu einer Frage des subjektiven Bekenntnisses. In § 20 hieß es: „Jeder estnische Bürger ist frei seine Nationalität selbst zu bestimmen. In dem Fall, dass die persönliche Bestimmung nicht möglich ist, geschieht diese in der im Gesetz vorgesehenen Weise.“²¹ Auch im zweiten, im Jahr 1933 durch Volksentscheid verabschiedeten Grundgesetz blieb dieser Paragraph im selben Wortlaut bestehen. Die Grundlagen für die Bestimmung der Nationalität wurden erst mit dem Grundgesetz im Jahr 1938 geändert, in welchem statt des bisherigen § 20 der § 19 die Nationalitätenfrage in folgendem Wortlaut regelte: „Jeder Bürger hat das Recht seine nationale Zugehörigkeit zu bewahren. Die näheren Grundlagen für die nationale Zugehörigkeit bestimmt das Gesetz.“²² In der Zwischenzeit wurden als Ergebnis hitziger politischer Diskussionen mehrere Verordnungen erlassen, die das Recht auf freie Bestimmung der Nationalität beschnitten. Lässt sich also möglicherweise mit den Änderungen im Grundgesetz von 1938 der Versuch des Staates nachzeichnen, die Rechtslage mit den realen Verhältnissen in Einklang bringen zu wollen?

Mit der Unabhängigkeit Estlands wurden die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse grundlegend neu geordnet. Zum einen verloren die Deutschen ihre bisherige vorherrschende Position in der Politik und im Staatswesen, zudem schwächte die radikale Landreform die Stellung der Bevölkerungsgruppe, indem der Grundbesitz der Gutsherren enteignet und an Neusiedler verteilt wurde. Zum anderen nahm der Anteil der Deutschen an der Bevölkerung Estlands stetig ab. Die sich während des Ersten Weltkriegs und danach vollziehende Auswanderung der Deutschen minderte die Größe der Bevölkerungsgruppe. Während laut Zensus des Jahres 1922 in Estland 18 319 Personen deutscher Nationalität lebten, die 1,7%

20 Die Anordnung über die Ausgabe des Personalausweises wurde von der Regierung der Republik Estland am 24. Oktober 1919 erlassen. Vgl. Von der Regierung der Republik am 24. Oktober 1919 erlassene Anordnung über Personalausweise, in: Riigi Teataja (1919), H. 91/92, S. 722 f.

21 Eesti Vabariigi põhiseadus [Grundgesetz der Republik Estland], in: Riigi Teataja (1920), H. 113/114, S. 897-901.

22 Ebenda (1937), H. 71, S. 1309-1332.

der Gesamtbevölkerung ausmachten, waren es dem Zensus des Jahres 1934 zufolge nur noch 16 346 Personen (1,5%).²³ Bis zum Vorabend der „Umsiedlung“ nahm die Zahl der Deutschen noch einmal ab und betrug dann circa 14 000.²⁴ Möglicherweise ist eine relativ große Anzahl an „Mischehen“, die die Assimilierung der Deutschen an die Esten begünstigte, ein Grund für den quantitativen Rückgang.²⁵

Wie im Folgenden ausgeführt wird, steht dieser Befund im Widerspruch zu der in der Presse gängigen Meinung, dass die Nachfahren der national-gemischten Familien für das estnische Volk verloren seien. Ungeachtet der sich wandelnden demografischen Verhältnisse wurde eine Diskussion über die Gefahren des Nationalitätswechsels, also der „Germanisierung“,²⁶ und über die Nachteile einer freien Bestimmung der Nationalität geführt. Das Thema erreichte sowohl die landesweite und lokale Presse als auch die politische Elite. Diese Debatten gingen Hand in Hand mit den Diskussionen über Nationalität und Nationalismus, die in der Publizistik der Zwischenkriegszeit sehr verbreitet waren. Die Presse vermittelte auch den sogenannten einfachen Menschen die wichtigsten Elemente des nationalistischen Diskurses. Es kann somit vorausgesetzt werden, dass sich das daraus ergebende Gesamtbild mit der allgemein verbreiteten gesellschaftlichen Auffassung von dem Wesen und den Zielen der Nation im Wesentlichen übereinstimmte. Besonders verbreitet war die Meinung, dass die Herausbildung einer Nation und nationaler Gemeinsamkeiten vor allem durch soziale und kulturelle Faktoren beeinflusst werde. Die Frage, welche diese Faktoren konkret seien, wurde von Autor zu Autor unterschiedlich beantwortet. In vielerlei Hinsicht jedoch basierten die entsprechenden Theorien auf dem Mythos der 700jährigen Sklaverei, demzufolge es eine Unterbrechung der „natürlichen“ Entwicklung des Estentums gegeben habe, die es von den Zeitgenossen zu überwinden gelte.²⁷ In der Presse kamen diese Theorien in Hinweisen auf die gemeinsam erlittene Unterdrückung und die Herkunftsmythen zum Ausdruck, die im Laufe der Geschichte den nationalen Charakter der Esten geprägt hätten. Die Geringschätzung wichtiger charakteristischer Eigenschaften wurde in diesem Verständnis als Verrat an der Nation gesehen. Wenn auch in theoretischen Abhandlungen eingeräumt wurde, dass eine Nation sich aufgrund gewisser gesellschaftlicher und kultureller Faktoren forme, wird aus den untersuchten Pressezeugnissen deutlich, dass die Nation doch eher als eine vom Menschen unabhängige und im Laufe eines Lebens konstante Erscheinung betrachtet wurde, die infolgedessen durch Herkunft bestimmt wurde.²⁸

23 Vgl. *Rahva demograafiline koosseis ja korteriolud Eestis. 1922. a. üldrahvalugemise andmed* [Die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung und die Wohnungsbedingungen in Estland. Die Angaben der Gesamtvolkszählung im Jahr 1922], H. I, Tallinn 1924, S. 31; *Rahvastiku koostis ja korteriolud. 1. III 1934 rahvaloenduse andmed* [Die Zusammensetzung der Bevölkerung und die Wohnungsbedingungen. Die Angaben der Volkszählung am 1. III. 1934], H. II, Tallinn 1935, S. 47.

24 Vgl. Kivimäe, „Aus der Heimat ins Vaterland“ (wie Anm. 5), S. 505.

25 Vgl. Kaido Laurits: *Saksa kultuuromavalitsus Eesti Vabariigis 1925–1940. Monograafia ja allikad* [Die kulturelle Selbstverwaltung der Deutschen in der Republik Estland 1925–1940. Monografie und Quellen], Tallinn 2008, S. 27.

26 Auf Estnisch *saksastumine* und *saksastamine*.

27 Vgl. Toomas Karjahärm, Väino Sirk: *Vaim ja Võim. Eesti haritlaskond 1917–1940* [Der Geist und die Macht. Die estnische Intelligenz 1917–1940], Tallinn 2001, S. 256–259; Liisi Veski: *Rahvuspsühholoogia idee 1930. aastate Eestis* [Die Ideen der Nationalpsychologie im Estland der 1930er Jahre], Magisterarbeit, Tartu 2015, S. 135.

28 Vgl. Karjahärm, Sirk, Vaim ja Võim (wie Anm. 27), S. 257.

Diese theoretischen Diskussionen sind jedoch wenig hilfreich, wenn es um konkrete Menschen und ihre nationale Identität geht. Es darf nicht vergessen werden, dass das Bekenntnis zu einer Nationalität in der Estnischen Republik eine Pflicht war. Die formelle und verbindliche Entscheidung für eine Nationalität stellte sich im Einzelfall als schwierig heraus oder wurde nicht einmal bewusst getroffen. Teilweise scheinen die Akteure auch tatsächlich „national indifferent“ gewesen zu sein und kamen zwangsweise oder aus pragmatischen Erwägungen zu einer nationalen Zuschreibung. So hatte beispielsweise der Unternehmer Konstantin Komets einen unbestimmten nationalen Hintergrund. Er war in Sankt Petersburg geboren, hatte dort Karriere gemacht und war nach dem Friedensvertrag von Tartu als Optant nach Estland gekommen, um dort geschäftlich tätig zu werden. Für sein Vorhaben suchte er Unterstützung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Aus diesem Grund sind in den Dokumenten des Tallinner Konsulats der Vereinigten Staaten auch Angaben über seine Person zu finden. Ihnen zufolge handelte es sich bei Komets um einen Deutschen, der die estnische Sprache schlecht beherrschte. Letzteres wird auch durch die Tatsache bestätigt, dass sein Antrag als Optant auf Russisch ausgefüllt wurde. Als Komets 1941 nach Deutschland ging und dort die deutsche Staatsbürgerschaft beantragte, bezeichnete er sich als Deutscher. Eine estnische Herkunft kann dagegen der Komets-Biograf Aleksander Loit belegen. Er stellte anhand von Komets Meldeunterlagen in Tallinn fest, dass er „estnischer Bürger von estnischer Nationalität und lutherischen Glaubens“ gewesen war.²⁹

Unter den Zeitgenossen wurden die Menschen, die einen unbestimmten nationalen Hintergrund hatten, oft wegen ihrer pragmatischen Entscheidungen kritisiert. Wie weiter unten gezeigt wird, floss die Frage der nationalen Zugehörigkeit auch in die Argumentation über Gesetzesvorlagen mit ein. Jedenfalls brachte die Pflicht, sich für eine Nationalität zu entscheiden, die laut Gesetz jeder frei wählen durfte, Gesuche auf Änderung der bisherigen Nationalität mit sich. Bis Mitte der 1920er Jahre wurden im Innenministerium der Estnischen Republik jährlich etwa 100 entsprechende Anträge eingereicht.³⁰ Unter den Antragstellern gab es sowohl diejenigen, die auf ihrem Personalausweis die estnische Nationalität gegen die Nationalität einer Minderheit tauschen wollten, als auch beispielsweise in Lettland geborene Esten, deren lettische Nationalität vermutlich aufgrund des Geburtsortes bestimmt worden war. Die genaue Zahl derjenigen, die ihre Nationalität ändern wollten, lässt sich kaum feststellen, doch die ungefähr 100 Anträge im Jahr (eingerechnet auch die Eingaben, in denen ein Nationalitätswechsel ins Estnische angestrebt wurde) weisen nicht auf einen ernsthaften Druck zum Wechsel der Nationalität hin.

Dennoch veranlasste der Wunsch Einzelner, die eigene Nationalität zu ändern, die Regierung zu reagieren. Unter dem Vorwand, dass das Grundgesetz missbraucht werden könnte, erließ Innenminister Kaarel Eenpalu (Karl Einbund) am 30. März 1921 eine Verordnung,

29 Aleksander Loit: Tallinlase unistus Nobeli rahupreemiast [Der Traum eines Tallinners vom Friedensnobelpreis], in: *Acta Historica Tallinnensia* 16 (2011), H. 1, S. 136-147, hier S. 142, 144; Komets, Konstantin Jüri p., *Rahvusarhiiv* (Estnisches Nationalarchiv, RA), F. ERA.28, Reg. 2, Nr. 6275; Komets, Konstantin, *Bundesarchiv* (BArch), R 9361-IV/342828.

30 Vgl. Olev Liivik: *Millisest rahvusest olid 1941. aastal Eestist Saksamaale ümberasunud? Rahvuse määramise poliitikatest ja dokumentidest Eesti Vabariigis ümberasumise valguses* [Von welcher Nationalität waren die Umsiedler, die 1941 von Estland nach Deutschland gingen? Über Politik und Dokumente zur Bestimmung der Nationalität in der Republik Estland im Lichte von Umsiedlung], in: *Õpetatud Eesti Seltsi aastaraamat* (2016), S. 141-145, hier S. 142 f.

in welcher verfügt wurde, dass die Bestimmung der Nationalität nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 21. Dezember 1920 nur einmalig geschehen könne und dann für immer gelte.³¹ Somit konnte die Nationalität in den Personalausweisen, die bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes am 21. Dezember 1920 ausgestellt worden waren, noch geändert werden, wenn das Innenministerium den Antrag als begründet ansah. Doch wurden nachweislich auch Änderungen des Eintrags zur Nationalität in Personalausweisen vorgenommen, die nach diesem Zeitpunkt ausgestellt worden waren.

Nachdem die deutsche Minderheit im Jahr 1925 begann, auf Grundlage des „Gesetzes der Kulturautonomie“ ihre kulturellen Belange als öffentlich-rechtliche Körperschaft selbst zu verwalten, nahm die Zahl der Anträge auf Nationalitätswechsel deutlich zu. Laut Innenministerium wurden in den Jahren 1925 bis 1928 diesbezüglich über 1 300 Anträge bewilligt und die neue Nationalität im Personalausweis eingetragen, wobei allein 1925 1 076 Anträge gestellt wurden und von denen 1 024 entsprochen wurden.³² Nun wandten sich hauptsächlich solche Personen an das Innenministerium, die als Esten definiert waren und die rechtlich deutsch werden wollten, um in der deutschen Kulturselbstverwaltung mitzuwirken bzw. von dieser berücksichtigt werden zu können. Viele, deren Antrag abgelehnt worden war, gingen in die Berufung.³³ Ende 1927 fällte das höchste Gericht Estlands im Fall Eduard Lindemanns ein Urteil, das die Einschränkungen bei der Änderung der Nationalität als grundgesetzwidrig erklärte.³⁴

Angesichts dieser Rechtsprechung wurde ab Herbst 1928 auf Initiative der rechten Parteien ein Gesetz zur Änderung der Nationalität debattiert, das Esten am Wechsel ihrer Nationalität hindern sollte. Zugleich sollte die Möglichkeit erhalten werden, dass Angehörige von Minderheiten im juristischen Sinn die estnische Nationalität annehmen können.³⁵ Während der hitzigen Diskussionen in der Generalkommission des Parlaments wurde einerseits die Nationalität als eine objektive Erscheinung wahrgenommen, die durch Sprache und ethnischen Besonderheiten bestimmt werde, andererseits sah der Gesetzentwurf aber vor, dass nur diejenigen, die zu Minderheiten gehören wollten, ihre Nationalität nachweisen müssten. Jeder, der die estnische Nationalität beantragte, müsse Este werden dürfen, auch in dem Fall fehlender Sprachkenntnisse. Allerdings wurde im Laufe der Diskussionen auch die rhetorische Frage gestellt, ob man tatsächlich wegen der ungefähr 800 Esten, die *bis dato* ihre Nationalität geändert hatten, ein beschränkendes Gesetz brauche.³⁶ Aufgrund des

31 Vgl. Siseministri määrus isikutunnistuste paranduste kohta [Anordnung des Innenministers zu Ergänzungen von Personalausweisen], in: Riigi Teataja (1921), H. 22, S. 137.

32 Vgl. Rahvuse muutmise seaduse eelnõu menetlemine Riigikogu üldkomisjonis 19. September 1928-15. Juli 1929 [Erarbeitung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Nationalität in der Generalkommission des Parlaments, 19. September 1928-15. Juli 1929], RA, F. ERA.80, Reg. 3, Nr. 824, Bl. 13.

33 Wie viele Menschen vor Gericht zogen, ist nicht bekannt, aber es gibt Angaben dazu, dass das Innenministerium in den Jahren 1925–1927 104 Anträge zur Änderung der Nationalität im Personalausweis ablehnte. Vgl. Rahvuse muutmise seadus [Das Gesetz zur Änderung der Nationalität], RA, F. ERA.80, Reg. 3, Nr. 824, Bl. 13.

34 Vgl. Riigikohtu otsus [Beschluss des Staatsgerichtshofs] 20.12.1927, RA, F. EAA.3245, Reg. 1, Nr. 500.

35 Vgl. Rahvuse muutmise seaduse eelnõu seletuskirjaga [Gesetzentwurf zur Änderung der Nationalität mit Kommentaren], RA, F. ERA.80, Reg. 3, Nr. 2384.

36 Vgl. Rahvuse muutmise seaduse eelnõu menetlemine Riigikogu üldkomisjonis 19.09.1928–

Widerstands der linken Parteien wurde das Gesetz letztendlich nicht erlassen. Um künftige Debatten zur Gesetzeslage zu vermeiden, wurde ab 1930 der Vermerk zur Nationalität im Personalausweis gestrichen.

Das Problem war damit dennoch nicht endgültig beseitigt. Der Staatsstreich von Konstantin Päts brachte neue und noch nie dagewesene Beschränkungen hinsichtlich der Bestimmung der Nationalität mit sich. Am 9. November 1934 trat in Estland ein Dekret des Staatsältesten in Kraft, das die Grundlagen für die Bestimmung der Nationalität festlegte. Nach ihm wurden grundsätzlich alle als Esten gezählt, die selbst oder deren Vorfahren im Seelenverzeichnis einer Kirchengemeinde im estnischen Siedlungsgebiet aufgeführt waren. Diejenigen, die die estnische Staatsbürgerschaft dank ihrer Herkunft erworben hatten, wurden gleichfalls automatisch als Esten angesehen, unabhängig davon, wie sie sich nach dem Erwerb der Staatsbürgerschaft selbst definiert hatten. Die Kinder in gemischt-nationalen Familien galten als Esten, wenn der Vater Este war; andernfalls bedurfte es einer Festlegung der Nationalität der Kinder. Diejenigen, die sich bereits als Esten amtlich definiert hatten, konnten ihre Nationalität nicht mehr ändern. Andere Fälle wurden mit dem Dekret nicht geregelt. So war es juristisch weiterhin möglich, die nationale Zugehörigkeit zu einer Minderheit abzulegen und Este zu werden. Gleichzeitig wurde aber festgelegt, dass alle estnischen Bürger, die im Moment des Inkrafttretens des Dekrets auf der nationalen Liste der Kulturselbstverwaltung einer Minderheit standen, automatisch zu dieser Minderheit gehörten.³⁷ Auf diese Weise hatte man eine theoretische Möglichkeit, die Nationalität zu wechseln, indem man vor Inkrafttreten des Dekretes einer Kulturselbstverwaltung beitrug, wie es teilweise auch geschah, obwohl die Eintragung auf den Listen der Kulturselbstverwaltung auch einer Genehmigung des Innenministeriums bedurfte, die in Zweifelsfällen nicht grundsätzlich erteilt wurde.³⁸ Tatsächlich ist nicht bekannt, wie viele Menschen unter diesen Bedingungen ihre nationale Zuordnung änderten.

An dem Dekret lassen sich deutlich die Stimmungen nachzeichnen, die in der Gesellschaft verbreitet waren: Im Estland der Zwischenkriegszeit bildeten die Nationen keine klar getrennten Gruppen, sondern es fanden Bewegungen in beide Richtungen über die jeweilige, nicht genau definierte Grenze statt. Ein fließendes oder unklares nationales Empfinden vertrug sich aber nicht mit der damals gängigen Auffassung von einer Nation und ihren Aufgaben und begünstigte die Diskussionen zum Thema Verrat an der Nation. Im Folgenden werden daher die Hauptthemen und Merkmale dieser Diskussionen dargestellt.

Die Darstellung des Verrats an der Nation in der Presse

Im Sommer 1923 hieß es in der Zeitung *Päevaleht* (Tageblatt), dass „vor dem Krieg estnische Zeitungen, Satirezeitschriften und sogar die Literatur einen erbitterten Kampf gegen das

15.07.1929 [Erarbeitung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Nationalität in der Generalkommission des Parlaments, 19.09.1928–15.07.1929], RA, F. ERA.80, Reg. 3, Nr. 824.

37 Vgl. *Rahvusse kuuluvuse aluste määramise seadus* [Gesetz zur Bestimmung der Grundlagen der nationalen Zugehörigkeit], in: *Riigi Teataja* (1934), H. 93, S. 93.

38 Vgl. *Siseministeerium ja kadakad* [Das Innenministerium und die Wacholderdeutschen], in: *Postimees*, 13. November 1934, S. 1.

Wacholderdeutschtum führten, jetzt schweigen alle.“³⁹ Doch eigentlich schwieg die Presse zu diesem Thema nicht, nicht damals und auch später nicht. Im Gegenteil, das Wacholderdeutschtum war ein wichtiger und ausführlich behandelter Teil im Nationalismuskurs geworden. Dabei überrascht es nicht, dass in der Presse das Bild der Verräter an der Nation am stärksten durch den weitverbreiteten Begriff der Wacholderdeutschen repräsentiert wurde. Die Verbindung zwischen Wacholderdeutschen und Verrat an der Nation wurde bis zur Umsiedlung der Deutschbalten meistens eher indirekt geknüpft. Es finden sich aber auch einige Texte, in welchen die Wörter „Renegat“, „Verräter“ oder „Überläufer“ in diesem Sinne gebraucht wurden. Ausdrücklich wurde die Haltung zum Beispiel in der Zeitung *Postimees* (Der Postmann) im Jahr 1921 geäußert: „Nationale Renegaten, wie zum Beispiel Wacholderdeutsche und Weidenrussen⁴⁰ sind bekanntlich schlimmere Gegner und Verächter der Esten als echte Deutsche und echte Russen.“⁴¹

Die Zusammenhänge, in denen der Begriff der Wacholderdeutschen und seine verschiedenen Varianten verwendet wurden, sind widersprüchlich und die hervorgehobenen Merkmale sind auf keine einheitliche Konzeption zurückzuführen. Dies ist sicherlich auch mit den differierenden Zielen der unterschiedlichen Autoren erklärbar. Die einzige Gemeinsamkeit der Definitionen des „Wacholderdeutschtums“ ist die Auffassung, dass ein Wacholderdeutscher ein Este bzw. eine Person estnischer Herkunft sei, die auf die eine oder andere Weise versuche, sich wie ein Deutscher zu benehmen. Die Unterschiede bestanden dann konkret in der Ansicht darüber, was unter deutschem Benehmen verstanden wurde. Die praktische Verwendung des Begriffs aber war weit gefasst und ging über eine rein nationale Fragestellung hinaus.

Trotzdem können sich wiederholende Muster belegt und ausgewertet werden. Die gängigsten Merkmale, die dem „Wacholderdeutschtum“ in der Presse zugeschrieben wurden, waren im Wesentlichen folgende: die Verwendung der deutschen Sprache, insbesondere unter Esten; die Bevorzugung deutscher Gesellschaft, deutscher Schulen und deutscher Kindergärten sowie die Missachtung national wichtiger Erscheinungen, z.B. wenn an staatlichen Feiertagen die Fahne nicht gehisst und alles vermieden wurde, was der estnischen Kultur eigen war; wenn ausländische Produkte bevorzugt wurden; die eigene Nationalität formell mehrfach geändert und die estnische Sprache (angeblich demonstrativ) fehlerhaft verwendet wurde; oder wenn bei Wahlen für die Deutsch-baltische Partei (DbPE) gestimmt wurde. Aus dem Inhalt und Ton der Texte kann der Schluss gezogen werden, dass die Beschuldigungen häufig nur auf den persönlichen Erfahrungen des Verfassers oder eines Dritten basierten, gleichwohl aber pauschalisiert dargestellt wurden. So konnte der Zeitungsleser leicht den Eindruck gewinnen, dass eine bestimmte Verhaltensweise häufiger vorkam, als dies tatsächlich der Fall war.

39 Nikodemus: *Suvitusest Pärnus* [Sommerfrische in Pärnu], in: *Päevaleht*, 26. Juli 1923, S. 4.

40 Das Wort „Weidenrusse“ (auf Estnisch *pajuvenelane*) wurde nach dem Vorbild der „Wacholderdeutschen“ eingeführt.

41 Vaatleja: *Renegaadid* [Renegaten], in: *Postimees*, 14. Februar 1921, S. 1; vgl. E: *Keelteõppimise tähtsusest* [Über die Wichtigkeit des Sprachenlernens], in: *Tallinna Teataja*, 23. Mai 1918, S. 2; K.P.: *Vähemusrahvuste kultuurautonoomia seaduse eelnõu riigikogus* [Der Entwurf des Kulturautonomiegesetzes in der Staatsversammlung], in: *Postimees*, 17. Oktober 1924, S. 2; *Sudeedimaa sündmused ja meie „kadakad“* [Die Ereignisse in Sudetenland und unsere „Wacholderdeutsche“], in: *Sakala*, 7. Oktober 1938, S. 2.

Aus der oben genannten Aufzählung geht hervor, dass unter einem Oberbegriff „Wacholderdeutschtum“ viele sehr verschiedene Verhaltensweisen vereint wurden, von denen einige nichts mit „Nationalität“ im engeren Sinne zu tun hatten. Das muss nicht als Zufall gewertet werden, denn wiederholt wurde der Begriff Wacholderdeutsche in einem vollkommen themenfremden Kontext verwendet. Eines der markantesten Beispiele in diesem Sinne ist ein aus dem Jahr 1921 stammender Beitrag, in dem der Begriff Wacholderdeutsche vergleichend in einen Zusammenhang mit der Gefahr des Bolschewismus⁴² gestellt wurde.

In den politischen Kämpfen war es üblich, das Etikett Wacholderdeutsche zu verwenden, und dies sowohl bei auf die Nationalität sachbezogenen als auch bei nebensächlichen Themen. In den 1920er Jahren beispielsweise bot die unverhältnismäßig hohe Zahl an Stimmen, die die DbPE bei Parlamentswahlen oder bei Regionalwahlen bekommen hatte, einen populären Diskussionsstoff. Wenn diese nationale Partei in einer Region mehr Stimmen bekam, als es dort stimmberechtigte Deutsche gab, stand es für Journalisten und Berichtersteller außer Zweifel, dass sich unter den Stimmen estnische Verräter verborgen hatten. Zum Beispiel schrieb das sozialdemokratische Parteiorgan *Sotsialdemokrat* (Sozialdemokrat) über den Wahlkampf in Kohila zur Verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 1919: „Es ist eine interessante Erscheinung, dass es bei uns ein hübsches Sümmchen von Wählern der deutschen Partei gibt – 36. Da kein reinblütiger Deutscher seine Stimme abgegeben hat, ist die genannte Zahl wohl durch die Dorf-Wacholderdeutschen und Leichtfüße aus der Fabrik verursacht.“⁴³ Der Begriff Wacholderdeutsche wurde auch unabhängig von Wahlperioden und gerade in den örtlichen Selbstverwaltungen verwendet, wo der Einfluss der DbPE eventuell größer als im Parlament war. Vor diesem Hintergrund wurde auch der Wunsch estnischer Parteien nach Zusammenarbeit oder ihre Kompromissbereitschaft mit dem Etikett des „Wacholderdeutschtums“ versehen.⁴⁴

Waren die genannten Beispiele noch eher vereinzelte, nicht sehr weit verbreitete Erscheinungen, spitzte sich die Auseinandersetzung mit dem Thema Wacholderdeutsche mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland und der Gründung des „Bunds der Freiheitskämpfer“ in Estland in den 1930er Jahren deutlich zu. In der Presse wurde meist der Standpunkt vertreten, dass die Wacholderdeutschen „oft noch größere Anhänger Hitlers sind als die richtigen Deutschbalten“ und es wurde ein Zukunftsszenario geschildert, wonach diese dabei seien, „die Macht der Barone, Grafen und Fürsten unter allerlei Etiketten erneut zu sichern.“⁴⁵ Die Bewegung der „Freiheitskämpfer“, die zeitgleich mit den politischen Veränderungen in Deutschland entstanden war, wurde von ihren politischen Gegnern ebenfalls mit dem Etikett „Wacholderdeutsche“ versehen.⁴⁶ Es muss unterstrichen werden,

42 Vgl. J. – wes: Tööliste mõtted Eesti tunnistamise suurpäeval [Gedanken eines Arbeiters zum Festtag der Anerkennung Estland], in: Postimees, 2. Februar 1921, S. 4.

43 Kodumaalt [Aus der Heimat], in: Sotsialdemokrat, 12. April 1919, S. 3; vgl. Viljandi valimised [Die Wahlen in Viljandi], in: Tallinna Teataja, 31. Mai 1919, S. 3; Valimiste tagajärgist [Über die Folgen der Wahlen], in: Postimees, 1. Dezember 1920, S. 1; Mõnda Paidest ja kadaklusest [Vermischtes aus Paide und über das Wacholderdeutschtum], in: Järvamaa, 23. Januar 1925, S. 2.

44 Vgl. Rahvaerakonna ja sakslaste blokk Rakveres [Der Block aus Volkspartei und Deutschen in Rakvere], in: Vaba Maa, 26. April 1923, S. 6.

45 „Drang nach Osten“, in: Sakala, 1. April 1933, S. 1.

46 Vgl. z.B. „Wabadussõjalaste“ lapsed saksa koolides [Die Kinder der „Freiheitskämpfer“ an deutschen Schulen], in: Postimees, 8. Januar 1934, S. 2; Boris Neljandi lapsed sakslasteks [Boris Neljands Kinder (werden) zu Deutschen], in: Sakala, 14. Juni 1934, S. 5.

dass diese Verbindung, vor allem nach dem Staatsstreich am 12. März 1934 behauptet wurde, mit dem Konstantin Päts angeblich einen unmittelbar bevorstehenden Putschversuch der Freiheitskämpfer zuvorgekommen war. Sie kann damit auch als ein rhetorischer Kniff gesehen werden, die Freiheitskämpfer noch weiter zu diskreditieren und um den Staatsstreich zu rechtfertigen.

In der Regel wurde in den Zeitungstexten über die Wacholderdeutschen durchaus Meinungen zum Thema Nation wiedergegeben, vor allem wurde die Sprachenfrage thematisiert. Wenn die estnische Sprache vermieden oder fehlerhaft gesprochen wurde, deutete dies auf Wacholderdeutsche hin, so die Interpretation. Die Beobachtungen der Verfasser können zu vier allgemeineren Punkten zusammengefasst werden. Als Erstes wurde hervorgehoben, dass Esten oder vom Autor als Esten angesehene Personen untereinander Deutsch sprechen.⁴⁷ Als zweiter Punkt wurde der Umgang mit dem estnischsprachigen Personal sowohl in staatlichen Behörden als auch in Geschäften geschildert: „In der Tartuer Innenstadt gibt es mehrere rein estnische Geschäfte, doch aus irgendeinem Grund ist die Geschäftssprache dort Deutsch und die deutschsprachigen Käufer werden auch anscheinend besser behandelt als die Esten.“⁴⁸ Als Drittes wurde die bewusst fehlerhafte Anwendung der estnischen Sprache hervorgehoben, womit man laut den Journalisten offenbar seine gesellschaftliche Höherstellung betonen wollte.⁴⁹ Viertens ist es bemerkenswert, dass das Thema des Sprachgebrauchs in mehreren Fällen in sommerlichen Reisebeschreibungen aus kleineren Kurstädten wie Pärnu, Haapsalu oder Kuressaare auftaucht. So ist z.B. in einem Reisebericht aus Haapsalu, geschrieben von einem aus Tartu stammenden Urlauber, über seinen bemerkenswerten Ladenbesuch zu lesen:

„Du trittst in ein scheinbar rein estnisches Geschäft und grüßt. ‚Guten Tag‘ erwidert der freundliche Händler. Wenn er sieht, dass du entschlossen bei deiner Muttersprache bleiben willst, gibt auch er endlich nach. Doch beim Weggehen begleitet er dich trotzdem mit seinem ‚Adieu zur Tür, da ist nichts zu machen. Und mit dem Preis hat er dir klar gemacht, dass ein Auswärtiger mehr zu zahlen hat.“⁵⁰

Solche Reiseberichte werfen die Frage auf, ob die Berichterstatter aus Tallinn oder Tartu auf diese Weise versuchten, ihre großstädtische Überlegenheit einer vermeintlich wacholderdeutschstämmelnden Kleinstadt gegenüber zu demonstrieren. Diese Frage ist um so mehr

47 Vgl. Sen-Sen: Pipraveski [Pfeffermühle], in: Uudisleht, 3. Juni 1937, S. 2. Vgl. auch: Kadakluse vaim kaitseliidust välja [Den Geist des Wacholderdeutschtums raus aus dem Verteidigungsbund], in: Uudisleht, 26. Januar 1934, S. 2; Väike-Maarjast [Aus Väike-Maarja], in: Virumaa Teataja, 2. August 1935, S. 1; Nipet-näpet päälinnast [Dies und das aus der Hauptstadt], in: Sakala Pühapäev, 29. Mai 1937, S. 1.

48 Missugune peab olema äriteenija? [Wie muss ein Verkäufer sein?], in: Vaba Sõna, 15. November 1934, S. 5. Vgl. O.L.: Tarvilik puhastustöö peatolliametis [Notwendige Säuberung im Hauptzollamt], in: Päevaleht, 10. Juni 1925, S. 3; Kadakluse väljarookimine juurtega [Das Wacholderdeutschtum samt Wurzeln ausrotten], in: Virulane, 1. April 1933, S. 1; Kadaklus süveneb! [Der Wacholderdeutschtum greift um sich!], in: Postimees, 14. August 1934, S. 5.

49 Vgl. z.B. Pärnus räägitakse... [In Pärnu wird erzählt...], in: Uudisleht, 28. Juli 1933, S. 6; Maadlus kadaklusega Rakveres [Der Kampf mit dem Wacholderdeutschtum in Rakvere], in: Uudisleht, 20. Februar 1937, S. 5.

50 Roheline Haapsalu [Grünes Haapsalu], in: Postimees, 11. August 1925, S. 4.

gerechtfertigt, als auch in vielen anderen Texten darauf hingewiesen wurde, dass das „Wacholderdeutschtum“ gerade für die Kleinstädte und ländlichen Regionen typisch sei.⁵¹

Die Texte waren häufig in einem emotionalen Sprachgebrauch und Stil gehalten. Man stößt in vielen Fällen auf Schadenfreude über das Unglück der als Wacholderdeutsche beschriebenen Personen oder auf die Meinung, dass das „Wacholderdeutschtum“ bei der „Säuberung“ des „Volkskörpers“ von nutzlosen Elementen hilft.⁵² Im Sommer 1919, noch während des Freiheitskrieges (nur wenige Tage waren nach dem Krieg gegen die Landeswehr verstrichen und auch die deutsche Besatzung des Jahres 1918 war frisch in Erinnerung), war in manchen Zeitungen zu lesen, dass die Esten, die sich während der deutschen Besatzung als Deutsche hatten registrieren lassen, jetzt, entgegen der Anordnungen, ihre Nationalität nicht registrieren ließen:

„Als die Deutschen im vergangenen Jahr nach Tartu kamen, beeilten sich die Wacholderdeutschen, sich als Deutsche zu melden. Jetzt, da der Befehl gegeben wurde, dass alle Deutschen sich registrieren müssen, ließen die Wacholderdeutschen diesen Befehl zunächst unbeachtet, weil sie ja in Wirklichkeit doch Esten sind und sich zu registrieren sinnlos wäre. Der Beamte geht aber von den Angaben der Wacholderdeutschen aus, die diese selbst im Vorjahr gemacht hatten und betrachtet sie als Personen, die den Befehl nicht befolgt haben.“⁵³

Die Texte beinhalteten im Laufe der Jahre immer häufiger direkte oder indirekte Angriffe auf die Wacholderdeutschen. Die Autoren dieser Texte schienen über Information zur estnischen Herkunft der betreffenden Personen zu verfügen, um persönlich argumentieren zu können. Tatsächlich scheint die Überzeugung des Autors jedoch vielmehr auf seinem inneren Gefühl oder aber auf den estnisch klingenden Namen der Personen, die des „Wacholderdeutschtums“ beschuldigt wurden, beruht zu haben. Als Beispiele können die Listen estnischer Schüler in deutschen Schulen genannt werden, die ab den 1930er Jahren in Zeitungen veröffentlicht wurden und die größtenteils durch Ermittlung estnischer Namen erstellt wurden. Es scheint auch die Überzeugung verbreitet gewesen zu sein, dass Familien mit unterschiedlicher nationaler Herkunft der Elternteile eine Gefahr für den Fortbestand der estnischen Nation seien, weil die Kinder dieser Familien auf jeden Fall in der Sprache der entsprechenden Minderheit erzogen würden, wie im Presseorgan der Freiheitskämpfer „Võitlus“ (Kampf) mit ironischem Unterton vermittelt wurde:

„Ach, die russische, deutsche, englische oder französische Seuche wäre ja nicht so schlimm, würden nicht die Fremden in den estnischen Familien die Familiensprache bestimmen: Hat ein estnischer Mann eine ausländische Frau, ist die Familiensprache nicht die estnische Sprache; hat eine estnische Frau einen nicht-estnischen Mann ist

51 Vgl. z.B. A. Mürsepp: Lihulast, Haapsalust, kultuurist ja jonnist [Über Lihula, Haapsalu, Kultur und Trotz], in: Läänemaa, 21. Januar 1928, S. 2; Hääbuu kadaklik linnake [Ein aussterbendes, wacholderdeutschümelndes Städtchen], in: Virumaa Teataja, 18. Juli 1931, S. 2.

52 Vgl. E: Keelteõppimise tähtsusest [Über die Wichtigkeit des Sprachenlernens], in: Tallinna Teataja, 23. Mai 1918, S. 2.

53 Kohalikud teated [Lokale Meldungen], in: Postimees, 28. Juni 1919, S. 3; Tartu teated [Meldungen aus Tartu], in: Maaliit, 6. Juli 1919, S. 3.

die Familiensprache wieder nicht die estnische Sprache. Immer dasselbe, so wie vor einigen Dutzend Jahren.“⁵⁴

Der Diskurs über den Verrat an der Nation wurde in einem Beitrag einer angeblich unabhängigen Zeitung aus dem Sommer 1934 zusammengefasst. Vor dem Hintergrund der Rhetorik von Konstantin Päts, nach der ein Ausnahmezustand geboten sei, da sich das estnische Volk in einem Zustand der psychischen Erkrankung befände,⁵⁵ bekommt dieser Artikel eine interessante Nuance:

„Der Kampf gegen das Wacholderdeutschum bedeutet nicht einen Kampf gegen die Minderheiten unseres Staates. Es ist unsere innerfamiliäre Angelegenheit, wie wir, die Esten, jene Familienmitglieder, die ihre Pflicht vergessen haben, zur Ordnung rufen; oder besser gesagt: welche Maßnahmen wir ergreifen, damit einzelne aus unserer Familie nicht zu anderen Familien überlaufen.“⁵⁶

Man kann auf der einen Seite sagen, dass gerade in der Zeit der autoritären Regierung Päts' (1934–1940) am vehementesten gegen die Wacholderdeutschen gekämpft wurde. Dieses Thema war praktisch ein Pflichtbestandteil in den Reden der Staatsbeamten. In den auf Volksversammlungen gehaltenen Reden wurde häufig die Notwendigkeit, gegen die Wacholderdeutschen zu kämpfen, erwähnt und es wurde über sie „durch die Gesellschaft Gericht“ gehalten.⁵⁷ Aus den in der Presse veröffentlichten Berichten ist zugleich zu erfahren, dass bei den Reden gerade die Stellen zu den Wacholderdeutschen mit dem größten Applaus bedacht wurden.⁵⁸

Als Höhepunkt kann die umfangreiche, neben anderen propagandistischen und nationalistischen Aktionen durchgeführte Kampagne zur Estnisierung der Namen gelten. Ihr Ursprung reicht weiter zurück: Bereits in den 1920er Jahren wurde in der Presse die Ansicht geäußert, dass ein richtiger Este einen estnischen Namen trägt. Tatsächlich trugen viele Esten deutsch klingende Nachnamen, die ihren Vorfahren nach der Befreiung aus der Leibeigenschaft von den deutschbaltischen Gutsbesitzern verliehen worden waren. Die nationalen Eliten fassten sie als ein Hindernis bei der Gründung der Nation auf. Deshalb erfolgte ein Aufruf zur Namensänderung und so fiel die während der autoritären Zeit durchgeführ-

54 Hans Kepp: Üks tõsine mõttevahetus [Ein ernster Gedankenaustausch], in: *Võitlus*, 16. Juli 1932, S. 5.

55 Ago Pajur: Die „Legitimierung“ der Diktatur des Präsidenten Päts und die öffentliche Meinung in Estland, in: Erwin Oberländer (Hrsg.): *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa*. Paderborn 2001, S. 163-213, hier S. 171.

56 Lõpp kadaklusele! [Schluss mit dem Wacholderdeutschum!], in: *Vaba Sõna*, 11. August 1934, S. 2.

57 Die Gerichte durch die Gesellschaft (auf Estnisch *seltskondlikud kohtud*) waren die gesellschaftlichen Ereignisse, die nach dem Staatsstreich mehrmals durchgeführt und in der Zeitungen dokumentiert wurden. Diese Ereignisse fanden in Form einer Gerichtsverhandlung statt und beschäftigten sich mit den moralischen Fehlverhalten.

58 Vgl. z.B. *Võimas rahvuspäev Järvamaal* [Ein eindrucksvoller Tag des Volkes in Järvamaa], in: *Kaja*, 11. März 1935, S. 3; *Alutaguse noorte tööpõllult* [Vom Arbeitsfeld der Jugend in Alutaguse], in: *Virumaa Teataja*, 11. November 1935, S. 6; *Propagandajuhhi kõnereis Saaremaal* [Auftritte des Propagandaführers auf Saaremaa], in: *Uus Eesti*, 16. Dezember 1935, S. 10.

te Kampagne auf fruchtbaren Boden. Gleichzeitig wurde die Kampagne von der Presse begleitet und unterstützt. Jetzt wurde auch über die Menschen Gericht gehalten, die ihre ursprünglich deutschen Namen noch nicht estnisiert hatten.⁵⁹ Auf der anderen Seite änderte sich der Themenbereich, der mit der Wacholderdeutschen assoziiert wurde, durch die Intensivierung der bestehenden Rhetorik kaum, wenn auch die Polemisierung nicht mehr im Kontext politischer Kämpfe stattfand, die unter dem autoritären Regime unterbunden wurden. Jetzt tauchten die Estnisierung der Namen und die „Gerichte durch die Gesellschaft“ als ganz neues Thema verstärkt in den Zeitungen auf.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Thematik der Wacholderdeutschen über die Jahre hinweg in allen Zeitungen, unabhängig von deren politischen Orientierung, ähnlich behandelt wurde. Vermutlich waren gewisse Klischees in der Gesellschaft so stark verwurzelt, dass die politischen Spannungen und sogar der Staatsstreich keine fundamentalen Veränderungen nach sich ziehen konnten. Somit war es für die Politik und später für die autoritäre Macht einfach, auf die verbreiteten Einstellungen zurückgreifen zu können und diese in die gewünschte Richtung zu lenken, ohne sie dabei gleichzeitig drastisch verändern zu müssen.

Obwohl das Thema Wacholderdeutsche in einem größeren Zusammenhang behandelt wurde, zeigt sich in der Presse die Schärfe des Sujets vor allem bei den Bereichen Kirche und Schule. Wenn auch Ursprung und Wesen dieser beiden Problembereiche unterschiedlich waren, verband beide, dass sie Milieus waren, in denen die nationalen Widersprüche besonders deutlich zutage traten.

Während der gesamten Unabhängigkeit zeigten sich in der Estnischen Lutherischen Kirche Konflikte zwischen den Esten und den Deutsch(balt)en. So war es ganz selbstverständlich, dass die estnische Presse bei Berichten über das Thema Kirche den Begriff Wacholderdeutsche verwendete. Vorwiegend handelte es sich um lokale kirchliche Streitigkeiten, bei welchen es üblich war, die „wacholderdeutschen“ den „nationalen“ Pastoren gegenüberzustellen.⁶⁰ Die Ursprünge der Konflikte lagen in der Tatsache begründet, dass, obwohl die Esten und die Deutschen ihre eigenen Gemeinden hatten, nach wie vor deutsche Pastoren den Gemeinden vorstanden. Dies verursachte in den estnischen Kirchenkreisen Widerwillen gegen den übermäßigen deutschen Einfluss. Da aber mehrere estnische Pastoren der älteren Generation die weitere Tätigkeit der deutschen Geistlichen in ihren Ämtern unterstützten, wurde diesen Pastoren schnell die Nähe zu den Wacholderdeutschen vorgeworfen.⁶¹ Die schwierige Situation, die gelegentlich sowohl in den lokalen als auch in den landesweiten Zeitungen ein Ventil fand, eskalierte 1931 im Zusammenhang mit der Gründung der deutschsprachigen privaten theologisch-philosophischen Lutherakademie in Tartu. Hinter dieser Akademiegründung wurde die Absicht der Deutschen gesehen, die Esten zum Wechsel der Nationalität zu bewegen. Solche Anschuldigungen traten auch häufig in den Diskussionen über deutschsprachige Schulen auf, wie weiter unten gezeigt wird. Die Grün-

59 Vgl. z.B. Võõrapäraste nimele kandjad seltskondliku laituse alla [Träger fremdartiger Namen gesellschaftlich tadeln], in: Virumaa Teataja, 4. Juni 1937, S. 5.

60 Z.B. Vastseliinas puudub õpetaja [In Vastseliina fehlt ein Pastor], in: Võru Teataja, 29. Oktober 1927, S. 2; Kui kaugele? Balti sakslus alustanud pealetungi [Wie weit? Der deutschbaltische Angriff hat begonnen], in: Nool, 26. September 1931, S. 2; Ambla koguduse täiskogu koosolekult [Von der Vollversammlung der Gemeinde in Ambla], in: Järva Teataja, 12. April 1934, S. 4.

61 Vgl. Karjahärm, Sirk, Vaim ja Võim (wie Anm. 27), S. 110.

der der Akademie wurden zudem verdächtigt, in Verbindung sowohl mit linken als auch rechten Bewegungen in Deutschland zu stehen. Zur selben Zeit fand innerhalb der estnischen Studentenschaft eine deutliche Belebung statt, von der sich die national gesinnten Esten Unterstützung bei der Loslösung von der deutschen Prägung des kirchlichen Lebens erhofften.⁶² Im Fall der Lutherakademie sowie bei weiteren kirchlichen Angelegenheiten kam in den Diskussionen die Angst vor einer vorsätzlichen und zielgerichteten „Germanisierung“ auf. So wurde die Privatakademie bei ihrer Gründung von nationalen Kräften als eine Gefahr für das Volk und die Kultur Estlands aufgefasst. Doch flaute die scharfe Kritik schon bald ab. Die Akademie, die nach einer Umbenennung Institut hieß, blieb mit ihrer Arbeit unbedeutend. Sie wurde nicht einmal von der deutschen Kulturselbstverwaltung unterstützt. Wohl aber wurden durch sie Spannungen in Bezug auf die „wacholderdeutschen“ Pastoren kanalisiert – selbst wenn diese Spannungen keinen direkten Zusammenhang mit der Lehranstalt hatten. In den folgenden Jahren rückte das Thema Kirche aus dem Blickfeld der Presse, erst und besonders scharf wurde es 1939 im Zusammenhang mit der „Umsiedlung“ erneut in den Vordergrund gestellt, wie weiter unten ausgeführt wird.

Ein weiteres, während der gesamten Zeit der Selbstständigkeit diskutiertes Thema im Zusammenhang mit den Wacholderdeutschen war die Schulbildung. Insbesondere wurde über den Verbleib von estnischen Kindern in den Schulen der Minderheiten, vor allem in den deutschsprachigen Schulen, gestritten. Weit seltener erhob sich dieselbe Frage auch hinsichtlich der Kindergärten. Generell war in nationalen Kreisen die Überzeugung verbreitet, dass ein estnisches Kind in einer estnischen Schule lernen müsse. Diesem Prinzip gemäß erließ die provisorische Regierung 1918 eine Vorschrift zur Schulordnung, laut der alle Schüler muttersprachliche Schulen besuchen mussten – ausgenommen die Fälle, in denen es mangels muttersprachlicher Schüler keine Schule gab oder ein Kind mit eigentlich estnischer Herkunft die estnische Sprache nicht beherrschte.⁶³ In der Presse wurde dargestellt, wie Eltern versucht hätten, diese Ausnahme großzügig auszunutzen, indem sie die mangelnde estnischen Sprachkenntnisse ihrer Kinder zu beweisen suchten.⁶⁴ Auch nach Jahren zeichnete sich in der Debatte kein Ende ab, vielmehr spitze sich die Auseinandersetzung zu. Zum Beispiel wurde im Fall der deutschen Schule in Haapsalu die Frage aufgeworfen, ob dort überhaupt die Hälfte der Schüler deutscher Herkunft sei.⁶⁵ Angeblich wurde ab Mitte der 1920er Jahre Kindern estnischer Herkunft deutlich seltener als am Anfang des Jahrzehnts die Erlaubnis erteilt, an Minderheitenschulen zu lernen; es habe aber weiter-

62 Über die Diskussion zur privaten Lutherakademie vgl. Mikko Ketola: *The Nationality Question in the Estonian Evangelical Lutheran Church, 1918–1939*, Helsinki 2000, S. 215–272.

63 Vgl. Eesti Ajutise Valitsuse ajutised määrused koolide kohta [Vorläufige Erlasse der Provisorischen Regierung Estlands betreffend die Schulen], 2. detsember 1918, in: *Riigi Teataja* (1918), H. 5, S. 2; Ajutise Valitsuse 2. detsembri 1918. a. määruste läbiviimisest [Über die Umsetzung der Erlasse der Provisorischen Regierung vom 2. Dezember 1918], 6. Detsember 1918, in: *Kasvatus (Ametlik osa)* (1919), H. 2, S. 25; Täiendav seletus Ajutise Valitsuse 2. dets. 1918. a. määruste tegeliku läbiviimise kohta [Ergänzende Erklärung zur eigentlichen Umsetzung der Erlasse der Provisorischen Regierung vom 2. Dez. 1918], 17. detsember 1918, in: *Kasvatus (Ametlik osa)* (1919), H. 2, S. 25 f.

64 Vgl. Tallinna kadakad kärisevad [Tallinner Wacholderdeutsche am Zerreißen], in: *Vaba Maa*, 25. September 1919, S. 3.

65 Vgl. Haapsalu teated [Meldungen aus Haapsalu], in: *Kaja*, 9. Dezember 1920, S. 6.

hin viele Bewerber gegeben.⁶⁶ Es lässt sich schwer sagen, wie viele estnische Kinder an deutschen Schulen oder an Schulen anderer Minderheiten unterrichtet wurden. Die Frage, warum estnische Eltern die Minderheitenschulen bevorzugten, wird in der Presse folgendermaßen beantwortet: Gelegentlich werde die Bildung an deutschen Schulen, seltener auch an russischen Schulen, für besser gehalten. Es ist interessant, dass kaum versucht wurde, diese Ansicht zu widerlegen, sondern eingeräumt wurde, dass das Niveau der estnischen Schulen schlecht sei und die estnischsprachige Schule sich weiterentwickeln müsse.⁶⁷ Die Wahl der Schule aber den Eltern zu überlassen, war laut den vorherrschenden Meinungen in der Presse aus verschiedenen Gründen nicht denkbar. Erstens sei es eine Verschwendung von Staatsgeldern, denn der Staat musste die Schulen als Minderheitenschule unterhalten, obwohl die Mehrzahl der Schüler angeblich estnischer Herkunft gewesen sei. Zweitens bliebe wegen dieser Mehrausgaben auch weniger Geld für die Entwicklung des estnischsprachigen Bildungssystems. Teilweise scheint auch die Meinung verbreitet gewesen zu sein, wonach deutsche Schulen (insbesondere in kleineren Städten) hätten geschlossen werden müssen, wenn keine Schüler estnischer Herkunft sie besucht hätte. Der dritte und wichtigste Grund, warum der Besuch estnischer Kinder an deutschen Schulen als verwerflich betrachtet wurde, war die Auffassung, dass an deutschen Schulen eine gezielte nationale Umerziehung der Kinder betrieben werde.⁶⁸ Diese Ansichten gewannen bei den Autoren der Texte paradoxerweise insofern an Bedeutung, als die deutschen Organisationen unter Führung der Kulturselbstverwaltung angesichts der abnehmenden Zahl von Deutschen versucht haben sollen, etwas für die Fortbestand der eigenen Bevölkerungsgruppe zu unternehmen.⁶⁹ Dabei seien zwei widersprüchliche Zielvorstellungen in der deutschen Bevölkerungsgruppe vertreten gewesen: Einerseits habe man sich abkapseln und verschließen wollen, was gleichzeitig auch jegliche vorsätzliche „Germanisierung“ der Esten ausgeschlossen hätte; andererseits habe man eine „Germanisierung“ der estnischen Schüler angestrebt und versucht, gegenüber äußeren Einflüssen offen zu bleiben. Letzteres wurde von den konservativen deutschbaltischen Kreisen zweifelsohne nicht unterstützt.

Die Bildungs- und Schulfrage hing eng mit anderen Problemfeldern zusammen, die im Kontext mit dem Begriff Wacholderdeutsche behandelt wurden, z.B. mit der Frage der ge-

66 Vgl. Kadakate kontroll [Kontrolle der Wacholderdeutschen], in: Vaba Maa, 1. Juli 1926, S. 9.

67 Vgl. z.B. J. Lang: Meie Kadaklusest [Über unsere Wacholderdeutschen], in: Postimees, 11. September 1924, S. 2; J. Roos: Kardetav enesepettus [Gefährlicher Selbstbetrug], in: Postimees, 19. September 1924, S. 1; Kas kiriku läbi kadaklust külvamas? [Mit Hilfe der Kirche das Wacholderdeutschum säen?], in: Virulane, 24. Januar 1925, S. 1; H.T.: Kadakad [Wacholderdeutsche], in: Päevaleht, 12. Oktober 1939, S. 2.

68 Vgl. z.B. A.J.: Vähemusrahvuste koolid ei tohi eesõigustatud seisukorras olla [Die Schulen der Minderheiten dürfen keine bevorzugte Stellung haben], in: Postimees, 5. September 1926, S. 2; Võru kadakluse kants – saksa algkool [Das Bollwerk des Wacholderdeutschums in Võru – die deutsche Grundschule], in: Võru Teataja, 20. April 1933, S. 3; Saksa koolid – puht ümberrahvastamise asutused [Deutsche Schulen – reine Anstalten der nationalen Umerziehung], in: Päevaleht, 4. Mai 1934, S. 3.

69 Vgl. Võltsitakse rahvuslikku kuuluvust. Saksa koolid elatavad endid eestlaste arvel [Die nationale Zugehörigkeit wird gefälscht. Deutsche Schulen leben auf Kosten der Esten], in: Postimees, 21. April 1933, S. 4; Rahvuse salgajate häbipost [Pranger für die Leugner der Nation], in: Vaba Sõna, 6. Januar 1934, S. 7; „Kadakad“ kasutavad juhus [Die „Wacholderdeutschen“ nutzen die Gelegenheit], in: Postimees, 11. November 1934, S. 1.

mischnationalen Familien oder mit der der Freiheitskämpfer. Es werde – so der Tenor der Presse – in diesen Familien die Entscheidung für die Schule entsprechend der Nationalität jenes Elternteils getroffen, der einer Minderheit angehört.⁷⁰ Darüber hinaus hätten viele estnische Offiziere, insbesondere die Mitglieder des Bundes der Freiheitskämpfer, deutsche Schulen bevorzugt.⁷¹ Auch viele prominente und als national denkend eingestufte Esten wurden dafür getadelt.⁷² Mitte der 1930er Jahre hatte die Feindseligkeit gegenüber den in deutschen, aber auch in russischen Schulen lernenden Esten den Punkt öffentlicher Ärgernis erreicht, der ausreichte, um die Schüler in den Zeitungen namentlich zu nennen.⁷³ Infolge dieser „Aufdeckung“ wurden neben den germanisierten und russifizierten Esten auch Angehörige vieler anderer Nationen identifiziert, darunter auch ein „Japaner“. Vermutlich handelte es sich in allen solchen Fällen um Kinder aus gemischt-nationalen Familien.⁷⁴

Die gesamte Problematik wurde in der Presse vor dem Hintergrund des in der Mitte der 1920er Jahre ausgebrochenen Skandals um die Alfred-Grass-Privatschule (auch: „Höhere Töchterchule des Oberlehrers Grass“) in Tartu ausführlich thematisiert. Ihr Gründer, Alfred Grass, wurde von der Presse als Wacholderdeutscher wahrgenommen, da er aus einer germanisierten estnischen Familie stammte. Sein Vater Georg Grass war Angestellter der Tartuer Akademischen Muße, einer 1814 gegründeten Kulturgesellschaft, und seit einer Generation germanisiert gewesen. Der 1862 geborene Alfred Grass hatte 1881 das deutschsprachige Tartuer Gymnasium absolviert und anschließend an der Tartuer Universität studiert, wo er der deutschen Burschenschaft Neobaltia angehört hatte.⁷⁵ Es ist nicht bekannt, dass seine Herkunft vor dem Ausbruch des Schulskandals jemanden gestört hätte. Erst in Verbindung mit dem Vorfall änderte sich dies. Grass galt nunmehr als ein „Ersatz-Deutscher“, der weder der deutschen noch der estnischen Gesellschaft zugerechnet wurde und der „unter den echten feinen Herren die Rolle des Knechtes spielen“ musste.⁷⁶ Die eigentliche Empörung begann, weil die Schule angeblich gesetzeswidrig eine große Anzahl von estnischen Schülern aufgenommen hatte, um die Kinder zu „germanisieren“. Die Kritik an der Schule und dem Schulbetreiber war so stark, dass nicht einmal die Erläuterungen des Bildungsministers die Stimmen besänftigen konnten.⁷⁷ Vermutlich steckten aber die deutschen Privatschulen in Tartu in ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten, weswegen die Institutionen 1925

70 Vgl. Ajalehti lugedes [Zeitungen lesend], in: Postimees, 24. August 1924, S. 4.

71 Vgl. Lõpp Eesti ohvitseride perekondlise kadaklusele [Schluss mit dem Wacholderdeutschum in den Familien der estnischen Offiziere], in: Herold, 3. April 1932, S. 8; Sakslastel Eestis suuri võimalusi [Gute Chancen für Deutsche in Estland], in: Herold, 10. Juli 1932, S. 2; „Vabadussõjalaste“ lapsed saksa koolides [Die Kinder der „Freiheitskämpfer“ an deutschen Schulen], in: Postimees, 8. Januar 1934, S. 2.

72 Vgl. Haapsalus [In Haapsalu], in: Postimees, 2. Juli 1930, S. 4.

73 Vgl. Eestlased võõras koolis [Esten in fremden Schulen], in: Maa Hääl, 6. Januar 1934, S. 4; Rahvuse salgajate häbipost [Pranger für die Leugner der Nation], in: Vaba Sõna, 6. Januar 1934, S. 7; Kui kardetav on kadaklus [Wie gefährlich ist das Wacholderdeutschum], in: Uudisleht, 12. März 1935, S. 4.

74 Vgl. Eestisoost muulased [Fremde estnischen Geschlechts], in: Järva Teataja, 12. Dezember 1933, S. 2.

75 Vgl. Maturitäts-Zeugnis zur Aufnahme in die Universität, RA, F. EAA.402, Reg. 2, Nr. 7568; Album der Landsleute der Neobaltia 1879–1904, Tartu 1904, S. 71.

76 J. Lang: Meie Kadaklusest [Unsere Wacholderdeutschen], in: Postimees, 11. September 1924, S. 2.

77 Vgl. Haridusminister H.B. Rahamägi seletused A. Grassi kooli kohta [Erklärungen des Bildungsministers H.B. Rahamägi zur A.-Grass-Schule], in: Postimees, 2. September 1924, S. 2.

unter dem Namen Deutsches Privatgymnasium Tartu vereinigt wurden.⁷⁸ Es könnte demnach also der Schülermangel dazu geführt haben, dass die Nationalität der Schüler bei der Aufnahme in die Alfred-Grass-Schule tatsächlich nicht gründlich überprüft wurde. Über das weitere Leben von Grass gibt es wenig Information, aber es ist bekannt, dass er 1933 in Deutschland starb und vor dem Tod den Wunsch geäußert hatte, in Tartu begraben zu werden. Seine sterblichen Überreste gelangten Anfang des Jahres 1939, nur kurze Zeit vor der „Umsiedlung“ der Deutschen, nach Estland. Die Zeitung *Postimees*, die darüber berichtete, erwähnte auch die estnischen Absolventen seiner Schule, die am Begräbnis teilgenommen hatten, blieb in ihrer Darstellung nunmehr aber vergleichsweise neutral.⁷⁹

Exodus der Verräter

Im Zusammenhang mit der Umsiedlung der Deutschbalten gewann das Thema Wacholderdeutsche an neuer Bedeutung. Als ab Oktober 1939 die überwiegende Mehrheit der Deutschbalten vom „Dritten Reich“ eingebürgert und im sogenannten Warthegau im besetzten Polen angesiedelt wurden, waren unter ihnen auch Menschen estnischer Herkunft. In der Presse fand die Umsiedlung breite Behandlung. Neben einer Vielzahl von neutralen Beiträgen zu diesem Ereignis oder zu den Deutschen in Estland insgesamt wurden nunmehr die Esten unter den Umsiedlern in den Fokus genommen und als Verräter dargestellt.⁸⁰ Man gelangte zu der Überzeugung, dass die Abreise der Wacholderdeutschen zusammen mit den Deutschen nicht nur ein Bevölkerungsverlust sei, sondern auch einen direkten materiellen Schaden für den estnischen Staat und für das estnische Volk mit sich bringe. Die Umsiedler wurden so zu zweifachen Verrätern gebrandmarkt: Zunächst hätten sie ihr Volk dadurch verraten, dass sie ihr bisheriges Leben nicht im Einklang mit den Grundsätzen der estnischen „Volksgemeinschaft“ gelebt hätten und durch die „Umsiedlung“ schließlich hätten sie dem Staat in wirtschaftlicher Hinsicht geschadet. Auch jetzt beschränkte man sich in der Presse nicht nur auf allgemeine Betrachtungen, sondern nannte die Verräter namentlich.

In einigen Fällen verhinderten zuständige Behörden den „Verrat“. Am 21. November 1939 teilte die Hauptabteilung des Innenministeriums dem Außenministerium mit, der estnische Staat erlaube den „biologischen“ Esten nicht, nach Deutschland zu gehen, selbst wenn die Anfrage der deutschen Botschaft zur Ausreiseerlaubnis vorliege. Ein Streitpunkt zwischen der deutschen Botschaft und den estnischen Behörden war beispielsweise der Fall des Händlers Wilhelm Mend. Das Innenministerium besaß Informationen, wonach Mends Vater den Namen Karl-Nikolai Mänd getragen hatte und in der Heiliggeistkirche getauft worden war, in der sich damals die estnische Gemeinde befand. 1895 war derselbe Karl-Nikolai Mitglied der deutschen Olaigemeinde geworden und hatte sich fortan Mend genannt. Auch glaubte das Innenministerium nicht der Behauptung der deutschen Botschaft, dass Wilhelm

78 Vgl. Kolm saksa eragümnaasiumi ühinenud [Drei deutsche Privatgymnasien vereinigt], in: *Postimees*, 22. Juli 1925, S. 5.

79 Vgl. Saksamaal surnud A. Grassi põrm maeti Tartus [Der in Deutschland verstorbene A. Grass in Tartu beigesetzt], in: *Postimees*, 15. Veebruar 1939, S. 8.

80 Zur Abreise der Deutschbalten aus Sicht der Esten vgl. Kivimäe, „Aus der Heimat ins Vaterland“ (wie Anm. 5), S. 501-520.

Mend kein Estnisch beherrscht habe, da er früher einmal Adjutant des Kriegsministers der Estnischen Republik gewesen war.⁸¹ Weder die Botschaft noch das Innenministerium wiesen in ihrer Auseinandersetzung auf andere Hinweise nationaler Zugehörigkeit hin. So hatte Mend 1908 die Tallinner Petri-Realschule absolviert und war von der darüber berichtenden Zeitung als Este bezeichnet worden. Im November 1934, wahrscheinlich im Zuge des obengenannten Dekrets des Staatsältesten zur Bestimmung der Nationalität, war er dann als Mitglied der deutschen Kulturselbstverwaltung eingetragen worden.⁸² Der Fall Mend muss jedoch nicht als repräsentativ gelten, denn scheinbar waren die estnischen Behörden beim Verhängen der Sperren nicht immer konsequent. Oskar Angelus, der sich beim Innenministerium für Angelegenheiten der deutschen Minderheit beschäftigt und auch in Sachen Umsiedlung mitgewirkt hatte, sprach in seinen Erinnerungen dem Innenministerium die Absicht ab, ausreisewillige Esten an der Umsiedlung gehindert haben zu wollen.⁸³

Die Empörung vieler Esten war groß, als ein gebürtiger Este mit seiner deutschen Frau in vorderster Reihe das erste Umsiedlungsschiff bestieg, wie dies beim Pastor von Haljala, Martin Nurm, der Fall war.⁸⁴ Auch der Schriftsteller Tammsaare, der sich während der „Umsiedlung“ mehrfach in der Presse zu Wort meldete, kritisierte Nurm für diesen Schritt: „Nun ist endlich wieder unser Mann ganz vorne dabei. Hätten wir entscheiden können, hätten wir wahrscheinlich unsere Fahne an dem Mast des deutschen Schiffes gehisst in diesem wichtigen Augenblick. Es lebe Estland, seine Söhne sind bei der Flucht aus dem Land besonders flink.“⁸⁵

Pastor Nurm war zwar der erste, aber nicht der letzte „Umsiedler“ estnischer Herkunft, der 1939 nach Deutschland ging. Noch schmerzhafter war es, als der Pastor, Bürgermeister und Bezirksvorsitzende der Vaterlandsunion (*Isamaaliit*, IL)⁸⁶ von Paide, Gerhard Pärli, ausreiste. Die Zeitung *Uus Eesti* (Neues Estland) hielt dieses Ereignis für so erniedrigend, dass sie ein Feuilleton mit dem Titel „Kopflöse Männer“ veröffentlichte. Der Autor erklärte gar, Pärli habe „ein Dutzend Behörden kopflös“ zurückgelassen. Es wurde vermutet, Pärli habe sein Land nur verlassen, weil seine deutsche Frau ihn dazu angetrieben habe. Die Leserschaft wurde mit der Aussage getröstet, dass „die Anzahl von Pantoffelhelden abnimmt“ und die Esten nunmehr die wichtigen Positionen mit den richtigen Köpfen besetzen könnten.⁸⁷

Im Presseorgan des Clubs der Estnischen Patrioten (*Eesti Rahvuslaste Klubi*, ERK), während der autoritären Regierungszeit von Päts die führende Stimme des Nationalismus, war zur „Umsiedlung“ von Nurm und Pärli zu lesen:

81 Vgl. Siseministeriumi üldosakond välisministeeriumile [Die Hauptabteilung des Innenministeriums an das Außenministerium], 21. November 1939, RA, F. ERA.14, Reg. 2, Nr. 746.

82 Vgl. Päevaleht, 31. Mai 1908, S. 3; Nationalkartei, RA, F. ERA.85, Reg. 1, Nr. 542.

83 Vgl. Oskar Angelus: *Tuhande valitseja maa* [Land der tausend Herrscher], Stockholm 1956, S. 15.

84 Vgl. *Nii nad läksid* [So gingen sie], in: Päevaleht, 19. Oktober 1939, S. 5.

85 A.H. T[ammsaare]: *Lahkumise tunnil* [In der Stunde des Abschieds], in: *Tänapäev* 5 (1939), H. 9/10, S. 259.

86 Die Vaterlandsunion war eine im Jahr 1935 gegründete „Staatspartei“, die während der autoritären Regierungszeit von Konstantin Päts (1934–1940) die einzige zugelassene Partei war.

87 Vgl. *Jänkimees. Peatud mehed* [Yankeemann. Kopflöse Männer], in: *Uus Eesti*, 20. Oktober 1939, S. 6.

„[...] als die Ausreise der hiesigen Deutschen begann, konnte man kaum seinen Augen glauben, wie viele Menschen den Staub der estnischen Staatsbürgerschaft von ihren Füßen schütteln wollten. Die Tatsache, dass sich in den ersten Reihen der deutschen Umsiedler dreißig Pastoren befanden, allen voran eine Figur aus der Besatzungszeit,⁸⁸ Martin Nurm, war nicht überraschend, denn was bedeutet es schon, dass man der Kirche Treue geschworen hat, wenn man mit Sinnen und Gedanken schon längst anderswo ist. [...] Aber als sich den Umsiedlern eine Reihe von höheren Militärs und Beamten sowie ein solch alteingesessener Este wie der Bürgermeister und Vorsitzende der Vaterlandsunion von Paide, Pärli, anschlossen, rieben sich viele vor Erstaunen die Augen, denn alle diese Menschen hatten doch dem estnischen Staat Treue geschworen.“⁸⁹

Den nationalistisch denkenden Esten waren keineswegs nur die Pastoren der estnischen Gemeinden, die ihre Nationalität „verraten“ hatten, ein Dorn im Auge, sondern auch die deutschsprachigen Gemeinden mit einer großen Zahl estnischer Gemeindemitglieder. Während der „Umsiedlung“ hielten sogar 191 Esten die Lage für dermaßen besorgniserregend, dass sie beim Innenminister einen Antrag auf Abschaffung der deutschsprachigen Gemeinden stellten, damit die in Estland nach 1939 verbliebenen „Wacholderdeutschen“ und Deutschen keine Gemeinde mehr hätten. Die Antrag wurde mit der Angst begründet, dass sich das Deutschtum und die Wacholderdeutschen in Estland erfolgreich ausbreiten und die deutschen Gemeinden Esten als Mitglieder für ihre Reihen werben würden, wenn sie weiter agieren dürften. Die Esten, die diesen Antrag gestellt hatten, glaubten, mit der Auflösung der deutschen Gemeinden die Wacholderdeutschen dem Estentum zurückführen zu können. Zu diesem Zweck baten sie darum, ein Verbot von deutschsprachigen Gottesdiensten in estnischen Kirchen zu erlassen. Sie waren davon überzeugt, dass „der größere und denkende Teil des estnischen Volkes“ sich ihrem Wunsch anschließen würde.⁹⁰ Aller Wahrscheinlichkeit nach hätten noch mehr Menschen diese Petition unterschrieben, doch waren während der „Zeit des Schweigens“ unter Päts Bürgerinitiativen nicht willkommen. Die Verwendung der Metapher „Zeit des Schweigens“ bezieht sich auf die Regierungszeit Päts, in der die wichtigsten Behördenvertreter keine Richtschnur vorgaben, welche Haltung man gegenüber der „Umsiedlung“ der Deutschbalten einnehmen sollte. Es wurde noch nicht einmal eine Stellungnahme zur Ausreise der germanisierten Esten abgegeben. Dennoch lässt sich hinter der überwiegend aggressiven Haltung der Presse gegenüber den „Wacholderdeutschen“ die Unterstützung der Staatsführung erahnen. Dies wird auch durch die Tatsache bestätigt, dass Andeutungen oder gar offen ausgesprochene Behauptungen von einer Gefahr, die von den Wacholderdeutschen ausgehe, bereits in früheren Jahren ein fester Bestandteil der Rhetorik hoher Regierungsbeamter waren. Andernfalls hätte die Zensur gegriffen. In der Zeitung *Uus Eesti*, die der Regierung von Päts am nächsten stand, wurde beispielsweise ein von einem gewissen P. V. an die Redaktion geschickter Brief veröffentlicht, in dem erklärt wurde,

88 Die deutsche Okkupation des Jahres 1918.

89 Juh[an] V[ellerind]: Sakslaste lahkumine [Der Abschied der Deutschen], in: Eesti Rahvuslaste Klubi (1939), H. 5, S. 235.

90 Sooviavaldus saksa koguduste likvideerimise kohta [Antrag auf Auflösung der deutschen Gemeinden], 19. Dezember 1939, RA, F. ERA.14, Reg. 2, Nr. 726, Bl. 4.

dass die deutschsprachigen Gemeinden aus der Gesellschaft verschwinden müssten, damit der Nationalitätswechsel der Esten nicht weiter andauere. „Unsere heilige Pflicht ist es, zumindest sie vor der entehrenden Verblendung ihrer Eltern zu retten“, befand P. V.⁹¹

Die Rhetorik mit ihrem sonst chauvinistischen Grundton wurde durch die Beiträge des ehemaligen konservativen Politikers Mihkel Juhkam verschärft. Juhkam stand dafür ein, auf die „unaufhörlichen Prügel auf die Wacholderdeutschen“ zu verzichten und stellte die Frage, ob „es eine Eigenart des 20. Jahrhunderts sei, den estnischen Nationalismus und die estnische Kultur so niedrig zu verorten“.⁹² Die Artikel Juhkams fanden aber weder Zustimmung noch Verständnis. Ein gewisser Spektator, der unter diesem Pseudonym auf den ersten Artikel Juhkams in *Uus Eesti* reagierte, stritt ab, dass die Esten sich vom Chauvinismus leiten ließen, sondern war der Meinung, dass die in Estland verbliebenen „Wacholderdeutschen“ auf jeden Fall bestraft werden müssten. Spektator schlug keine konkrete Strafe vor, doch war es ihm schon eine Genugtuung, dass die Wacholderdeutschen es nicht wagten „die Esten wegen des Nationalismus zu tadeln“, denn dies mache den Kampf gegen sie leichter.⁹³ Ihm sekundierte am 5. Januar 1940 der Journalist Eduard Vallaste in der Zeitung *Rahvaleht* (Volksblatt). Er verglich das „Wacholderdeutschtum“ mit einem böartigen Geschwür im „Volksorganismus“, das mit radikalen Maßnahmen bekämpft werden müsse. Mit welchen Maßnahmen bleibt unklar.⁹⁴ Vier Tage später antwortete Juhkam und empfahl, das Thema der Wacholderdeutschen hinter sich zu lassen. Doch auch er konnte an der Stimmungslage nichts ändern.⁹⁵

Es wurde auch nach der „Umsiedlung“ in der Presse auf die Gefahr durch die Wacholderdeutschen hingewiesen. Noch im Sommer des Jahres 1940 wurde die Ausreise der Esten zusammen mit den Deutschen bedauert und als Misserfolg der bisherigen Nationalitätenpolitik betrachtet:

„Ausgereist sind sogar die Enkel unserer eifrigsten Protagonisten aus der Zeit des nationalen Erwachens, Söhne und Brüder berühmter estnischer Persönlichkeiten, Studenten, die zu nationalen Studentenverbindungen gehörten oder Absolventen, Mitglieder der Vaterlandsunion sowie führende Militärs, Beamte, Richter und Seelsorger! All dies bedeutet, dass mit unserer national-kulturellen Politik, unserer offiziellen vaterländischen Ideologie oder Praxis etwas aus dem Lot geraten ist.“⁹⁶

91 P.V.: Kadaklus on häbiks [Das Wacholderdeutschtum ist eine Schande], in: *Uus Eesti*, 4. Januar 1940, S. 4.

92 M[ihkel] Juhkam: Ideedest, mis valitsevad tänapäeval. Meie rahvuslikud liialdused [Über gegenwärtige Ideen. Unsere nationalen Übertreibungen], in: *Rahvaleht*, 30. Dezember 1939, S. 2.

93 Spektator: Kadaklus tõstab pead [Das Wacholderdeutschtum regt sich], in: *Uus Eesti*, 2. Januar 1940, S. 4.

94 Vgl. Ed[uard] Vallaste: Mure rahvuslikkuse pärast [Sorge um die Nationalität], in: *Rahvaleht*, 5. Januar 1940, S. 2.

95 Vgl. M[ihkel] Juhkam: Ülesannetest, mis rahvuslikkudest huvidest kõrgemal [Von den Aufgaben, die über den nationalen Interessen stehen], in: *Rahvaleht*, 9. Januar 1940, S. 2; H. Rikand: Avalik kiri M. Juhkamile [Öffentlicher Brief an M. Juhkam], in: *Uus Eesti*, 14. Januar 1940, S. 4.

96 Kultuuri päevaküsimusi [Aktuelle Fragen der Kultur], in: *Päevaleht*, 26. Juni 1940, S. 7.

Offenbar war dies ein Hinweis auf Rudolf Jannsen, den Enkel einer der wichtigsten Figuren des „nationalen Erwachens“, Johann Voldemar Jannsen. Bereits im Herbst war sein Name wiederholt durch die Presse gegangen.

Die Besetzung und Annexion Estlands durch die Sowjetunion im Jahr 1940 sowie die vollständige Gleichschaltung der Presse, ließen das Thema der Wacholderdeutschen und seine weitere Behandlung in jeglicher Form irrelevant werden.

Somit kann zumindest auf Basis der Pressezeugnisse nicht eindeutig festgestellt werden, ob auch diejenigen, die im Zuge der „Nachumsiedlung“ Estland 1941 verließen, als Verräter an der Nation betrachtet wurden. Erstens wurde das Thema „Nachumsiedlung“ in der Presse so gut wie gar nicht behandelt, denn diese Ausreise musste schnell und möglichst geheim durchgeführt werden. Zweitens hatten sich die Verhältnisse verglichen mit denen im Jahr 1939 geändert. Das Ausreisemotiv war jetzt vor allem der Sorge um die eigene Existenz, die Tausende von Esten dazu bewog zu gehen, selbst wenn dazu die Dokumente zum Nachweis ihrer Nationalität zu fälschen waren.⁹⁷ Die Daheimgebliebenen hießen das Geschehene, falls sie davon erfuhren, möglicherweise nicht gut, doch ihre Beurteilungen hingen – soweit sich diese feststellen lassen – sehr von dem veränderten Bezugssystem ab und sind mit den Unmutsäußerungen des Jahre 1939 nicht vergleichbar.

Schlusswort

Die Debatte über die Frage des Verrats an der Nation in der estnischen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit war eine besondere Erscheinung, da sie eher bei Minderheiten auftaucht, die ihren Platz neben einer Mehrheitsbevölkerung finden müssen. Wenn sich Angehörige einer Minderheit dann der Majorität – in welcher Form auch immer – annähern, werden sie in der Kritik als Verräter, als Gefahr für die Existenz ihrer eigenen Bevölkerungsgruppe wahrgenommen. Die Esten stellten in der Estnischen Republik der Zwischenkriegszeit die Mehrheitsbevölkerung dar, die Politik und Wirtschaft dominierte. Daher gilt es nachzuvollziehen, warum sich die Esten im gesellschaftlichen Bewusstsein trotzdem weiterhin als Minderheit wahrnahmen.

Bei der Suche nach Antworten auf diese Frage müssen zwei sich gegensätzliche Entwicklungen berücksichtigt werden: Erstens weist die Häufigkeit der Verwendung des Begriffs der Wacholderdeutschen nicht zwangsläufig auf das Thema des Verrats an der Nation hin. Die Kontexte zeigen, dass dieser Begriff als Mittel des politischen Kampfes oder als Ventil eingesetzt, als ein aufgeladener Begriff verstanden werden muss, um die Wirkung der Argumentation zu Themen, die gar nicht die Frage der Nationalitäten berührten, zu verstärken. Zweitens kann angesichts der zahlreichen und emotionsgeladenen Texte über die Wacholderdeutschen zwar der Schluss gezogen werden, dass das Thema Verrat an der Nation einen breiten gesellschaftlichen Widerhall fand, doch lassen diese Texte keinen Schluss darüber zu, ob die Verleugnung der estnischen Nation und der Wunsch, zu einer Minderheit zu gehören, auch in Wirklichkeit ein so ernstes Problem war, wie es die Presse zu vermitteln suchte. Es

97 Vgl. Olev Liivik, Triin Tark: Aus der Sowjetunion in das Deutsche Reich: Über die Nachumsiedlung aus Estland im Jahre 1941, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 65 (2016), H. 3, S. 407-427, hier S. 418.

scheint beinahe, als habe die Presse konsequent eine Strohmann-Argumentation aufgebaut, um eine breite gesellschaftliche Masse aufhetzen zu können. Vor dem Hintergrund der ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Esten und Deutschen fiel ein solches Vorgehen auf fruchtbaren Boden. Besonders willkommen war der Kampf gegen den Wacholderdeutschen für das autoritäre Regime von Päts, das das Thema mehrfach in seiner intensiven Propaganda mit dem Ziel der Konstruktion eines eigenen „Volkskörpers“ aufnahm.

Gleichzeitig steckte aber hinter all dem auch die nachvollziehbare existentielle Angst vor dem Verschwinden der eigenen Nation. Wenn auch das Vorhandensein des Nationalstaates und die ausreichende, zahlenmäßige Überlegenheit diese Angst in der Außenansicht paradox erscheinen lassen, muss berücksichtigt werden, dass die wichtigsten und auch in der Presse am meisten behandelten Minderheiten in Estland – die Deutschen und die Russen – über die Landesgrenzen hinaus große Völker waren, hinter denen Großmächte mit zunehmend aggressiver Außenpolitik standen. Diese Perspektive beeinflusste teilweise auch die inhaltliche Darstellung des Themas und lässt sich z.B. gut in der Diskussion über das kirchliche Leben und über die Schulen der Minderheiten nachzeichnen. Gleichzeitig aber wurde in den Diskussionen über den Verrat an der Nation relativ selten direkt auf die Gefahr von außen hingewiesen. Dies erstaunt, besonders wenn man berücksichtigt, wie umfangreich über das Thema Wacholderdeutsche berichtet wurde.

Die Diskussion zum Thema Wacholderdeutsche im Estland der Zwischenkriegszeit muss als eine widersprüchliche Erscheinung gewertet werden. In diesem Artikel konnten einige Diskussionsinhalte hervorgehoben werden, um ein Gesamtbild nachzuzeichnen, das die Darstellung der Wacholderdeutschen in der Presse als ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem zwar durchaus nachvollziehbar macht, in ihrem Kern jedoch nicht immer zwangsläufig Berechtigung und Angst vor einer realen Gefahr widerspiegelte. Für Menschen mit gemischt-nationaler Herkunft und uneindeutiger Identität konnte eine solche Atmosphäre der Vorverurteilung offensichtlich mehr als Unannehmlichkeiten verursachen.

Übersetzt von Heli Rahkema, Bielefeld

Summary

During the interwar period there were widespread discussions about national betrayal and national traitors in the Estonian press. It seems that Estonians, who were for the first time the ruling majority in their own country, still viewed themselves as a minority, and this was accompanied by the discussions about national betrayal. This paper analyzes these discussions in Estonian newspapers. The topic of national betrayal was closely connected with the use of the metaphorical term „juniper Germans“ to describe people who were presumed to be Estonians but behaved like Germans and who were therefore seen as national renegades. Hence, this paper focuses on the contexts in which this term was used and the patterns of, and reasons behind, its use.

Firstly, it emerged that, on the one hand, the usage of the term „juniper German“ was indistinct and did not form an integral concept but on the other hand, the same clichés and topics were used year after year. After the coup d'état by Konstantin Päts in 1934 the rhetoric regarding „juniper Germans“ became notably more intense as a result of the coup. Päts' authoritarian regime and also political parties before this time used this term in their

political rhetoric to label their opponents. Secondly, journalists used the term constantly and widely in connection with school and church topics. In both cases, the argumentation reflected the opinion that the danger of „Germanization“ still endured as long as there were Estonian children attending German schools or German pastors serving in Estonian parishes. Thirdly, the national betrayal rhetoric increased remarkably in 1939 in connection with the resettlement of Baltic Germans. In the press there was outrage when a number of people who were presumed to be Estonians (among them some public figures) also left the country.

In general, one may say that the approach described above is, on the one hand, understandable since, firstly, „Germanization“ was indeed a widespread means of achieving social mobility in the 19th century and secondly, the local German minority was not a minority on a European scale. On the other hand, the widespread use of the term „juniper German“ indicates that this was a straw man argument constructed so as to have something to fight against. Contrary to the impression given by the Estonian newspapers, the phenomenon described by the term „juniper Germans“ was not an extensive problem in Estonian society. In addition, one must keep in mind that specific persons of mixed origins or mixed identity were often also subject to sharp criticism. Thus, the press created a social atmosphere which presumably did not make the lives of such people easier.

Karl Säre – Leben und Nachleben eines Verräters*

von David Feest

Von allen Fällen des Verrats, die es in der estnischen Geschichte gibt, ist jener des ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Estlands (KPE) Karl Säre einer der rätselhaftesten. Er war während der deutschen Besatzung in Estland verblieben und der Besatzungsmacht in die Hände gefallen. Bei den Verhören soll Säre die Aufenthaltsorte praktisch des ganzen kommunistischen Untergrunds preisgegeben haben. Für die Anhänger ebenso wie für die Gegner des Sowjetsystems galt er fortan als Verräter – sei es als Überzeugungstäter oder prinzipienloser Egoist. Doch Säres Geschichte ist komplizierter. Nach dem heutigen Wissensstand ist es fraglich, ob er den ihm vorgeworfenen Verrat überhaupt beging. Und auch der Umgang mit ihm war im Laufe der Jahre von Widersprüchen geprägt. Zeitweise wurde Säres Abtrünnigkeit zu größeren Verschwörungstheorien ausgebaut, zu anderen Zeiten verschwieg man sie lieber ganz. Damit rücken ganz andere Fragen in den Mittelpunkt als jene des Verrats selbst. Wie wurde Säre im Laufe der Jahre zum Inbegriff des Verräters gemacht, und welche Gründe gab es dafür? Und wie wandelte sich die Funktion, die seine Geschichte über die Jahrzehnte hin für jene einnahm, die sie erzählten?

Die Hauptthese dieses Aufsatzes ist, dass die sowjetischen Techniken von Verschleierung und Diversion die Figur des Verräters nachgerade benötigten, wenn es darum ging, einen Wechsel im politischen Kurs zu begründen. In so einem Fall musste auch wer sich loyal verhalten hatte, damit rechnen, von einem Tag zum anderen zum Verräter gestempelt zu werden. Estland kann dafür als Beispiel dienen. Hier (wie auch in den anderen baltischen Sowjetrepubliken) wurde bereits der Machtwechsel im Jahr 1940 von einer riesigen Desinformationskampagne begleitet. Die Kommunistische Partei inszenierte den Umbruch als quasi-demokratischen Wandel auf Grundlage der bestehenden Gesetze. Entsprechend saßen in den neuen Regierungen kaum Kommunisten, und der Übergang hatte wenig Revolutionäres. Bis zum Jahr 1950 hatte die Sowjetmacht sich indessen so weit durchgesetzt, dass die Interpretation der Ereignisse von 1940 den neuen Gegebenheiten angepasst, ihr gewissermaßen ein revolutionärer Anstrich verpasst werden musste. Säre, über dessen Verbleib zu diesem Zeitpunkt in der Sowjetunion niemand etwas wusste, eignete sich gut als Sündenbock für alle Widersprüchlichkeiten, mit denen die „Revolution von 1940“ behaftet war. Dies galt umso mehr, als der Verdacht, er habe er könnte 1941 seine Genossen verraten haben, es leicht machte, ihn zu einer Unperson zu erklären. Die Geschichte Säres wird somit zu einer Geschichte von Doppelstandards, instabilen Wahrheitsregimen und politischen Intrigen.

1. Loyalität, Verrat und die Kommunistische Partei

Loyalität und Verrat sind keine neuen Phänomene, sondern haben alle politischen und sozialen Regime seit Jahrhunderten beschäftigt. Doch hatten sie in der kommunistischen und

* Dieser Beitrag wurde im Double-Blind-Peer Review-Verfahren nicht berücksichtigt; Anm. der Redaktion.

besonders der stalinistischen Gesellschaft eine besondere Bedeutung. Die bolschewistische Partei war aus einer Untergrundorganisation entstanden, und die hier herrschenden doppelten Standards hatten sie geprägt. Auf der einen Seite war sie eine im Illegalen agierende, revolutionäre Partei. Lenin entwarf 1902 seine Vorstellungen einer kleinen Gruppe innerhalb der revolutionären Bewegung, die mit besonders strikter Disziplin, starker Organisation und konspirativen Techniken eine Elite bilden sollte.¹ Betrug und Verrat waren die Waffen dieser „Berufsrevolutionäre“. Auf der anderen Seite machte der bewusste Umgang mit der Lüge als Instrument der politischen Auseinandersetzung die unmittelbare Loyalität innerhalb des konspirativen Zirkels umso wichtiger. Das persönliche Vertrauen ersetzte institutionelle Strukturen, die völlige Abhängigkeit von der Parteiführung trat an die Stelle transparenter Formen der Entscheidungsfindung. Das damit geschaffene innerparteiliche System war indessen instabil. Wer der Illoyalität gegenüber den eigenen Leuten verdächtigt wurde, der hatte wenige Möglichkeiten, im Gespinnst strategischer Manöver und Diversionsakte noch wirksame Belege für seine Unschuld zu finden.

Der Bürgerkrieg, in den das Land nach dem Oktoberumsturz versank, konnte solche Tendenzen nur verstärken. Wechselnde Fronten und unklare Loyalitätsverhältnisse ließen alle Mittel gerechtfertigt erscheinen, während die Furcht vor Verrat und Sabotage wuchs. Natürlich ist die Verwendung von Lüge, Diversion und Falschinformation keine exklusiv bolschewistische Eigenart. Doch haben wenige Ideologien sich so offen zu ihr bekannt und sie zu einer legitimen Strategie erklärt. Damit prägten sie den Umgang auch unter den Genossen. Dies hatte nicht nur vorausseilenden Gehorsam zur Folge, sondern ließ auch Misstrauen und Intrige blühen. Am Ende prägte die Angst das ganze Staatswesen Sowjetrusslands. Die Vorstellung, dass es immer einen Kampf gegen Feinde des Systems auszufechten gebe, wurde zu einer zentralen Rechtfertigung des Einparteiensystems, die sich auch gegen den Parteiapparat selbst richtete.²

Diese Mentalität erlebte einen Höhepunkt im stalinistischen Regime. Hunderttausende Menschen in und außerhalb der Kommunistischen Partei wurden zu Volksfeinden erklärt. Zum einen bot dieses Vorgehen eine wohlfeile Erklärung für die Mängel des politischen und wirtschaftlichen Systems. Die Bolschewiki, so hat Elena Zubkova es formuliert, suchten nicht nach den „Ursachen“ für die Missstände, sondern nach den „Schuldigen“.³ Zum anderen handelte es sich bei dem Terror um Disziplinierungsmaßnahmen, mit denen Kontrolle hergestellt werden sollte. Dies galt auch für die Säuberungen innerhalb der Kommunistischen Parteien. Da es keine Transparenz gab, herrschte Unsicherheit darüber, wer als loyal gelten konnte. Die Bolschewiki hatten – laut Arch Getty – „Angst vor ihrem eigenen Schatten“.⁴

1 Vgl. Vladimir I. Lenin: *Čto delat' [1902] [Was tun]*, in: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 6, Moskva 1963, S. 1-192, hier S. 159.

2 Vgl. Gábor Tamás Rittersporn: *The Omnipresent Conspiracy. On Soviet Imagery of Politics and Social Relations*, in: Nick Lampert, Gábor Tamás Rittersporn (Hrsg.): *Stalinism: Its Nature and Aftermath. Essays in Honour of Moshe Lewin*, London 1992, S. 101-120.

3 Elena Zubkova: [J. Subkova:] *Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU (1945–1953)*, in: Hermann Weber, Ulrich Mähler (Hrsg.): *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*, Paderborn 1998, S. 187-233.

4 J. Arch Getty: *Afraid of their Shadows. The Bolshevik Recourse to Terror, 1932–1938*, in: Manfred Hildermeier (Hrsg.): *Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung*, München 1998, S. 169-192.

Zuletzt dienten wirkliche oder angebliche Verräter auch als negative Folie für die Parteisol-
daten, welche sich die Führung wünschte. Indem sie gegen Feinde in der Partei vorging,
demonstrierte die Partei ihre Einheit und warnte alle, nur keine Abweichung von der Par-
teilinie zu wagen. Vorwürfe, jemand sei ein Spion, ein Trotzlist, ein linker oder rechter
Abweichler oder ein bürgerlicher Nationalist gewesen, können daher kaum wörtlich genom-
men werden. Sie waren wandelbar und situativ anwendbar.

2. Karl Säre: Lehrjahre eines Tschekisten

Gegenüber den baltischen Republiken hatten die führenden Moskauer Funktionäre beson-
dere Vorbehalte. Das politische Unbehagen mit Ländern, deren Gesellschaften in den 20
Jahren ihrer Unabhängigkeit nicht zuletzt durch einen antikommunistischen Konsens zusam-
mengehalten worden waren, war von einem ethnisch begründeten Misstrauen unterfüttert.
Dies bekamen als erstes jene estnischen Kommunisten zu spüren, die nach einem gescheiter-
ten Putschversuch im Jahr 1924 Exil in der Sowjetunion gefunden hatten. Kein estnischer
Parteiführer von Rang und Namen überlebte das Jahr 1937.⁵ An ihre Stelle rückte ein
neuer Typ von Funktionär, der in Moskau größeres Vertrauen genoss. Jene Männer, die
während der sowjetischen Besatzung der baltischen Staaten als erste Sekretäre der Kom-
munistischen Parteiorganisationen tätig werden sollten, waren zwar alle auf dem Gebiet
der baltischen Republiken geboren, hatten aber ihre prägenden Jahre in der Sowjetunion
verbracht. Außerdem waren sie als Absolventen der Marchlevski-Universität für westliche
nationale Minderheiten ideologisch auf ihre Aufgaben vorbereitet worden. Noch wichtiger
aber dürfte ein Einsatz gewesen sein, der ihnen allen abverlangt wurde: In ihren Heimat-
ländern mussten sie im Auftrag der Komintern politische Arbeit im Untergrund leisten.⁶
Es ist nicht abwegig, in diesem riskanten Auftrag einen besonderen Test für Einsatzberei-
tschaft und Loyalität zu sehen. Vertrauen wurde weniger durch eine Gemeinsamkeit politi-
scher Überzeugungen hergestellt, sondern mehr durch gemeinsame Praxis und symbolische
Handlungen.

Säre war ein Mann ebendieser Praxis. Einer Familie von Brauereiarbeitern in Tartu ent-
stammend, hatte er seit 1917 die Kommunistische Jugendorganisation Estlands organisiert.⁷
Im Jahr 1921 war er im Alter von 18 Jahren nach Sowjetrußland gelangt. Nach seiner Aus-
bildung an einer sogenannten Arbeiterfakultät, der bereits erwähnten Marchlevski-Schule
sowie der Internationalen Lenin-Schule in Moskau war er vom Geheimdienst rekrutiert

5 Vgl. Jaan Pennar: Soviet Nationality Policy and the Estonian Communist Elite, in: Tõnu Parming,
Elmar Järvesoo (Hrsg.): A Case Study of a Soviet Republic. The Estonian SSR, Boulder, CO
1978, S. 105-127, hier S. 112.

6 Die Marchlevski-Universität, auch Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des
Westens, diente der Ausbildung von Partei- und Staatsfunktionären für die Westgebiete der Sow-
jetunion. Sie bestand von 1921 bis 1936. Vgl. zu Ausbildungs- und Karrierewegen Säres und
Karotamms: Enn Tarvel (Hrsg.): Eestimaa Kommunistliku Partei Keskkomitee organisatsiooniline
struktuur 1940–1991 [Die organisatorische Struktur des Zentralkomitees der Kommunistischen
Partei Estlands 1940–1991], Tallinn 2002, S. 258-360, hier S. 300-302.

7 Mart Laar: Säre, Karl, in: Sulev Vahtre (Hrsg.): Eesti ajalugu elulugudes. 101 tähtsat eestlast
[Estnische Geschichte in Lebensgeschichte. Über 101 wichtige Esten], Tallinn 1997, S. 150-152.

worden.⁸ Im Jahr 1925 war er an die sowjetische Botschaft in China versetzt worden, um von dort aus Geheimdienstoperationen zu organisieren. Hier war er im Jahr 1927 sogar kurzzeitig inhaftiert.⁹ Als Säre im Jahr 1928 gemeinsam mit seinem späteren Nachfolger Nikolai Karotamm nach Estland geschickt wurde, hatte er also Erfahrung in konspirativer Tätigkeit und war nicht nur mit den Techniken der CK gut vertraut, sondern auch mit den geforderten Feindbildern.

Dies zeigte sich bei Säres Tätigkeit in Narva, wohin die Parteiführung ihn beorderte, um die nach 1924 fast völlig zerstörte KPE wiederaufzubauen. Säre richtete seine Aufmerksamkeit besonders auf das Innere der Parteiorganisation. In typisch stalinistischem Duktus erinnerte er sich 1940 an den Kampf gegen „opportunistische und provokative Elemente“ innerhalb der Parteiorganisation.¹⁰ Vorerst setzte Säre sich aber nicht durch, Beschwerden über ihn führten vielmehr dazu, dass er bereits 1929 von seinem Posten abgezogen wurde.¹¹ Der schnelle Niedergang der Untergrundorganisation in den frühen 1930er Jahren mag Säre jedoch langfristig gestärkt haben. Verhaftungen zu Beginn der 1930er Jahre hatten sie so weit geschwächt, dass sich 1932 nur noch 20 bis 30 Kommunisten in Estland auf freiem Fuß befanden. Nicht nur Säre, sondern auch andere Funktionäre hielten es für immer wahrscheinlicher, dass die Verhaftungen das Resultat einer gezielten Unterwanderung seien.¹² Und in Moskau vergaß man des Mannes nicht, der bereits auf die Saboteure innerhalb der estnischen Parteiorganisation hingewiesen hatte. Säre erhielt Parteistatus und Posten zurück.¹³ Konsequenterweise war er ab 1934 aktiv an den „Säuberungen“ der estnischen Parteiorganisation von „opportunistischen und provokativen Elementen, die sehr tief in unsere Partei eingedrungen waren“, beteiligt.¹⁴ Die illegale Arbeit und seine Verbindung nach Moskau wurde von diesem Jahr an in einem sogenannten Orgbüro in Kopenhagen organisiert, wo Säre von 1934 bis 1936 einer der Hauptverantwortlichen war. Durch seine Aktivität bei den „Säuberungsaktionen“ empfahl sich Säre als williger, ja vorsehend gehorsamer Umsetzer der Wünsche Moskaus und der Komintern.

Als besonderer Loyalitätsbeweis dürfte der politische Mord an dem estnischen Kommunisten und Mitglied des Zentralkomitees der KPE Johannes Eltermann (Martynov) gewertet worden sein. Eltermann war einer der Aufständischen von 1924 gewesen und hatte acht Jahre schwerer Strafarbeit in der Estnischen Republik verbüßt. Die Komintern verdächtigte ihn des Verrats. Säre und die weiteren Kommunisten Lev Loothing (Meerits) und August Vakepea lockten ihn 1936 in einen Hinterhalt. Nachdem sie ihn eine ganze Nacht verhört hatten, erwürgten sie ihn und lösten seine Leiche später in Säure auf.¹⁵

8 Vgl. ebenda. Die „Internationale Lenin-Schule“ war eine Ausbildungsstätte der Komintern, sie existierte von 1926 bis 1938.

9 Vgl. Valdur Ohmann: Vendade Karl ja Artur Säre elukäigu salaniidistik [Die geheimen Fäden des Lebenslaufs der Brüder Karl und Artur Säre], in: Tuna 3 (2003), S. 64-77, hier S. 72.

10 Zit. nach ebenda.

11 Zit. nach ebenda.

12 Vgl. Külli Niidassoo, Valdur Ohmann: Eestimaa Kommunistlik Partei – 1930. aastad kuni juuli 1940. Varjusurmast ajalooareenile [Die Kommunistische Partei Estlands – die 1930er Jahre bis Juli 1940. Vom Scheintod auf die Bühne der Geschichte], in: Tuna 3 (2000), S. 68-75, hier S. 69.

13 Zit. nach Ohmann, Salaniidistik (wie Anm. 9), S. 72.

14 Zit. nach ebenda.

15 Vgl. Niidassoo, Ohmann, Partei (wie Anm. 12), S. 70 f.

Säre stand somit nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis fest auf dem Boden stalinistischer „Säuberungspolitik“ und den sie stützenden Mustern des Misstrauens und der Verschwörungstheorie. Der politische Mord brachte ihm entsprechend großes Vertrauen aus Moskau ein, den dortigen Funktionären galt er als einer der „Unsrigen“, als erprobter Komintern-Funktionär.¹⁶ Während in der Sowjetunion das Morden an den estnischen Exilkommunisten begann und der Schatten des Illoyalitätsverdachts bald auch auf Meerits fiel, stand Säres Loyalität außer Zweifel. Aufenthalte in England, den USA und Kanada zwischen 1936 und 1937 sowie seine Tätigkeit in Stockholm, wohin das „Orgbüro“ verlagert worden war, zwischen 1936 und 1938 sprechen dafür. Nicht weniger tut dies die Tatsache, dass er sowohl 1937 als auch 1938 nochmals in die Sowjetunion reiste.¹⁷ Im Sommer 1938 gelangte Säre im Auftrag der Komintern zurück nach Estland. Präsident Konstantin Päts hatte in diesem Jahr den meisten seiner politischen Gegner eine Amnestie gewährt. Plötzlich schien es wieder eine realistische Chance zu geben, im estnischen Untergrund eine funktionierende Parteiorganisation aufzubauen. Darin bestand Säres Aufgabe. Es ist davon auszugehen, dass er dabei Kontakt zum sowjetischen Geheimdienst hielt.¹⁸

3. Doppelstandards: „Junikommunisten“ und „Gefängniskommunisten“

In Estland waren die Bedingungen für konspirative Tätigkeit anfangs nicht günstig. Säre durfte sich zunächst nur auf der Insel Hiiumaa, später in Põlva im Landkreis Võru aufhalten. Auch die nach der Amnestie aus dem Gefängnis entlassenen estnischen Kommunisten wurden überwacht. Doch war es nicht nur den schwierigen äußeren Umständen geschuldet, dass Säre die Kommunisten zunächst mied. In Moskau fürchtete man, die Bevölkerung und das westliche Ausland durch einen offenkundigen Umsturz zu beunruhigen und damit Widerstand und internationale Gegenmaßnahmen in Kauf zu nehmen. Die Strategie der KP-Führung bestand aus diesem Grunde darin, den Eindruck zu erwecken, das Land näherte sich allmählich und auf Grundlage der bestehenden Gesetze der Sowjetunion an. Dabei sollten die moderaten Sozialisten, nicht die Kommunisten, das zentrale Element der sowjetischen Übernahme werden. Eine revolutionäre Inszenierung mit Mitgliedern der Kommunistischen Partei hatte hier keinen Platz.¹⁹ Hinzu kam, dass die Mitglieder des illegal operierenden Büros der KPE nicht nur der Bevölkerung unbekannt waren. Auch die Moskauer Vertreter hatten kaum Kontakte zu den Kommunisten aufbauen können. Die Mitgliederzahl der KPE betrug im Juni 1940 gerade einmal 133²⁰ und ein wichtiger Teil dieser Mitglieder hatte die

16 Vgl. Elena Zubkova: *Pribaltika i Kreml'. 1940–1953* [Das Baltikum und der Kreml], Moskva 2008, S. 271.

17 Vgl. Ohmann, Salaniidistik (wie Anm. 9), S. 74.

18 Vgl. Meelis Saueauk: *Propaganda ja terror: Nõukogude julgeolekuorganid ja Eestimaa Kommunistlik Partei Eesti sovetiseerimisel 1944–1953* [Propaganda und Terror. Die sowjetischen Sicherheitsorgane und die Kommunistische Partei Estlands], Tallinn 2015, S. 81.

19 Vgl. David Feest: *Estland 1940 – Konstruktionen einer Revolution*, in: Detlef Henning (Hrsg.): *Revolution in Nordosteuropa*, Wiesbaden 2011, S. 147–165.

20 *Kommunistiõeskaja partija Õstonii v cifrach, 1920–1980: sbornik statistiõeskich dannych* [Die Kommunistische Partei Estlands in Zahlen, 1920–1980: Sammlung statistischer Angaben]. Tallinn 1983, S. 149.

Jahre bis zur Generalamnestie von 1938 abgeschieden von den politischen Ereignissen im Tallinner Zentralgefängnis verbracht. Sie wurden aus diesem Grund später „Gefängniskommunisten“ bezeichnet. Dagegen waren die Linksozialisten, unter denen sich Gewerkschaftler, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre befanden, während der Zwischenkriegszeit in der sowjetischen Botschaft ein- und ausgegangen.²¹ Entsprechend suchte Säre in erster Linie den Kontakt zu ihnen – so etwa zu dem Literaturwissenschaftler und Dichter Nigol Andresen, den er bereits kurz nach seiner Ankunft im Sommer 1938 aufsuchte. Dieses Vorgehen rechtfertigte die Parteiführung als „Volksfrontpolitik“. Auch nachdem die Sowjetunion im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes eine beträchtliche Übermacht an Soldaten in Estland stationiert hatte²² und begann, unmittelbaren Einfluss auf die Innenpolitik des Landes zu nehmen, rückte sie nicht von der legalistischen Strategie ab. Stalin erklärte im Oktober im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Komintern, Georgij Dmitrow, dass eine sofortige Sowjetisierung der baltischen Länder nicht vorgesehen sei.²³

Erst im November 1939 nahm Säre Kontakt zu den Kommunisten auf, um die Moskauer Politik in Estland zu kommunizieren und die Verbindung zwischen Linksozialisten und „Gefängniskommunisten“ herzustellen.²⁴ Bei Letzteren stieß er damit auf großes Unverständnis. Sie hatten wenig Vorstellung von den strategischen Haken, welche die Moskauer Führung zu schlagen bereit war. Unbeirrt forderten sie, so früh wie möglich einen offenen Umsturz des „bourgeois Regimes“ zu wagen. Es ist durchaus möglich, dass sie darin die eigentliche, unverfälschte Moskauer Linie sahen, denn viele hegten Zweifel daran, dass Säre überhaupt im Namen der Komintern sprach. Als eine Delegation der Gefängniskommunisten versuchte, direkt bei der sowjetischen Botschaft vorstellig zu werden, wurde sie allerdings nicht vorgelassen.²⁵ Im Frühjahr 1940 kam es dann zum Eklat zwischen Säre und Hendrik Allik, einem der prominentesten Vertreter des estnischen Kommunistischen Untergrunds. Säre hatte einen Aufruf „An das ganze estnische Volk“ für die erste Ausgabe der illegal erscheinenden Zeitung „Kommunist“ geschrieben, in dem er die Einführung demokratischer Rechte forderte. Die Herausgeber der Zeitung Allik und der weitere „Gefängniskommunist“ Johannes Lauristin redigierten den Beitrag aber dahingehend, dass er die Errichtung eines sozialistischen Staates propagierte.²⁶ Dieselbe Linie vertrat auch eine im April 1940 abgehaltene Konferenz (Aprilkonferenz) der KPE, die den Sturz der „faschistischen Diktatur Päts-Laidoner-Uluots“ forderte.²⁷ Doch die Anhänger Alliks unterschätzten Säres Einfluss. Am Ende zwang die Moskauer Führung Allik, das illegale Büro der KPE zu verlassen.

21 Olaf Kuuli: 1939–1940 aasta Eestis [Die Jahre 1939–1940 in Estland], Tallinn 1989, S. 24.

22 Einem erzwungenen gegenseitigen Beistandspakt war ab dem 28.9.1939 die Gründung von sowjetischen Militärbasen gefolgt, die am 16. Juni unter einem Vorwand noch mit zusätzlichen Soldaten bestückt worden waren. Die Anzahl der sowjetischen Soldaten in Estland übertraf mit 110 000–120 000 jene der estnischen Armee um ein 7,5-faches.

23 Vgl. Jüri Ant: Ühest EKP taaselustamise katses Moskvas 1939 [Über einen Versuch der Wiederbelebung der KPE in Moskau 1939], in: Kleio 1 (1997), S. 22–24, hier S. 22.

24 Vgl. Niidassoo, Ohmann, Partei (wie Anm. 12), S. 72.

25 Konkret waren es Oskar Sepre und Johannes Lauristin. Sie wurden, nach Angaben Sepres, vom sowjetischen Botschafter Nikitin sofort herausgeworfen. Vgl. ebenda, S. 73.

26 Vgl. Olaf Kuuli: Revolutsioon Eestis 1940 [Die Revolution von 1940 in Estland], Tallinn 1980, S. 44.

27 Ebenda, S. 45.

Es muss betont werden, dass diese Auseinandersetzungen um die richtige Strategie im politischen Kampf tatsächlich nur die Art und Weise betraf, wie ein von außen gesteuerter Staatsstreich zu inszenieren war. Die Sowjetunion hatte die militärische Obermacht im Land und gab der Regierung vor, was sie zu tun hatte. Wenn der Umsturz auf Grundlage der geltenden Gesetze als großes Täuschungsmanöver angesehen werden kann, so hätte dies für einen revolutionären Umsturz, wie ihn sich die estnischen Kommunisten ausmalten, nicht weniger gegolten. Letztlich wäre die „Revolution von 1940“ in beiden Fällen das gewesen, was Jan T. Gross für die sowjetische Übernahme von Polen, der Westukraine und Westbelarus als eine „Revolution von außerhalb“ bezeichnet hat.²⁸ Es ging darum, als was der Umsturz gesehen werden sollte. Diese Frage hatte gerade daher, weil sie so wenig mit den Realitäten des Umsturzes korrespondierte, eine hohe symbolische Bedeutung. Sie sollte später in parteiinternen Auseinandersetzungen eine große Rolle spielen.

Der Sturz der Regierung wurde im Wesentlichen so durchgeführt, wie er in Moskau geplant worden war.²⁹ Auf den genau orchestrierten Demonstrationen vom 21. Juni 1940 fehlten revolutionäre Forderungen.³⁰ Am selben Tag diktierte Andrej Ždanov dem Staatspräsidenten Päts bis ins Einzelne die Bildung einer neuen Regierung.³¹ In ihr befand sich kein einziges Mitglied der KPE, vielmehr war sie aus Vertretern der linken Intelligenz unter dem Vorsitz des Arztes und Dichters Johannes Vares-Barbarus zusammengesetzt.³² Sie wurden später als „Junikommunisten“ bezeichnet. Die scheinunabhängige „Volksregierung“ war freilich eine Farce, die nicht lange Bestand haben sollte. Bereits einen Monat später, am 21. Juli 1940, beschloss die hastig auf Grundlage von Einheitslisten gewählte Staatsabgeordnetenversammlung die Gründung der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik und am Folgetag deren Beitritt zur UdSSR. Dennoch war die Illusion, die Einführung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung sei nicht geplant, während des Juli-Monats noch mit einiger Konsequenz aufrechterhalten worden. Sehr zum Ärger der „Gefängniskommunisten“ hatte es

28 Jan T. Gross: *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*. Princeton, NJ 2002.

29 Vgl. Toomas Hiio, Meelis Maripuu u.a. (Hrsg.): *Estonia 1940–1945. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity*, Tallinn 2006, S. 108–112.

30 Der Forderungskatalog umfasste die Einhaltung des Beistandspaktes mit der Sowjetunion, die Wiederherstellung der Pressefreiheit, die unbehinderte Betätigung der Arbeiterbewegung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Entlassung der politischen Gefangenen. Vgl. Nr. 90: Tallinna tööraha revolutsioonilisel väljaastumisel vabadusväljakul 21. juunil vastu võetud resolutsioonid [Von der Tallinner Arbeiterschaft auf der revolutionären Demonstration auf dem Freiheitsplatz am 21. Juni verabschiedete Resolutionen], in: 1940. aasta sotsialistlik revolutsioon Eestis. Dokumente ja materjale [Die sozialistische Revolution von 1940 in Estland. Dokumente und Materialien], Tallinn 1960, S. 142 f.

31 Vgl. Magnus Ilmjärv: Andrei Ždanov ja Johannes Vares „rahvavalitsuse“ moodustamine [Andrej Ždanov und die Bildung von Johannes Vares' „Volksregierung“], in: *Looming* (1995), S. 965–967.

32 Freilich traten alle Regierungsmitglieder kurze Zeit später der KPE bei. Ihr gehörten an: Hans Kruus, Johannes Semper, Boris Sepp (er wurde am 5. Juli durch Friedrich Niggol ersetzt), Juhan Narma (Nihtig), Aleksander Jõeäär, Maksim Unt, Neeme Ruus, Tõnis Rotberg, Orest Kärm und Nigol Andresen. Vgl. Jaan Toomla (Hrsg.): *Valitud ja valitsenud. Eesti parlamentaarsete ja muude esinduskogude ning valitsuste isikkoosseis aastail 1917–1999* [Gewählte und Herrschende. Die personelle Zusammenstellung der estnischen parlamentarischen und sonstigen Repräsentantenhäuser und Regierungen in den Jahren 1917–1999], Tallinn 1999, S. 165.

eine Woche gedauert, bis die Mitglieder der illegalen kommunistischen Parteiorganisationen ihre Bürgerrechte wieder erhalten hatten, und es mussten ganze zwei Wochen verstreichen, bis die KPE und ihr Sprachrohr „Kommunist“ legalisiert worden waren.³³ Auch die rote Fahne, die einige Kommunisten am 21. Juni auf dem „langen Herrmann“ – traditionellerweise Träger der Staatsflagge – gehisst hatten, war gleich wieder entfernt worden.³⁴ Am nächsten Morgen wehte an gleicher Stelle wieder die blau-schwarz-weiße Flagge der Republik und sollte dies noch einen ganzen Monat lang tun.³⁵

Es erscheint nicht unpassend, dass auf estnischer Seite mit Säre ein Geheimdienstmann für dieses Paradebeispiel öffentlicher Desinformation zuständig war. Für ihn zahlte sich die loyale Umsetzung von Ždanovs Plänen aus. Am 28. August 1940 wurde er auf dessen Vorschlag hin zum ersten Sekretär der einen guten Monat vorher legalisierten KPE ernannt. Er konnte sich nun als führender Kommunist Estlands begreifen. Aber auch die Linksozialisten, aus denen die erste estnische Regierung gebildet worden war, blieben vorerst im Amt. Sie verliehen der sowjetischen Herrschaft ein lokales Angesicht, aber auch eine Maske für ein Regime, das die Eliten sowie auch die breitere Zivilbevölkerung kurze Zeit nach Estlands Beitritt in die Sowjetunion mit Terror überzog.³⁶

4. Der Verrat

Die Bilanz von Säres kurzer Zeit als erster Sekretär der KPE ist untrennbar mit diesem Terror verbunden. Auch darin erwies er sich als zuverlässiger Umsetzer der Moskauer Zielvorstellungen. Doch bereits im August 1941 eroberte die deutsche Besatzungsmacht Estland.

33 Nr. 110: Poliitiliste vangide amnesteerimine [Über die Amnestierung der politischen Gefangenen], 29. Juni 1940 in: 1940. aasta sotsialistlik revolutsioon Eestis. Dokumente ja materjale Die sozialistische Revolution von 1940 in Estland. Dokumente und Materialien], Tallinn 1960, S. 161. Nr. 118: Eestimaa Kommunistliku Partei ja tema häälekandja „Kommunist“ legaliseerimine. [Über die Legalisierung der Kommunistischen Partei Estlands und ihres Sprachrohrs „Kommunist“], 4. Juli 1940, in: 1940. aasta sotsialistlik revolutsioon Eestis. Dokumente ja materjale Die sozialistische Revolution von 1940 in Estland. Dokumente und Materialien], Tallinn 1960, S. 167 f.

34 Der Zeitzeuge Oskar Pärn bezeichnete das Hissen der roten Fahne später als „sozusagen außerplanmäßige Aktion“. Vgl. Olaf Kuuli, Erni Lõbu (Hrsg.): Eesti 1939–1940. Fakte, probleem, meenutusi [Estland 1939–1940. Fakten, Probleme, Erinnerungen], Tallinn 1989, S. 64. Tatsächlich hatte Ždanov eine kurze Zeit lang offenbar die Kontrolle über die Inszenierung verloren, vgl. Jüri Ant, Meelis Maripuu: Okupatsioon [Okkupation], in: Tallinn (2010), S. 75–125, hier S. 112 f.

35 Vgl. Kuuli, Lõbu (Hrsg.), Eesti 1939–1940 (wie Anm. 34), S. 40.

36 Zu den Linksozialisten Mart Laar: Rahva suhtumine okupatsioonivõimu [Das Verhalten der Bevölkerung zur Okkupationsmacht], in: Enn Tarvel, Meelis Maripuu (Hrsg.): Esimeene punane aasta. Okupeeritud Eesti julgeolekupoliitiline olukord sõja alguseni [Das erste rote Jahr. Die sicherheitspolitische Lage Estlands bis zum Krieg], Tallinn 2010, S. 507–542, hier S. 525–529. Zum Terror: Peeter Kaasik, Toomas Hiio: Political Arrests and Court Cases from August 1940 to September 1941, in: Hiio, Maripuu u.a. (Hrsg.), Estonia 1940–1945 (wie Anm. 29), S. 319–362; Meelis Maripuu, Peeter Kaasik: The Deportations of 14 June 1941, in: Hiio, Maripuu u.a. (Hrsg.), Estonia 1940–1945 (wie Anm. 29), S. 363–390. Zu den Zahlen der Deportationen aus den baltischen Republiken vgl. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen u.a. (Hrsg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien 2010, S. 226, 390.

Während die meisten Kommunisten in die Sowjetunion evakuiert wurden, verblieb Säre im Land, um den kommunistischen Untergrund zu organisieren. Warum ausgerechnet der erste Sekretär der KPE eine so gefährliche Untergrundmission im besetzten Land durchführte, ist eine Frage, die in der Literatur kaum gestellt worden ist. Lediglich Voldemar Pinn warf sie in seiner Biografie Karotamms auf, referierte aber zur Erklärung nur eine Reihe von Gerüchten: Möglicherweise habe Stalin Säre auf diese Weise loswerden wollen; Säre sei aus eigenem Antrieb in Tallinn geblieben; er habe sich vielleicht selbst der Polizei ausgeliefert oder sei viel früher verhaftet worden, als dies behauptet wurde.³⁷ Näher liegt es, dass Säre der Moskauer Führung in seiner Eigenschaft als Geheimdienstprofi mit Lokalkenntnissen wichtiger erschien, denn als exilierter erster Parteisekretär einer besetzten Sowjetrepublik. Säre hatte bereits zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges den Auftrag erhalten, den Partisanenkampf im deutschen Hinterland vorzubereiten. Sein Verbleib könnte somit auch als Beweis des Vertrauens gesehen werden. Dennoch bleibt diese Entscheidung durchaus rätselhaft. Säres Bild war auf dem Propagandamaterial der Kommunistischen Partei bereits vielfach verbreitet worden, und sein prägnantes Gesicht war trotz der zu Verkleidungszwecken rot gefärbten Haare leicht zu erkennen. Es ist daher kaum überraschend, dass er bereits im September nach Hinweisen aus der Bevölkerung in seiner geheimen Wohnung im Tallinner Stadtteil Kadriorg verhaftet wurde.

Für die deutsche Besatzungsmacht war die Festnahme des ersten Sekretärs ein beispielloser Erfolg. Säre besaß Wissen über sowjetische Geheimdienstoperationen von China über Skandinavien bis Nordamerika. Außerdem konnte er detailliert über das Binnenleben der Kommunistischen Partei berichten. Dies mag der Grund dafür gewesen sein, dass die deutsche Besatzungsmacht ihren Coup zunächst nicht nennenswert propagandistisch ausnutzte. Erst im Jahr 1943 ließ sie ihren Gefangenen öffentlich sichtbar werden: Im deutsch besetzten Dänemark stand Loring wegen des Mordes an Eltermann vor Gericht, der aufgrund seiner Grausamkeit ein gutes Exempel für die Vorgehensweisen der Bolschewiki abgab.³⁸ Säre wurde nach Kopenhagen gebracht, um als Zeuge über diesen Prozess auszusagen. Aus der Berichterstattung darüber erfuhr die Öffentlichkeit im deutsch besetzten Estland nicht zuletzt die elementare Tatsache, dass der ehemalige erste Sekretär noch am Leben war.³⁹

Der Verdacht, dass Säre in den Verhören auch die Aufenthaltsorte der kommunistischen Widerstandskämpfer bekannt gegeben haben könnte, basiert auf zweierlei Indizien. Erstens gibt es eine zeitliche Korrelation: Nachdem Säre gefasst worden war, setzten die Verhaftungen der anderen Mitglieder des kommunistischen Untergrunds ein. Zweitens schickte die sowjetische militärische Spionageabwehr SMERŠ im Jahr 1944 aus Deutschland die Verhörprotokolle des SD nach Moskau und bemerkte lapidar, Säre habe die gesamte kommunistische Untergrundorganisation an die Nationalsozialisten verraten.⁴⁰ War Säre wirklich für den schnellen Zusammenbruch des kommunistischen Untergrunds alleine verantwortlich?

37 Vgl. Voldemar Pinn: Kes oli Nikolai Karotamm? Kultuuritragöödia jälgedes [Wer war Nikolai Karotamm? Auf den Spuren der Kulturtragödie], Haapsalu 1996, S. 65 f.

38 Dieser Prozess war bereits vor der deutschen Besetzung Dänemarks begonnen worden. Karl Sjare [Karl Säre], http://www.peoples.ru/state/politics/carl_syre/ [letzter Zugriff: 2.2.2017].

39 Kopenhaageni kommunistide protsess jätükub [Der Kopenhagener Kommunistenprozess wird fortgesetzt], in: Postimees, 20. März 1943, S. 2.

40 Saueauk, Propaganda (wie Anm. 18), S. 101.

Die grundlegenden Untersuchungen Valdur Ohmanns wecken zumindest erheblichen Zweifel daran. So erzählen die Berichte des ersten Vernehmers Säres nach dessen Gefangennahme – es handelte sich um einen Esten aus einer Einheit des „Selbstschutzes“ – eine andere Geschichte. Die Adressen estnischer Partisanen, die Säre während seiner Verhaftung bei sich getragen habe, seien tatsächlich chiffriert gewesen und Säre habe den Code nicht verraten. In Ohmanns Interpretation wendete Säre während des Verhörs die typischen Methoden eines professionellen Spions an. Er gab nicht mehr Information preis, als dies unbedingt notwendig war, und scheint auch irreführende Angaben gemacht zu haben. Zuletzt gibt es Anhaltspunkte dafür, dass er versuchte, Informationen über seine Verhaftung nach außen dringen zu lassen.⁴¹ Gegen die Behauptung eines umfassenden Verrats spricht auch, dass er in anderen in Berichten des SMERŠ vollständig fehlt. Unmittelbar nach der Eroberung eines Teils von Estland befragten seine Mitarbeiter eine Reihe von Personen über das Schicksal Säres. Dabei stand die Frage, wer Säres Aufenthaltsort preisgegeben habe, im Mittelpunkt. Auf die Möglichkeit, dass Säre seinerseits seine Genossen verraten haben könnte, wiesen sie mit keinem Satz hin.⁴² Dasselbe gilt für die Moskauer Akten, anhand derer Zubkova die Sowjetisierung der baltischen Staaten analysiert hat. Für einen Verrat, so Zubkova, gibt es dort keine unmittelbaren Belege.⁴³ Ohmanns Schluss, dass Säres Schuld wohl kaum größer gewesen sei als jene anderer früher oder später festgenommener estnischer Kommunisten, erscheint überzeugend.⁴⁴ Pinn hat schon vor geraumer Zeit darauf hingewiesen, dass viele estnische Kommunisten bereits vor Säre verhaftet worden waren.⁴⁵ Es ist nicht abwegig, dass auch sie in ihren Verhören Angaben über die im Untergrund agierenden Genossen machten.

Umso mehr stellt sich die Frage, wer ein Interesse daran haben könnten, Säre zu einem Verräter größten Formats zu stilisieren. Diente er als Sündenbock? Schon Pinn hat diese Vermutung aufgestellt, doch seine Erklärung fiel dünn aus: „Ein psychologischer Grund wäre dieser: Wir konnten ihn nicht akzeptieren, folglich war er ein Verräter.“⁴⁶ Andere Autoren haben ausgefeiltere Interpretationen angeboten. So hat Ohmann betont, dass der Verratsvorwurf dem sowjetischen Geheimdienst nützte, Verwirrung zu stiften und damit die Schwierigkeiten zu verdecken, die er in den deutsch besetzten Gebieten hatte. Tatsächlich ließ der Zusammenbruch der antideutschen Partisanenbewegung kurz nach Beginn der Besatzung den Geheimdienst nicht gut aussehen. Säres Verrat dafür verantwortlich zu machen, war eine günstige Möglichkeit, vom eigenen Versagen abzulenken. Außerdem ließen sich damit die Spuren des politischen Mordes an Eltermann weiter verwischen.⁴⁷ Zudem hat der Parteihistoriker Armin Lebbin bereits im Jahr 1990 die Vermutung geäußert, es sei kein

41 Vgl. Valdur Ohmann: EKP Keskkomitee I sekretäri Karl Säre arreteerimisest, reetlikkusest ja tema saatusest [Über die Verhaftung und den verräterischen Charakter des 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPE sowie sein Schicksal], in: Tuna 4 (2001), S. 38-47, hier S. 39 f.

42 Vgl. ebenda, S. 41-44.

43 Vgl. Elena Zubkova: „Estonское дело“ 1949–1952 gg. [Die „Estnische Affäre“ 1949–1952], in: Mir istorii 1 (2001), Abschnitt 14, <http://www.el-history.ru/node/324> [letzter Zugriff: 12.12.2017].

44 Vgl. Ohmann, Keskkomitee (wie Anm. 41), S. 44.

45 Neeme Russ, Erich Kadakas, Herman Arbon, Viktor Piirsoo. Vgl. Pinn, Karotamm (wie Anm. 37), S. 66.

46 Vgl. ebenda.

47 Vgl. Ohmann, Keskkomitee (wie Anm. 41), S. 46.

Zufall gewesen, dass die eigentliche Abrechnung mit Säre erst 1950 begann. In diesem Jahr nämlich wurde mit Loring der zweite Mittäter am Eltermann-Mord von Dänemark an die Sowjetunion ausgeliefert. Damit war die Gefahr erheblich verringert, dass Geheimwissen über die estnischen Kommunisten an die Öffentlichkeit gelangte.⁴⁸

Doch auch innerhalb der KPE gab es ein Interesse, Säre generell des Fehlverhaltens und Abweichung von der Parteilinie zu beschuldigen. Es ist in der Geschichtsschreibung bereits festgestellt worden, dass die Dämonisierung Säres 1950 eine völlig neue Qualität erhielt.⁴⁹ In diesem Jahr wurden große Teile der Parteiführung ausgetauscht. Wie aber lässt sich der Zusammenhang zwischen Parteisäuberungen, den Ereignissen von 1940 und Säres Stilisierung als Inbegriff des Verräters systematisch fassen? Welche Funktionen erfüllte diese Zuschreibung für bestimmte Gruppierungen innerhalb der KPE? Der Schlüssel liegt in den Umdeutungen, welche die unter Druck geratene KPE auf dem 8. Parteiplenum im März 1950 vornahm.

5. Die Konstruktion eines Verräters auf dem 8. Plenum der KPE im März 1950

Das Jahr 1950 war der Kulminationspunkt von Veränderungen, welche die Sowjetisierungspolitik in Estland besiegelten. Die Massenkollektivierung der Landwirtschaft war im Jahr 1949 mit denselben Mitteln verwirklicht worden wie in den alten Sowjetrepubliken.⁵⁰ Damit hatte die Parteiführung endgültig klargestellt, dass es keinen baltischen Sonderweg geben würde. Die Deportation von über 20 000 Menschen nach Sibirien hatte den passiven Widerstand gegen die Sowjetisierung auf dem Lande gebrochen.⁵¹ Auch den bewaffneten Partisanen war damit das Milieu genommen, dass sie noch unterstützt hatte. Der Legalismus, mit dem die Demontage des unabhängigen Staates betrieben worden war, hatte lange seine Schuldigkeit getan. Die Tatsache, dass sich noch ehemalige Sozialrevolutionäre und Menschewisten in der Regierung befanden, vertrug sich nicht mit den neuen Gegebenheiten. Zudem hatte der Initiator dieses Sonderweges, Ždanov, bereits 1947 erheblich an Macht verloren, als er sich unfähig erwiesen hatte, den Abfall Titos von der Sowjetunion zu verhindern – ein weiteres Beispiel von Verrat, das Ängste weckte. Im August 1948 war Ždanov verstorben. Die von ihm einst protegierten „Junikommunisten“ hatten zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend an Bedeutung verloren.⁵² Es gab für die Moskauer Führung also keinen Grund mehr, sich noch zu dem Beschwichtigungskurs von 1940 zu bekennen. Gleichzeitig gingen in Moskau vielfältige Beschwerden über die lokale Staats- und Parteiführung aus Est-

48 Vgl. ebenda, S. 45.

49 Vgl. ebenda, S. 38 f.

50 Vgl. David Feest: Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des estnischen Dorfes 1944–1953, Köln u.a. 2007.

51 Vgl. ebenda, S. 426; Aigi Rahi-Tamm: Deportations in Estonia, 1941–1951, in: Toivo Ülo Raun, Kristi Kukk (Hrsg.): Soviet Deportations in Estonia. Impact und Legacy. Articles and Life Histories, Tartu 2007, S. 9-54.

52 Vgl. Olev Liivik: Tagasivaade 1950. aasta märtsipleenumile. Kas venelased ja Venemaa eestlased saavutasid võidu „juunikommunistide“ ja „korpuslaste“ üle? [Ein Rückblick auf das Märzplenum von 1950. Erreichten die Russen und Russlandesten einen Sieg über die „Junikommunisten“ und „Korpsmitglieder“?], in: Tuna 10.1 (2010), S. 55-69, hier S. 67.

land ein. Nicht selten stammten sie von russischen Funktionären, deren Zahl seit Kriegsende beständig gewachsen war und die sich von den estnischen Eliten diskriminiert fühlten.⁵³

Unter diesen Umständen erschien besonders der Umweg, den die Kommunistische Partei mit der Einbeziehung der linken Intelligenz vollzogen hatte, in einem schlechten Licht. Wollte man ihn mit örtlichen Besonderheiten rechtfertigen, widersprach dies den gegenwärtigen Gegebenheiten und Anforderungen; wollte man ihn als rein strategisches Manöver darstellen, stellte man die Glaubwürdigkeit der Partei infrage. Entsprechend galt die Aufnahme von Linksintellektuellen in Partei und Regierung bald nicht mehr als bewusster politischer Schachzug, sondern vielmehr als Folge mangelnder Wachsamkeit. In der noch zu Stalins Lebzeiten im Jahr 1952 erschienenen offiziösen „Geschichte der Estnischen SSR“ wurde die Mitwirkung der Linkssozialisten am Systemwechsel von 1940 als eine eigene Art von Verschwörung präsentiert. Ihr zufolge hatten sich „Sozialrevolutionäre und Vertreter anderer kleinbürgerlicher Parteien“ in die KPE „eingeschlichen“, um von hier aus die „Positionen des Bürgertums“ zu verteidigen.⁵⁴ Für diese Politik mussten Schuldige gefunden werden.

Als Forum für die Abrechnung diente das 8. Plenum der KPE im März 1950. Auf ihm gerieten besonders Säres Nachfolger Karotamm und der Vorsitzende des Ministerrats Veimer in die Kritik.⁵⁵ Karotamms Karriereweg war jenem Säres vergleichbar gewesen: In Estland aufgewachsen, war er nach einem kurzen Aufenthalt in den Niederlanden im Jahr 1926 in die Sowjetunion gelangt. Auch er hatte an der Marchlevski-Schule gelernt und war nach konspirativer (aber im Vergleich zu Säre unbedeutender) Tätigkeit im estnischen Untergrund in ein hohes Parteiamt gelangt. Veimer dagegen war einer der „Gefängniskommunisten“, die sich erst nach der Amnestie von 1938 wieder im Untergrund politisch betätigen konnten. Die Grundlinien des Angriffs gegen diese Männer waren in einem Beschluss der KPdSU niedergelegt worden: „Über Mängel und Fehler im Büro des Zentralkomitees der KPE (B)“.⁵⁶ Im Wesentlichen warf man ihnen vor, eine zu nachsichtige Politik im Umgang mit nationalistischen Tendenzen in der estnischen Parteiorganisation betrieben und die Kollektivierung der Landwirtschaft verzögert zu haben.

Olev Liivik hat herausgearbeitet, dass es auf dem Plenum kaum darum ging, die „Junkommunisten“ von einflussreichen Posten zu verdrängen oder eine Russifizierung der estnischen Parteiorganisation vorzubereiten. Diese Vorgänge waren in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre bereits so gut wie abgeschlossen.⁵⁷ Es liegt näher, das Plenum als eine Disziplinierungsmaßnahme zu begreifen, auf dem die Genossen auf die neuen Sprachregelungen geeicht werden sollten. Oder, wie Ohmann es ausgedrückt hat: es ging darum, „alle mög-

53 Vgl. Zubkova, Kaderpolitik (wie Anm. 3).

54 Eesti NSV ajalugu (vanemast ajast tänapäevani) [Geschichte der SSR (von der Frühzeit bis heute)], Tallinn 1952, S. 112.

55 Vgl. besonders: Tõnu Tannberg: 1950. aasta märtsiploenumi eel- ja järellugu. „Eesti süüasi“ (1949–1952) Moskvas vaadatuna [Die Vor- und Nachgeschichte des Märzplenums von 1950. Die „estnische Affäre“ (1949–1952) aus dem Moskauer Blickwinkel], in: Tuna 3 (2003), S. 120-125.

56 Zur Vorbereitung des Beschlusses siehe Tõnu Tannberg: Kuidas Moskvas valmistati ette 1950. aasta märtsiploenomit. ÜK(b)P Keskkomitee otsus „puutustest ja vigadest“ EK(b)P KK töös [Wie in Moskau das Märzplenum von 1950 vorbereitet wurde. Der Beschluss „Mängel und Fehler in der Arbeit des ZK der KPE(b)“], in: Tuna 1 (2010), S. 120-123. Vgl. Zubkova, Kaderpolitik (wie Anm. 3).

57 Vgl. Liivik, Tagasivaade (wie Anm. 52), S. 63.

lichen alten Klischees zu zerstören und neue zu schaffen“.⁵⁸ Obwohl die klaren Vorgaben aus Moskau diese Veranstaltung zu einer Art Schauprozess machten, hatte sie auch ein partizipatives Element. Der Beschluss aus Moskau gab den Mitgliedern der estnischen Parteiorganisation eine Vorlage, nach der sie sich neu positionieren und durch entsprechende Kritik ihre Loyalität zur Parteiführung demonstrieren konnten. Auf diese Weise wurden auf dem Forum auch Machtkämpfe zwischen den Parteimitgliedern ausgefochten. Angreifer wurden dabei nicht nur jene Funktionärinnen und Funktionäre, die sich gegenüber ihren innerparteilichen Gegnern profilieren wollten, sondern auch jene, die selbst Kritik ausgesetzt waren. Während die große Linie vorgegeben war, war in den Details einige individuelle Gestaltung möglich.⁵⁹

Wie kam Säre ins Spiel? Einer der festen Eckpunkte des Plenums war die Kritik an der Kaderpolitik der Jahre 1940/41. Diese Kritik diente dazu, die kleine Gruppe der Linkssozialisten endgültig zu diskreditieren und in einer Art „Partei-Gerichtsprozess“ abzuurteilen.⁶⁰ Sie hatte aber auch die Funktion, die falsche Politik der gegenwärtigen Staats- und Parteiführung zu belegen. Die „Wurzel von Karotamms Fehlverhalten“, so formulierte es Innenminister Alexander Resev, „liegt in den Jahren 1940/41“.⁶¹ Denn damals waren die Parteaufnahmen der Linksintelligenz geschehen, hinter denen andere Funktionäre nun eine „sozialdemokratische Linie“ zu sehen glaubten.⁶² Bemerkenswerterweise machte Karotamm, der als erster auf dem Plenum sprach, zunächst keinerlei Versuch, die Verantwortung für diese Politik dem damaligen ersten Sekretär Säre zuzuschieben. Dieser Strategie bediente er sich erst in seiner abschließenden Rechtfertigung am Ende des Plenums, als andere Funktionäre Säre bereits in einer umfassenden Art und Weise bezichtigt hatten, der eigentlich Schuldige dieser verfehlten Kaderpolitik gewesen zu sein. Es erscheint daher nicht abwegig, dass Säre erst im Laufe des Plenums die Rolle des Hauptschuldigen zugeschrieben wurde. Entsprechende Vorlagen kamen nicht zufällig von eben jenen Funktionären, die schon vor dem Krieg mit Säre in Konflikt geraten waren: den ehemaligen politischen Gefangenen. Eine Reihe von ihnen war wegen angeblicher Verteidigung des „bürgerlichen Nationalismus“ selbst unter Beschuss geraten und versuchte nun zu belegen, dass eben Säre sie daran gehindert habe, konsequenter gegen die Linksintelligenz vorzugehen. Die Sozialministerin und stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets Olga Lauristin betonte beispielsweise, sie habe sich seinerzeit als Mitglied des Tallinner Stadtkomitees gegen die Aufnahme der

58 Ohmann, Keskkomitee (wie Anm. 41), S. 45.

59 Im Vergleich zu den großen Schauprozessen lässt sich hier feststellen, was Sheila Fitzpatrick für die noch kleineren Schauprozesse in den Rayon-Zentren während der 1930er Jahre gesagt hat: „This was political theater, no doubt, but it was a participatory political theater“. Vgl. Sheila Fitzpatrick: *How the Mice Buried the Cat: Scenes from the Great Purges of 1937 in the Russian Provinces*, in: Chris Ward (Hrsg.): *The Stalinist Dictatorship*, London u.a. 1998, S. 277-302, hier S. 278.

60 Vgl. Liivik, Tagasivaade (wie Anm. 52), S. 67. Eine Reihe von ihnen war zum Zeitpunkt des Plenums bereits verhaftet worden.

61 EK(b)P Keskkomitee VIII pleenumi stenogramm [Stenogramm des VIII. Plenums des Zentralkomitees der KPEb], in: Mart Arold, Jaak Isotamm (Hrsg.): *Akadeemia I.*: 10 (1998), S. 2655-2686; *II.*: 11 (1999), S. 191-222; *III.*: 11 (1999), S. 415-446; *IV.*: 11 (1999), S. 39-670; *V.*: 11 (1999), S. 1087-1118; *VII.*: 11 (1999), S. 1311-1342; *VIII.*: 11 (1999), S. 1535-1566; *IX.*: 11 (1999), S. 1759-1790; *X.*: 11 (1999), S. 2017-2048; *XI.*: 11 (1999), S. 2221-2256, Teil IX, S. 1771.

62 Wortmeldung Matussevič, ebenda, Teil III, S. 416.

nun verfeimten Linksintellektuellen Hans Kruus, Nigol Andresen und weiterer ausgesprochen. Säre aber habe sich eigenmächtig über das Komitee hinweggesetzt.⁶³ Auch Resev, der ebenfalls die Jahre von 1924 bis 1938 im Gefängnis verbracht hatte, rechtfertigte die schwache Gegenwehr der erst spät legalisierten KPE damit, dass sie „noch nicht reif“ gewesen sei und nicht gemerkt habe, dass Säre sich „als Herrscher aufspielte“.⁶⁴ Säre sei, so wieder Lauristin, „mit dem Etikett der Komintern“ aus Schweden gekommen und habe alle glauben lassen, dass durch ihn die Komintern spreche.⁶⁵ Noch weiter zurück in der Zeit ging Allik, der auch die „Volksfrontpolitik“ der Jahre 1938 bis 1939 als ein „Erbe Säres“ darstellte. Dieses habe nichts „mit dem bolschewistischen Verständnis dieser Fragen zusammen mit der Hegemonie und dem führenden Anteil unserer Partei an dieser Front“ gemein.⁶⁶

Ganz unrecht hatten die ehemaligen Politgefangenen nicht, wenn sie sich von Säre abgrenzten. Es ist zwar mit Blick auf die brutale Sowjetisierungspolitik nicht zu bestreiten, dass „alle scharfzüngigen Kritiker“ Säres auf dem Plenum „1940/1941 mit ihm ‚in einem Boot‘ gesessen“ hatten, wie Ohmann pointiert bemerkt.⁶⁷ Doch die Annäherung an die Linkssozialisten und den rasanten Aufstieg eines „Außenseiters“ hatten sie in der Tat nur mit Zähneknirschen akzeptiert.⁶⁸ Nun kam noch ein neuer Faktor hinzu. Säres Gefangennahme und Verschwinden ermöglichte eine Deutung dieser Annäherung als Bestandteil einer größeren Verschwörungsgeschichte, deren Ausmaß erst nun ermessbar wurde. In kaum einem Redebeitrag, der Säre berührte, fehlt ein Hinweis auf seinen Verrat, der einen Schatten zurück auf jene Positionen warf, die er vorher vertreten hatte. Am deutlichsten zog Allik die Verbindung zwischen Säres Verhalten vor und während der deutschen Besatzung. Habe man Säres „menschewistischen Standpunkt“ früher noch als einen Fehler ansehen können, so wisse man nun, dass sein Vorgehen „eine von einem Verräter durchdachte Politik“ gewesen sei.⁶⁹ Die Kaderpolitik von 1940/41 erschien wie eine Abweichung von der Parteilinie, die erst mit der späteren Kollaboration Säres ihren eigentlichen Sinn erkennen ließ. Sie war die Politik eines Funktionärs, der die Interessen der Partei bereits systematisch verraten hatte, bevor 1941 seine Maske endgültig gefallen war.

Indem Säre zum geheimnisvollen Drahtzieher hinter einer sowjetfeindlichen Verschwörung gemacht wurde, ließ er sich auch für andere Ungereimtheiten verantwortlich machen. Resev nutzte die ganze Bandbreite der damit gebotenen Möglichkeiten aus. Warum entwickelte sich das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben im Jahr 1940 so schlecht? Weil Säre sie untergrub. Warum scheiterten militärische Aktionen zur Stärkung der Roten Armee und wurde 1941 erst so spät eine Mobilisierung ausgerufen? Weil Säre sie willentlich sabotierte. Dass Säre ein „Berater der deutschen faschistischen Organe“ war, erschien

63 Vgl. ebenda, Teil X, S. 2923.

64 Ebenda, Teil IX, S. 1771. Ähnlich äußerte sich auch der aus Estland stammende Russe Dmitrij Kuzmin, der die Jahre von 1930 bis 1936 im Gefängnis verbracht hatte. Vgl. ebenda, Teil VIII, S. 561.

65 Ebenda, Teil X, S. 2923.

66 Ebenda, Teil X, S. 2045.

67 Ohmann, Keskkomitee (wie Anm. 41), S. 38.

68 Der Redebeitrag Juliana Telmans gibt noch etwas von dem Gefühl der Beleidigung wieder: „Wir waren 14–16 Jahre im Gefängnis gewesen und konnten davon überzeugt sein, dass wir das ganze Vertrauen der Partei haben, aber was tat Säre? Er suchte keinen Kontakt zu uns.“ Arold, Isotamm (Hrsg.), Akadeemia (wie Anm. 61), Teil XI, S. 2224.

69 Ebenda, Teil X, S. 2045.

angesichts dieser angeblichen Zusammenarbeit nur konsequent.⁷⁰ Damit wuchs Säre zum zentralen Akteur eines größeren Komplotts an, er wurde überlebensgroß. Getreu der Logik der stalinistischen Verschwörungstheorien fügten einzelne Funktionäre zu diesem Bild noch weitere Elemente kumulativ hinzu: Resev machte Karotamm den überraschenden Vorwurf, dieser habe Säres Trotzismus unerwähnt gelassen.⁷¹ Und Lauristin bediente sich der stärksten Analogie, die in jenen Jahren zur Verfügung stand: „Jetzt ist mir klar, dass Säre Estlands Tito war“.⁷²

Als Karotamm gegen Ende des Plenums nochmals zu Wort kam, übernahm er die Strategie der Gefängniskommunisten, die Schuld für die Verfehlungen bei seinem Vorgänger zu suchen. Dabei war seine Darstellung zunächst nahe an der Wahrheit: Säre, so erläuterte er, habe immer den Eindruck erweckt, die Aufnahme der Linksozialisten sei mit den Vertretern der Parteiführung aus Moskau abgestimmt gewesen – etwa mit Ždanov. Da Karotamm aber nicht die Moskauer Politik für die Verfehlungen verantwortlich machen konnte, musste er am Ende zu dem Schluss kommen, „dass dies die eigene Linie dieses Verräters und Schädlings Säre war“.⁷³ Freilich sahen die ehemaligen Politgefangenen Karotamm eher als einen Verbündeten Säres, nicht als einen von ihm Getäuschten. Allen seinen Annäherungsbemühungen zum Trotz war er für sie wie Säre immer ein „Zugezogener“, ein „nach Estland geschickter Funktionär“ geblieben.⁷⁴ Olga Lauristin behauptete auf dem 8. Plenum, Säre habe durch eine Intrige die Ernennung ihres Mannes Johannes Lauristin zum ersten Sekretär verhindert und sich Karotamm als zweiten Sekretär dazu geholt.⁷⁵ Auch andere Funktionäre nannten die Namen des ehemaligen und des gegenwärtigen ersten Sekretärs in einem Atemzug.⁷⁶ Zuletzt wurde Karotamm auch vorgeworfen, Säres Fehlverhalten systematisch heruntergespielt zu haben. Er habe, so Resev, Säre auf dem 5. Plenum im Jahr 1944 lediglich als „Spitzbuben“ bezeichnet, den (auch von Resev nicht näher beschriebenen) Verräter aber verschwiegen. Dieser „Verräter und Trotzist“ sei bislang noch immer nicht „vor den einfachen Parteimitgliedern entlarvt“ worden. Ob Karotamm seinerzeit von Säres Rolle gewusst habe, fügte Resev ominös hinzu, sei „eine Frage für sich“.⁷⁷

Für die Entscheidungen der Moskauer Parteiführung dürften diese innerparteilichen Auseinandersetzungen kaum eine Bedeutung gehabt haben. Die Parteisäuberungen, durch die unter anderem Karotamm, Veimer, die „Junikommunisten“ und ein Großteil der „Gefängniskommunisten“ ihre Posten verlieren sollten, waren von vornherein beschlossene Sache ge-

70 Ebenda, Teil XI, S. 2232.

71 Vgl. ebenda, Teil IX, S. 1772.

72 Ebenda, Teil X, S. 2923.

73 Ebenda, Teil IX, S. 1771.

74 So Karotamm in einem Bericht an Malenkov vom Oktober 1950, zit. nach Zubkova, *Pribaltika* (wie Anm. 16), S. 272.

75 Vgl. Arold, *Isotamm* (Hrsg.), *Akadeemia* (wie Anm. 61), Teil X, S. 2923. Johannes Lauristin kam bei der Evakuierung der estnischen Kommunisten ums Leben. Nach dem Krieg heiratete Olga Lauristin Hendrik Allik.

76 Vgl. etwa den Redebeitrag Max Laossons. Er war ein in der estnischen Republik sozialisierter Intellektueller, der erst 1940 in die Kommunistische Partei eingetreten war. Seine Systemtreue stellte er unter Beweis, indem er als Chefredakteur der Zeitung „Rahva Hääl“ und ZK-Mitglied zu einem der Hauptakteure im Kampf gegen den estnischen „bürgerlichen Nationalismus“ wurde. Ebenda, Teil VII, S. 1316.

77 Ebenda, Teil IX, S. 1772.

wesen. Die Einbindung der Funktionäre war aber ein wichtiges Instrument, sie zu Mittägern zu machen. Auch die Dämonisierung Säres, an der sich gerade die Gefängniskommunisten so bereitwillig beteiligten, war durchaus in ihrem Sinne. Säre war die ideale Personifizierung einer politischen Richtung, die Moskau nicht mehr vertrat und von der sich die Parteiführung abzugrenzen wünschte. Mit dem 8. Plenum zog die Moskauer Parteiführung einen Schlusstrich unter eine Politik, die nicht mehr ihrem Selbstbild entsprach, und entledigte sich gleichzeitig einer Reihe von Funktionären, die ihr als unzuverlässig erschienen. Säre spielte dabei eine wichtige Rolle, denn Angreifer wie Angegriffene konnten sich im Laufe des Plenums auf ihn als Hauptschuldigen der politischen Verfehlungen von 1940/41 einigen. Sein angeblicher Verrat von 1941 war gleichsam das Siegel, das die verräterische Richtung dieser Politik im Nachhinein beglaubigte.

6. Säre im Nachstalinismus

In der breiten Öffentlichkeit fand der Verrat Säres nur ein geringes Echo. Die *causa* Säre blieb insbesondere Gegenstand von Gerüchten. Dies änderte sich auch nach Stalins Tod nicht. Auf der einen Seite war Säre zwar ein willkommener Sündenbock; auf der anderen Seite gab eine Parteiorganisation, die ihn als ersten Sekretär geduldet hatte, kein gutes Bild ab. Auch war nicht ausgeschlossen, dass Säre noch lebte und eventuell Geheimwissen über die KPE preisgab.⁷⁸ Daher wurde Säre, wie Mart Laar schreibt, in der sowjetischen Historiografie als Verräter behandelt, noch lieber aber vollständig ignoriert.⁷⁹ Auch seine Funktion als Sündenbock für die Politik von 1940/41 war nur noch von eingeschränktem Nutzen. An eine Rückkehr der „Junikommunisten“ auf bedeutende Posten war nicht zu denken.⁸⁰ Gleichwohl bemühte sich Karotamms Nachfolger Johannes Käbin, die durch die stalinistische Politik verursachten Risse in der KPE zu kitten. Die Jahre 1938 bis 1941 durften nicht als widerspruchsvolle Periode erscheinen. Vielmehr galt es, die Einigkeit der Kommunistischen Partei zu behaupten und den Weg, den Estland zum Sowjetsystem zurückgelegt hatte, als geradlinigen und unumstrittenen Prozess darzustellen. Der Geschichtsschreibung oblag die schwierige Aufgabe, alte ideologische Gräben zu überwinden und den Legalismus von 1940 mit dem revolutionären Aktivismus der „Gefängniskommunisten“ zu versöhnen.

Diese Aufgabe zwang die Parteihistoriker zu einigen argumentativen Verrenkungen. Im Jahr 1953 war noch die Rede von zwei Revolutionen, von denen erst die zweite im Juli, also der Anschluss an die Sowjetunion, Anspruch auf den Titel einer originär sozialistischen Revolution habe.⁸¹ Nach Chruščevs Geheimrede von 1956 erklärte die zweite Auflage der

78 Vgl. Argo Kuusik, Valdur Ohmann: EKP Keskkomitee I sekretäri Karl Säre saatus selgunud [Das Schicksal des 1. Sekretärs des ZK der KPE ist geklärt], in: Tuna 3 (2014), <http://kultuur.err.ee/v/aria/b39a2729-506b-4724-a274-fbc4ac89d53d> [letzter Zugriff: 23.2.2017]. Die Autoren vertreten die Meinung, nicht Säres Verrat, sondern vielmehr sein Verschwinden sei das eigentliche Problem für die sowjetischen Machthaber gewesen.

79 Vgl. Laar, Säre (wie Anm. 7), S. 151.

80 Auch Karotamm blieb eine Rückkehr zeit seines Lebens verwehrt.

81 Vgl. etwa L.M. Vil'berg: Obrazovanie Ėstonskoj Sovetskoj Socialističeskoj Respubliki v 1940 godu [Die Bildung der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik im Jahr 1940], Moskva 1954; S. Zabrodskaja: Eestimaa Kommunistlik Partei fašistliku diktatuuri kukutamise ja nõukogude

„Geschichte der Estnischen SSR“ hingegen die ungleichen Phasen der Machtübernahme in Estland als Ganzes zu einem revolutionären Prozess. Es war nicht leicht, diese Interpretation in einem schlüssigen Narrativ der Ereignisse vom Juni 1940 umzusetzen. Auf der einen Seite wurde der Umsturz als ein Volksaufstand beschrieben, der aus einer „revolutionären Situation“ hervorgegangen sei. Auf der anderen Seite wiegelte der Autor ab: Der Machtwechsel sei zwar „seinem Inhalt nach [...] eine sozialistische Revolution“ gewesen, „die durch die Arbeiterklasse im Bund mit den werktätigen Bauern“ und „unter der Führung der Kommunistischen Partei“ durchgeführt worden sei. Die Revolution habe aber „besondere Züge“ getragen, die durch die konkreten außen- und innenpolitischen Umstände bedingt gewesen seien: „die Abwesenheit eines bewaffneten Kampfes um die Macht und die Ausnutzung der bourgeois gesetzlichen Form“.⁸² Auch die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Intelligenz als Strategie des Umsturzes stellte das Handbuch als richtiges Vorgehen dar und erwähnte die „Junikommunisten“ namentlich.⁸³ Doch fehlte jeglicher Hinweis auf jenen Mann, der im Auftrag von Moskau ihre Integration in die KPE betrieben hatte: Karl Säre. Wenn es auf dem 8. Plenum wichtig erschienen war, die Kaderpolitik von 1940/41 zu diskreditieren, indem man sie mit Säres verräterischer Linie in Verbindung brachte, erschien es nun geboten, die Nennung Säres möglichst Säre ganz zu vermeiden.

Die nächste Standarddarstellung der Ereignisse von 1940 im dritten Band der 1971 von Viktor Maamägi herausgegebenen „Geschichte der Estnischen SSR“⁸⁴ machte die revolutionäre Lesart bereits viel stärker als sein Vorgänger von 1957. Auch sie verwies zustimmend auf die Einbindung der linken Intelligenz und behauptete die Einigkeit der Kommunistischen Partei in dieser strategischen Frage. Doch strich sie auch die Bedeutung des programmatischen Artikels „An das ganze estnische Volk“ heraus, ungeachtet der Tatsache, dass er in der von Allik und Lauristin redigierte Fassung eine Linie vertrat, welche die Moskauer Parteiführung nicht gutgeheißen hatte. Und als dramatischen Höhepunkt der Revolutionserzählung wählte der Autor ausgerechnet das Hissen der roten Flagge auf dem Domberg.⁸⁵ Darüber, dass sie bereits am Folgetag auf Befehl der von Moskau eingesetzten Regierung wieder abgehängt worden war, fehlte naheliegenderweise jeder Hinweis. Der legalistische Mythos von 1940 war hier zumindest symbolisch von einem revolutionären Mythos abgelöst worden.⁸⁶ Durch diese Umdeutung war Säre an dieser Stelle nicht einmal mehr als Sündenbock notwendig. An anderer Stelle tauchte er in diesem Band allerdings auf, nämlich um die Erfolglosigkeit der sowjetischen Partisanen während der deutschen Besatzungszeit zu erklären. Der im Juli gegründete Republikstab für die Partisaneneinheiten sowie das illegale

võimu taastamise ajajärgul [Die Kommunistische Partei Estlands im Zeitabschnitt des Sturzes der faschistischen Diktatur und der Wiederherstellung der Sowjetmacht], Tallinn 1954.

82 G.I. Naan: Istorija Ėstonskoj SSR (s drevnejšich vremen do našich dnej) [Geschichte der Estnischen SSR (von der Frühgeschichte bis zu unseren Tagen)], Tallinn 1958, S. 589.

83 Vgl. ebenda, S. 562, 566. Dies ging nicht mit ihrer parteilichen Rehabilitierung einher. Für Andersen oder Kruus etwa geschah diese erst im Jahr 1989. Vgl. Saueauk, Propaganda (wie Anm. 18), S. 343.

84 V. Maamägi, H. Arumäe u.a. (Hrsg.): Eesti NSV ajalugu III: 1917. aasta märtsist kuni 50-ndate aastate alguseni [Geschichte der Estnischen SSR III: Von März 1917 bis zu Beginn der 50er Jahre], Tallinn 1971.

85 Vgl. ebenda, S. 491.

86 Vgl. Feest, Estland (wie Anm. 19).

Parteizentrum, so erklärte das Handbuch knapp, hätten aufgrund von „Säres Verrat“ ihre Organisationsarbeit nicht zu Ende führen können.⁸⁷

In dem Maße, in dem der Umsturz von 1940 zu einem revolutionären Ereignis erklärt wurde, konnte Säre aber auch noch eine andere Funktion in seiner Geschichte einnehmen: Er diene als negative Gegenfigur zu den „Gefängniskommunisten“, deren revolutionäre Träume von 1940 in der Retrospektive zur Realität erklärt worden waren. In dieser Lesart versuchte Säre vergeblich, den von der Kommunistischen Partei angeleiteten Umsturz zu verhindern. Eine solche Darstellung finden sich beispielsweise in 1974 auf Russisch und 1977 auf Estnisch veröffentlichten Memoiren Veimers. Sie zeigt die ganze Widersprüchlichkeit dessen, was über den Juniumsturz und Säre gesagt werden konnte und was verschwiegen werden musste. Den versöhnlichen Kurs mit den Linkssozialisten erwähnte Veimer mit keinem Wort. Gleichzeitig präsentierte er Säre als Gegner des revolutionären Aufstands. Dabei stellte Veimer implizit Säres Status als Vertreter der Komintern infrage und warf ihm unter anderem vor, persönliche Gespräche mit Präsident Päts geführt und einen Umsturz nur „im gesetzlichen Rahmen“ gebilligt zu haben. Ausdruck von Säres falscher Einschätzung der damaligen Situation sei die verspätete Legalisierung der Kommunistischen Partei gewesen.⁸⁸ In welchem größeren Zusammenhang diese Verfehlungen zu bewerten seien, machte Veimer ganz im Stil des 8. Plenums deutlich: „Während des Großen Vaterländischen Krieges zeigte Säre sein wirkliches Gesicht und wurde ein Vaterlandsverräter“.⁸⁹

Auch die Parteigeschichtsschreibung nahm dieses Narrativ langsam wieder auf, war jedoch vorsichtiger in ihren Formulierungen. In seiner Standarddarstellung von 1980 implizierte der Historiker Olaf Kuuli einen gewissen Zusammenhang zwischen Säres Verhalten während der „Revolution von 1940 in Estland“ und seiner Festnahme und seines Verhörs durch die Gestapo: Säre habe die revolutionäre Tätigkeit Alliks und Lauristins zugunsten eines versöhnlichen Kurses gegenüber der bürgerlichen Opposition behindert. Das Wort „Verrat“ vermied Kuuli allerdings. „Spätere Ereignisse“ hätten gezeigt, dass Säre ein „prinzipienloser Angsthase“ gewesen sei.⁹⁰ Auch hier wurde Säre nicht mehr für etwaige Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht, sondern diene lediglich als negative Folie für eine revolutionäre Erfolgsgeschichte. Aus dem überlebensgroßen Verräter, der die eine Verschwörung gegen die Sowjetordnung in die Wege geleitet hatte, war ein kleiner Angsthase geworden, der den von der Kommunistischen Partei verwirklichten Gang der Geschichte nicht aufhalten konnte.

7. Säre nach 1991

Spätestens nach dem Niedergang der Sowjetunion interessierte die Frage, ob Säre sich bereits 1940 von seiner verräterischen Seite gezeigt hatte, kaum jemanden mehr. Dass es sich

87 Vgl. Maamägi, Arumäe u.a. (Hrsg.), *Ajalugu III* (wie Anm. 84), S. 537.

88 Vgl. Arnold Veimer: *Koos Rahvaga. Mälestuskatkeid* [Gemeinsam mit dem Volk. Erinnerungsstücke], Tallinn 1977, S. 167 f. Die russische Fassung erschien unter dem Titel Arnold [Arnol'd Tynuvič] Veimer [Vejmer]: *Mečty i sveršenija. (O žizni i o sebe)* [Träume und Erfüllungen. (Über mein Leben und über mich selbst)], Moskva 1974.

89 Veimer, Koos (wie Anm. 88), S. 168.

90 Kuuli, *Revolutsioon* (wie Anm. 26), S. 42 f.

bei der „Revolution von 1940“ um eine aus Moskau gesteuerte Inszenierung handelte, war den meisten klar, und bald tauchten Dokumente auf, die dies belegten.⁹¹ Die Frage nach der Kollaboration mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht war dagegen gerade in Publikationen, die an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet waren, sehr präsent. Auf der einen Seite erschien erstmals eine Reihe von Artikeln in Tageszeitungen, in denen Säres Verrat infrage gestellt wurde.⁹² Auf der anderen Seite erhielt der sensationelle Verrat jetzt eine gewisse Attraktivität dadurch, dass er eine neue Funktion erfüllen konnte: Er belegte, dass die Verdorbenheit und Prinzipienlosigkeit der Kommunistischen Partei bis zu ihren Spitzenfunktionären reichte. So lesen wir noch im estnischen Beitrag zum Fortsetzungsband des „Schwarzbuch des Kommunismus“, Säre habe sich als Verräter entpuppt und die meisten seiner Genossen verraten. In gewisser Weise reproduzierte der Schwarzbuch-Beitrag die „Angsthasen“-Rhetorik Kuulis, indem er betonte, Säre habe durch den Verrat sein eigenes Leben retten wollen.⁹³ Der Beitrag erschien ein Jahr nachdem Ohmann begründete Zweifel an dieser Verratsgeschichte publiziert hatte.⁹⁴ Hinzu kam der Nervenkitzel der undurchsichtigen Spionagegeschichte. Die Möglichkeit, Säre habe im Dienst der Westmächte oder der Sowjetunion seine Tätigkeit als Spion fortgesetzt, wurde auch in seriösen Werken nicht ausgeschlossen.⁹⁵ Gerüchte, dass Säre noch am Leben sei, waren seit seinem Verschwinden weit verbreitet. Sie wurden sogar belletristisch umgesetzt: Bereits im Jahr 1979 ließ der estnische Exilschriftsteller Einar Sanden Säre in einem Roman Mitte der 1960er Jahre in der US-amerikanischen Botschaft eines südamerikanischen Landes auftauchen und seine Kooperation anbieten.⁹⁶

Viel weniger Interesse hat die Verrätergeschichte bei jenen Historikern gefunden, die sich seit 1991 mit einer Aufarbeitung der sowjetischen und deutschen Besatzung Estlands beschäftigen. Für sie war Säre in erster Linie als wichtiger Mittäter der Sowjetisierung und des Terrors gegen die Bevölkerung von Interesse, kaum aber in der mythisch überhöhten Eigenschaft des Renegaten. Die implizite Absage an Spekulationen lässt sich an der großen Überblicksdarstellung „Estonia 1940–1945“ der Estnischen Kommission für die Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 2006 nachvollziehen: Auf insgesamt 1337 Seiten wird die Frage, ob Säre ein Verräter gewesen sei, kein einziges Mal diskutiert. Nur im chronologischen Überblick findet sich auf Seite 1205 der knappe Satz: „[3. Oktober 1941] – Der erste Sekretär des ZK der KPE, Karl Säre, wird in Tallinn von der deutschen Polizei verhaftet; er enthüllt das Untergrundnetzwerk der kommunistischen Agenten.“⁹⁷ Oh-

91 Vgl. etwa Ilmjärv, Moodustamine (wie Anm. 31).

92 Vgl. die einzelnen Titel bei Ohmann, Keskkomitee (wie Anm. 41), S. 39 f.

93 Vgl. Mart Laar: Estland und der Kommunismus, in: Das Schwarzbuch des Kommunismus 2. Das schwere Erbe der Ideologie, München u.a. 2002, S. 261-323, hier S. 290.

94 Vgl. Ohmann, Keskkomitee (wie Anm. 41).

95 1996 bemerkte Laar noch, offenbar sei nur Säres Name verschwunden, während er selbst wohl sein Leben unter einem anderen Namen als westlicher oder sowjetischer Spion fortgesetzt habe. Vgl. Laar, Säre (wie Anm. 7), S. 152. 2002 mutmaßte Laar, die Deutschen hätten ihm möglicherweise zu einem neuen Namen und einer neuen Identität verholfen. Vgl. ders., Estland (wie Anm. 93), S. 290.

96 Vgl. Einar Sanden: Loojangul lahkume Tallinnast. Romaan [Bei Sonnenuntergang verlassen wir Tallinn. Roman], Cardiff 1979. Eine Fortsetzung erschien unter dem Titel ders.: Süda ja Kivid. Romaan [Herz und Steine. Roman], Cardiff 1982.

97 Hiio, Maripuu u.a. (Hrsg.), Estonia 1940–1945 (wie Anm. 29), S. 1205.

manns gegenteilige Einschätzungen fanden auch hier keinen Eingang, doch hatte die Frage des Verrats für das Gesamtwerk ohnehin kaum eine Bedeutung.

8. Schlussfolgerungen

Der KP-Funktionär und Geheimdienstmann Karl Säre war Täter und Opfer eines Systems, in dem Tatsachenbeschreibungen nur Funktionen aktueller politischer Interessen waren. Dabei stand er auf der Seite jener, die mit geschickten Verfälschungen der sowjetischen Politik Legitimation verschafften und sie mit äußerster Gewalt durchzusetzen bereit war. Ersteres stellte er unter Beweis, als er die von Moskau vorgegebene Strategie verfolgte, die Zerstörung der Eigenständigkeit zunächst in Verbindung mit der linken Intelligenz und auf Grundlage der geltenden Gesetze zu erzwingen. Letzteres, als er an der Spitze des Terrorsregimes von 1940/41 stand. Doch das Vertrauen, dass ihm die Moskauer Parteiführung entgegenbrachte, war ebenso kurzlebig und instabil wie die Argumente, mit denen sie ihre Politik gegenüber den baltischen Republiken rechtfertigte. Spätestens als sich das stalinistische Regime in Estland bis zum Jahr 1950 weitgehend durchgesetzt hatte, verloren auch die strategischen Begründungen von 1939/40 ihre Gültigkeit. Da sie aber immer einen gewissen konspirativen Charakter getragen hatten, war ein offener Umgang mit ihnen unmöglich. Es erschien nötig, sie zu verleugnen und Schuldige für die Politik zu finden, die sie begleitet hatte. Die Frage, ob Säre den ihm vorgeworfenen Verrat tatsächlich (oder zumindest in dem behaupteten Ausmaß) beging, rückt aus dieser Perspektive betrachtet in den Hintergrund. Wichtiger scheint, dass Säre aufgrund seiner Verhaftung durch die Deutschen die Funktion des notwendigen Sündenbocks gut erfüllte, er taugte als Symbol eines Irrwegs. Es ist nicht zuletzt der der stalinistischen Kultur des Misstrauens zuzuschreiben, dass Säre der umfassendste Komplott gegen die Kommunistische Partei tatsächlich zugetraut wurde. Dabei muss der Umgang mit ihm im Zusammenhang mit den Parteisäuberungen von 1950 gesehen werden, als der gesamte Parteiapparat gezwungen wurde, neue Sprachregelungen zu übernehmen. Damit machte er sich nicht nur eine neue, revolutionärere Lesart der Ereignisse von 1940 zu eigen, sondern bereinigte sie auch von jenen Aspekten, die als typisch für die lokalen Gegebenheiten gelten konnten. Dass sich ausgerechnet die selbst von den Säuberungen betroffenen estnischen Altkommunisten („Gefängniskommunisten“) für die Festigung des neuen Narrativs funktionalisieren ließen, zeigt die Widersprüchlichkeit des ganzen Verfahrens.

Diese Widersprüche prägten auch in den Jahrzehnten nach Stalins Tod sowohl die Beschäftigung mit der „Revolution von 1940“ als auch jene mit Säre. Besonders letztere zeigte die Kommunistische Partei in einem schlechten Licht und forderte Fragen heraus, die niemand stellen sollte. War Säre noch 1950 überlebensgroß gemacht worden, empfahl es sich nun, ihn möglichst klein zu machen. Eine sachliche Auseinandersetzung mit ihm war erst ab 1991 möglich, doch auch sie konnte sich nur langsam von dem Bild des hundertprozentigen Renegaten lösen.

Die Frage nach Säres Verbleib konnte erst 2013 endgültig geklärt werden. Eine Delegation estnischer Historikerinnen und Historiker besuchten das Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen (ITS), das erst wenige Jahre vorher seine Daten der Öffentlichkeit in digitalisierter Form zugänglich gemacht hatte. Die Eingabe des Namens „Karl Säre“ in die Suchmaschine ergab zumindest über Todesdatum und -ort Klarheit. Säre starb

am 14. März 1945 morgens um 4:30 Uhr im Konzentrationslager Neuengamme, angeblich an Herzschwäche.⁹⁸

Summary

Karl Säre is regarded as one of the most spectacular traitors in Estonian history. As the first Secretary of the Communist Party of Estonia he was captured by the Germans in 1941 and, when interrogated by them, is said to have disclosed the whereabouts of the entire Communist underground. How much he actually gave away is, however, disputed. This article puts forward the theory that Säre's role as the epitome of a traitor only gained credence with the reinterpretation of the so-called Revolution of 1940. At the time, the Communist Party had staged the transition as a quasi-democratic shift conducted on the basis of existing laws. Accordingly, there were only few Communists in the new governments, and there was little that was revolutionary about the transition. By 1950, however, the Soviets had asserted their power to such an extent that the interpretation of the events of 1940 had to be adapted to the new circumstances, a certain revolutionary touch was needed. Säre, whose whereabouts were unknown to anyone in the Soviet Union at that time, was a suitable scapegoat for all the contradictions attached to the „Revolution of 1940“. He was all the more suitable because the suspicion that he might have betrayed his comrades in 1941 made it easy to declare him an unperson. Säre's history thus becomes a history of double standards, unstable regimes of truth, and political intrigue.

98 Kuusik, Ohmann, Saatus (wie Anm. 78).

REZENSIONEN

Dennis Hormuth: Das Memorialbuch der Ältestenbank der Großen Gilde zu Riga 1677–1702, Marburg: Verlag Herder-Institut 2015, 504 S.

Auch wenn die regionalen Quellen zum 17. Jahrhundert vielfach reichlicher zu sprudeln beginnen als für das Mittelalter, ist deren Herausgabe eine undankbare Aufgabe, der sich nur wenige unterziehen. Zu groß ist die zu behandelnde Textmenge, die nicht nur durch die bessere Überlieferungslage bestimmt wird, sondern auch durch eine zunehmend ausufernde Sprache, die Formeln auf Formeln setzt und dadurch den inhaltlichen Kern einer Aussage verwischen kann. Es ist daher generell zu befürworten, wenn sich Dennis Hormuth der Herausgabe des Memorialbuches der Großen Gilde von Riga annimmt, das die Protokolle der Ältestenbank der Gilde von 1677 bis 1702 umfasst. Dieser Band kann als Fortsetzung des in den Monumenta Livoniae Antiquae schon 1844 erschienenen „Buch der Ältermänner grosser Gilde in Riga“ [sic!] gelten, von dem allerdings schon 1908 angemerkt wurde, dass es einer dringenden Neuedition bedürfe.¹

Die Große Gilde spielte in der Stadtverwaltung des frühneuzeitlichen Rigas eine besondere Rolle, da sie berufsständische, politische, sozial-karitative und allgemeingesellschaftliche Funktionen erfüllte. Sie war Vertreterin der städtischen Kaufleute, die hier auch ihren gesellschaftlichen Status, vor allem im Fastnachtsfest, gespiegelt sahen. Gleichzeitig war die Gilde aber auch ein politisches Organ, in dem die Bürgerschaft (der Gilde) allgemeine Beschwerden an den Rat der Stadt überbringen bzw. vom Rat um Mithilfe gebeten werden konnte. Die Gilde war durch die Stadtprivilegien Rigas nach dem Rat als zweiter Stand in der Stadt festgeschrieben und besaß damit einen großen politischen Einfluss, zumal sich der Rat aus der Gilde rekrutierte. Darüber hinaus war die Gilde auch direkt in die Verwaltung des Stadtkastenkollegiums, der Stadtweide und anderer Einrichtungen involviert. Insofern liefert die hier vorzustellende Edition auch einen Einblick in die innere Verwaltung der Stadt Riga am Ausgang des 17. Jahrhunderts und damit einen wichtigen Beitrag zum politischen Alltagsleben in der Stadt.

Organisatorisch bestand die Gilde aus vier Elementen: dem Ältermann, der auf zwei Jahre gewählt wurde, seinen Titel aber lebenslang behielt; der Ältestenbank, der Leitung der Gilde; dem sogenannten Dockmann, dem Sprecher der Bürgerschaft, der bei der Docke, einem Marienbild, die Kommunikation mit den Ältesten übernahm; der Bürgerschaft der gemeinen Mitglieder sowie den Küchenbrüdern, den Anwärtern auf die Mitgliedschaft in der Gilde. Insgesamt waren in der Großen Gilde ca. 400 bis 500 Bürger der Stadt vereinigt, ca. zwei Prozent der Stadtbevölkerung.

Das hier vorliegende Memorialbuch umfasst nun die Aufzeichnungen der Ältestenbank in ihren Interna sowie die Kommunikation mit dem Rat und der Bürgerschaft. Darüber hinaus gibt es einige wenige chronikalische Anmerkungen, z.B. zu der Serie von Brandstiftungen, die zum verheerenden Stadtbrand vom 21. bis zum 23. Mai 1677 führten.

¹ Protokolle des ersten Baltischen Historikertages zu Riga, in: Arbeiten des ersten Baltischen Historikertages zu Riga 1908, Riga 1909, S. XI.

Der Herausgeber hat seiner Edition eine relativ kurze Einleitung vorangestellt, in der er den „inneren Aufbau und [die] Aufgaben der Großen Gilde zu Riga im historischen Kontext des letzten Viertels des 17. Jahrhunderts“ behandelt, wie es im Originaltext heißt. In diesem Teil wird der Forschungsstand, werden aber auch die Rolle, der Aufbau und die Funktion der Gilde im rigischen Kontext erläutert sowie die Gebäude der Gilde vorgestellt und damit der Grund zum Verständnis der folgenden Edition gelegt. Es ist dabei gut, dass der Herausgeber in dieser recht übersichtlichen Einleitung nicht nur auf die deutsche, sondern auch auf die russische und lettische Literatur zu diesem Thema eingeht, wobei der Gebrauch des Wortes „großgildisch“ (z.B. S. 6) doch einige Verwunderung hervorruft.

Der eigentlichen, 431 Seiten langen Edition ist ein nützliches, chronologisches Verzeichnis der protokollierten Sitzungen vorangestellt, welches am Ende durch Orts-, Personen- und Sachregister ergänzt wird, die, wie eine Stichprobe ergab, aber leider nicht vollständig sind. So fehlt z.B. der auf p. 54 erwähnte Johann Reuter für diese Seite im Register.

Die Ausgabe ist vom Herausgeber mit Anmerkungen versehen worden, die das allgemeine Verständnis erleichtern. Allerdings sind diese Anmerkungen nicht durchgängig und hinterlassen teilweise den Eindruck der Zufälligkeit. Dies soll an zwei Beispielen erläutert werden. So findet sich auf p. 60/S. 63 der unkommentierte Eintrag „Die deputirte referirten, wie daß sie des sehligen elterman herrn Adolph Lüdersen wie auch des dockmans [...] [attesten]“, der den Tod eben jenes Ältermanns anzeigt. Einen erklärenden Kommentar zum Tode Lüders(ens) gibt der Herausgeber dann allerdings erst auf p. 62/S. 64, so als ob der Tod vorher nicht erwähnt worden wäre. Auch bleiben die Dokumenteninventare der Gilde auf pp. 38 und 268 unkommentiert, und das, obwohl zumindest das als Nr. 2 aufgeführte „covepbuch von selbiger materie von anno 1540 bis anno 1610“ [p. 38, als Nr. 2 auch auf p. 268] wohl als „Buch der Aeltermänner grosser Gilde in Riga“ ediert vorliegt sowie auch die unter Nr. 5 erwähnten Schragen von 1354 wohl als Nr. 69 im gleichen Band der Monumenta Livoniae Antiquae von 1844, S. CLXXIX-CXCVI, abgedruckt wurden. Hier wäre ein Hinweis auf die heute noch erhaltenen bzw. überlieferten Dokumente durchaus angebracht gewesen. Allerdings sollen diese Kritikpunkte nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele, wenn nicht die meisten der Erläuterungen eine wirkliche Lesehilfe darstellen, die dem Leser das nötige Hintergrundwissen vermitteln und das Verständnis des Textes wesentlich erleichtern.

Zur Begutachtung der Editionsqualität wurde die in der Edition auf S. 19 abgebildete Beispielsseite mit der Edition (p. 700/S. 363) verglichen – und auch hier haben sich einige wenige Unstimmigkeiten eingeschlichen:

Edition	Originaltext
Worauff der dockman Marqvart eingefordert [...] es wäre diese zusammenkunfft zu dem ende angestellet [...] als solte er der bürgerschaft kundtthun, ...	Worauff der dockman Marqvart eingefordert [...] Es wäre diese <i>zusammenkunfft</i> zu dem ende angestellet [...] als solte er der bürgerschaft <i>kundt thun</i> , ...
... und sich übrigens nach ihr königlichen mayestät verordnung verhalten.	... und sich übrigens nach ihr <i>könig[ichen]</i> <i>mayest[ät]</i> verordnung <i>verhalten</i> .

Die hier aufgezeigten Abweichungen sind Kleinigkeiten, aber auch ein warnendes Exempel. Schade ist dabei, dass – wie in den Editionsprinzipien unter Nr. 8 ausgeführt – Abkürzungen „stillschweigend nach dem in der Vorlage gewöhnlichen Schreibgebrauch“ aufgelöst wurden. Es wäre angebracht gewesen, z.B. zumindest einmal eine ausgeschriebene Form für ihre *königl[iche] mayest[ät]* im Text kenntlich zu machen.

Trotz aller Kritik sollte man jedoch nicht in Kleinkrämerei verfallen. Mit der vorliegenden Edition des Memorialbuches der Ältestenbank der Großen Gilde zu Riga ist die Forschung um eine wichtige Edition reicher geworden. Zwar enthält der Band eine sehr bunte Mischung aus „großgildischen“ Interna und Angelegenheiten der Stadtverwaltung sowie der Kommunikation des schwedischen Königs mit seinen Untertanen, doch findet sich hier zudem zahlreiches Material für die verschiedensten Fragestellungen, vor allem zum politischen Interessenausgleich zwischen einzelnen Bürgergruppen in einer frühneuzeitlichen ratsständischen Stadt. Man kann dem Herausgeber nur dankbar sein, dass er die Kärnerarbeit einer über 400 Seiten langen Edition auf sich genommen hat. Riga und die rigische Stadtforschung können sich über die Herausgabe eines wichtigen Dokuments zur Stadtgeschichte wirklich freuen.

Carsten Jahnke, Kopenhagen

Joachim Bahlcke, Beate Störkuhl u.a. (Hrsg.): Der Luthereffekt im östlichen Europa. Geschichte – Kultur – Erinnerung, Berlin u.a.: De Gruyter Oldenbourg 2017, 379 S.

Im Rahmen der 500-Jahre-Feier der lutherischen Reformation ist unter der Leitung eines Herausgeberteams vom Oldenburger Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ein großformatiger und reich bebildeter Band zu Geschichte und Nachwirkung der Reformation im östlichen Europa entstanden. Der Band ist neben seinem Layout auch aufgrund seiner Mehrsprachigkeit für ein breites Publikum interessant, da er parallel auf Deutsch und auf Englisch publiziert worden ist. Diese Besprechung bezieht sich auf die deutschsprachige Fassung, wobei es keinen nennenswerten Unterschied zwischen den beiden Versionen gibt. Der Band besteht aus 23 relativ kurzen Beiträgen, die jeweils ein mehr oder minder spezifisches Thema umreißen. Dabei gibt es keinerlei Querverweise zwischen den Beiträgen, die aber trotzdem selten Überschneidungen aufweisen. Es fehlt außerdem ein einleitender Beitrag der Herausgeber. Eine Einleitung hätte dem Leser den Aufbau des Bandes erklären und auf übergeordnete Linien hinweisen können. Bei den Beiträgen handelt es sich nun um eine Ansammlung lose miteinander verwandter Annäherungen an den massiven Themenkomplex Reformation im östlichen Europa. Die Artikel weisen überdies keinerlei Bezüge zueinander auf.

Die Qualität der Beiträge ist allerdings durchweg sehr hoch. Sie verfolgen dabei sehr unterschiedliche Ansätze und bedienen weit divergierende Untersuchungsrahmen. Der erste Beitrag, von Winfried Eberhard, bietet einen Überblick über das Reformationsgeschehen in den drei wichtigsten Regionen Ostmitteleuropas – der Adelsrepublik Polen-Litauen, dem Königreich Ungarn und den böhmischen Ländern. Da es sich hier um drei sehr unterschiedliche politische Kulturen handelt, denen Anfang des 16. Jahrhunderts wenig gemein war, gestaltete sich auch die Rezeption der lutherischen Gedanken sehr unterschiedlich. So scheiterte die Reformation letztlich in Polen-Litauen auf friedliche und in Böhmen und Mähren

auf gewaltsame Weise, während es in Ungarn bis heute vielfältige reformierte Gemeinden gibt. Weiterhin weist Eberhard auf die lang andauernde konfessionelle Pluralität hin, die in allen drei Regionen vorherrschte.

Leider kann Eberhards Beitrag, obwohl er als Überblicksdarstellung angelegt ist, nicht als Einleitung zum Band dienen. Es handelt sich um einen gut lesbaren und übersichtlichen Überblick der Reformation in Ostmitteleuropa, der aber keineswegs auf die noch zu behandelnden Themen im restlichen Band hinweist und auch mit diesen nicht in Einklang gebracht worden ist. Die weiteren Beiträge, die allesamt faszinierende Einsichten in enger gefasste Aspekte des Themas bieten, sind manchmal als Einführungstexte konzipiert; so z.B. Maciej Ptaszyński, „Der Anfang oder das Ende der Reformation? Reaktionen auf das Augsburger Interim von 1548 in Polen“ (S. 53-62), Bernhart Jähnig, „Die Bedeutung von Königsberg für Annahme und Ausbreitung der Reformation im östlichen Mitteleuropa“ (S. 97-106), oder Anja Rasche, „Reformation und Hanseraum: Kaufleute, Bücher und Sanktionen“ (S. 135-146). In diesen Beiträgen wird der zu behandelnde Aspekt sehr konzise im Kontext aufgearbeitet, ohne dass der Artikel zu komplex wird.

Andere Beiträge, die freilich auch spannende Themen beleuchten, bieten ein bisweilen unübersichtliches Bild, was nicht zuletzt der generellen Unübersichtlichkeit der Region zuzuschreiben ist. Allerdings ist auch die Kürze der Beiträge sicher ein Faktor für diese Disparität: Abgesehen von dem ersten Überblicksbeitrag ist das längste Kapitel 16 Seiten lang, inklusive großflächiger Bebilderung. Dass auf den wenigen Seiten nicht alles in der gebotenen Länge ausdiskutiert werden kann, ist zu erwarten. So ist der Beitrag von Hans-Jürgen Bömelburg, „Die Lutheraner in Polen-Litauen im 17. und 18. Jahrhundert. Bedrohungskommunikation, nationale Zuschreibungen und kulturelle Positionierung“ (S. 71-81), zwar ein hervorragender Versuch, die ganze Komplexität des Themas auf begrenztem Platz unterzubringen, aber einem uninformierten Leser werden zahlreiche Fragen verbleiben. Dasselbe gilt für Edit Szegedi, „Zur Lutherrezeption in Siebenbürgen. Die Klausenburger Antitrinitarier und der Wittenberger Reformator im 16. Jahrhundert“ (S. 63-70), oder Péter Ötvös, „Glaubensflüchtlinge in der Habsburgermonarchie. Eine Fallstudie zu den österreichischen Lutheranern in Ungarn während des 16. und 17. Jahrhunderts“ (S. 125-131).

Viele Beiträge konzentrieren sich dagegen erfolgreich ohne Abschweifungen auf das vorzustellende Thema. Dazu zählen z.B. Kolja Lichy, „Wider Luthers ‚Satanismus‘? Katholische Reform und lutherische Reformation in Ostmitteleuropa“ (S. 83-92), Eva Kowalská, „Konkurrenten und Verbündete. Lutheraner und Reformierte im Königreich Ungarn während des 17. und 18. Jahrhunderts“ (S. 117-124), oder Joachim Bahlcke, „Bücherschmuggel. Die Versorgung ostmitteleuropäischer Protestanten mit Bibeln, Gesangbüchern und lutherischen Erbauungsschriften in der Zeit der Gegenreformation“ (S. 161-176).

In der zweiten Hälfte des Bandes wenden sich die Autoren kunstgeschichtlichen Themen und späteren Entwicklungen zu, um einem „Luthereffekt“ in Ostmitteleuropa auf die Spur zu kommen. In dieser Hälfte kommt auch die reiche Bebilderung deutlicher zur Geltung, mit einem sichtbarerem Bezug zwischen Text und Bildern. Auch in diesem Teil lässt die Qualität nicht nach; dies gilt insbesondere für die vier sehr anschaulichen Beiträge zur Kunstgeschichte, die zeigen, welche Impulse die Reformation in Ostmitteleuropa hinsichtlich Kunst und Architektur gesetzt hat. Dabei hat jeder der vier Texte einen ganz eigenen Zugang zum Thema. Jan Harasimowicz, „Protestantischer Kirchenbau der Frühen Neuzeit zwischen Stettin, Königsberg und Breslau“ (S. 181-196), und Krista Kodres, „Übersetzungen: Refor-

matorischer Ideentransfer durch Architektur und visuelle Medien im östlichen Ostseeraum“ (S. 211-225), bieten einen weitschweifigen Überblick über protestantische Kirchenarchitektur in den polnischen Gebieten bzw. im Baltikum, von umgewidmeten Pfarrkirchen oder Schlosskapellen bis zu protestantischen Neubauten mit vielen anschaulichen Illustrationen. Beiden Autoren gelingt es, die architektonischen und kunstgeschichtlichen Besonderheiten in einen größeren geografischen und theologischen Kontext einzubetten, so dass diese Texte als Kernstück des Bandes zu betrachten sind.

Der Beitrag von Grażyna Jurkowlaniec, „Konfessionelle Bilder? Die Lutherbibel und die Bibelillustrationen des 16. Jahrhunderts in Polen“, S. 197-209, verdeutlicht anhand von wenigen ausgewählten Bibelillustrationen, dass der lutherische Gedanke, man müsse anschauliche Bibeln in Landessprache unter das Volk bringen, seltsame Auswüchse hervorbringen konnte. So wurden dezidiert lutherische Illustrationen auch in katholischen Bibeleditionen benutzt, wobei die antikatholischen Elemente einfach weggelassen wurden. Auch Evelin Wetter, „Abgrenzung und Selbstvergewisserung. Zur Rolle vorreformatorischer Kirchenausstattungen in Siebenbürgen“ (S. 227-239), zeigt, wie man versuchte, pragmatische Kompromisse zu finden. So wurden vorreformatorische Adiphora (nicht glaubensrelevante Kirchengegenstände) wie Gewänder, Kelche und Altarretabeln übermalt, umgewidmet oder zu besonderen demonstrativen Zwecken aufbewahrt.

Nach diesem reich bebilderten mittleren Teil mutet der letzte Abschnitt unter der Überschrift „Rezeption und Erinnerung“ fast wie ein Anhang an. Die sechs Beiträge in diesem Teil handeln von späteren Entwicklungen, die das Bild Luthers oder der lutherischen Kirche seit dem 19. Jahrhundert prägen. Hier ist besonders der Beitrag von Anna Mańko-Matysiak, „Gedächtniskulturen auf der Spur – Das Lutherbild in Polen“, S. 243-251, hervorzuheben, in dem das sich ständig wandelnde Lutherbild in polnischsprachigen Quellen seit Mitte des 18. Jahrhunderts nachgezeichnet wird. Die anderen Beiträge in diesem Teil wirken teilweise im Narrativ des Gesamtbandes deplatziert, obwohl sie an sich relevante Teilaspekte gut recherchiert beleuchten. Die Beiträge von Martin Zückert, „Abgrenzung und Integration. Lutherische Traditionen und evangelisch-lutherische Kirchen in der Tschechoslowakei“, S. 267-273, und Katrin Boeckh, „Konfessionelle Identitäten und transnationale Netzwerke. Die lutherische und reformierte Übertrittsbewegung der Ukrainer in Galizien (1925–1939), S. 275-285, behandeln Themen des 20. Jahrhunderts, die relativ wenig Anknüpfungspunkte zu den übrigen Beiträgen beinhalten.

Der letzte Beitrag, Małgorzata Balcer, „Die evangelische Friedenskirche ‚Zum Heiligen Geist‘ in Jauer. Ein Erinnerungsort für Deutsche und Polen“, S. 295-303, trägt wiederum einen völlig anderen Charakter, indem er sich mit Erinnerungskultur in der Gegenwart befasst. Anhand von Interviews und publizierten Memoiren stellt Balcer die vielschichtigen Erinnerungen der deutschen Bewohner der schlesischen Ortschaft Jauer, die nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden, denjenigen der in der Nachkriegszeit angesiedelten polnischen Bewohnern gegenüber und berichtet von dem recht erfolgreichen Versuch, diese beiden Erinnerungskulturen wieder zu vereinen. Als Abschluss für einen Band über „Luthereffekte“ eignet sich der Beitrag gut, obschon er der einzige Beitrag seiner Art bleibt.

Der Band beinhaltet neben den genannten Abhandlungen noch ein ausgiebiges Glossar verwendeter geschichtlicher und theologischer Begriffe sowie eine gesammelte Bibliografie, darüber hinaus ein Personen- sowie ein Ortsregister, letzteres mit sowohl den deutschen als

auch fremdsprachigen Ortsnamen. Dieser wissenschaftliche Apparat ist ein wertvoller Zusatz für den Leser. Der relativ niedrige Preis für die prachtvoll illustrierte Ausgabe trägt dazu bei, dass sie in keiner gut sortierten Bibliothek zur Frühen Neuzeit fehlen dürfte.

Es ist schade, dass keine Einleitung zum Band hinzugefügt wurde, die ihn um einiges handhabbarer und übersichtlicher gestalten würde. Die fehlende Darstellung des Forschungsstandes, die wohl der Kürze der Beiträge geschuldet ist, schmälert den Wert nur unerheblich. Das Buch ist trotzdem noch absolut empfehlenswert – nicht zuletzt wegen der unzähligen Illustrationen – sowohl für Wissenschaftler als auch für interessierte Laien.

Sebastian Rimestad, Erfurt

Bernd Müller: Erbprinz Paul Friedrich August von Holstein-Oldenburg in Russland 1811–1816. Exil und Aufhebung der Leibeigenschaft in Estland, Oldenburg: Isensee Verlag 2017, 87 S., zahlr. Abb.

In der Reihe „Oldenburger Forschungen“, herausgegeben im Auftrag des Oldenburger Landesvereins für Geschichte, Natur- und Heimatkunde e.V., sind seit 1996 nunmehr über 30 Titel publiziert worden. Mit dem vorliegenden Band 31 wird das breite Spektrum der veröffentlichten Quellenstudien geografisch über den norddeutschen Raum hinaus bis in das Territorium des Russischen Reiches erweitert.¹

Der Oldenburger Historiker Bernd Müller, ein ausgewiesener Kenner des Fürstenhauses von Holstein-Oldenburg, taucht in dem vorliegenden, knappe 100 Seiten schmalen Heft einmal mehr in die Geschichte des Adelshauses ein.² Im Fokus steht der junge Paul Friedrich August von Holstein-Oldenburg (1783–1853). Zeitlich befasst sich Müller insbesondere mit den Jahren, die der junge Oldenburger Erbprinz im Dienste der russischen Krone verbrachte, oder wie der Verfasser es im Untertitel des Bandes formuliert: den Jahren im „Exil“.

Exil als Bezeichnung einer Dienstzeit – dies sei vorweggenommen – scheint auf den ersten Blick ein wenig irreführend. Zwar waren es die französischen Truppen, die Annexion des Fürstentums durch Napoleon, die August – übrigens samt seines Vaters und Bruders – veranlassten, Oldenburg zu verlassen, doch es war gleichsam auch der selbst formulierte Wunsch des Sohnes, in die Dienste des Zarenhauses zu treten und in ihnen zu verbleiben. Diese Treue zum russischen Herrscher hielt ihn selbst nach dem zweiten Pariser Vertrag von der Rückkehr ins Fürstenhaus des Vaters ab.

Den Motiven für den Verbleib im Ausland nachzugehen, ist der gelungenste Aspekt der Quellenstudie. In ihr werden Aspekte von Adeligkeit, adeligen Tugenden und Handlungsmaximen in den Kontext familiärer Ansprüche gestellt.

Es sind die Jahre 1811 bis 1816, die Müller zum Schwerpunkt seiner Betrachtungen macht. In dieser Zeit ließ der Oldenburger Erbprinz als Generalgouverneur Estlands, der

1 In 2000 wurde mit Bd. 11 „Das Haus Oldenburg in Rußland“, herausgegeben von Egbert Koolmann, das Russische Reich bereits ein Mal in der Reihe thematisch behandelt.

2 Jüngst erschienen: Die frühen Jahre von Herzog Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg 1755–1785, Oldenburg 2016; ders.: Oldenburg und der Reichsdeputationshauptschluss 1803. Die Auseinandersetzungen zwischen Russland, Frankreich und Herzog Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg um die Besitzungen des Hauses Holstein-Gottorp jüngere Linie, in: Oldenburger Jahrbuch (2016).

nördlichsten Ostseeprovinz des Russischen Reiches, von ihm selbst vorgelegte Reformgesetze ratifizieren, die die gesamte Bevölkerung der Provinz berühren sollten: die sogenannten Bauerngesetze.

Der Zeitraum erschließt sich – und hierin zeigt sich die akribische Quellenarbeit des Verfassers – durch den Quellenfundus im Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg, in dem die Originalquellen, die persönlichen Akten wie die Briefwechsel Augusts lagern. Dieser so beeindruckende Quellenbestand harrete lange einer wissenschaftlichen Auswertung. Diese hat Müller nun erfolgreich vorgenommen; seine Einbettung der zeitgenössischen Quellen in Form von Zitaten bereichert die Arbeit und vermittelt einen intensiven Eindruck von den Geschehnissen. Vielleicht hätte – und dies mag als Wermutstropfen benannt sein – eine Vorstellung des Quellenmaterials über die Auflistung der Akten im Literaturverzeichnis hinaus für die Lesenden den Umgang mit der überaus fruchtbaren Forschungsgrundlage verständlicher gemacht.

In streng chronologischer Folge stellt Müller die biografischen Etappen Augusts dar (1. Einleitung, 2. Der Weg ins Exil, 3. Erste Tätigkeiten in Russland, 4. Generalgouverneur in Estland I, 5. Generalleutnant im russischen Hauptquartier, 6. Generalgouverneur in Estland II, 7. Die Agrarreformen von 1816 und die Rückkehr nach Oldenburg), wobei die Entwicklung des Reformpaketes eine gesonderte Gewichtung erhält.

Die Gründe für die Einreise des Oldenburger Fürstensohnes in das Russische Reich mögen vielfältig gewesen sein. Naheliegend ist jedoch die Affinität zum Zarenhaus, die sich bereits anhand der Biografie des jüngeren Bruders Georg (1784–1812) belegen lässt, der 1809 die Schwester des Zaren Alexander I., Katharina Pavlovna, ehelichte. August hatte mit dieser Heirat eine familiäre Bindung an das Zarenhaus erworben, nicht zuletzt erkennbar an der direkten Versorgung mit lukrativen Ämtern im Dienste der russischen Krone. So hatte der jüngere Bruder Georg den Posten des Generalgouverneurs von Estland inne, bereits bevor August selbst nach Russland einreiste. Als 1811 die Inbesitznahme des Herzogtums Oldenburg durch Truppen Napoleons erfolgte, fuhr Herzog Peter gemeinsam mit seinem Sohn August samt des herzoglichen Hofstaates über Berlin nach St. Petersburg, wo er von Georg und seiner Frau Katharina willkommen geheißen wurde. Durch die Protektion der Großfürstin wurde August alsbald zum russischen Generalleutnant und zum Generalgouverneur von Estland berufen. Für August habe sich damit, so Müller, endlich die Chance geboten, aus dem Schatten seines Vaters zu treten.

Augusts Zeit als Generalgouverneur der Ostseeprovinz, die vom Verfasser als biografische Reifungszeit beschrieben wird, ist insgesamt als spektakulär zu bewerten, handelte doch der fremde Oldenburger als Generalgouverneur im Auftrag des Zaren eine neue, dem Ziel nach den Bauernstand entlastende Gesetzgebung mit der führenden landesständischen Ritterschaft aus. Leider bleiben in diesem Kapitel die beschriebenen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Provinz skizzenhaft, wohingegen aber das Verhandlungsgeschick und die -strategien der Ritterschaft und einzelner ihrer Vertreter sehr klar und nachvollziehbar herausgearbeitet werden. Ein kurzer Exkurs zu den südlicheren Provinzen, Liv- und Kurland, wo sehr ähnliche Reformpakete geschnürt wurden, hätte an dieser Stelle die politische Gemengelage in den Ostseeprovinzen und das Verhältnis zur Zentralregierung ein wenig erhellt. Leider fehlt eine solche komparatistische Ebene; sie hätte womöglich das Analyseraster der Arbeit gesprengt.

Müller wählt mit seinem familienbiografischen Zugang bewusst einen anderen Fokus, der sich aus der vorhandenen Quellenlage im Oldenburger Staatsarchiv ergibt: Überaus erhellend analysiert der Verfasser das Verhältnis des Erbprinzen zu seinem Vater, dem Herzog von Oldenburg. Dabei wird die im Sinne des Erhalts der eigenen Dynastie geformte Positionierung des Herzogs deutlich, die darauf abzielte, den Sohn und späteren Oldenburger Regenten im eigenen Machtbereich zu wissen. Anhand des überlieferten Briefwechsels von Peter wird deutlich, mit welchen Mitteln der Vater versuchte, seinen Sohn zur Rückkehr nach Oldenburg zu motivieren. Lange scheiterte der Herzog am fehlenden Rückkehrwillen seines Sohnes, der wiederum seine Dienstreue vor die Familienpflichten des Hauses Oldenburg stellte. Erst im Sommer 1816, mit Inkraftsetzung der genannten Bauerngesetze, quittierte August den Dienst am Zarenhaus und kehrte nach Oldenburg, an den Herzogshof, zurück.

Gerade in diesen Abschnitten zeigt sich die Stärke von Müllers Schreibstil. Mit der Auswahl prägnanter Zitate werden die persönlichen Konflikte lebendig. Die insgesamt nah an den Quellen konzipierte Arbeit wird durch die Hinzunahme nichtliterarischer Überlieferungen konsequent fortgesetzt, indem Münzen oder Sigel als Analysematerial herangezogen werden. Die Untersuchung endet mit einer kurzen Darstellung der Bauerngesetzgebung und ihrer Bewertung in der v.a. deutschsprachigen Historiografie. Ein ausführliches Personenregister rundet den Band ab.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

Beata Halicka: „Mein Haus an der Oder“, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh 2014, 344 S.

Ich begann „Mein Haus an der Oder“ im Flugzeug zu lesen und bemerkte, dass meine Sitznachbarin mit Interesse auf das Buch schaute. Kurz vor der Landung sprach sie mich darauf an und notierte sich den Titel. Dieser Vorfall wäre nicht weiter ungewöhnlich, wenn sich der Vorfall nicht einige Tage später in einem Zug wiederholt hätte, und noch einmal, als ein Bekannter das Buch in meinem Zimmer sah. Diese ungewöhnliche Häufung von Interessensbekundungen signalisiert bereits, dass Beata Halickas Entscheidung, nach ihrer Habilitation „Polens Wilder Westen“ (2013) über die polnische Neubesiedlung der ehemaligen deutschen Ostgebiete nach 1945 noch ein Buch zu publizieren, welches auch nicht-wissenschaftliche LeserInnen anspricht, richtig war.

Im vorliegenden Band, der 2016 auch auf Polnisch erschien, versammelt die Verfasserin neun teilweise gekürzte Erinnerungsberichte polnischer „Pioniere“. Diese waren 1957 im Rahmen eines öffentlich ausgeschriebenen Wettbewerbs entstanden. Neusiedler der polnischen Westgebiete wurden dazu aufgerufen, Erinnerungsberichte einzuschicken. 1963 wurden einige davon publiziert, allerdings zensorisch redigiert. Halicka problematisiert diesen Entstehungskontext und fordert die LeserInnen gezielt heraus, mit einem zweifach kritischen Blick zu lesen: um einerseits Selbstzensur und kommunistische Erwartungshaltung gegenüber den Texten zu identifizieren und andererseits Erfahrungen von Enttäuschung, Unrecht und Scheitern herauszulesen, die dem volkspolnischen Erfolgsnarrativ nicht entsprachen. Dafür hat die Herausgeberin gezielt Texte ausgesucht, die 1963 nicht oder nur stark zensiert publiziert wurden. Gleichzeitig berücksichtigt Halicka bei der Auswahl und Übersetzung

der Texte offenbar deren literarische Qualität: Die Erinnerungsberichte sind verständlich und angenehm zu lesen. Es verwundert etwas, dass die Länge der Texte sehr unterschiedlich ist. Der kürzeste füllt drei, der längste 80 Seiten.

Fast 100 historische Fotografien aus unterschiedlichen Archiven ergänzen die Erinnerungsberichte – jedem Bericht folgen mehrere Fotos, meist aus der Region, über die auch der/die VerfasserIn des jeweiligen Berichts spricht. Die meisten stammen von den Fotografen Eugeniusz Kitzmann und Gido Chmurzyński, die im Jahre 1947 im Auftrag des Westinstituts in Poznań die polnischen Westgebiete bereisten. Sie sollten sowohl den kunsthistorisch relevanten materiellen Nachlass der Deutschen als auch das Leben der autochthonen Minderheit, die bereits vor Krieg und Vertreibung in den Gebieten lebte, dokumentieren. Dabei entstanden zahlreiche Bilder von Alltag und Aufbau, die sowohl Autochthone als auch Neusiedler zeigen. Viele davon wurden hier zum ersten Mal veröffentlicht. Das Bildmaterial ist sehr interessant, der Zusammenhang zwischen Bericht und der Auswahl der Fotos wird jedoch leider nicht immer klar. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Fotos geschlossen zu präsentieren und stärker historisch zu kontextualisieren, statt sie als bloße Illustration zu verwenden.

In ihren Erinnerungsberichten thematisieren die AutorInnen ganz unterschiedliche Aspekte der polnischen Besiedlung der neuen Westgebiete. Nina Jagodzińska beschreibt beispielsweise die Gewalt während der Zeit der Befreiung, deren Opfer vor allem Frauen wurden. Stanisław Dulewicz und Jan Krukowski, die als Gemeindevorsteher bzw. Bürgermeister lokale Verwaltungen aufbauten, gewähren Einblick in die administrativen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Aneignung der ehemaligen polnischen Westgebiete, sowie in den Aufbau der Infrastruktur nach dem Krieg. Nahezu alle VerfasserInnen schreiben von wirtschaftlicher Not, Hunger und Entbehrung.

Die Texte beantworten weniger die den Klappentext einleitende Frage, wie lange es dauerte, bis der neue Wohnort zu einem Zuhause wurde, als dass sie zeigen, wie sich Menschen in einer neuen und fremden Umgebung zurechtfinden, mit welchen Problemen und Konflikten sie konfrontiert waren und mit welcher Originalität sie diese lösten. Einige Erinnerungsberichte handeln aber auch von unüberwindlichen Schwierigkeiten, falschen Entscheidungen und vom Scheitern. Mehrere AutorInnen beschreiben beispielsweise den Kampf um die besseren Häuser und Bauernhöfe. Gleich zwei Autoren berichten davon, einen Hof gehabt und wieder abgegeben zu haben – aus wirtschaftlichen Gründen oder aufgrund politischen Drucks. Józef Majewski schreibt am Ende seines Berichts, dass er die Entscheidung, den Hof aufzugeben, mittlerweile bereue, „schließlich haben andere diese Jahre durchgestanden und wirtschaften weiter, wie zuvor, obwohl eine Genossenschaft in der Gemeinde entstanden ist“ (S. 123).

Auch im Hinblick auf die Identifikation mit der neuen Heimat sind bei weitem nicht alle Berichte Erfolgsgeschichten. So schließt Izabela Grdeń ihren Bericht mit den Worten: „Meine Mutter und ich vermeiden es, uns in die Augen zu schauen, da der Frühlingswind wieder den Duft der Felder herbeiweht. In der Stadt ist es so eng, stickig und liebend gerne würde ich wieder aufs Feld hinaus laufen. In die Sonne und an die Luft. Ob wir wohl jemals aufs Land zurückkehren?“ (S. 82)

„Mein Haus an der Oder“ zeigt ein großes Spektrum alltäglicher Erlebnisse der „Neusiedler“ aus Zentral- und Ostpolen in den „wiedergewonnenen Gebieten“. Die autobiografische Perspektive und mithin die Formulierungen eigener Wahrnehmungen vermitteln

eindrücklich, wie schwierig es war, in einem anderen Kulturraum eine neue Existenz aufzubauen. Sie machen neugierig auf weitere Zeitzeugenberichte aus der turbulenten polnischen Nachkriegsdekade.

Imke Hansen, Hamburg/Lüneburg

Lena Gautam: Recht und Ordnung. Mörder, Verräter und Unruhestifter vor spätzaristischen Kriminalgerichten 1864–1917, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2017, 256 S.

Lena Gautam beschäftigt sich in ihrer im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 640 „Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel: Interkulturelle und intertemporäre Vergleiche“ entstandenen Dissertation mit den Wechselwirkungen zwischen „Recht“ und „sozialer Ordnung“. Die Autorin geht der Frage nach, welche Auswirkungen die im Zuge der Justizreform in Russland von 1864 entstandenen neuen Rechtsvorstellungen und Institutionen auf die damals bestehende gesellschaftliche Ordnung hatten. Eine Antwort auf diese Frage sucht die Historikerin in den Gerichtssälen, wo nicht nur über Schuld und Unschuld, sondern auch über verschiedene gesellschaftliche Ordnungsentwürfe verhandelt wurde. Die Studie ist in zwei große Abschnitte unterteilt. Im ersten, drei Kapitel umfassenden Teil, werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen thematisiert, unter denen die Justizreform geplant bzw. umgesetzt wurde. Kapitel 1 ist der Zeit vor der Reform gewidmet, während die folgenden Kapitel eine zusammenfassende Darstellung der Justizreform liefern (Kapitel 2) und die Berufsgruppe der Justizangestellten sowie deren Repräsentationstechniken und Legitimierungsstrategien unter die Lupe nehmen (Kapitel 3). Der zweite Teil besteht ebenfalls aus drei Kapiteln (Kapitel 4 bis 6), die jeweils einen konkreten Gerichtsprozess als Fallbeispiel detailliert behandeln. Einem kurzen Ausblick am Ende des Buches werden die Untersuchungsergebnisse vorausgeschickt, die in einem separaten Abschnitt zusammenfassend dargestellt werden. Das Buch enthält darüber hinaus eine Quellen- und Literaturliste sowie einen Index, in den neben Sachbegriffen auch ausgewählte Personen- und Ortsnamen aufgenommen wurden.

Das erste Kapitel ist der Rechtsprechung sowie den in der Zeit vor der Reform herrschenden Ordnungsvorstellungen gewidmet. Am Beispiel der in der Forschungsliteratur bereits mehrfach beschriebenen Bauernunruhen im Gouvernement Kazan' kurz nach der Verkündung der Bauernbefreiung 1861 wird die Interaktion zwischen den Hauptakteuren der lokalen Gesellschaft gezeigt – Bauern, Landbesitzern und lokaler Obrigkeit. Die Analyse der traditionellen gesellschaftlichen Ordnung und herrschenden Rechtsvorstellungen ist für das Thema von Bedeutung, so Gautam, weil diese auch noch nach 1864 Bestand hatten und den Kontext darstellten, „innerhalb dessen sich die Reformgerichte und die Juristen mit ihrem konkurrierenden Ordnungsentwurf behaupten mussten“ (S. 21). Als Erklärung für die auf beiden Seiten zu verzeichnende Gewaltbereitschaft und -anwendung reicht der Autorin die Schwäche der zentralen Staatsmacht vor Ort allein nicht aus. Anhand der Austragung des Konfliktes im Dorf Bezdna zeigt sie überzeugend auf, wie das Misstrauen der Bauern gegenüber den Vertretern der Obrigkeit, der traditionell patrimoniale Charakter ihrer Beziehungen sowie die fehlende Autorität des Amtes die gesellschaftliche Ordnung am Vorabend der Justizreform mitprägten.

Kapitel 2 bietet eine Zusammenfassung der institutionellen und verfahrenstechnischen Aspekte der Justizreform. Da die neue Juristengeneration nicht den Zaren, sondern das Recht als ihre wichtigste Legitimationsquelle betrachtete, auch durch die Offenheit des Gerichtsverfahrens, musste das neue Justizsystem früher oder später mit dem autokratischen Regime in Konflikt geraten. Die Widersprüche der Justizreform kamen in erster Linie durch ihre Unvollständigkeit zum Ausdruck: Die russische Justiz war nach wie vor durch die parallele Existenz verschiedener Gerichtssysteme geprägt und die Kompetenzen der neuen Gerichte wurden nach 1864 mehrfach beschnitten.

Vor diesem Hintergrund scheint das Interesse Gautams für die im dritten Kapitel behandelte Wahrnehmung der neuen Rechtsinstitutionen bzw. ihrer Vertreter folgerichtig. Die Legitimation des neuen Justizsystems war eng mit der Tätigkeit und den Überzeugungen seiner Hauptakteure – der neuen Juristengeneration – verbunden. Auf Grundlage von Memoiren ist es der Autorin gut gelungen, stellvertretend für die ganze Berufsgruppe, das Selbstbild und Selbstverständnis einzelner Vertreter der reformierten Justiz zu zeigen. Die Offenheit der neuen Justiz, die ihr Unterscheidungsmerkmal war, hatte zur Folge, dass die neuen Justizbehörden auf Kooperation und Vertrauen der Bevölkerung angewiesen waren, da diese eine der wichtigsten Quellen ihrer Legitimität darstellten. Neben aufschlussreichen, die Bereiche Berufsethik und Professionalisierung betreffenden Beobachtungen schenkt die Autorin der symbolischen Präsentationen viel Aufmerksamkeit. Während allerdings Verhaltensmuster der Beamten und Sitzungsrituale zum Gegenstand einer eingehenden Betrachtung werden, behandelt Gautam die vielversprechende Problematik der Raumgestaltung in den neuen Gerichtsgebäuden nur am Rande.

In den Kapiteln 4 bis 6 werden drei Gerichtsprozesse aus den Jahren 1892–1909 ausführlich analysiert. Anhand dieser ausgewählten Fallbeispiele geht die Autorin den zu Beginn der Studie gestellten Fragen nach. Kapitel 4 liegt der die Unruhen an der Wolga während der Cholera-Epidemie der frühen 1890er Jahre verhandelnden Gerichtsprozess zu Grunde. Der Vergleich der im Dorf Bezdna im Jahre 1861 ausgebrochenen Unruhen (Kapitel 1) mit den Unruhen an der Wolga dreißig Jahre später erlaubt zwar, die Kontinuitäten in den Beziehungen zwischen den Bauern und der Obrigkeit herauszuarbeiten, verliert jedoch zugleich an Überzeugungskraft durch den Umstand, dass es die bäuerliche Selbstverwaltung, die 1892 eine der wichtigsten Konfliktparteien darstellte, vor der Reform in dieser Form nicht gegeben hatte. Der Konflikt von 1892 wurde hauptsächlich zwischen einfachen Bauern und den Vertretern der bäuerlichen Administration ausgetragen und gehörte damit zur Kategorie „Verbrechen gegen die Ordnung der Verwaltung“ bzw. „Amtsverbrechen“. Wie die von Gautam durchgeführte Analyse der Gerichtsstatistik zeigt, klafften die Gerechtigkeitsvorstellungen der Justizbeamten und der Bauern bei Konflikten dieser Art besonders weit auseinander. Dieser Befund wird durch die Schilderung unterschiedlicher Perspektiven und Strategien der Prozessbeteiligten untermauert. Darüber hinaus sieht die Verfasserin anhand der Prozessakten des Saratover Gerichtshofes ihre anfangs aufgestellte These bestätigt, dass die Bauern im Umgang mit den staatlichen Gerichten äußerst geschickt vorgehen. Um ihre Chancen im Gerichtssaal zu steigern, passten sie sich den Erwartungen der offiziellen Justiz an, indem sie ihre Argumente und Aussagen mit den Vorstellungen der Justizbeamten sowie der Deutungs- und Ordnungslogik der Gerichte (so wie sie sich diese vorstellten) in Einklang brachten. So verhielt sich beispielsweise auch der Hauptangeklagte des Prozesses von 1892 Arkannikov. Die Frage, wie selbstständig er bei der Auswahl seiner im Prozess

verfolgten Strategie und der Verfassung seiner Bittschriften handelte, lässt sich anhand der Ausführungen von Gautam allerdings nicht eindeutig beantworten.

Der im Jahr 1909 in Cherson geführte, den Mord an Tatjana Skadovskaja verhandelnde Prozess (Kapitel 5) wurde von der Autorin als Beispiel für die Entwicklungen auf dem Gebiet der Rechtsprechung gewählt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts fanden in den Gerichtsverfahren zunehmend Erkenntnisse aus verschiedenen wissenschaftlichen Zweigen Anwendung. Zu den Wissensbereichen, die im Russland des späten 19. Jahrhunderts einen schnellen Prozess der Institutionalisierung und Professionalisierung durchliefen und immer größeren Einfluss auf die Justiz ausübten, gehörte die Psychiatrie. Am Beispiel der Expertentätigkeit des Mediziners und Psychiaters Vladimir M. Bechtereov wirft Gautam die Frage nach der Rolle des Expertenwissens auf. Bechtereov stand im Mordprozess von 1909 an der Spitze einer Expertengruppe und argumentierte erfolgreich gegen die Schuldfähigkeit des Angeklagten. Aufgrund des großen Interesses der Öffentlichkeit an Prozessen, die dem in diesem Kapitel dargestellten Verfahren ähnelten, erhielt das breite Laienpublikum erste Erkenntnisse aus verschiedenen Wissensbereichen, deren Vertreter als Sachverständige für die Gerichte tätig waren. Dass sich die Gerichte angesichts eines schnellen Wandels in immer größerem Maße auf Expertenwissen angewiesen sahen, hatte unter anderem zur Folge, dass die Wissenschaftler zu einer einflussreichen Gruppe wurden und aktiv an der Rechtsprechung mitwirkten.

Bei der Beschreibung des letzten Fallbeispiels konzentriert sich Gautam in Kapitel 6 auf die politischen Diskussionen über die Rechtsförmigkeit in Russland zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917. Der Fokus liegt hier auf dem bekannten politischen Prozess gegen den ehemaligen Direktor des Polizeidepartments A.A. Lopuchin, der sich für die Bekanntgabe von Informationen über den Geheimmitarbeiter der Polizei Azef vor der Besonderen Behörde beim Regierenden Senat verantworten musste. Das Kapitel beginnt mit einer Darstellung der der Festnahme von Lopuchin vorausgehenden Ereignisse und schildert ausführlich die das Vorgehen der Geheimpolizei betreffende öffentlichen Debatte, den Verlauf der Gerichtsverhandlung sowie die Reaktion auf das Urteil. Angesichts einer heftigen Debatte über die Legitimität des Einsatzes von Provokateuren seitens der Ermittler sah sich die Regierung gezwungen, den Lopuchin-Prozess möglichst transparent und unter strenger Einhaltung der rechtlichen Vorschriften zu gestalten. Daher entschied man sich nicht für die rechtlich noch immer mögliche administrative Verfolgung oder ein geschlossenes Verfahren, sondern für einen offenen Prozess. Und auch wenn der Versuch, die Regierung vor Vorwürfen einer rechtswidrigen Verurteilung zu schützen, am Ende doch fehlschlug, zeigte der Fall mit aller Klarheit, dass Russland zwar – selbst nach den zeitgenössischen Maßstäben – kein Rechtsstaat war, es dennoch ein politisches System hatte, das von den „Spielregeln des Rechts“ durchdrungen war (S. 196). Vielleicht ist diese Schlussfolgerung eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung.

In ihrer Studie nutzt Gautam gekonnt alle Möglichkeiten, die Austragung von Konflikten in der Vergangenheit Historikerinnen und Historikern dadurch zu eröffnen, dass sie allen Beteiligten die Chance boten, ihre Ordnungsvorstellungen und -wünsche darzulegen und zu verteidigen. Darüber hinaus sind die Auseinandersetzungen in der Regel deutlich besser dokumentiert als das gewöhnliche Alltagsleben. Eine Erläuterung der Auswahlkriterien für die ausgesuchten Fallbeispiele sowie eine bessere Ausschöpfung des Informationspotentials der Gerichtsstatistik zwecks einer möglichst differenzierten Darstellung der angesprochenen

Themen hätten die Argumentation noch verstärkt. Eine Vervollständigung des Registers durch die Aufnahme aller Orts- und Personennamen hätte bei der Vereinheitlichung ihrer Schreibweise helfen können. Diese kleineren Kritikpunkte sollen jedoch nicht die Tatsache schmälern, dass die Studie einen informativen und anregenden Beitrag sowohl zu den Wechselwirkungen von Rechts- und Herrschaftssystemen als auch zu den in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Russlands herrschenden Ordnungsvorstellungen darstellt.

Dmytro Myeshkov, Lüneburg

Benjamin Conrad: Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918–1923, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2014, 382 S., 9 Karten.

„Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht“ – dieses Zitat aus Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ stellte Alfred Döblin dem Bericht über seine Reise in Polen im Jahr 1924 voran.¹ Damit bezog er sich zunächst positiv auf die Wiedergeburt des polnischen Staates: Mit der Errichtung eines demokratischen Nationalstaats hätten die Polen der Macht der Imperien, die das Land zuvor unter sich aufgeteilt hatten, eine Grenze aufgezeigt. Erst beim zweiten Lesen offenbart sich freilich der Doppelsinn des Zitats: Aus Sicht der in den polnischen Nationalstaat inkorporierten Minoritäten besaß die neu gezogene Staatsgrenze, nun als Subjekt des Satzes verstanden, auch einen repressiven Charakter.

In seiner Mainzer Dissertation zeichnet Benjamin Conrad den Entstehungsprozess der polnischen Staatsgrenzen von 1918 bis 1923 nach. Im Sinne einer „forschenden Synthese“ (S. 291) verfolgt er das Ziel, die zuvor meist einzeln analysierten Grenzziehungsprozesse zu allen Nachbarstaaten der Zweiten Polnischen Republik in ihrem Zusammenhang zu sehen. Sein Hauptinteresse gilt der „Perspektive der wichtigsten Regierungsakteure Polens“ (S. 13): Zu erklären sei, warum sich in der Praxis das von Roman Dmowski und seinem Polnischen Nationalkomitee (*Komitet Narodowy Polski*, KNP) vertretene Inkorporationskonzept, das eine Polonisierung der nichtpolnischen – insbesondere litauischen, belarussischen und ukrainischen – Minderheiten vorsah, gegen föderative Ideen, wie sie Teile des sogenannten Belweder-Lagers um Józef Piłsudski befürworteten, durchgesetzt habe. Als Ziel der Arbeit bestimmt Conrad folglich auch, den Einfluss divergierender Konzepte von Nation auf den Grenzziehungsprozess zu rekonstruieren. „Zentrale Akteure“ will er dabei nicht als bloßen Ersatzbegriff für Geschichte machende „große Männer“ verstanden wissen, jedoch betont er die Exklusivität des handelnden Personenkreises; den von der Grenzziehung Betroffenen seien mit Ausnahme der Volksabstimmungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet lediglich „Statistenrollen“ (S. 24) zugefallen. Die Grundlage seiner Untersuchung bilden neben zahlreichen bereits edierten Dokumenten hauptsächlich Quellen aus staatlichen Archiven in Warschau und Moskau.

Nach einem knappen Überblick über die polnischen Teilungsgebiete im „langen 19. Jahrhundert“ beginnt Conrad chronologisch mit der Verhandlung der polnischen Grenzfrage während des Ersten Weltkriegs (S. 49-87). Hier legt er dar, wie das Heft des Handelns in

1 Alfred Döblin: Reise in Polen. Mit einem Nachwort von Marion Brandt, Frankfurt a.M. 2016, S. [7]. Vgl. auch ebenda, S. 356 f.

der polnischen Frage von Russland zunächst auf die Mittelmächte und schließlich auf die Westalliierten übergang: Während die Versuche der beiden Erstgenannten, die polnischen Autonomiebestrebungen für ihre Zwecke zu vereinnahmen, letztlich ihr mangelndes Interesse an polnischer Selbstständigkeit nicht hätten verdecken können, habe sich die westliche Entente – auch infolge der Lobbyaktivitäten polnischer Exilpolitiker – entgegen ihren ursprünglichen Absichten zur Fürsprecherin polnischer Eigenstaatlichkeit entwickelt, freilich ohne sich in der Frage der konkreten territorialen Ausgestaltung eines polnischen Staates bereits definitiv festzulegen. In einem weiteren Kapitel beleuchtet Conrad den Schwebезustand, in dem sich die nun gegründete Zweite Polnische Republik 1918/19 befand. Er schildert die beginnenden militärischen Auseinandersetzungen mit der kurzlebigen Westukrainischen Volksrepublik um Ostgalizien, jene mit der Tschechoslowakei um das Teschener Schlesien sowie mit Deutschland im Rahmen des Großpolnischen Aufstandes (S. 89-125).

In den darauffolgenden Kapiteln weicht Conrad vom chronologischen Gliederungsprinzip ab und untersucht nacheinander die Genese der West- und Südgrenze im Rahmen der Pariser Friedenskonferenz (S. 127-190), der Ostgrenze im Rahmen des polnisch-sowjetischen Krieges (S. 191-251) sowie der Nordgrenze zu Litauen und Lettland (S. 253-280). Im ersten Fall stellt er fest, dass die polnische Delegation eher Objekt als Subjekt der Pariser Friedensverhandlungen gewesen sei und sich gegen britische und amerikanische Vorstellungen eines Ausgleichs mit dem besiegten Deutschland nicht habe durchsetzen können; so musste sie den Status Danzigs als Freie Stadt außerhalb des neuen polnischen Staates sowie Volksabstimmungen in Oberschlesien und den Abstimmungsgebieten Allenstein und Marienwerder hinnehmen. Dass die deutsche Seite bei den Plebisziten, insbesondere in den beiden letztgenannten Gebieten, im Vorteil war, erklärt Conrad neben der Einberufung polnischer Abstimmungsberechtigter zum polnisch-sowjetischen Krieg auch damit, dass konfessionelle Bindungen für die nationale Selbstidentifikation in vielen Fällen stärker gewirkt hätten als sprachliche (S. 161 f., 173). Auch die diplomatische Regelung der Teschener Frage habe primär den tschechoslowakischen Vorstellungen entsprochen (S. 188).

Das zunehmend offensive Vorgehen der polnischen Führung im Osten erscheint vor diesem Hintergrund auch als Folge einer Enttäuschung über die Positionierung der Westalliierten in Paris. Als Gründe für die Erfolglosigkeit der Versuche, nach der definitiven Zerschlagung der Westukrainischen Volksrepublik mit rumänischer Hilfe im Juli 1919 eine diplomatische Regelung der polnischen Ostgrenze zu erzielen, führt Conrad den geringen Rückhalt föderativer Ideen bei potentiellen Partnern Polens – insbesondere bei Litauern und Belarussen (S. 210 f.) – sowie das Misstrauen der polnischen Führung gegenüber der Friedensbereitschaft der Bolschewiki (S. 229) an. Von der Föderationsidee des Belweder-Lagers sei lediglich die Idee eines ukrainischen Pufferstaats übrig geblieben, dessen Errichtung das zentrale Ziel des nunmehrigen Staatsoberhauptes Piłsudski im Krieg gegen Sowjetrußland gewesen sei. Nach einer konzisen Darstellung des Kriegsverlaufs erklärt Conrad das Fallenlassen dieser Idee seitens der polnischen Führung, die infolge der Friedensverhandlungen von Riga im Austausch gegen territoriale Zugeständnisse der Sowjets die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) offiziell anerkannte, als Ausdruck polnischer „Staatsräson“ (S. 249). Während die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen damit besiegelt war, ließ der Friede von Riga die staatliche Zuordnung Wilnas (poln. Wilno, lit. Vilnius) jedoch offen. In einem

weiteren Kapitel analysiert Conrad daher die Genese der polnischen Nordgrenze und bewertet hier die polnische Eingliederung des Wilnaer Gebiets mit militärischen Mitteln klar als Annexion, verweist allerdings auch darauf, dass die sowjetische wie postsowjetische litauische Historiografie die ethnischen Verhältnisse im fraglichen Gebiet in ihrer Bewertung des polnischen „Imperialismus“ nicht angemessen problematisiere (S. 274).

Insgesamt kann es als großer Vorzug der Arbeit gelten, dass eine Gesamtbetrachtung des polnischen Grenzziehungsprozesses eine Distanzierung von tradierten nationalen Deutungsmustern erlaubt, wie sie Untersuchungen aus bilateraler Perspektive häufig kennzeichnen. Gestützt auf eine umfassende Rezeption der relevanten Forschung – die Bibliografie verzeichnet Titel in nicht weniger als 13 Sprachen (Polnisch, Deutsch, Tschechisch, Slowakisch, Rumänisch, Ukrainisch, Belarussisch, Russisch, Lettisch, Litauisch sowie Englisch, Französisch und Italienisch) – gelingt es Conrad vielfach, Einseitigkeiten in den beteiligten nationalen Historiografien zu korrigieren.

Die forschungspragmatisch nachvollziehbare Beschränkung auf „zentrale Akteure“ führt freilich, wie Conrad selbst in seinem Fazit einräumt, zu perspektivischen Verengungen. Dies gilt insbesondere für die Ausblendung der Frage, wie die Entstehung der polnischen Staatsgrenzen zeitgenössisch in der massenmedialen Öffentlichkeit verhandelt wurde. Dass in der jüngeren historischen Erforschung internationaler Politik die Reflexion über die Rolle von Massenmedien als *Movens* wie auch als Instrument außenpolitischen Handelns zu einem erweiterten Akteursbegriff geführt hat,² findet hier keine Berücksichtigung. Dabei liegt die Relevanz öffentlicher Kommunikation nicht nur im Fall der Volksabstimmungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet auf der Hand; auch wenn der mangelnde Rückhalt der Föderationsidee bei den östlichen Nachbarvölkern Polens als ein Grund für deren Scheitern angeführt wird, wäre es aufschlussreich gewesen, mehr über die Verhandlung föderativer Ideen in den zeitgenössischen Öffentlichkeiten zu erfahren.

Unabhängig von diesem Einwand ist festzuhalten, dass Benjamin Conrad eine fundierte und gut lesbare Studie vorgelegt hat, auf die jeder an der Geschichte der Zweiten Polnischen Republik Interessierte dankbar zurückgreifen wird.

Kai Johann Willms, München

2 Vgl. etwa Frank Bösch, Peter Hoeres: Im Bann der Öffentlichkeit? Der Wandel der Außenpolitik im Medienzeitalter, in: Dies. (Hrsg.): Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2013, S. 7-35.

Ekaterina Makhotina: Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2017, 478 S.

Mit ihrer Veröffentlichung „Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg“ leistet Ekaterina Makhotina einen umfassenden Beitrag im Bereich der Erinnerungsforschung. Erst in jüngerer Vergangenheit unabhängig gewordene Länder wie Litauen, das während des Zweiten Weltkrieges zunächst eine sowjetische, dann eine deutsche Besatzung und schließlich die Inkludierung in die Sowjetunion erfuhr, stellen interessante Forschungsbasen dar. Öffentliche Räume, Museen und Erinnerungspraktiken sowie die damit verbundenen unterschiedlichen Akteure, deren Motivationen und Intentionen

im Umgang mit der Vergangenheit, rücken in den Forschungsfokus erinnerungskultureller Studien.

In sieben Kapiteln behandelt die Verfasserin umfassende Themenblöcke. Zunächst widmet sie sich der Nachkriegszeit bis 1990 und im Anschluss daran der Zeit danach. Der erste temporale Raum umfasst die Anfänge eines sowjetischen Narrativs, den Umgang mit der Vergangenheit in litauischen Museen und die (Nicht-)Verortung der jüdischen Opfer. Im anschließenden Abschnitt blickt sie auf die Veränderungen in Museen, den differenzierten Umgang mit jüdischen Opfern sowie die konkreten Akteure, Räume und Praktiken nach 1990, dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit. Bereits die Gliederung lässt erkennen, dass die Thematisierung des Umgangs mit den jüdischen Opfern gesonderte Aufmerksamkeit verdient und dass darauf ein Schwerpunkt der Studie liegt. Jedes Kapitel beinhaltet eine Einleitung und einen Schluss, wobei sich dem Leser die Frage stellt, weshalb Kapitel sechs eine Zusammenfassung vermissen lässt und dadurch mit der bis dahin angewandten Gliederungsstruktur gebrochen wird.

Die klar strukturierte Einleitung weist einen reichen Fragenkatalog auf, in dem sich der Leser anfänglich zu verlieren Gefahr läuft. Sich dessen bewusst, betont die Autorin „die Breite des gewählten Fokus [...], um die Entwicklung der Kriegserinnerung von ihrer Konstruktion (1943/44) bis zu ihrem Abbau bzw. ihrer Fragmentierung nachzuzeichnen und zu verstehen“ (S. 13). Fragen, welche im Verlauf der Kapitel beantwortet werden sollen, sind die nach Akteuren, Formen, Logiken und Funktionen der sowjetischen Erinnerungskultur sowie dem Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg nach 1990 bzw. gegenwärtigen Praktiken. Makhotina untersucht vor allem Museen, sowjetische sowie nachsowjetische litauische, und stellt ihrer Analyse folgende Fragen voran: „Was sind die neuen Opfer- und Heldenmotive und welche Opfergruppen stehen hier nebeneinander bzw. gegeneinander? [...] Gibt es etwa Elemente der sowjetischen Inszenierung, die nun für die neue Erzählung de-kontextualisiert und neu verwendet wurden? Kann man von einer sowjetischen Tradition der Präsentation – etwa im Bereich der emotionalisierten Ästhetik – sprechen?“ (S. 12 f.) Bei der Verortung im aktuellen Forschungsstand nennt die Autorin einschlägige Literatur aus dem Bereich der Erinnerungs- und Gedächtnisforschung, die auf zahlreiche Studien sowie auch auf die hier besprochene Publikation prägenden Einfluss ausübte. Diesbezüglich wäre neben der Zusammenfassung der nennenswerten Abhandlungen eine konkrete Abhebung von diesen und somit frischer Wind in den theoretischen Ansätzen des Forschungsbereiches erfreulich gewesen.

In den ersten drei Kapiteln blickt die Autorin zunächst auf die Entstehung und Entwicklung der sowjetlitauischen Geschichtspolitik, ausgewählte Museen, Gedenkstätten und Denkmäler sowie das Gedenken an die jüdischen Opfer. Einen wichtigen Akteur im litauischen Erinnerungsdiskurs stellte die Partielite des Landes dar. Den Fokus legte diese auf die Verfolgung nationaler Interessen. Im Mittelpunkt standen dabei die antibourgeoise, sozialistische Charakterisierung der Nation sowie die klare Distanz zum Katholizismus. Die Sowjetmacht, die mit ihren Zugeständnissen an die nationalen Interessen ihre Macht sicherte und stabilisierte, wurde als Befreier von der deutschen Besatzung kommuniziert. Nachdem unter Stalin der Zweite Weltkrieg weitaus weniger im Mittelpunkt gestanden hatte, änderte sich dies in den 1960er Jahren. Die Erinnerungspolitik der darauf folgenden Jahre zeichnete sich durch die Zentralisierung der Opfer und die weitgehende Ausblendung der eigenen Täterschaft aus. Makhotina betont diesbezüglich die Darstellung des von

den Litauern selbst gewählten bzw. etablierten Sozialismus im Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg als litauische Besonderheit.

In den sowjetlitauischen Museen dominierte nicht das nationale, sondern das von oben, mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei als einem der Hauptakteure, auferlegte Narrativ des Klassenkampfes. Darüber hinaus waren die Brutalität der deutschen Besatzer sowie litauische Widerstandskämpfer Thema. Die Oktoberrevolution sowie die Präsentation der Sowjetarmee als Befreier im Jahr 1944 fungierten als Gründungsmythen. Je nach den Umständen der Zeit passten Museumsverantwortliche die Ausstellungen gemäß den aktuellen Feindbildern der Sowjetunion an und kreierte dementsprechend Narrative, welche antiwestdeutsche oder antiamerikanische Bilder inkludierten bzw. nachzeichneten.

Der These einer gänzlichen Tabuisierung des Genozids an der jüdischen Bevölkerung im sowjetischen Litauen widerspricht Makhotina. Die ermordeten 200 000 Juden, die 96 Prozent der jüdischen Bevölkerung Litauens ausmachten, wurden im Nachkriegsdiskurs ohne nationale Hervorhebung der Gesamtheit der Opfer zugerechnet. Die Autorin hebt hervor, dass hier nicht von einer Tabuisierung, sondern vielmehr von einer Marginalisierung die Rede sein kann. Insbesondere in der stalinistischen Zeit erschwerte die antijüdische Haltung des Regimes das Erinnern an jüdische Opfer. Generell sollte der Assimilierung der Juden ohne eigene Identität nichts im Wege stehen. Durch diese offizielle Erinnerungshaltung entstand für diese Gruppe in Litauen ein Gedenken im privaten Raum. Vor allem zeigen dies Friedhöfe, deren Betreiber sich dem Einfluss von oben noch am ehesten entzogen. Der Publikation ist zu entnehmen, dass der Umgang mit den jüdischen Opfern sowie die nicht thematisierte Täterschaft aus den eigenen Reihen für den unabhängigen Staat eine schwierige Hinterlassenschaft der Sowjetzeit darstellte.

Im Anschluss rückt in den vier Folgekapiteln die Zeit nach 1990 in den Fokus, konkret die museale Repräsentation des Zweiten Weltkrieges und des Stalinismus, das veränderte Gedenken an die jüdischen Opfer und den Holocaust sowie verschiedene Akteure, Räume und Praktiken bezüglich des Zweiten Weltkrieges. Unmittelbar nach dem Erlangen der Unabhängigkeit ging es in der Aufarbeitung vor allem darum, die Souveränität Litauens zu untermauern. Erneut fällt auf, dass in diesem erinnerungskulturellen Rahmen beispielsweise Juden und Russen keinen Platz fanden. Im weiteren Verlauf der neu konstruierten Erinnerung mussten sowjetische Museen und Denkmäler gleichermaßen weichen. Primär, so Makhotina, fokussierte die historische Umkodierung vor allem die Abrechnung mit der sowjetischen Besatzungsmacht, wohingegen der Zweite Weltkrieg, die deutschen Besatzer und deren Opfer kaum Eingang in den Erinnerungsrahmen fanden.

In den Blick rückte der sowjetische Terror, unter dem in der neuen Geschichtsschreibung exklusiv die Litauer zu leiden hatten. Hierfür wurde nun sogar der Begriff „Genozid“ verwendet, auch wenn dies in der internationalen Erinnerungsforschung auf Kritik stieß. Den Opfern des Holocausts ermöglichte eine liberalere Haltung gegenüber der Vergangenheit ebenfalls den Zugang zum öffentlichen Diskurs. Diesbezüglich stellen die Stätte der Massenvernichtung der Juden *Paneriai* und deren Museum den wichtigsten Erinnerungsort dar. Zuletzt führt die Autorin die unterschiedlichen Räume und Akteure der Feierlichkeiten hinsichtlich des 9. Mai auf und zeichnet diese anhand der diesbezüglichen Aktivitäten des Jahres 2013 nach. Vielfach aufgeladen, liegen dem Gedenken an diesem Tag unterschiedliche Motivationen zugrunde: die Erinnerung an den Krieg, die Gemeinschaftsbekundung, dem Abgrenzen an die offizielle Gedenkpolitik des Landes und anderen. In der Zusam-

menfassung betont die Autorin, dass die Feierlichkeiten demnach eine sowohl politische als auch kommunikative und aufgrund der Protesthaltung eine soziale Funktion erfüllen.

Ekaterina Makhotina leistet einen klar strukturierten sowie interessanten Beitrag. Die Untersuchung ist detailliert und fußt auf einer reichen Quellenbasis. Die Autorin arbeitet Alleinstellungsmerkmale Litauens heraus, beispielsweise die spezifische, eigenständige Herangehensweise der kommunistischen Partielite. Allerdings vermisst der Leser den internationalen Vergleich mit anderen Ländern Europas, um Spezifika noch deutlicher hervorzuheben. Schlussfolgernd stellt sich nämlich die Frage, inwiefern Analysen der Erinnerungs- und Geschichtspolitik hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges zum jetzigen Zeitpunkt, nach zahlreichen wissenschaftlichen Abhandlungen in diesem Themenbereich, noch zusätzliche Erkenntnisse liefern können. Die Marginalisierung der jüdischen Opfer in der unmittelbaren Nachkriegszeit überrascht nicht, da diese auch in anderen Ländern erst nach und nach in den Diskurs inkludiert wurden. Dasselbe gilt für den Umgang mit der eigenen Täterschaft. In zahlreichen Ländern, beispielsweise dem ehemaligen Jugoslawien, ging es zunächst darum, die eigene Macht zu sichern. Dies erfolgte mittels Fokussierung der eigenen Opfer, wohingegen die Täterrolle in den Hintergrund rückte. In diesem Sinne bestätigt der Beitrag verschiedene Ergebnisse bereits vorangegangener Studien zum Erinnerungs- und Gedenkurs. Dennoch handelt es sich bei dem Werk um eine gelungene wissenschaftliche Abhandlung mit Litauen als interessantem Untersuchungsgegenstand.

Manuela Brenner, Regensburg

Uldis Neiburgs: Draudu un cerību lokā. Latvijas pretošanās kustība un Rietumu sabiedrotie (1941–1945) [Im Spannungsfeld von Gefahren und Hoffnungen. Lettlands Widerstandsbewegung und die westlichen Alliierten (1941–1945)], Rīga: Mansards 2017, 450 S.

Uldis Neiburgs, Mitarbeiter des Okkupationsmuseums in Riga und durch zahlreiche Veröffentlichungen hervorgetretener Experte zur deutschen Besatzungszeit in Lettland, untersucht in der vorliegenden Studie das Verhältnis zwischen den westlichen Alliierten, den lettischen Diplomaten in Stockholm, London und Washington, sowie drittens dem lettisch-nationalen Widerstand in Lettland unter deutscher Besatzung während des Zweiten Weltkrieges. Dieses Verhältnis war durchaus ambivalent: Die sowjetische Okkupation des Baltikums im Sommer 1940 wurde nämlich von den westlichen Mächten nicht anerkannt, und die baltischen Diplomaten in Washington und London konnten ihre Arbeit fortsetzen. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion und dem Kriegseintritt der USA gab die Sowjetunion ihren Anspruch auf das Baltikum gegenüber den neuen westlichen Verbündeten allerdings nicht auf, was die Stellung der baltischen Diplomaten erheblich erschwerte. Zudem waren die lettisch-nationalen Kräfte infolge der deutschen Besatzung vor die kaum lösbare Aufgabe gestellt, gleichzeitig gegen zwei Aggressoren zu kämpfen oder zumindest die Rückkehr der als größere Bedrohung empfundenen Sowjetunion zu verhindern, indem sie zumindest teilweise mit der vermeintlich kleineren Bedrohung kollaborierten – den Deutschen. Diese Zusammenarbeit erschwerte allerdings wiederum die Kontaktaufnahmen zum Westen und die Anerkennung lettischer Interessen seitens der westlichen Alliierten, welche sich im Krieg mit Deutschland an der Seite der Sowjetunion befanden.

Dass ein derartig angelegtes Thema eine grenzüberschreitende Recherche erfordert, erklärt sich von selbst. Es gehört zu den Stärken dieses Buches, dass Neiburgs sich auf eine äußerst breite Quellenbasis aus Archiven in den USA, Großbritannien, Russland, Schweden, Deutschland und Lettland stützt. Ebenso überzeugt die Heranziehung einschlägiger Forschung aus dem englischen, deutschen, schwedischen, russischen, lettischen und auch in geringerem Maße aus dem estnischen und litauischen Sprachraum.

Die Darstellung gliedert sich in sechs Kapitel, die zwar jedes für sich gut zu lesen sind, deren inhaltliche Abgrenzung voneinander allerdings nicht immer völlig überzeugt. Nach einem Überblick zum Begriff und Phänomen des Widerstands in Lettland (Kapitel 1) folgt ein außenpolitisches Kapitel zur Frage der staatsrechtlichen Lage Lettlands nach dem Verlust der Unabhängigkeit und zur Rolle der Westmächte und Schwedens. Daran schließen sich vier Kapitel zu Tätigkeiten des Nationalen Widerstands in Lettland und dessen Verbindungen nach Westen an. Insbesondere hier ist die Abgrenzung von informativ-nachrichtendienstlicher (Kapitel 3) und politischer (Kapitel 4) Tätigkeit nicht immer ganz nachvollziehbar. Es folgt ein Kapitel zur organisierten Flucht nach Schweden 1944/45 und zur Beteiligung der USA und Schwedens daran; schließlich behandelt Neiburgs die missglückten Versuche des Nationalen Widerstands, in den letzten Kriegsmonaten, einem Moment des machtpolitischen Vakuums zwischen deutschem Rückzug und sowjetischem Vormarsch, die nationale Unabhängigkeit Lettlands zu erlangen. Die gewaltsame Entwaffnung der Kureliseinheit und deren Widerstand stehen dabei im Vordergrund.

Nicht alle Themen sind völlig neu, doch ist Neiburgs bemüht, immer auch die westliche Wahrnehmung der Geschehnisse und die Rolle der lettischen Diplomaten Kārlis Zariņš, Alfrēds Bīlmanis und Voldemārs Salnais als Nachrichtenübermittler in den Fokus zu rücken. Dadurch eröffnet seine Darstellung eine neue Perspektive.

Vor dem Hintergrund der breiten Quellen- und Literaturlage und der quellennahen Darstellung ist das Hauptverdienst der Arbeit darin zu sehen, dass das legendenumwitterte und umstrittene Thema des nationalen Widerstands und seiner Kontakte zu den westlichen Alliierten eine insgesamt nüchtern gehaltene Darstellung erhalten hat, da die lettische Forschung bisher vor allem von ehemaligen Veteranen wie Leonids Siliņš und Eduards Andersons und anderen Memoiren geprägt war. Das Bestreben nach einem international anschlussfähigen und nüchterneren Ansatz zeigt Neiburgs bereits in der Darlegung seines Verständnisses des umstrittenen Begriffs „Widerstand“, der auch den sowjetischen Widerstand unter deutscher Besatzungsherrschaft miteinschließt. Dies ist in der lettischen Historiografie keinesfalls selbstverständlich. Doch gehen seine Korrekturen an der bisherigen lettischen Forschung meist nicht über kleinere Änderungen an der Datierung oder Ähnlichem hinaus. Sehr viel kritischer ist der Verfasser gegenüber nicht-lettischer Forschung, beispielsweise von Mats Deland zu lettischen Kriegsverbrechern in Schweden¹ und gegenüber Björn Felders Darstellung zum Verhältnis des lettischen bewaffneten Widerstandes 1944/45 zu den deutschen Plänen des Aufbaus lettischer Untergrundkämpfer gegen die Rote Armee²

- 1 Mats Deland: *Purgatorium. Sverige och andra världskrigets förbrytare* [Schweden und die Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges], Stockholm 2010.
- 2 Björn Felder: „Die Spreu vom Weizen trennen ...“. Die Lettische Kartei – Pärkonkrusts im SD Lettland 1941–1943, in: Heinrichs Strods (Hrsg.): *Latvijas Okupācijas muzeja Gadagrāmata 2002* [Jahrbuch des Okkupationsmuseums Lettlands], Rīga 2003, S. 47-68.

oder zu Geoffrey Swains Bemerkungen zu lettisch-sowjetischen Kontakten im Widerstand³.

Überhaupt hätte die Arbeit etwas weniger deskriptiv-summarisch und dafür stärker problematisierend sein können. Vor allem zwei Aspekte werden zwar angesprochen, aber nicht weiter ausgeführt oder systematisch diskutiert. Zum einen betrifft dies das Erbe des Ulmanisregimes. Hier geht es um das Verhältnis einer nationalen Widerstandsgruppe, dem Zentralen Rat Lettlands, welche sich dezidiert auf das demokratische Erbe der lettischen Verfassung von 1922 bezog, zu lettischen Diplomaten im Westen, die noch der Ulmaniszeit entstammten, sich aber in Ländern aufhielten, die für die westliche Demokratie kämpften. Die Frage, ob die Westmächte den lettischen Nationalgedanken stärker unterstützt hätten, hätte es kein Ulmanisregime gegeben, wird nicht gestellt.

Das zweite Thema, das zu wenig Berücksichtigung findet, ist die Bedeutung des Holocausts und möglicher antisemitischer Tendenzen innerhalb der Widerstandsbewegung. Mats Delands und Margers Vestermanis' in diese Richtung gehenden Hinweise werden als abwegig hingestellt und nicht weiterverfolgt. Zudem wirkt eine Fußnote zu der Holocaustüberlebenden Zelta Šepšseloviča verstörend, da in der wenige Zeilen umfassenden Erläuterung zu ihrem Lebenslauf so ziemlich jedes antisemitische Klischee enthalten ist: Sie wird als Kommunistin, Kapitalistin („unterwegs mit einer Menge ausländischer Währungen, zwei Kilogramm Gold und anderen Wertgegenständen“), doppelte Verräterin und schließlich auch noch als psychisch krank vorgestellt, ohne dass auch nur ein Hauch von Empathie zu spüren wäre. Beispielsweise werden die Umstände ihres Überlebens, die sicherlich zum Verständnis der psychischen Probleme beigetragen hätten, nicht für erwähnenswert gehalten (S. 318). Allein die Zahlen sollten für sich sprechen und die Bedeutung dieses Themas unterstreichen. Angesichts etwa 70 000 getöteter lettischer Juden und etwa 4 500 nach Schweden geflüchteter Personen ist es doch bemerkenswert, dass unter diesen Flüchtlingen nur drei Juden waren (darunter die bereits erwähnte Šepšseloviča), zumal die amerikanische Unterstützung der Flucht nach Schweden dezidiert darauf abzielte, Naziverfolgte – also in erster Linie Juden – zu retten. In diesem Zusammenhang werden die Bedenken des jüdischen Vertreters in Stockholm gegen die Organisation der Flucht durch Angehörige des lettischen nationalen Widerstands – erneut nur in einer Fußnote – als nicht nur unbegründet, sondern auch als leicht debil geschildert (S. 314). Diese Beispiele sind schließlich nicht nur ärgerlich, da man ihnen eine antisemitische Unterströmung unterstellen kann, sie zeigen auch, dass, wie schon bei der Ulmanisthematik, hier eine Chance vertan wurde, systematisch Gründe für Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen Westmächten und lettisch-nationalem Widerstand zu diskutieren.

Das Ulmaniserbe und der Holocaust scheinen dem Rezensenten damit auch gewichtigere Themen zu sein, als die vom Autor abschließend benannten Desiderata: Die genaue Analyse der Funkverbindungen Großbritanniens über die Ostsee in den letzten Kriegsmonaten und die vergleichende Perspektive der Thematik im Hinblick auf Estland und Litauen, auch wenn Letzteres nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Idee einer Baltischen Konföderation, welche in Kreises des nationalen Widerstandes diskutiert wurde, tatsächlich Forschungspotenzial in

3 Geoffrey Swain: Latvia's Red Partisans Reconsidered, in: Daugavpils Universitātes Humanitāro Zinātņu Vēstnesis (2003), H. 4, S. 81-94.

sich birgt. Doch ungeachtet der Kritik handelt es sich bei dem vorliegenden Buch um eine sehr gründliche und faktenorientierte Darstellung des lettischen nationalen Widerstandes und seiner letztlich gescheiterten Versuche, nach dem Vorbild von 1918/19 im Bündnis mit den westlichen Demokratien die lettische Unabhängigkeit zu erreichen. Es ist dem Autor zuzustimmen, dass trotz des Scheiterns der eigentliche Ertrag dieser Tätigkeit eine symbolische Dimension erlangte, die bis heute fort dauert.

Tilman Plath, Greifswald

Hannah Maischein: Augenzeugenschaft, Visualität, Politik. Polnische Erinnerungen an die deutsche Judenvernichtung, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, 636 S.

Mit der Publikation „Augenzeugenschaft, Visualität, Politik. Polnische Erinnerungen an die deutsche Judenvernichtung“ versucht Hannah Maischein, eine Lücke in der Forschung zu schließen. Ihre Studie, die aus der Dissertation der Verfasserin (2014 an der Ludwig-Maximilians-Universität München verteidigt) hervorgegangen ist, behandelt die Selbstwahrnehmung der Polen als Augenzeugen der Judenvernichtung – ein Thema, das bis heute nicht nur im Land, sondern auch im Ausland sehr wenig erforscht und umstritten bleibt. Die Verfasserin untersucht visuelle Repräsentationen der Polen als Augenzeugen und setzt das polnische Selbstbild mit ihrer Wahrnehmung der Topografie Polens in Verbindung. Sie fragt: „Sehen Polen sich selbst als Helfer, Täter oder Opfer gegenüber der Juden?“ (S. 12) Außerdem möchte die Verfasserin die Unterschiede in der visuellen Repräsentation der ethnischen Polen und Juden in Polen analysieren.

Eine Voraussetzung für die Beschäftigung mit der von Maischein ausgewählten Thematik ist eine genaue Kontextualisierung des Problems der polnischen Augenzeugenschaft. Diese nimmt die Verfasserin in der 70-seitigen Einleitung vor. Dort spezifiziert sie ihren Forschungsgegenstand und skizziert den Aufbau ihrer Arbeit. Außerdem stellt sie ihre eigene Perspektive dar und erklärt, wie die Reaktion der polnischen Studenten auf Zbigniew Liberas „Lego“ sie dazu bewegte, sich mit dem polnischen Holocaust-Diskurs genauer auseinanderzusetzen (S. 20). Sie erklärt hier auch „die Bedingungen für den polnischen Augenzeugenschaft-Diskurs“ (S. 20). Eine wichtige Rolle spiele ihrer Meinung nach der Zusammenhang der Topografie und der Augenzeugenschaft der polnischen Gesellschaft, die sie als „Anwohner“ (S. 24) bezeichnet. In der Einleitung nimmt sich die Autorin vor, den westlichen und östlichen Shoah-Diskurs miteinander zu vergleichen, wobei sie immer wieder dazu tendiert, die Repräsentationen in Polen anhand westlicher Normen (z.B. Bilderverbot, Darstellungsgrenzen) zu erklären bzw. zu kritisieren (S. 32).

Im ersten Hauptteil erarbeitet sie das Konzept der Augenzeugenschaft – den zentralen theoretischen und methodischen Ansatz für ihre Arbeit. Anders als im westlichen Erinnerungsdiskurs, wo die Juden gleichzeitig als Subjekt und Objekt der Zeugenschaft dienen, würden sie in der polnischen Erinnerungskultur auf die Rolle eines Objekts der Erinnerung reduziert (S. 124). Die Polen übernehmen die Funktion des Augenzeugens und des Erinnerungsträgers bzw. eines lebendigen Beweises für die Ereignisse (S. 127).

Als sehr hilfreich erweisen sich die Zwischenfazite, in denen der Kern der einzelnen Kapitel zusammengefasst ist. Denn wegen des Umfangs der Publikation (mehr als 600 Seiten) besteht die Gefahr für die Leserinnen und Leser, den roten Faden zu verlieren. In

jedem Zwischenfazit situiert die Autorin ihre Ergebnisse im kulturellen Kontext und greift immer wieder auf die westliche Forschung zur Erinnerungskultur zurück.

Im zweiten empirischen Hauptteil untersucht die Verfasserin die Rezeption der polnischen Augenzeugenschaft in verschiedenen visuellen Medien. Ihren Korpus bilden vor allem Plakate, Collagen, Karikaturen, Denkmäler, Ausstellungen sowie Filme, Kunstwerke und Performanz (S. 14), mit deren Hilfe sie versucht, ihre Frage zu beantworten.

In ihrer Studie beschränkt sich Maischein auf die „Zeitspanne seit dem Kriegsende bis nach der Jahrtausendwende in Polen“ (S. 12). Den empirischen Teil ihrer Studie teilt die Kulturwissenschaftlerin in drei Phasen: Zuerst untersucht sie die visuellen Repräsentationen, die in den ersten Jahren nach dem Krieg entstanden sind. In dieser Phase sei die Rolle der Polen als Augenzeugen – ein positives Selbstbild (S. 261) – festgelegt worden. In Polen hätten sich zu dieser Zeit nationale Mythen und durchweg positive Narrative über die polnische Gesellschaft entfaltet. Die Stimmen, die Polen negativ darstellten, seien als anti-polnisch wahrgenommen worden, weil sie das Siegenarrativ konterkarierten. Die Zeit von der Entstalinisierung bis in die 1970er Jahre wird von Maischein als zweite Phase definiert, in der es vor allem zur Instrumentalisierung der Augenzeugenschaft gekommen sei. Seit den 1980er Jahren habe sich die Kritik des Polenbildes in den visuellen Medien verstärkt. Der Zeit nach der politischen Wende bzw. nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schreibt sie eine wichtige Funktion zu: In dieser Zeit sei die Erinnerung zurückgekehrt.

Maischein geht zu Recht davon aus, dass sich die Rolle der polnischen Gesellschaft während des Genozids den Kategorien von Raul Hilberg nicht eindeutig zuordnen lasse. Während sich die Kategorien Täter, Opfer und Mitläufer in der Wirklichkeit miteinander überlappen, sei das Selbstbild der Polen in der visuellen Repräsentation der Augenzeugenschaft meist stereotyp. Maischein stellt die Polen als Augenzeugen dar, die bei der Massenvernichtung der Juden eine passive oder aktive Rolle angenommen hätten. Polen, die als Zuschauer galten, hätten nach Ansicht der Verfasserin in diesem „Machtverhältnis“ (S. 9) das Recht gehabt, über das Schicksal der Juden zu entscheiden. Dabei bagatellisiert sie die Gefahr, die den Rettern drohte. Nur beiläufig erwähnt sie die potentiellen Konsequenzen der Hilfeleistung für die Helferinnen und Helfer sowie deren Familien.

In den visuellen Repräsentationen seien die meisten Polen als heldenhafte Helfer oder sogar als Opfer gezeigt worden. Maischein kritisiert diese visuelle Darstellung der Heldenhaftigkeit der Polen und die Verdrängung der Schuld bzw. das Schweigen der Kunst über die polnische Mittäterschaft. Immer wieder betont die Autorin die Alterität der Juden, welche in der visuellen Kunst sichtbar wird. Die Andersartigkeit der Juden sei in den Repräsentationen u.a. durch ihr Aussehen und ihre Kultur, die den Polen „fremd“ vorgekommen seien, unterstrichen worden. Bei der Darstellung des historischen Diskurses unterschätzt die Verfasserin den Einfluss der kommunistischen Propaganda, die nach dem Kriegsende herrschte, auf die gegenwärtige Kunst und die aktuellen historischen Debatten. Durch die Zensur bestimmten die Kommunisten, welche Repräsentationen erscheinen konnten und welche die Öffentlichkeit nicht zu sehen bekommen sollte; andere Werke der visuellen Kunst modifizierten sie. Aufgrund der Lenkung und der Kontrolle der historischen Debatten kann man nicht von einer freien Entwicklung der visuellen Kunst sprechen; folglich hätte die Autorin ihre Fragestellung anders formulieren sollen: Sie hätte beispielsweise die visuelle Darstellung der deutschen Judenvernichtung unter der kommunistischen Regierung und in der Zeit danach untersuchen oder den Einfluss der kommunistischen Propaganda auf die

Selbstbilder der Polen als Augenzeugen problematisieren können. Zwar analysiert sie ein sehr umfangreiches empirisches Material, ihre Befunde lassen aber eine generelle Distanzierung und die Einbezugnahme der kommunistischen Zensur vermissen. Deswegen scheint es der Rezensentin problematisch, Maischein darin zuzustimmen, dass sie „eine originär polnische Erinnerungsperspektive“ (S. 24) erschließen konnte.

In ihrer Studie stützt sich Maischein vor allem auf die nichtpolnische Forschungsliteratur. Dabei scheint sie viele polnische Erinnerungsdebatten und Forschungsbeiträge zu bagatellisieren. Bedauerlicherweise hat die Verfasserin die neuesten Forschungspublikationen, die sich u.a. dem Thema der Repräsentationen der polnischen Augenzeugenschaft widmen – u.a. „Zagłada. Współczesne problemy rozumienia i przedstawiania“ [Der Holocaust. Zeitgenössische Probleme des Verstehens und Darstellens] von Przemysław Czapliński (2009), „Opowieść Zagładę. Polska proza i historiografia wobec Holocaustu (1987–2003)“ [Den Holocaust erzählen. Polnische Prosa und Historiografie gegenüber dem Holocaust (1987–2003)] von Bartłomiej Krupa (2013) sowie „Reprezentacje holokaustu“ [Repräsentationen des Holocaust] von Jerzy Jarniewicz und Marcin Szuster (2014) –, nicht berücksichtigt.

Unklar bleibt, warum die Verfasserin sich mit dem Selbstbild der Polen im Theater nicht auseinandergesetzt hat, gilt das polnische Theater doch als das „mutigste“ visuelle Medium, das die problematischen Themen nicht verdrängte. Maischein behandelt nur ein einziges Beispiel des polnischen Gegenwartstheaters, wenn sie die Selbstbilder in Krzysztof Warlikowskis Theaterstück „(A)pollonia“ analysiert, dessen Uraufführung 2009 in Warschau stattfand. Natürlich war dies nicht die einzige Inszenierung, die sich der polnischen (Mit-)Täterrolle widmete. Schon vor der politischen Wende gingen die Dramaturgen der schwierigen Frage der polnischen Rolle in der Shoah nach. Die Verfasserin hätte hier auf das Theaterstück „Pułapka“ [Die Falle] von Tadeusz Różewicz (1982) verweisen können, dessen Autor auf das Ziehen der Goldzähne und somit auf die Gewinnsucht der Polen anspielt. Im Gegenteil zu den anderen Disziplinen ist das Theater ein relativ gut erforschtes Feld. 2013 erschien die sehr umfangreiche Studie „Polski teatr Zagłady“ [Das polnische Theater zum Holocaust] von Grzegorz Niziołek, in der die Täterrolle der Polen im Vordergrund steht. Die Verfasserin weist auf diese Publikation und die Auseinandersetzung des polnischen Theaters mit der Schuldfrage sowie dem dabei entstehenden Selbstbild der Polen nicht hin.

Hannah Maischeins Forschungsbeitrag hat dennoch eine große Bedeutung – nicht nur wegen der mangelhaften Untersuchung des Themas in anderen Bereichen der visuellen Kunst, sondern auch angesichts der aktuellen Situation in Polen, wo eine Verdrängung der umstrittenen Rolle der Polen während der Shoah angestrebt wird. Möge Maischeins Wunsch, mit ihrer Arbeit einen Dialog zwischen Polen und Juden in Gang zu bringen, der zur Ergänzung der unterschiedlichen Perspektiven führen und den Konflikt zwischen den beiden Gruppen beenden würde (S. 14), in Erfüllung gehen.

Izabela Suszczyńska, Hamburg

Andrej I. Savin (Hrsg.): Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1940er – 80er Jahren: religiöse Dissidenten. Dokumente und Materialien, Novosibirsk: Posoch 2015, 559 S.

In den vergangenen 25 Jahren konnten dank der gemeinsamen Anstrengungen russischer und internationaler Historiker gewaltige Mengen dokumentarischer Quellen zur sowjetischen Geschichte erschlossen werden. Dies brachte der Geschichtswissenschaft erhebliche Fortschritte bei der Erforschung von Staat und Gesellschaft der Sowjetunion. Es lässt sich ohne Übertreibung behaupten, dass in Russland – ungeachtet aller weiterhin bestehenden und zum Teil erneut eingeführten Beschränkungen beim Zugang zu Archivadokumenten – eine regelrechte „Archivrevolution“ stattgefunden hat, in deren Folge die wissenschaftliche Beleuchtung der „weißen Flecken“ in der sowjetischen Geschichte zeitlich weiter in die Vergangenheit rückte. Während sich die Forschung mit Blick auf die Lenin- und Stalinzeit mittlerweile auf eine solide Quellenbasis stützen kann, lässt sich die Regierungszeit Leonid Brežnëvs, insbesondere was die höchsten Machtorgane betrifft, als die am wenigsten durch Archivadokumente belegte Epoche der Sowjetzeit bezeichnen. Vor diesem Hintergrund kommt der wissenschaftlichen Erschließung gewaltiger Mengen an Archivadokumenten der 1960er bis 1980er Jahre eine herausragende Bedeutung zu. Die Publikation derartiger Dokumentenbände ist das Produkt schwerer und akribischer Arbeit und verdient somit volle Aufmerksamkeit.

2015 wurde in Novosibirsk der Dokumentenband „Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1940er – 80er Jahren: religiöse Dissidenten“ veröffentlicht. Der Herausgeber und wissenschaftlicher Redakteur Andrej Savin dürfte den mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts befassten deutschen Osteuropahistorikern vor allem als Mitautor einer der Geschichte der Sibiriendeutschen in den Jahren 1919 bis 1938 gewidmeten Monografie sowie als Mitautor einer von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Ludwig Steindorff herausgegebenen Dokumentensammlung der Protokolle der Antireligiösen Kommission beim ZK der Russischen Kommunistischen Partei (Bol'sheviki) bekannt sein.¹ Die Publikation von Dokumenten der Sowjetzeit bildet den wissenschaftlichen Schwerpunkt der Arbeit Savins. Als Einzelherausgeber oder als Mitglied eines Herausbergerremiums hat er sieben Dokumentensammlungen veröffentlicht, darunter eine zweibändige Sammlung zum Šachty-Prozess von 1928, einem der wichtigsten Schauprozesse der Stalinzeit.²

Mit dem hier zu besprechenden Dokumentenband „Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1940er – 80er Jahren: religiöse Dissidenten“ wird eine dreibändige Serie von Dokumentenveröffentlichungen zur Geschichte der ethnokonfessionellen Gemeinschaft der Mennoniten in Sowjetrussland bzw. in der UdSSR abgeschlossen.

1 Partei und Kirchen im frühen Sowjetstaat. Die Protokolle der Antireligiösen Kommission beim Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei (Bol'sheviki). 1922–1929, in Übersetzung, hrsg. von Ludwig Steindorff, in Verbindung mit Günther Schulz, unter Mitarbeit von Matthias Heeke, Julia Röttger und Andrej Savin, Berlin 2007.

2 Šachtinskij process 1928 g.: podgotovka, provedenie, itogi [Der Šachty-Prozess von 1928: Vorbereitung, Durchführung, Resultate], verantwortlicher Redakteur S.A. Krasil'nikov. In zwei Bänden. Bd. 1, Moskau 2011, 975 S.; Bd. 2, Moskau 2012, 1087 S.

Der erste Band erschien 2006.³ 2008 erschien eine gekürzte Fassung in den USA.⁴ Der zweite Band erschien 2009.⁵ Die in diesen ersten beiden Bänden erschlossene gewaltige Menge dokumentarischer Quellen sorgte unter Historikern für Aufmerksamkeit: So bezeichnete Gregory Freeze (Universität Brandeis, USA), anerkannter Spezialist für russische und sowjetische Geschichte, diese Dokumentensammlungen als elementare Quelle nicht nur zur Erforschung der Geschichte der Mennoniten, sondern für alle Historiker, die sich mit der Geschichte der staatlichen Religionspolitik im Sowjetstaat von den Anfängen bis zum Zusammenbruch im Jahr 1991 auseinandersetzen.

Die Veröffentlichung der dreibändigen Dokumentenserie wurde im Rahmen des „Siberian Mennonite Research Project“ realisiert, das fast zehn Jahre lang von einem kleinen Kreis US-amerikanischer, kanadischer und russischer Wissenschaftler unter Leitung des mittlerweile verstorbenen Direktors des Zentrums zur Erforschung der Geschichte der Brüdermennoniten Paul Toews und mit finanzieller Unterstützung der Familie von Peter Dick verfolgt wurde.

Die sowjetische Gemeinschaft der Mennoniten stellt ein einzigartiges Forschungsobjekt dar, das die Möglichkeit eröffnet, eine ganze Reihe innen- und außenpolitischer Schlüsselfragen zu beleuchten. In erster Linie geht es dabei um die Religions- und nationale Minderheitenpolitik des Sowjetstaats. In der Brežnevzeit zentrierte sich der Konflikt zwischen dem Sowjetstaat und den beharrlich für ihre Glaubensfreiheit kämpfenden religiösen Dissidenten um die Mennoniten. Im Unterschied zur zahlenmäßig kleinen und zersplitterten Bewegung der „weltlichen“ Dissidenten, die von den Organen des KGB recht leicht neutralisiert werden konnte, ließen sich die religiösen Dissidenten bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion von den Behörden nicht zu einer loyalen Haltung zwingen. Innerhalb der Bewegung der religiösen Dissidenten spielten die Mennoniten eine herausragende Rolle. Nach Angaben der Behörden bestanden die nonkonformistischen religiösen Vereinigungen vor allem aus „Vertretern der deutschen Nationalität“.

Der vorliegende Band umfasst Dokumente aus zwei Archivfonds: Fonds 6991 (Rat für Angelegenheiten der religiösen Kulte bzw. Rat für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR) des Staatsarchivs der Russischen Föderation und Fonds 1692 (Bevollmächtigter des Rats für Angelegenheiten der religiösen Kulte bzw. des Rats für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR für die Region Altaj) des Staatlichen Archivs der Region Altaj. Eine derartige Beschränkung der Quellenbasis der veröffentlichten Dokumente auf eine einzige Behörde hat seine Vor- und Nachteile, ist aber in jedem Fall durch die Besonderheiten der Quellenlage zu erklären.

- 3 *Ėtnokonfessija v sovetskom gosudarstve. Mennonity Sibiri v 1920–1980-e gody. Annotirovannyj perečen' archivnyh dokumentov i materialov. Izbrannye dokumenty* [Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1920er–1980er Jahren. Annotiertes Register von Archivadokumenten und -materialien. Ausgewählte Dokumente], hrsg. von Andrej I. Savin. Novosibirsk, SPb., 2006, 496 S.
- 4 *Ethnoconfession in the Soviet State: Mennonites in Siberia, 1920–1989: annotated List of Archival Documents*. Compiled by A.I. Savin; edited by Paul Toews, Fresno, CA 2008, 218 S.
- 5 *Ėtnokonfessija v sovetskom gosudarstve. Mennonity Sibiri v 1920–1930-e gody. Ėmigracija i repressii. Dokumenty i materialy* [Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1920er – 1930er Jahren: Emigrationsbewegung und Repressionen. Dokumente und Materialien], hrsg. von Andrej I. Savin. Novosibirsk, SPb., 2009, 752 S.

Der im Zuge der Zusammenlegung der Räte für Angelegenheiten der Russisch-Orthodoxen Kirche (1943–1965) und für Angelegenheiten der religiösen Kulte (1944–1965) Ende 1965 entstandene Rat für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR (Dezember 1965 – August 1991) war bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion für die Ausarbeitung der Religionspolitik des Sowjetstaats verantwortlich. Zusammen mit dem KGB trug er ferner gegenüber der Führung der Kommunistischen Partei die unmittelbare Verantwortung für die effektive Bekämpfung der religiösen Organisationen und ihrer „schädlichen“ Ideologie sowie für die Koordinierung der entsprechenden Aktivitäten der verschiedenen Parteiorganisationen und Staatsorgane. Abgesehen davon war der Rat für Religionsangelegenheiten auf dem gesamten Gebiet der UdSSR für die allgemeine Führung und die Aufsicht über die Umsetzung der die Religionsgesetze betreffenden Politik von Staat und Partei verantwortlich. Neben Vermittlungs- und Koordinierungsfunktionen erfüllte der Rat u.a. Kontroll-, Konsultations-, Schieds- und Informationsfunktionen. Die Bevollmächtigten des Rats vor Ort waren den Vorsitzenden der Gebiets- bzw. Regionsexekutivkomitees unterstellt und betrieben ihre praktische Tätigkeit ausschließlich im Namen dieser Machtorgane.

Da die Religionspolitik des Sowjetstaats infolge der Abkehr von einer rein repressiven Linie in den Nachkriegsjahren eine zunehmende Bürokratisierung erfuhr, verschob sich der Schwerpunkt der antireligiösen Maßnahmen allmählich vom KGB zum Rat für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR und seinen regionalen Unterabteilungen. In der Konsequenz wurde der Rat auf dem Feld der Beziehungen zwischen Staat und Kirche zum zentralen „Spieler“, bei dem sich in den Jahrzehnten seiner Tätigkeit eine gewaltige Menge an Informationen konzentrierte. Dieser Umstand sowie der fehlende Zugang zu den Dokumenten der entsprechenden „Kirchenabteilungen“ des KGB der UdSSR bedingten die vom Herausgeber getroffene Auswahl der Archivfonds.

Der Hauptteil der Publikation umschließt vor allem Dokumente der 1960er bis 1980er Jahre, in denen die Aktivitäten der in der Region Altaj und im Gebiet Omsk gelegenen mennonitischen Enklaven Sibiriens behandelt werden. Eine solche zeitliche Eingrenzung ist durch den Umstand zu erklären, dass gerade Anfang bis Mitte der 1960er Jahre in den Dokumenten des Rats und seiner Bevollmächtigten erneut wertvolle Informationen über die mennonitischen Gemeinden auftauchten, die zuvor quasi „außerhalb des Blickfelds“ der Behörden existiert hatten, aber – nicht zuletzt infolge der Massenoperationen des NKVD der Jahre 1937/38, der Deportation der Wolgadeutschen und des Regimes der Sondersiedlung der Russlanddeutschen – „vergessen“ waren.

Neben den unmittelbar von der Führung bzw. den Bevollmächtigten des Rats für Religionsangelegenheiten verfassten Dokumenten sind zudem zahlreiche Schreiben der Gläubigen an die Machthaber sowie Dokumente der Organe für innere Angelegenheiten und der Gerichte vorhanden, vor allem Urteile der Volksgerichte zu Fällen religiöser Dissidenten, sowie Dokumente der Exekutivkomitees der lokalen Sowjets, aus denen vielfältige Informationen über die Aktivitäten der mennonitischen Gemeinden hervorgehen. Anhand der veröffentlichten Dokumente lassen sich die Besonderheiten der zur Regierungszeit Brežnevs von staatlicher Seite gegenüber den religiösen Organisationen verfolgten Politik und insbesondere die Herausbildung eines neuen Beziehungsmodells zwischen der Sowjetmacht und den evangelischen Freikirchen erforschen: Die Gläubigen traten aktiv und öffentlich für ihre Rechte ein und leisteten jeglicher Einschränkung ihrer religiösen Freiheiten entschieden Widerstand. Die mit dem Begriff des „Eigensinns“ (Alf Lüdtkke) zu fassenden

politischen Praktiken der Gläubigen spielten eine Schlüsselrolle bei der Transformierung der gegenüber den Freikirchen in den 1960er bis 1980er Jahren verfolgten sowjetischen Religionspolitik, dank derer die Freikirchen dem religiösen Ghetto, in das sie der Staat gedrängt hatte, entkommen konnten. Der hier im Band angewendete Analyseansatz des religiösen Dissidententums wiederum hilft, die in der Geschichtswissenschaft und im öffentlichen Bewusstsein vorherrschende Meinung zu relativieren, bei der Regierungszeit Brežnevs habe es sich um eine Zeit des Stillstands gehandelt.

Bei aller hohen Wertschätzung für den rezensierten Dokumentenband sind einige kritische Anmerkungen nicht zu umgehen: Die Publikation enthält einen wissenschaftlichen Apparat, der ein Vorwort, Textanmerkungen und informative Kommentare, ein Abkürzungsverzeichnis sowie Kapitelüberschriften in russischer und englischer Sprache umfasst; im Anhang befindet sich ferner ein Artikel, der der Problematik der im Bereich der staatlichen Kirchenpolitik in den Jahren des Deutsch-Sowjetischen Kriegs vollzogenen Wende gerecht wird. Aber dem Band fehlen Personen-, Orts- und Sachregister, die seine Nutzung sowohl für Spezialisten als auch für Laien erheblich erleichtern würden.

Victor Dönninghaus, Lüneburg

Richard Lakowski: Ostpreußen 1944/45. Krieg im Nordosten des Deutschen Reiches, Paderborn: Schöningh 2016, zahlr. Karten, 264 S.

Das Schicksal Ostpreußens am Ende des Zweiten Weltkrieges ist seit vielen Jahrzehnten Gegenstand von Erinnerungen, Fluchtberichten und in den vergangenen Jahrzehnten erster Forschungen zur Umbruchzeit bis 1948/49. Auch die militärischen Ereignisse standen in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Zentrum der Publizistik, veröffentlichte doch sowohl der Befehlshaber der in Ostpreußen untergegangenen 4. Armee als auch der Oberbefehlshaber der Festung Königsberg Darstellungen des kriegerischen Geschehens. Das hier anzuzeigende Werk zielt darauf ab, „die Kriegsführung in Ostpreußen 1945 unter dem Gesichtspunkt der Operationsgeschichte zu untersuchen“ (S. 5 f.). Da zudem russischsprachige Publikationen (bei allen inhaltlichen Einschränkungen), abgesehen von der Ausnahme einer einzigen Dokumentenedition, nicht herangezogen wurden, stellt sich die Frage, ob die vorliegende Monografie das Kriegsgeschehen in Ostpreußen unter neuen Perspektiven und Fragestellungen untersucht.

Die historische Einleitung geht auf die verschiedenen militärischen Auseinandersetzungen in und um die Provinz ein, wobei der Schlacht von Tannenberg, einem zentralen Mythos des Ersten Weltkrieges, natürlich Aufmerksamkeit geschenkt wird (S. 22-36), zumal ein Vergleich der Situation zwischen 1914/15 und 1944/45 beabsichtigt ist (im Laufe der Darstellung wird die komparative Perspektive allerdings zunehmend vernachlässigt). Nach einem knappen Überblick über die militärstrategische Bedeutung der Provinz in der Zwischenkriegszeit, beim Angriff auf Polen im September 1939 und beim Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 beginnt der Hauptteil des Bandes (Der Zweite Weltkrieg erreicht das Reichsgebiet, S. 41-88). Lakowski analysiert die sowjetischen Optionen (Überschätzung der Bedeutung Ostpreußens und der Befestigung der Provinz) sowie die deutsche Strategie. Dabei wird die Rolle der NSDAP im Rahmen der Reichsverteidigung stark akzentuiert, was vor allem in frühen Darstellungen der 1950er und 1960er Jahre auch apologetisch zur

Verteidigung der angeblich ausschließlich militärisch agierenden Wehrmacht genutzt wurde. Davon ist der Verfasser zwar weit entfernt, trotzdem überrascht die doch recht ausführliche Darstellung. Weit interessanter sind die Ausführungen zur Planung einer Evakuierung der ostpreußischen Zivilbevölkerung (S. 54-60). Aufgrund der vorhandenen Transportkapazitäten musste den Verantwortlichen von vornherein klar sein, dass eine zeitgleiche Durchführung von Wehrmachtstransporten und ein Abtransport von Zivilisten nicht möglich war. „Die Evakuierung der gesamten Bevölkerung stand schon aus operativen Gründen [...] nicht im Vordergrund. Im Gegenteil, eine Evakuierung auf dem Landwege wäre aussichtslos gewesen. Die Mehrzahl der Nichtkombattanten dürfte in den geplanten, begrenzten und zu verteidigenden Rückzugsraum nicht hereingelassen werden. Denn die Aufnahme zusätzlicher ziviler Personen würde eine langfristige Verteidigung ausschließen.“ (S. 58) So zeichnete sich das spätere Schicksal der Ostpreußen bereits in aller Deutlichkeit ab, bevor ein Rotarmist den Boden der Provinz betreten hatte. Auch was die Befestigungsanlagen der Provinz betrifft, weist Lakowski den gängigen Alleinvorwurf an Hitler und Erich Koch, „gegen die die vernünftigen, erfahrenen Wehrmachtoffiziere ohnmächtig waren“ (S. 65), zurück.

Die Bevölkerung wurde zudem durch die Reminiszenzen an 1914/15 und die Abwehr des ersten sowjetischen Vorstoßes im Herbst 1944 in einer trügerischen Sicherheit gewiegt. Diese ersten Kämpfe auf ostpreußischem Boden und der deutsche Gegenstoß bilden den Kern des folgenden Kapitels (S. 68-87), das vor allem eine militärgeschichtliche Schilderung der Kämpfe enthält. Zweifellos, so Lakowski völlig zu Recht, spielten die Verbrechen in Nemmersdorf nicht nur der NS-Propaganda in die Hände, sondern stärkten auch die Motivation der deutschen Soldaten in hohem Maße: „Trotz einzelner positiver persönlicher Erfahrungen führten der weitere Kriegsverlauf und die Erlebnisse bis zum 8. Mai 1945 bei den meisten Betroffenen zu traumatischen Erinnerungen. Die Folgen der Kriegspropaganda wurden spürbar bis Kriegsende, sodass die Rote Armee bis zum Ende langwierige Kämpfe mit großen Verlusten hinnehmen musste.“ (S. 77) Das verzweifelte Konzept der Wehrmacht sah vor, durch eine tiefer gestaffelte Verteidigung den Gegner zum Stehen zu bringen, um dann durch Gegenstöße die Lage wiederherzustellen (S. 82), während die sowjetische Planung die Umfassung der Provinz entlang der Weichsel mit einem zentralen Stoß nach Osten in Richtung Königsberg vorsah (S. 89-99).

In den folgenden Kapiteln geht der Autor auf die eigentliche Kriegsführung ein. Die sowjetische Planung sah als Voraussetzung eines weiteren zentralen Vorstoßes nach Westen die Ausschaltung der nördlichen (d.h. Ostpreußen) und südlichen Flankenbedrohung vor. Insofern bildete die ostpreußische Operation den ersten Teil des Endkampfes gegen das „Dritte Reich“. (S. 89). Auf deutscher Seite zeichnete sich bereits im Vorfeld des Angriffs ein zunehmender Realitätsverlust ab, der sich in der Hoffnung erschöpfte, man werde zumindest die Front halbwegs halten und entscheidende sowjetische Durchbrüche verhindern können (S. 100-104). Erschwerend kam aus Sicht der Wehrmachtsgenerale hinzu, dass beim bevorstehenden Kampf auf deutschem Boden neue Friktionen durch die zivile und politische Verwaltung entstanden (S. 111-113).

Am 13. Januar 1945 begann der Kampf um Ostpreußen. Nach wenigen Tagen war die Front der 2. Armee aufgerissen und erste Verbände der 2. Weißrussischen Front erreichten die Ostsee an der Küste des Frischen Haffs: Ostpreußen war eingeschlossen (S. 117-122). Noch heftiger waren die Kämpfe im Bereich der 3. Weißrussischen Front; erst am sechsten Kampftag gelang der operative Durchbruch in Richtung auf Heilsberg (S. 122 f.). Jetzt wurde

Memel über die Kurische Nehrung geräumt, Insterburg war am 22. Januar in sowjetischer Hand, das Samland ging verloren, und Königsberg war vom Rest Ostpreußens abgeschnitten (S. 133 f.).

Obwohl durch die Kämpfe stark angeschlagen, war die sowjetische Absicht, die deutsche 4. und 2. Armee zu vernichten, nicht in Erfüllung gegangen. Auf deutscher Seite stellte sich nun die Frage, ob die in Ostpreußen eingeschlossenen Verbände nach Westen ausbrechen oder durch ihr Aushalten die sowjetische Offensive nach Westen verzögern und zugleich die Rückführung von Einheiten und Zivilisten über See ermöglichen sollten (S. 138). Da man der zweifellos zutreffenden Meinung war, Hitler und das OKW würden einen Ausbruch nach Westen untersagen, plante die 4. Armee den Westschwenk mehr oder weniger unter der Hand. Eines der angeblichen Motive, das nach dem Krieg beredt in den Vordergrund gestellt wurde, findet sich aber nicht in den Quellen: Von der Rettung der Zivilbevölkerung ist nirgends die Rede, ganz im Gegenteil. Man sah vielmehr den Erfolg des Ausbruchversuches durch die Mitnahme „langsamer“ Zivilisten gefährdet (S. 149, 151, 182). Lakowski räumt mit einer weiteren Legende des Ausbruchversuches auf, denn er weist überzeugend nach, dass das Unternehmen bereits militärisch gescheitert war, als Hitler die Einstellung des Angriffs nach Westen befahl (S. 157 f.).

Damit war die Bühne bereitet für die letzte Etappe der Kämpfe in Ostpreußen: Die Vernichtung der 3. Panzerarmee und die Einnahme Königsbergs (S. 159-233). Der Autor verbindet die Operationsgeschichte mit dem allgemeinen Kriegsgeschehen. Er zeigt auf, dass der sowjetische Haltebefehl an der Oder, der den Krieg um zwei Monate verlängerte und deswegen immer wieder Gegenstand von militärgeschichtlichen Debatten war, nicht zuletzt auf den Kräfteansatz und die Operationen an den Flanken, darunter Ostpreußen, zurückzuführen ist (S. 159 f.). Nachdem der Versuch der Roten Armee, Königsberg aus der Bewegung heraus zu nehmen, gescheitert war (S. 166-170), kam es zum Endkampf um die Stadt, der sich bis zum 9. April 1945 hinzog (S. 191-213).

Zweifellos handelt es sich um eine interessante Studie, die beiden Seiten gerecht zu werden versucht, wobei man einen Sachverhalt nicht außer Acht lassen sollte: Lakowski hat ein rein operationsgeschichtliches Buch geschrieben, das die Kämpfe in Ostpreußen vom Kartentisch aus rekonstruiert. Hierin liegen Stärke und Schwäche des Bandes.

Joachim Tauber, Lüneburg

M[arina] B[orisovna] Bessudnova: Rossija i Livonija v konce XV veka. Istoki konflikta [Russland und Livland am Ende des 15. Jahrhunderts. Die Ursprünge des Konflikts], Moskva: Verlag Kvardriga 2015, 448 S.

In dieser Darstellung geht es um das livländisch-russische Verhältnis im ausgehenden Mittelalter, wobei der Blick sowohl auf die politischen Beziehungen als auch auf den Handel (im hansischen Zusammenhang) gerichtet ist. Auf livländischer Seite bildeten damals wie schon seit dem 13. Jahrhundert der Deutsche Orden, das Erzbistum Riga, das Bistum Dorpat und die großen Hansestädte, namentlich Reval, die wichtigsten Faktoren, denen auf russischer Seite die politischen und Handelszentren Novgorod und Pskov gegenüberstanden. Seit den 1470er Jahren kam das unter dem Großfürsten Ivan III. (1462–1505) stark expandierende Moskau hinzu. Im Fokus des Werkes steht die Zeit von der endgültigen Einverleibung Nov-

gorods in das Moskauer Reich (1478) bis zum Ausbruch des livländisch-russischen Krieges von 1501–1503.

In der deutschbaltischen und russischen Historiografie kam den damaligen Beziehungen eine besondere, ausgesprochen emotionale Bedeutung zu. Man betrachtete diese Zeit als eine solche stärkster Konfrontation gegensätzlicher Welten. Dabei warfen deutschbaltische Historiker dem Moskauer Großfürsten Aggressivität und Eroberungsabsichten gegenüber Livland vor, während russische Autoren dem livländischen Deutschordenszweig und namentlich dem Ordensmeister Wolter von Plettenberg (1494–1535) dasselbe in Bezug auf Russland zuschrieben. In der neueren westlichen Literatur hatte man davon Abstriche vorgenommen, und dies führt nun die Lipecker Historikerin Bessudnova in ihrer Darstellung – auf russischer Seite erstmals – fort. Sie widerspricht vielen Stereotypen der Geschichtsliteratur, völlig schonungslos auch denen des russischen Schrifttums.

In bisher nicht gekanntem Ausmaß untersucht die Autorin Quellenmaterial zum Thema, wobei livländische und hansische Schriftstücke stark überwiegen. Die Zahl der einschlägigen russischen Zeugnisse ist nur gering. Diese Quellenlage trug zur Schwäche der früheren russischen Forschung zu Livland und den russisch-livländischen Beziehungen bei. Bessudnova weist darauf hin, dass die Beschäftigung mit dem Baltikum in der Sowjetzeit den Lehrstühlen für die Geschichte Russlands zugeordnet war, wo die sprachlichen Voraussetzungen für entsprechende Studien mit wenigen Ausnahmen fehlten.

In den ersten Kapiteln des Buches geht die Autorin zeitlich zurück und stellt die alt-livländische Konföderation genauer vor, besonders den livländischen Zweig des Deutschen Ordens. Für das livländisch-russische Verhältnis schreibt sie dem Handel eine große, den Frieden fördernde Bedeutung zu. Es fehlte nicht an Konflikten, auch solchen militärischer Art, doch fanden die gleichberechtigten Beziehungspartner in der vormoskowitzischen Zeit immer wieder den Weg zu Verhandlungen und wirksamen Verträgen. Man kann hier von einer weitgehenden Stabilität sprechen.

Im Laufe des 15. Jahrhunderts traten allerdings neue Spannungen auf. Doch erst die Expansion des Großfürstentums Moskau, das mit der Einverleibung Novgorods zum unmittelbaren Nachbarn Livlands wurde, führte zu einem grundsätzlich anderen Verhältnis, zu einer „Balance zwischen Krieg und Frieden“. Von Bessudnova wird dies weitgehend mit der Herrschaftsauffassung Ivans III. erklärt. Dieser betrachtete die livländische Konföderation nicht als gleichwertig und hatte kein Verständnis für die Traditionen des Handelsverkehrs zwischen Novgorod und Livland. Häufig kam es nun zu russischen Übergriffen an der Grenze. Die zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses erfuhr um 1490 noch einmal eine Unterbrechung, weil Ivan Beziehungen zu den Habsburgern unterhielt, von denen er die Anerkennung als gleichberechtigt und ein Zusammengehen gegen Polen-Litauen erhoffte. Dies kam den Livländern zugute, die Ivan als Untertanen des Reiches wahrnahm. Als aber König Maximilian I., sein Kontaktpartner, das Interesse an diesen Beziehungen verlor, war Ivan so enttäuscht, dass er seinen Ärger an den Hansekaufleuten und den Livländern ausließ. Dabei bildete die Schließung des Novgoroder Hansekantors von 1494 die demonstrative Hauptaktion.

Neben der Kontorschließung, dem Schicksal der dabei gefangen genommenen nord-deutschen und livländischen Kaufleute und den diplomatischen Bemühungen Wolters von Plettenberg um ihre Freilassung untersucht die Autorin auch die Fortsetzung des Handels nach 1494 sehr gründlich. Während die Hanse nach der Kontorschließung ein Verbot des

Handels mit Russland erließ, weil sie irrtümlich glaubte, beim Moskauer Herrscher mit wirtschaftlichem Druck etwas erreichen zu können, duldete Plettenberg, der auf Verhandlungen setzte, den Besuch russischer Kaufleute in Livland. Der Handel konzentrierte sich nun in der Ordensstadt Narva, die nicht zur Hanse gehörte, und in Dorpat.

Gleichwohl konnte von einer Entspannung im livländisch-russischen Verhältnis keine Rede sein, zumal auch nach der 1497 erfolgten Freilassung fast aller Hansekaufleute die Revaler weiterhin in russischer Gefangenschaft blieben. Bei livländisch-russischen Verhandlungen des Jahres 1498 stießen wieder unterschiedliche Rechtsauffassungen aufeinander. Sie verliefen ergebnislos, und die bei Plettenberg eingehenden Nachrichten über russische Truppenaufmärsche und Einfälle in Livland wurden immer bedrohlicher. Er musste mit einem bevorstehenden Krieg rechnen. Wegen der Schwäche Livlands, auf die Bessudnova in ihrer Darstellung auch unter wirtschaftlichen und demografischen Aspekten wiederholt hinweist, benötigte Plettenberg auswärtige Unterstützung. Dafür gab es jedoch nur sehr wenige Chancen. Der Plan eines Bündnisses mit dem dänischen König Johann I. scheiterte daran, dass dieser im 14. Jahrhundert verlorene Besitzrechte auf Nordestland zur Geltung bringen und Livland von sich abhängig machen wollte. Plettenberg folgte schließlich dem Bündnisersuchen des litauischen Großfürsten Alexander, der sich im Krieg mit Ivan III. befand. Um das eigene Land zu schonen, strebte jeder Kriegführende danach, den Kampf in dasjenige des Gegners zu tragen, und so marschierten die livländischen Truppen 1501 in das Gebiet von Pskov ein. Dies war ein Akt der Selbstbehauptung und bedeutete nicht, dass Plettenberg russisches Gebiet erobern wollte, wie die Autorin betont. Die Besonnenheit dieses Ordensmeisters zeigte sich auch darin, dass er in den folgenden Jahrzehnten keinen Krieg mehr führte. In einem eigenen Kapitel über Plettenberg, in dem Bessudnova dessen Wirken bis zu seinem Tode würdigt, werden seine umsichtige Politik und sein Streben nach friedlichen Lösungen genauer verdeutlicht. Auf der anderen Seite trug sich auch Ivan III. bei aller Schroffheit nicht mit der Absicht, Livland zu erobern. Gemäß seinem Selbstverständnis als „Herrscher über die ganze Rus“ war er vielmehr an der Gewinnung der ruthenischen Gebiete des Großfürstentums Litauen interessiert.

Die Verfasserin bietet ein überzeugendes Bild von der Gesamtentwicklung der livländisch-russischen Beziehungen im behandelten Zeitraum und vermittelt viele neue Einzelkenntnisse. Besonders beeindruckend ist die kritische Revision traditioneller Werturteile. Das Geleistete verdient hohe Anerkennung.

Norbert Angermann, Buchholz i.d. Nordheide

Werner Greiling, Armin Kohnle u.a. (Hrsg.): Negative Implikationen der Reformation? Gesellschaftliche Transformationsprozesse 1470–1620, Köln u.a.: Böhlau 2015, 438 S.

Die Beiträger des vorliegenden Tagungsbandes spüren der Frage nach, ob und inwieweit sich aus der Reformation „negative Implikationen“ für Kirche sowie Gesellschaft ergaben. Dabei konzedieren sie, dass die Diskussion keineswegs neu sei, sondern spätestens seit der Aufklärung Fragen der „Wirkmächtigkeit historischer Prozesse sowie nach deren Voraussetzungen, Ursachen und Folgen“ behandelt worden seien (S. 7). Obzwar der Ansatz, negative Implikationen der Reformation zu untersuchen – zumal angesichts des Reformationsjubiläums 2017 – wohlthuend kritische Impulse erwarten lässt, bleibt der Band einer histori-

schen Dialektik verhaftet, die inzwischen aufgrund neuerer rezeptionsästhetischer Ansätze nachgerade anachronistisch anmuten mag. Die positiven Errungenschaften der Reformation werden kritisch den negativen Implikationen gegenübergestellt (S. 8) und damit ein Modell der Ambivalenz suggeriert, welches Historizität und Rezeptionsprozesse auf der Ebene der Reflexion in einer wenigstens fragwürdigen Weise auseinanderhält. An dieser Stelle hätte dem Tagungsband eine heuristische Betrachtung wohlgetan, welche die Vielgestaltigkeit der Phänomene der Reformation einerseits sowie die der rezeptionsästhetischen Inanspruchnahme andererseits problematisiert hätte. Damit sollen Begriff und Ansatz der negativen Implikationen nicht grundsätzlich in Abrede gestellt, sondern dafür plädiert werden, diese als Teil einer Vielgestaltigkeit von Phänomenen der Reformation aufzufassen, mithin in größere Zusammenhänge zu stellen. Denn obgleich dies nicht in einer entsprechenden Einleitung reflektiert wurde, leisten die im vorliegenden Tagungsband versammelten Beiträge, die sich indes ausnahmslos konsequent auf die Themenstellung beziehen, genau dies.

Julia Mandry untersucht unter den Schlagworten „Integration und Ausgrenzung – Versorgung und Ablehnung“ die Ambivalenzen von Armut und Bettel an der Epochenschwelle zwischen Spätmittelalter und Reformation. Sie kommt – auf Grundlage des aktuellen Forschungsstandes – zu dem Ergebnis, dass die „Neugestaltung des sozialen Ordnungswesens“ keineswegs vollends von der Reformation reklamiert werden könne (S. 22) und plädiert dafür, die Impulse für die reformatorischen Impulse stärker als bisher zu berücksichtigen (S. 26). Julia A. Schmidt-Funke greift mit dem Thema „Reformation und Geschlechterordnung“ ebenfalls eine Debatte der älteren Forschung auf (S. 30). Ihr gelingt dabei eine Aktualisierung des Forschungsstandes, zugleich bietet sie ein Panorama der Veränderungsprozesse in Hinsicht auf die Geschlechterordnung durch die Reformation. Die dazu gewählten Beispiele – die Probleme weiblicher Autorschaft, reformatorischer Männlichkeit sowie des Pfarrhauses „zwischen Bürgerhaus und Kloster“ – eignen sich zur Illustration: So sei die Tradition des Gelehrtenzölibats auf das neue reformatorische Ideal des Ehestands getroffen, was bisweilen zu Schwierigkeiten geführt habe, etwa wenn sich bei Melanchthon die „Distanz zum Familienleben in einem mehr oder weniger abgeschotteten Gelehrtenstüblein“ zu materialisieren schien (S. 43). Die Rolle des Hausvaters sei bisweilen als Bürde empfunden worden, wie die Verfasserin an weiteren Beispielen zu zeigen vermag. Robert Gramsch gelingt in seinem Beitrag eine interessante Interpretation der in der Forschung aus verschiedenen Blickwinkeln bereits thematisierten allgemeinen Frequenz- und Bildungskrise der 1520er Jahre. Dass die „Pest der Seelen“ – so die von dem damaligen Rektor der Universität Basel Bonifatius Amerbach gewählte Chiffre für die reformatorische Bewegung – jene Frequenz- und Bildungskrise nicht alleine bedingt habe, hatte die Forschung bereits herausgearbeitet (S. 56). Neu scheint jedoch der Ansatz, diese vor dem Hintergrund einer bereits im 15. Jahrhundert zu beobachtenden Entwicklung im Sinne des Phänomens einer „konjunkturellen Überhitzung“ bzw. eines psychologischen „Marktüberhitzungsphänomen[s]“ (S. 64-66 und 76 f.) zu erklären. Enno Bünz untersucht „Schicksale von Mönchen und Nonnen in der Reformationszeit“, wobei er auf Datengrundlagen einer noch zu publizierenden Karte der Klöster, Stifte und Kommenden in Mitteldeutschland bis zur Reformation rekurriert, um das beachtliche Spektrum mittelalterlicher religiöser Bewegungen auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Thüringen aufzuzeigen (S. 83). Vor dem Hintergrund der bisweilen verheerenden Urteile der Reformatoren über die Klöster sowie das monastische Leben spürt Bünz der Frage nach dem Umgang der Landesherren mit den Klostergütern

im 16. Jahrhundert (S. 88 f.), aber auch der Aufhebung von Frauenklöstern nach, für deren Angehörige sich sodann existentielle Fragen stellten (S. 91 f.). Dabei verweist der Verfasser auf ein wichtiges Forschungsdesiderat: Für das Kurfürstentum sowie das Herzogtum Sachsen wäre überhaupt erst einmal zu untersuchen, auf welche Weise Mönche und Nonnen die Aufhebung der Klöster bewältigt haben (S. 93 f.). Bünz führt einige Beispiele an und verweist auf Schätzungen zu den quantitativen Dimensionen: Rund 2 486 Personen, davon 1 540 Mönche und 946 Nonnen dürften zunächst auf der Straße gestanden haben (S. 95) – eine Verbleibstudie stehe zwar noch aus, stehe indes auch vor erheblichen methodischen Schwierigkeiten. Oftmals verliere sich die Spur der Mönche und dies gelte in noch stärkerem Maße für die Nonnen (S. 108). Der Beitrag von Michael Beyer widmet sich einem vor dem Hintergrund des Reformationsjubiläums 2017 erneut diskutierten und beispielsweise durch Thomas Kaufmann¹ für ein breiteres Lesepublikum erschlossenes Thema: „Martin Luther und die Juden“. Einleitend erklärt der Verfasser, dass er sich damit „auf ideologisch verminntes Gelände“ begeben, gleichwohl: Weder dem „theologisch ambivalenten Sachgehalt“ noch der „teilweise überaus hässlichen Sprachgestalt“ von Luthers einschlägigen Äußerungen in seinen späten Schriften könne man sich entziehen, um die Inhalte zu gewichten und den Diskurs in seiner Breite wahrzunehmen (S. 109). Hans-Peter Hasse behandelt das Thema „Reformation und Bücherzensur“ – bereits im Rahmen seiner Habilitationsschrift hatte der Verfasser den Gegenstand am Beispiel der kursächsischen Literatur- und Religionspolitik in den Jahren 1569 bis 1575 erörtert.² Mit seinem neuen Beitrag geht Hasse auf die Zensur in der Reformationszeit ein, beschreibt den rechtlichen und institutionellen Rahmen sowie die Vorzensur an der Universität Wittenberg. Diese bewertet er – trotz schmaler Quellengrundlage – als selbstverständliche Einrichtung im akademischen Alltag (S. 140). Auch Luthers positive Haltung zum Medium Buch sowie seine Buchkritik – Bücher als „Symptom für den Unglauben“ – werden thematisiert. Die Motive für die Bücherzensur in der Reformationszeit sieht der Verfasser in Bekenntnisbindung, Korporationsbewusstsein und Irenik und vermag dies mit dem „Etikett“ der negativen Implikationen nicht in Einklang zu bringen (S. 148). Andreas Lindner betrachtet unter der reißerisch anmutenden Frage „Reformation versus Bildung?“ die Universität Erfurt im Kontext der städtischen Reformation, wobei er insbesondere auf die Rolle von Luthers Ordensbruder, des Priors des Augustinerklosters Johannes Lang (um 1487–1548) abhebt. Uwe Schirmer untersucht die Entmündigung von bäuerlichen Gemeinden im thüringisch-obersächsischen Raum vor dem Hintergrund des Konzepts der „negativen Implikation“ und wählt dazu den großen Zeitraum von 1400 bis 1600. Im Einzelnen betrachtet Schirmer die spätmittelalterliche bäuerliche Gemeinde im Rahmen der herrschaftlichen Ordnungen sowie die Landesordnung des Kurfürsten Johann von Sachsen (1531), führt Beispiele sozialer Disziplinierung zwischen 1485 und 1545 anhand von Quellen des Thüringischen Hauptstaatsarchivs zu Weimar (Ernestinisches Gesamtarchiv) an und nimmt sodann die ernestinischen Kirchenvisitationen in den Blick. Es folgen Ausführungen zum Schlagwort vom „gemeinen Nutzen“, das die Obrigkeit zur Legitimation ins Felde führte (S. 193) im Widerstreit zu den bäuerlichen Allmende- und Flur-

1 Thomas Kaufmann: Luthers Juden, Stuttgart 2015.

2 Vgl. Hans-Peter Hasse: Zensur theologischer Bücher in Kursachsen im konfessionellen Zeitalter. Studien zur kursächsischen Literatur- und Religionspolitik in den Jahren 1569–1575, Leipzig 2000.

rechten sowie zu den Anfängen des Gesindedienstes als des Kernstücks der Entmündigung (S. 196). Schirmer sieht die Anfänge der nicht nur sozialen, sondern auch verfassungsrechtlichen Entmündigung im Spätmittelalter gegeben und verweist auf die vorreformatorischen Landesordnungen sowie die Bemühungen um landesherrliches Kirchenregiment bereits im Spätmittelalter, mithin nicht als negative Implikation der Reformation (S. 199). Unter dem Titel „Luthers verführerisches Angebot: Gehorsam und Kirchenregiment“ erörtert Georg Schmidt ein weiteres klassisch zu nennendes Thema: Das Verhältnis von Luther und dem Luthertum zur Obrigkeit – immer wieder mit Blick auf seine Rezeption und Wirkungen (insbesondere S. 213–219). Einen historisch begründeten Deutungsansatz fasst er wie folgt zusammen: „Luthers Forderung nach Gehorsam in allen weltlichen Dingen führte im Alten Reich nicht zu Untertänigkeit und Unfreiheit, sondern zur verfassungsrechtlichen Begrenzung konfessioneller Absolutheitsansprüche und zu einem politisch mündigen Verhalten der Untertanen.“ (S. 221) Eike Wolgast betrachtet unter dem Titel „Gewissenszwang bei Konfessionswechsel?“ Kirchenregiment und Untertanengehorsam in der Kurpfalz, wobei Wolgast mit einigen prinzipiellen Bemerkungen (z.B. zum Reichsrecht) einsetzend sodann die Kurpfalz bis 1556, die Einführung der Reformation sowie die „zweite Reformation“ in der Kurpfalz schildert. Es folgen Bemerkungen zur Relutheranisierung unter Kurfürst Ludwig VI. sowie zur Wiederherstellung der reformierten Landeskirche unter dem Kuradministrator Johann Casimir. Der Verfasser kommt zum dem pointierten Schluss, dass jeder obrigkeitliche Konfessionswechsel bis 1648 „vom einzelnen Untertan theoretisch eine selbständige Entscheidung mit Folgeabschätzung“ – eine Entscheidung, die „Bereitschaft, deren äußere Folgen auf sich zu nehmen“ (S. 252) – erfordert und damit den Weg zum neuzeitlichen Postulat in der Formulierung Kants: „Sapere aude – Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ geführt habe. Der Frage, ob Hexenwahn und Hexenverfolgung als eine Folge der Reformation gesehen werden könnten, spürt Kai Lehmann nach und führt dem Leser zunächst die quantitativen Dimensionen dieser „Katastrophe der europäischen Geschichte“ vor: Schätzungen zufolge seien in Europa 60 000 bis 100 000 Menschen zu Opfern von Hexenverfolgungen geworden. Obgleich Luther der Überzeugung gewesen sei, dass es Hexen gebe, dass sie durch ihre Malefizien schädeten und mit dem Tod zu strafen seien (S. 261), finde die These, dass Luther und die Reformation zu einer Verschärfung der Verfolgungen beigetragen hätten, weder literarisch noch zahlenmäßig signifikante Bestätigung. Luther selbst habe – in der gemäßigten „Episcopi-Tradition“ (S. 267) stehend – vor einer allzu großen Hexenpanik gewarnt. Die Luther-Rezeption indes zeige ein ambivalentes Bild (S. 271). Der Hexenwahn könne mithin nicht als direkte Folge der Reformation gewertet werden. Andreas Tacke untersucht die Frage nach Verlierern und Gewinnern auf dem Kunstmarkt durch die Reformation, wobei er die bisweilen kontrovers diskutierte Frage nach den „Bilderstürmen“ thematisiert und darauf hinweist, dass es in Augsburg 1524, 1531 und 1533 nachweisbar Bildzerstörungen gegeben habe (S. 301). Mit einigen Beispielen illustriert der Verfasser den Einfluss der Reformation auf den Kunstmarkt, einzelne Künstlerschicksale und einzelne Werke, aber auch auf ganze Berufsgruppen (Bildhauer, Maler) – in positiver sowie negativer Hinsicht. Mit Blick auf Lucas Cranach d.Ä. spricht Tacke von einer Win-Win-Situation: „Denn in seiner Werkstatt gingen die Anhänger der alten und neuen Kirche ein und aus, er belieferte beide Seiten mit Bildern.“ (S. 315) Ralf Frassek nimmt die Veränderungen im Eherecht infolge der Reformation in den Blick, wobei er zunächst auf die Einrichtung eines neuen Ehegerichts abhebt: Das 1539 begründete, paritätisch mit Theolo-

gen und Juristen besetzte Wittenberger Konsistorium (S. 320–322). Sodann führt er einige Beispiele an. Der Verfasser beschreibt das Eherecht als „ausgesprochen rationales Recht“, das Individualinteressen ausgewogen berücksichtigte. Zugleich zeige sich, dass das evangelische Eherecht des 16. Jahrhunderts „nicht von der Form und dem Umfang der konstituierten Normen, sondern primär durch die Erfahrungswelt und Integrität der berufenen Entscheidungsträger geprägt“ sei (S. 329). Haik Thomas Poroda nimmt in seinem Beitrag einen widersprüchlichen Forschungsbefund zum Ausgangspunkt, um die Frage nach den Folgen der Reformation für die Entfaltung der niederdeutschen Schriftsprache auf den Prüfstand zu stellen (S. 331).³ Als Faktoren, die den Sprachwechsel vom Nieder- zum Hochdeutschen mitbedingt hätten, nennt er in Anlehnung an Dieter Andresen den Bedeutungsverlust der Hanse als Wirtschaftsmacht, den Einfluss der hochdeutschen Kanzleisprache, den Zustrom landfremder Pfarrer und kirchlicher Amtsinhaber sowie die zunehmende Produktion hochdeutschen Schrifttums. Poroda kommt schließlich zu dem eindeutigen Ergebnis, dass das Mittelniederdeutsche als Schriftsprache nicht als Folge der Reformation (sondern als Folge des Zusammenbruchs der Hanse) eingestuft werden könne (S. 352). Josef Pilvousek nimmt das Konzil von Trient (1545–1563) sowie seine Rezeption in den Blick, indem er nach der römischen Einheitsliturgie als Folge konfessioneller Abgrenzung fragt. Der Verfasser versteht das „Wunder“ von Trient als Fortsetzung der bereits im 15. Jahrhundert einsetzenden katholischen Reformbestrebungen, das als Ausdruck des inneren Erstickens sowie Antwort auf die Herausforderungen der Reformation zu werten sei (S. 363). Pilvousek kommt aufgrund seiner Ausführungen zur Liturgiereform des Konzils zu dem Ergebnis, dass das Pauschalurteil unzutreffend sei, die römische Einheitsliturgie nach Trient sei an allen Orten stets übernommen worden. Vielmehr seien unter dem „schützenden“ Dach derselben bisweilen eigene diözesane liturgische Reformen vollzogen worden (S. 371). Christoph Volkmar untersucht Verlustperspektiven des mitteldeutschen niederen Adels durch die Reformation und nähert sich einem echten Forschungsdesiderat: Überzeugend legt er dar, dass der Adressatenkreis von Luthers Adelschrift in der Forschung zumeist auf die großen Landesfürsten verengt werde (S. 373). Volkmar weist darauf hin, dass Luther in der Vorrede einen Angehörigen des niederen Adels anspreche: Nikolaus von Amsdorf. Dies zum Anlass nehmend untersucht der Verfasser die Rolle des niederen Adels in der Reformation, ein Vorhaben, das gegenwärtig auf einen „miserablen Forschungsstand“ blicke (S. 377). Dabei hatte der niedere Adel – bedenkt man etwa den Machtfaktor Patronatsrecht oder die quasi landesherrliche Funktion einzelner Reichsritter und Grafen – eine einflussreiche Rolle. Volkmar konstatiert abschließend ein widersprüchliches Bild der Rolle des mitteldeutschen niederen Adels für die Reformation, das von Ansätzen einer „Adelsreformation“ über Zurückhaltung bis hin zur Ablehnung reiche und weiterer Erforschung bedürfe. Verlustperspektiven gebe es nicht nur in Hinsicht auf kirchliche Besitzstände des Adels, sondern auch in Hinsicht auf das Erfordernis der Akkulturation in die lutherische Konfessionskultur (S. 400). War

3 Während Renate Herrmann-Winter: Zu Prestige und Bewertung von Niederdeutsch im Wandel der Jahrhunderte, in: Norbert Buske (Hrsg.): Niederdeutsche Bibeltradition – Entwicklung und Gebrauch des Niederdeutschen in der Kirche, Berlin/Altenburg 1990, S. 42–57, die Reformation als eine der Ursachen für die Ablösung des Niederdeutschen durch das Hochdeutsche wertete, interpretierte Hans-Joachim Gernentz: Beiträge zum Rückgang des Niederdeutschen als Literatursprache im 16. und 17. Jahrhundert, in: ebd., S. 58–70, die Reformation als das letzte „Aufbäumen“ des Niederdeutschen.

die Reformation die „Mutter aller Revolutionen“?⁴ Dieser Frage spürt Stefan Gerber in seinem Beitrag im Rahmen der neuerlichen Politisierung konfessioneller Konflikte zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach und wagt auch einen Ausblick in die Akzentuierungen des Verhältnisses von Reformation und Revolution im 20. Jahrhundert.

Die vorliegenden Beiträge beschreiben die Reformationszeit als Zeit des Umbruchs, verweisen aber auch immer wieder auf Kontinuitäten. Die Frage, ob es sich dabei im Einzelnen um positive Errungenschaften oder um negative Implikationen handelt, scheint den facettenreichen Themen der Beiträge – soziale Fürsorge, Geschlechterordnung, Universitäts- und Bildungswesen, Klöster und ihre Angehörigen, das Verhältnis zum Judentum, Bücherzensur, bäuerliche Gemeinden, Obrigkeitsverständnis, Gewissenszwang, Hexenverfolgungen, Ehe-recht, Sprachentwicklung, römisch-katholische Einheitsliturgie – mal mehr, mal weniger angemessen.

Daniel Bohnert, Frankfurt a.M.

4 Robert Haas: Vertheidigung des Protestantismus gegen die politische Verdächtigung von Seiten des Ultramontanismus nach ihren beiderseitigen Principien und der Geschichte durchgeführt, Gießen 1845, S. 3.

Maik Reichel, Hermann Otto Solms u.a. (Hrsg.): Reformation und Politik. Europäische Wege von der Vormoderne bis heute, Halle a.d. Saale: Mitteldeutscher Verlag 2015, 399 S.

Der Titel und vor allem der Untertitel des zu besprechenden Buchs sind etwas irreführend; der Band enthält nicht alles, was sie implizieren. Denn sollte man sich eine Darstellung der Reformation und ihrer „Wege“ in Europa erwartet haben, wird man bitter enttäuscht: Es sind fast ausschließlich deutsche Wege, die besprochen werden – ein Etikettenschwindel ist also nicht völlig auszuschließen. Allerdings versteht sich das Werk als Vorbereitung zum Lutherjahr 2017, und dieses war mehrheitlich doch ein deutsches Ereignis.

Die Autoren des Bandes (es sei hier die ausschließlich männliche Form gestattet, da es neben der Theologin Irene Dingel aus Mainz leider keine weitere Beiträgerin gibt) kommen aus den verschiedensten Fachrichtungen, unter anderem handelt es sich um evangelische und katholische Theologen, Philosophen, Politikwissenschaftler, Juristen, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler. Dem Buch ist also zugute zu halten, dass es interdisziplinär angelegt ist. Auch der inhaltliche Aufbau ist als durchaus originell zu bezeichnen. Denn jeder Artikel, außer dem allerletzten, ist begleitet von einem Kommentar, den ein anderer Wissenschaftler liefert, und diese Kommentare sind beinahe so lang wie die Hauptartikel selbst. Die Ausführung sowohl der Artikel als auch der Kommentare ist sehr unterschiedlich, manche sind ausgiebig mit Anmerkungen und weiterführender Literatur versehen, manche sind fast ohne jeden bibliografischen oder Quellennachweis. Diese „Anarchie“ wirkt etwas irritierend, denn von einem wissenschaftlichen Werk ist zu erwarten, dass die verwendeten Quellen und die herangezogene Literatur angegeben werden. Entweder haben hier die Herausgeber zu wenig ordnend eingegriffen oder dies war gar nicht ihre Absicht.

Nun zum Inhalt des Bandes, der in drei Abschnitte eingeteilt ist. Abschnitt 1 steht unter dem Obertitel „Reformation, Glaube, Kirchen – langfristige europäische Entwicklungen“.

Von Europa kommt in den Beiträgen von Thomas Maissen und Oliver Hidalgo sowie im Kommentar von Gerhard Wegner wenig vor, lediglich Ahmet Cavuldak widmet sich in seinem Kommentar Frankreich. Der zweite Abschnitt trägt den Titel „Reformation, Machtpolitik und Konfliktstrukturen in Europa“ und bietet Aufsätze von Heiner Lück und Alfred Kohler – bei diesem kommt Europa sehr wohl vor – sowie Kommentare von Peter März und Holger Th. Gräf. Der dritte Abschnitt schließlich mit dem Titel „Reformation, politische Ordnung und gesellschaftliche Kräfte in Europa“ konzentriert sich auf das Heilige Römische Reich und auf das moderne Deutschland in den Beiträgen von Christoph Strohm, Thomas Großbölting, Olaf Blaschke, Horst Dreier und Patrick Roger Schnabel sowie den Kommentaren der schon erwähnten Irene Dingel, von Stefan Laube, Micha Brumlik und Stefan Mückl. Am Ende des Buches wird schließlich noch eine von Thomas A. Seidel geleitete Podiumsdiskussion mit Joachim Hake, Michael J. Inacker, Rüdiger Sachau und Stefan Zowislo abgedruckt.

Der Eindruck des Bandes bleibt insgesamt zwiespältig, obwohl durchaus auch markante Formulierungen vorkommen, so beispielsweise, „dass der welt(rechts)geschichtlich wirkungsmächtige Dekalog in Luthers Bibelübersetzung (2. Buch Moses) nicht einmal 200 Wörter umfasst“, während die vom Europäischen Parlament und Rat 1994 erlassene „Verordnung über die Vermeidung und Verwendung von Verpackungsabfällen“ fast 9 000 Wörter lang ist (S. 99). Doch für ein Fachbuch ist die Publikation zu wenig dokumentiert, für ein populärwissenschaftliches Werk, das ein breiteres Publikum ansprechen soll, stellenweise zu abgehoben formuliert. Kolloquial könnte man sagen, der Band ist weder Fisch noch Fleisch – leider!

Friedrich Edelmayer, Wien

Die Autorinnen und Autoren der Abhandlungen

David Feest, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Conventstr. 1, 21335 Lüneburg, e-mail: d.feest@ikgn.de

Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordost-Institut an der Universität Hamburg (IKGN e.V.), Lüneburg. Publikationen: Ordnung schaffen. Bäuerliche Selbstverwaltungen und Obrigkeit im ausgehenden Zarenreich (1834–1889), Wiesbaden 2018; Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des Estnischen Dorfes 1944–1953, Köln u.a. 2007; Spaces of „National Indifference“ in Biographical Research on Citizens of the Baltic Republics 1918–1940, in: Journal of Baltic Studies (2016), S. 55-66; Bauerngemeinden und Bürokratie. Rückständigkeit in der russischen Reformdiskussion in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: David Feest und Lutz Häfner (Hrsg.): Die Zukunft der Rückständigkeit Chancen – Formen – Mehrwert. Festschrift für Manfred Hildermeier zum 65. Geburtstag, Köln u.a. 2016, S. 218-242.

Georg Herbstritt, Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), 10106 Berlin, e-mail: georg.herbstritt@bstu.bund.de

Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des BStU. Publikationen: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007; Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, hrsg. vom BStU, Berlin 2013; Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989, Göttingen 2016.

Florian Kühner-Wielach, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München (IKGS), Halskestraße 15, 81379 München, e-mail: kuehner@ikgs.de

Historiker und Romanist; Studium der Geschichte und Romanistik/Rumänistik an der Universität Wien und an der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg/Cluj-Napoca, 2009–2012 Assistent am Initiativkolleg für Europäische historische Diktatur- und Transformationsforschung, Universität Wien, 2013 Stipendiat am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte Mainz; im selben Jahr Promotion an der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien zu einem Thema der rumänischen Zeitgeschichte. Seit 2013 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München, seit 2015 dessen Direktor.

Olev Liivik, Eesti Ajaloomuuseum, Piriä tee 56, 10127 Tallinn, Estland, e-mail: olev.liivik@ajaloomuuseum.ee

Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Estnischen Historischen Museums. Publikationen u.a.: Glasnost Policy Reaching Estonia: Fear and Hope in the Protest Letters of Estonian Residents during the Campaign against the Phosphorite Mines in 1987, in: Kaarel Piirimäe, Olaf Mertelsmann (Hrsg.): The Baltic States and the End of the Cold War, Berlin

2018, S. 123-151; *Lords of the Countryside: Personal Characteristics of the First Secretaries of the County Committees of the Estonian Communist Party in the Second Half of the 1940s*, in: Sorin Radu,; Cosmin Budeancă (Hrsg.): *Countryside and Communism in Eastern Europe: Perceptions, Attitudes, Propaganda*, Zürich 2016, S. 59-77; (zusammen mit Triin Tark): *Aus der Sowjetunion in das Deutsche Reich: Über die Nachumsiedlung aus Estland im Jahre 1941*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 65 (2016), H. 3, S. 407-427.

Robert Pech, Leipzig

derzeit Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Promotionsthema „Fritz Valjavec und die Entwicklung der deutschen Südost-Forschung“. Publikationen: (zusammen mit Ondřej Bastl, Philip Steiner): *Der Josephinismus in Böhmen. Skizzen einer Intention und Rezeption*, in: Rainer Bendel, Norbert Spannberger (Hrsg.): *Katholische Aufklärung und Josephinismus*, Köln u.a. 2015, S. 53-77; *Fritz Valjavec und die Südost-Forschung zwischen Nationalsozialismus und früher Bundesrepublik*, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 56 (2016), H. 3, S. 54-72; (zusammen mit Maik Kästel): *Region als Konsequenz. Fritz Valjavec und regionale Determinanten der deutschen Südost-Forschung*, in: Rainer Bendel, Josef Nolte (Hrsg.): *Befreite Erinnerung, Teilbd. 1: Region – Religion – Identität: Schlesische Prägungen*, Berlin, Münster 2017, S. 199-225; (zusammen mit Rainer Bendel): *Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur im europäischen Kontext*, Münster 2017.

Michael Portmann, Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Hollandstr. 11-13, 1020 Wien, Österreich, e-mail: michael.portmann@oeaw.ac.at

Senior Research Associate am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien). Publikationen: „Ethnic Cleansing“ in Peacetime? Colonizing the Yugoslav/Serbian Vojvodina in the Twentieth Century, in: *Journal of Genocide Research* 18 (2016), Nr. 4: Ethnic homogenizing in southeastern Europe, S. 447-462; *Herrschaft, Krieg und moderne Staatlichkeit: Das Osmanische Reich und Europa im Vergleich (15. bis 19. Jahrhundert)*, in: Maximilian Graf, Barbara Haider-Wilson (Hrsg.): *Orient und Okzident*, Wien 2016, S. 93-129; *Die kommunistische Revolution in der Vojvodina, 1944–1952. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur*, Wien 2008.

Agnieszka Pufelska, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Conventstr. 1, 21335 Lüneburg, e-mail: a.pufelska@ikgn.de

Kulturhistorikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nordost-Institut. Publikationen u.a.: „Ikh trog oyf dir kayn has“ – Goethe bei den polnischen Juden, in: Anna-Dorothea Ludewig, Steffan Höhne (Hrsg.): *Goethe und die Juden – die Juden und Goethe: Beiträge zu einer Beziehungsgeschichte*, Berlin 2018, S. 195-215; (zusammen mit Hildegard Frübis und Clara Oberle [Hrsg.]): *Fotografien aus den Lagern des NS-Regimes: Beweissicherung und ästhetische Praxis*, Wien 2018.

Triin Tark, Tartu, Estland, e-mail: triint11@gmail.com

Doktorandin am Institut für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu. Publikationen u.a.: *Kodu- ja väliseestlaste vahelise kultuurisuhtluse institutsionaalne raamistik Nõukogude*

Liidu kultuuridiplomaatia kontekstis [Der institutionelle Rahmen der kulturellen Kommunikation zwischen heimischen und Exil-Esten im Kontext der sowjetischen Kulturdiplomatie], in: *Ajalooline Ajakiri* 4 (2017), S. 445-474; (zusammen mit Olev Liivik): Aus der Sowjetunion in das Deutsche Reich: Über die Nachumsiedlung aus Estland im Jahre 1941, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 65 (2016), H. 3, S. 407-427.

Johannes Thaler, Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Spitalgasse 2-4, 1090 Wien, Österreich, e-mail: johannes.thaler@univie.ac.at

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, vormals Doktorand im Initiativkolleg „Europäische historische Diktatur- und Transformationsforschung. Forschungsschwerpunkte: Faschismustheorie, Behördengeschichte, Österreich in der Zwischenkriegszeit, Legitimus. Publikationen zur österreichischen Arbeitsmarktverwaltung und zur legitimistischen Bewegung in Österreich. Publikationen: ‚Kann bleiben, ohne Beförderung‘ – Beamte der österreichischen Arbeitsmarktverwaltung und das NS-Regime, in: Mathias Kreml, Johannes Thaler (Hrsg.): 100 Jahre Arbeitsmarktverwaltung. Österreich im internationalen Vergleich, Göttingen 2017, S. 69-88; (zusammen mit Mathias Kreml): Arbeitsmarktverwaltung in Österreich 1917–1957. Bürokratie und Praxis, Wien 2015; Ally and Opposition. The Legitimist Movement under the Dollfuß-Schuschnigg-Dictatorship, in: *Austrian History Yearbook* 45 (2014), S. 167-185.

Claudia Weber, Professur für Europäische Zeitgeschichte, Viadrina-Center „B/Orders in Motion“ der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Große Scharrnstrasse 59, 15230 Frankfurt/Oder, e-mail: cweber@europa-uni.de.

Zeithistorikerin mit den Schwerpunkten europäische Gewalt- und Kriegsgeschichte, ost- und südosteuropäische Geschichte. Publikationen: *Disturbing Memories: Coming to Terms with the Stalinist History of Europe*, in: Stefan Berger, Caner Tekin (Hrsg.): *History and Belonging. Representations of the Past in Contemporary European Politics*, New York, NY u.a. 2018, S. 122-135; *Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyń*, Hamburg 2015; „Auf Augenhöhe“ – Putin, Stalin und die russische Außenpolitik, in: *Zeitgeschichte-online*, März 2018, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/thema/auf-augenhoehe-putin-stalin-und-die-russische-aussenpolitik>; zusammen mit Ulf Brunnbauer, Heike Karge (Hrsg.): *Erfahrungs- und Handlungsräume. Gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert zwischen dem Lokalen und dem Globalen*, München 2016.